



Makkabi Berlin schreibt Geschichte: Zum ersten Mal hat sich ein jüdischer Verein für den DFB-Pokal qualifiziert

SEITE 19

50 Jahre Jom-Kippur-Krieg – Hinterhältiger Angriff am höchsten jüdischen Feiertag

SEITE 20–21



Die jüdischen Wurzeln der Musik-Ikone Amy Winehouse

SEITE 33



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,
Für die Juden in Israel und der weltweiten jüdischen Diaspora beginnt am Abend des 15. September mit dem Erklingen des Widderhorns „Shofar“ das neue Jahr 5784.

Das Neujahrsfest Rosch Haschanah und die folgenden Tage bis Jom Kippur stellen für das gesamte jüdische Volk neben der Hoffnung auf das Neue auch eine Zeit der Rechenschaft und der Besinnung über das Bisherige dar, über das Versäumte und über das Erreichte.

Die jahrtausendealte Tradition des jüdischen Volkes, die seit jeher in Israel und von den Juden in aller Welt begangen wird, belegt einmal mehr, dass der jüdische Staat weltweit einer der geschichtlich am längsten legitimierten Nationen auf seinem historischen Gebiet ist, einschließlich seiner gesamten und ungeteilten Hauptstadt Jerusalem, einschließlich des jüdischen Tempelbergs sowie einschließlich der jüdischen Regionen Judäa, Samaria und Galiläa.

Während wir auch hier die Feiertage mit unseren Familien und Freunden begehen, dreht sich das Karussell im deutschen Polit-Zirkus unbeirrt und zum Nachteil Deutschlands und auch seiner Juden weiter.

Eine interessante Fallstudie über Charakter und charakterliche Deformation ist beispielsweise das Verhalten der kriecherischen und opportunistischen, bisherigen Partei-internen Unterstützer der ehemaligen Kanzlerin und ihrer entseelt-suizidalen Staatszerstörenden für uns alle und ganz besonders für die hiesigen Juden gefährliche Islam-Einlass-Politik.

Mit Angela Merkel hat die CDU die politische Mitte verlassen und ist besonders weit nach grün abgerutscht. Seitdem hat sie nicht wieder zu wirklich bürgerlichen Positionen zurückgefunden. Nicht ohne Grund laufen der Partei Wähler und Mitglieder in Scharen davon. Adenauers Erben versuchen derzeit erfolglos auf allen Hochzeiten

►► Fortsetzung auf Seite 2



Genauere Erscheinungstermine unter
<https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html>

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF;
Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Die Opfer schützen den ehemaligen Täterstaat: Israel liefert Arrow 3-Luftabwehrsystem an Deutschland

Von Regina Bärthel

Deutschlands militärische Abwehrfähigkeit liegt am Boden – und selbst dort weist sie extreme Mängel auf: Der deutsche Verteidigungsetat wurde über Jahrzehnte immer weiter gekürzt, die Streitkraft der Bundeswehr während der Regierungskoalition unter Angela Merkel ausgehöhlt. Der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen waren maßgerechte Uniformen und Panzer für Schwangere eben wichtiger als Entwicklung und Bereitstellung neuer Verteidigungssysteme. Noch brisanter aber ist die Lage in der Luft: Das Raketenabwehrnetz über Deutschland ist tatsächlich nicht viel mehr als ein Netz mit zahlreichen Löchern.

Das wurde nun auch der aktuellen Ampelkoalition unter Bundeskanzler Olaf Scholz bewusst: Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine hatte die deutsche Bundesregierung im vergangenen Jahr Verhandlungen über den Ankauf des israelischen Raketenabwehrsystems „Arrow 3“ aufgenommen. Durch dessen große Reichweite – die über einen Bodenradar lenkbaren Abwehrraketen sollen an die 2400 Kilometer weit und mehr als 100 Kilometer hoch fliegen können – können mit ihm weitreichende feindliche Flugkörper bereits außerhalb der Erdatmosphäre zerstört werden. In Israel ist das System Teil des „Iron Dome“, dem dichten und effizienten Luftabwehrschild des Landes.

Schutz aus Israel

Entwickelt wurde „Arrow 3“ gemeinsam von Israel und den USA, daher haben letztere ein Mitspracherecht bei dessen Verkauf. Diese Zustimmung wurde am 17. August erteilt, den Israels Premierminister Benjamin Netanjahu als „historischen Tag“ wertete: „Vor 75 Jahren war das jüdische Volk auf dem Boden Nazi-Deutschlands zu Asche zermahlen worden. 75 Jahre später gibt der jüdische Staat Deutschland, einem anderen Deutschland, die Werkzeuge an die Hand, sich zu verteidigen.“

Tatsächlich haben sich die Verhältnisse gewandelt; die Nachkommen der Opfer schützen nun die Nachkommen der Täter – oder helfen ihnen zumindest zum Selbstschutz. Die Verhandlungen zwischen dem israelischen und dem deutschen Verteidigungsministerium sowie der Israel Aerospace Industries (IAI) werden nun fortgeführt. Sofern die Parlamente beider Länder zustim-



men, wird für November mit dem endgültigen Vertragsabschluss gerechnet.

„Es ist auch besonders bedeutsam für jede jüdische Person, dass Deutschland ein israelisches Verteidigungssystem kauft,“ wertete Israels Verteidigungsminister Joav Galant die Verhandlungen. Nicht zuletzt werde dies auch der Wirtschaft Israels dienen. Denn die Hilfe zur Selbsthilfe geschieht selbstredend nicht aus reiner Menschenliebe: Derzeit wird von einem Ankaufspreis von 4 Milliarden Euro gesprochen; der Verkauf von „Arrow 3“ an Deutschland ist damit der bisher größte Waffenverkauf der israelischen Geschichte.

Auch hier haben sich die Verhältnisse gewandelt: Die Lieferung von U-Booten und Kriegsschiffen steht seit fast drei Jahrzehnten im Zentrum der deutschen Militärhilfe für Israel. Doch im Bereich Raketenabwehr benötigt nun also Deutschland Unterstützung: Das IRIS-T Waffensystem, das sich zur 360°-Rundumverteidigung gegen Angriffe aus der Luft inklusive ballistischer Kurzstreckenraketen eignet, wurde zwar hier entwickelt und wird aktuell in der Ukraine eingesetzt, die Bundeswehr selbst besitzt das System jedoch noch nicht: Es wurde von der Industrie direkt an die Ukraine geliefert. Da mittels der „Zivilklausel“ an deutschen

Hochschulen alle Forschung untersagt ist, die sicherheitspolitisch und sicherheitstechnisch relevant sein könnte, wird Deutschland auch in Zukunft in hohem Maß auf die Entwicklungen aus anderen Ländern bauen und den Preis hierfür bezahlen müssen.

Deutsche Staatsräson

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius sieht in den Verhandlungen „ein Zeichen unserer besonderen deutsch-israelischen Beziehungen“. Besondere Beziehungen verbinden Deutschland und Israel unbestreitbar: Nichts hat die Notwendigkeit eines jüdischen Staates so deutlich gemacht wie der Holocaust, der mörderische Gipfel einer Jahrhunderte währenden Verfolgung des Judentums. Wie schon seine Vorgängerin betont daher auch Kanzler Scholz, dass die Sicherheit Israels zur Staatsräson Deutschlands gehöre. Zugleich sorgt man sich in Deutschland immer wieder um Moral und Anstand in der israelischen Politik, sieht gar die Demokratie im Land gefährdet. Tatsächlich wird Israel 75 Jahre nach Gründung durch schwere politische Konflikte erschüttert, dessen Krisenanfälligkeit nun durch

►► Fortsetzung auf Seite 2

◀ Fortsetzung von Seite 1

Die Opfer schützen den ehemaligen Täterstaat: Israel liefert Arrow 3-Luftabwehrsystem an Deutschland

Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg hatte die deutsche Bundesregierung im vergangenen Jahr Verhandlungen über den Ankauf des israelischen Raketenabwehrsystems „Arrow 3“ aufgenommen. Durch dessen große Reichweite können feindliche Flugkörper bereits außerhalb der Erdatmosphäre zerstört werden. Nun ist der Deal von den USA genehmigt worden, die das Luftabwehrsystem zusammen mit Israel entwickelt hatten. In Israel ist das System Teil des „Iron Dome“, dem dichten und effizienten Luftabwehrschild des Landes, das bereits abertausende Raketen der islamischen Terrorgruppe Hamas abgefangen hat. Trotz des Antisemitismus, der in Deutschland nie aufgehört hat zu existieren und heutzutage besonders von Grün und Links mit dem Vorwand der Israelkritik weitergetragen wird, ist es in historisch einmaliger Weise nunmehr der kleine jüdische Staat der ehemals Verfolgten, der den Deutschen hilft, ihr Land und seine Menschen zu schützen. (JR)

Premierminister Natanjahu tiefgreifendes Reformpaket verringert werden soll. Daran Kritik zu üben, steht einem befreundeten Staat durchaus zu – doch die Häupter der deutschen Politik, allen voran Kanzler Scholz und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wählen hierfür nur zu gern die großen Bühnen statt vertraulicher Gespräche. Denn tatsächlich wird Israel in Deutschland, fleißig unterstützt von einer hohen Zahl der Mainstream-Medien, immer wieder heftig kritisiert – bis hin zu einer Diffamierung als Apartheids-Staat. Ron Prossor, Israels Botschafter in Deutschland, verwies kürzlich in der „Welt“ darauf, dass es in Deutschland neben einem „braunen, vulgären Antisemitismus“ einen wachsenden „linken Antisemitismus“ gebe, der mittlerweile „salonfähig“ geworden sei.

Wird „Arrow 3“ hier installiert, muss sich die „besondere deutsch-israelische Beziehung“ bald in einer persönlichen Zusammenarbeit vor Ort beweisen. Der Rakenschutzschirm für Deutschland soll an drei Standorten in Schleswig-Holstein, Bayern sowie nahe Berlins aufgespannt werden: Als erstes ist sein

Einsatz auf dem Fliegerhorst Holzdorf/Schönnewalde an der Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Brandenburg geplant. Unter Beteiligung von Angehörigen der israelischen Luftwaffe werde eine völlig neue Infrastruktur mit eigens geschultem Personal aufgebaut, erläuterte Mosche Patel, beim israelischen Verteidigungsministerium zuständig für Raketenabwehr. Eine erste Einsatzfähigkeit des Systems sei bis 2025 geplant, die volle Funktion bis 2030. Das Raketenabwehrsystem könne dann „alle deutschen Bürger in ganz Deutschland“ schützen, so Patel.

Sicherheit für alle

Das ist eine interessante Formulierung. Geschützt werden dann ja auch zahlreiche weitere in Deutschland Lebende, die sich nicht selten als Feinde Israels bekennen. Immerhin hat das Bundeskriminalamt im ersten Halbjahr dieses Jahres 960 antisemitische Straftaten registriert. Laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser handelten die Sicherheitsbehörden „entschlossen, um jüdische Einrichtungen in Deutschland zu schützen“, dennoch nehmen antisemitische Angriffe weiter

zu, was zeitlich mit der Zuwanderung aus vornehmlich islamischen Ländern korreliert. Eine mögliche Kausalität scheint Faeser mit ihrem „Kampf gegen Rechts“ darin allerdings nicht zu erkennen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte hingegen nicht nur die Verteidigung Deutschlands im Sinn, als er angesichts des Ukrainekrieges im vergangenen Jahr die „European Sky Shield Initiative“ (ESSI) ins Leben rief. An dieser Initiative zum gemeinsamen Einsatz von Luftabwehrsystemen beteiligen sich bisher rund 15 Staaten der EU. Darüber hinaus wird der Ankauf von „Arrow 3“ von der Bundesregierung auch als Beitrag im Rahmen des Nato-Bündnisses angesehen, da das System in die Nato-Luftverteidigung integriert werden soll: Deutschland unterstütze damit auch die Sicherheit seiner Nachbarländer.

Doch der Einsatz von „Arrow 3“ stößt vor allem bei einem Nachbarn auf Kritik: Frankreich sollte eigentlich mit Zustimmung Deutschlands die Koordination eines europäischen Luftabwehrsystems übernehmen und setzt dafür auf Mambas, Abwehraketen aus französisch-ita-

lienischer Entwicklung. Das israelische System könne aber durchaus für Doppelstrukturen sowie für Probleme bei der Integration in die gemeinsame europäische Sicherheitsinfrastruktur sorgen, so die Kritik. Im Gegensatz zur Bundesregierung behält Frankreich in dieser Frage zudem die industriepolitische Perspektive der eigenen Nation wie auch der EU im Auge. Nicht zuletzt tragen womöglich die unterschiedlichen Ansichten der beiden Staaten auf das transatlantische Verhältnis zur konträren Bewertung des Ankaufs bei, denn die USA dürften in jedem Fall davon profitieren.

Doch Netanjahu verbaler Pfeil trifft einen zukunftsweisenden Punkt: „Im Holocaust waren die Juden ohne Schutz vor Nazi-Deutschland. (...) Damals konnten wir uns nicht verteidigen - heute helfen wir anderen, sich zu verteidigen. Was für eine unglaubliche Wendung.“

Regina Bärthel studierte Kunstwissenschaften und Germanistik. Sie leitete den Kommunikationsbereich verschiedener Kulturinstitutionen und veröffentlichte Texte zur bildenden Kunst. Heute ist sie als Journalistin und Essayistin tätig.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

zu tanzen, mal bedienen sie grüne Themen, mal geben sie vor, im Stile eines schwarzen Sheriffs für Ordnung sorgen zu wollen. Doch das Hin und Her des Parteivorsitzenden und notorischen Umfallers Friedrich Merz kommt beim Wähler nicht gut an – zu durchsichtig sind die unbeholfenen Versuche, nun auch zwischendurch Programminhalte der AfD zu kopieren, jedoch ohne nach AfD aussehen zu wollen. Dabei sollte Friedrich Merz längst klar sein, dass er mit seiner Politik bereits ein totes Pferd reitet. Ein Umstand, der nicht nur für die nichtjüdische Mehrheit, sondern auch für die jüdische Minderheit ein großes Problem darstellt und bei vielen die Gedanken an Auswanderung immer konkreter werden lässt.

Ent-Merkelisierung

Interessant ist auch das immer deutlicher zu beobachtende Phänomen, dass ein wachsender Teil der Rückgrat-verbogenen seinerzeitigen Merkel-Vasallen immer deutlicher – wenn auch viel zu spät – von dem Partei- und Staatszerstörenden fatalen Credo und Treiben der vormaligen Kanzlerin und CDU-Chefin abrücken, die, wenn man es genau nimmt, ohnehin vielmehr zu der von jedem gesunden Menschenverstand verlassen grünen Umerziehungs- und Verbotsparterie gehört, als zu ihrer eigenen.

Am Ende wird es von den damals um den Verrat ihrer eigenen Partei am Sessel klebenden Karriere-gierigen Mitläufern Merkels niemand gewesen sein wollen, der die verfehlte Politik dieser Kanzlerin gestützt hat.

Das ist weder überraschend noch neu und wurde von der Jüdische Rundschau und mir schon vor Jahren in der Blütezeit des Merkelschen Migrations-Irrsinns prognostiziert.

Deutschland blutet aus

Als derzeit noch größte Oppositionspartei sollte sich die Union in diesen Zeiten auf die Kernhalte des in den Jahrzehnten vor Merkel aufgebauten großen bundesrepublikanischen Erfolgs zurückbesinnen, der absolut unvereinbar ist mit der grünen System-Change Ideologie.

Deutschland blutet aus – wir verlieren an Wohlstand und an Sicherheit. Der Boden für den Mittelstand erodiert zunehmend und die Deindustrialisierung Deutschlands wird Arbeitslosigkeit und Armut erzeugen. Gleichzeitig schnürt die unkontrollierte und illegale Migration aus vorwiegend islamischen Ländern Städten und Kommunen die Luft ab und sorgt immer deutlicher für die Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens. Stattdessen kennzeichnen zunehmend ein zur eigenen körperlichen Sicherheit erforderlich gewordenen entwürdigendes Identitätsmimikry jüdischer Menschen und größer werdende No-Go-Areas das Geschehen in diesem Lande.

Die Hilferufe der betroffenen Gemeinden und Bezirke werden von den Verantwortlichen in der Politik allzu gerne ignoriert. Schon jetzt ist der Wohnungsmarkt überlastet, die Schulen überfüllt und die gesundheitliche Versorgung an ihre Grenzen gestoßen. Gleichzeitig und kaum von unserer Politik und unseren Medien eingeräumt, sind Migranten in vielen Bereichen der Kriminalstatistiken überproportional repräsentiert. Doch anstatt eine Kehrtwende in der Migrationspolitik zu vollziehen und überfällige Abschiebungen zu forcieren, hat die Ampel-Koalition nun einem Gesetzesentwurf zum Staatsangehörigkeitsrecht von Innenministerin Nancy Faeser zugestimmt, der in keiner Weise der dramatischen Situation vor allem auch hinsichtlich der Sicherheit auf unseren Straßen, Schulen, öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln Rechnung trägt.

Stattdessen sollen Migranten bereits nach fünf und nicht wie bisher nach acht Jahren eingebürgert werden können. Eine Erleichterung für Ausweisungen straffällig gewordener Zuwanderer ist indes nicht wirklich zu erkennen. Von einer Abhilfe für die immer prekärer werdenden Situation für die jüdische Minderheit des Landes gar nicht zu sprechen.

Deutscher Pass auf Ramsch-Niveau

Schlimmer noch - die Bundesregierung scheint es kaum mehr abwarten zu können, hunderten illegalen, zumeist kulturfremden muslimischen Zuwanderern einen deutschen Pass schenken zu dürfen. Eine Abschiebung straffällig gewordener „Neubürger“ wird damit quasi unmöglich und der Kampf gegen die überbordende Clan-Kriminalität wird noch schwieriger. Schon jetzt sind fast die Hälfte der Clan-Kriminellen inzwischen Passdeutsche.

Die Realitätsverweigerung der Regierung wird mehr und mehr pathologisch. Vielleicht mag dies daran liegen, dass der eine oder andere Parlamentarier die angesichts des Übermaßes wirklicher Probleme dieser Republik keinesfalls vordergründig erforderliche Legalisierung von Haschisch allzu häufig im Eigenversuch getestet hat.

Deutschland, einst das Land der Dichter und Denker, das für technische Innovation und Qualität stand, ist nun endgültig zur Freiluft-Anstalt verkommen. Die Gesetze der Wissenschaft werden schlichtweg über Bord geworfen und biologische Fakten einfach umgeschrieben. Da wir alle bald jedes Jahr unser „unbiologisches“ Geschlecht samt zugehörigem Falsch-Namen aussuchen können, wird das Chaos mit der neuen Doppelnamen-Regelung komplettiert und der bereits heute immer häufiger für sexuelle Übergriffe auftretende Missbrauch der freien Geschlechtswahl über Hand nehmen.

Wenn dann niemand mehr weiß, wo vorne und hinten ist, lässt es sich besser im ideologischen Einheitsschritt der derzeitigen Politakteure in Richtung Abgrund marschieren. Abhilfe bringen würde allerdings ein Misstrauensantrag der bürgerlichen Kräfte gegen die grün dominierte Ampel und ihren Erinnerungs-Lügen Kanzler. Angesichts der gegenwärtigen Konstellationen scheint dies aber zurzeit noch in der Ferne zu liegen.

Auch Israel ist leider nicht frei von politischen Verwerfungen, die in Form von Anfeindungen gegen die Regierung und Protesten von der israelischen Linken gegen die längst überfällige Justizreform angezettelt werden und von unserer Politik und unseren Medien sowie auch seitens der EU unterstützt und zum Teil angeheizt werden.

Und das alles obwohl Israel seit Jahren mit Premierminister Netanjahu eine sehr erfolgreiche Regierungspolitik betreibt, ein Hort für technische und medizinische Innovation geworden ist und sich zunehmender internationaler Anerkennung erfreut, wie die Abraham-Abkommen aber auch die jüngste Eröffnung der israelischen Botschaft in Bahrain belegen. Dazu liefert der Staat der ehemaligen Opfer Deutschland mit dem Arrow-3-Luftabwehrsystem nun in historisch einzigartiger Weise sogar Schutz vor etwaigen Luftangriffen. Was ihn allerdings nicht vor Diffamierung und Anfeindung hiesiger grüner und linker Politik schützt.

Dem trotz aller Anfeindung florierenden demokratischen und lebensfrohen, freiheitlichen und legitimen Staat Israel, seinen Bürgern und dem ganzen jüdischen Volk, ebenso wie unseren Lesern und uns allen wünsche ich eine ruhige und friedvolle Rest-Sommer- und Jahresausklangszeit.

*Shana Tova w G'marr Chatima Tova!
Am Israel Chai!*

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Der Antisemitismus von Barack Obama lebt in Bidens Weißem Haus weiter

Während die israelische Regierung mit gutem Grunde Vorwürfe gegen den Iran erhebt, hinter der Terror-Welle aus Dschenin zu stecken, lässt sich die Biden-Regierung ganz offensichtlich nicht davon abbringen, 6 Milliarden US-Dollar für das Mullah-Regime zur Verfügung zu stellen. Überhaupt sehen viele Beobachter die Ära Joe Bidens als „3. Amtszeit von Barack Obama“, über dessen, von der Jüdischen Rundschau schon oft betonten antisemitischen Hintergrund nun auch eine hier vorgestellte Biografie Aufschluss gibt. (JR)

Von Collin McMahon

Die Biden-Regierung will dem iranischen Regime 6 Mrd. US-Dollar eingefrorener Gelder für die Freilassung von 5 amerikanischen Geiseln überlassen, die „größte Lösegeldzahlung der amerikanischen Geschichte“, so Richard Goldberg vom Foundation for Defense of Democracies. Goldberg nannte es „den zweiten Schritt einer inoffiziellen Vereinbarung mit Teheran, die dem Regime den Schritt zu Atomwaffen ermöglicht“. Diese Politik gehe auf die Obama-Regierung zurück, die bereits im Rahmen des Atomabkommens 2015 1,7 Mrd. US-Dollar Lösegeld für die Freilassung von vier Amerikanern gezahlt hatte, so Goldberg.

Im Rahmen des zusammen mit Deutschland ausgehandelten Atomabkommens JCPOA hatte Obama dem Mullah-Regime 2016 100 Mrd. US-Dollar zukommen lassen, darunter 400 Millionen US-Dollar in Bar auf Paletten an Bord einer C-130 Hercules, die am 16.1.2017 in Teheran landete, wie CNN damals berichtete. Seitdem brennt der Nahe Osten, und das Ayatollah-Regime führt Stellvertreterkriege vom Libanon und Gaza über Jemen und Irak bis Afghanistan.

Biden fällt Israel in den Rücken

Nun droht Joe Biden zu dieser verhängnisvollen Politik zurückzukehren und Israel mit der atomaren Bedrohung durch Teheran allein zu lassen. Viele Beobachter in Washington sehen die Amtszeit des altersdementen Joe Biden inzwischen als „3. Amtszeit von Barack Obama“. In Obamas Villa im noblen Kalorama-Viertel gehen die politischen Drahtzieher der demokratischen Partei noch ein und aus.

Die Biden-Regierung unterstützt die militante israelische Opposition, die Minister beim Abendessen angreift und vor ihren Häusern randaliert, wie Journalistin Caroline Glick berichtete. Laut Glick finanziert die US-Regierung den Drahtzieher der radikalen Proteste Movement for Quality Government mit über 38.000 Dollar.

Ein Beamter der Netanjahu-Regierung erklärte im März, die radikalen Proteste in Israel würden von der Biden-Regierung „mit Millionen finanziert und organisiert“, so die Times of Israel. Die Biden-Regierung wolle außerdem 5000 „palästinensische Sicherheitskräfte“ „in Jordanien im Guerillakampf ausbilden und dann in Nordsamaria und Hebron einsetzen“, so Caroline Glick im März, „zwei Hauptbrennpunkte des Terrors.“

Der Soros-finanzierte New Israel Fund nahm in einer E-Mail zur Kenntnis, die gewaltsamen Proteste in Israel zu finanzieren: „Der New Israel Fund unterstützt die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an der Veranstaltung der riesigen Demonstration am Samstagabend in Tel Aviv beteiligt waren, mit einem Sonderzuschuss“, heißt es in einer von Channel 14 zitierten E-Mail im Januar. Der New Israel



Wie viel Einfluss hat Barack Obama auf Joe Biden?

Fund werde einen Zuschuss an die EU-finanzierte NGO ACRI – Association for Civil Rights in Israel für regierungsfeindliche Propaganda zahlen. Im März enthüllte Israel National News, dass Demonstranten per WhatsApp 70 US-Dollar und Benzingeld geboten wurde, um an Blockaden des Flughafens Ben Gurion teilzunehmen.

Der lange Arm Obamas

Mindestens 17 Mitglieder der Biden-Regierung entstammen NGOs des Open-Society-Netzwerkes des israelfeindlichen Großspenders George Soros, wie Investigativjournalist Matt Palumbo in seinem Buch The Man Behind the Curtain schreibt, darunter Außenminister Antony Blinken und Sprecherin Karine Jean-Pierre. Die Biden-Regierung ist außerdem durchsetzt von Obama-Vertrauten, von Blinken bis zur Innenpolitischen Beraterin Susan Rice, Geheimdienstchefin Avril Haines, Heimatschutz-Chef Alejandro Mayorkas und USAID-Chefin Samantha Power. Drei Viertel aller Biden-Beamten sind Obama-Leute. Soros war 2008 der erste Geldgeber der Obama-Kampagne.

Barack Obama scherzte bereits 2015 im Gespräch mit dem Komiker Steven Colbert, dass er gerne auch nach seiner Amtszeit die Fäden ziehen würde. „Ich hab schon immer gesagt, wenn ich ein Arrangement treffen könnte, bei dem ich einen Stellvertreter, einen Frontmann oder eine Frontfrau hätte, und sie hätten einen Ohrstöpsel, so dass ich zuhause in meinem Keller in meiner Jogginghose demjenigen ins Ohr diktieren könnte, während derjenige die ganzen Pflichttermine übernimmt... Damit könnte ich leben. Ich finde die Arbeit nämlich extrem spannend.“

Zu Obamas „Arbeit“ gehörte auch die israelfeindlichste Politik einer US-

Regierung seit 1948. Am Ende seiner Amtszeit sorgte Obama dafür, dass die USA sich am 29.12.2016 zum ersten Mal im UNO-Sicherheitsrat bei einer israelfeindlichen Resolution enthielten: Resolution 2334, die die Anwesenheit von Juden in Judäa und Samaria als Verstoß gegen „internationales Recht“ bezeichnete.

Eine mögliche Erklärung für Obamas israelfeindliche Haltung liefert der Biograf David Garrow, dessen kritische Obama-Biografie Rising Star 2017 von den Obama-hörigen Medien weitgehend ignoriert wurde. In einem neuen Interview mit David Samuels vom Tablet Magazine lieferte Garrow eine aufsehenerregende Erklärung für Obamas israelfeindliche Haltung.

Garrow habe Obamas Chicagoer ex-Freundin Sheila Miyoshi Jager interviewt, laut der ihre Trennung Ende der 80-Jahre auf Obamas Weigerung zurückgehe, sich von antisemitischen schwarzen Nationalisten zu distanzieren. In seiner frühen Autobiographie Dreams from my Father hatte Obama die Trennung als Teil seiner Entscheidung für seine schwarze Identität und gegen den „weißen“ liberalen Universalismus geschildert, für den Jager stehe.

Antisemitische Geisteshaltung

Laut Jager ging es bei ihrem Zoff jedoch um Obamas Weigerung, sich von den antisemitischen Ausfällen des damaligen Beraters im Chicagoer Bürgermeisteramt Steve Cokely zu distanzieren, der in einer Reihe von Vorträgen für die antisemitische Nation of Islam von Louis Farrakhan jüdischen Ärzten vorgeworfen hatte, als Teil einer Völkermordkampagne gegen Afroamerikaner schwarze Babys mit AIDS zu infizieren.

Obama und Jager gerieten darüber nach einem Besuch einer Ausstellung über Adolf Eichmann am jüdischen

Spertus Institute in Streit, so Jager. Dabei ist Jager keine rachsüchtige, geschmähte Ex-Geliebte, die sich am erfolgreichen Ex-abreagiert, sondern Professorin am Oberlin College. Obama soll ihr in den 80er Jahren zweimal einen Heiratsantrag gemacht haben, die sie aber abgelehnt habe. Jagers Großeltern Hendrik und Geesje Jager retten im niederländischen Widerstand ein jüdisches Mädchen namens Greetje und wurden dafür in Yad Vashem als Chassid Umot haOlam geehrt.

Obama war in Chicago 20 Jahre lange Mitglied der Gemeinde des antisemitischen schwarzen Hasspredigers Jeremiah Wright. Der Titel seines Buches The Audacity of Hope (Kühnheit der Hoffnung) stammte von einer von Wrights Predigten, so Obama. Nachdem dessen Ausfälle im Wahlkampf 2008 zum Skandal wurden, gab Wright „den Juden“ die Schuld, dass er keinen Zugang zu Obama mehr habe.

Obama traf sich 2005 mit dem Nation of Islam Anführer Louis Farrakhan. Während seiner gesamten Präsidentschaft hielt er ein Bündnis mit dem antisemitischen Hassprediger Al Sharpton aufrecht, der 1991 im Brooklyner Viertel Crown Heights zu Pogromen aufgehetzt hatte und 1987 die falschen, rassistischen Vergewaltigungsanschuldigungen von Tamara Brawley ausgeschlachtet hatte.

Er habe „keine Beweise gesehen, dass Obama persönlichen Groll gegen Juden hegte“, so David Samuels im Tablet Magazine. Dennoch beruhe seine Außenpolitik auf einer „Feindschaft gegenüber Israel“, die seiner Entschlossenheit zugrunde lag, ein Abkommen mit den Mullahs zu erzielen, um den Iran „in die amerikanische Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten einzubinden, und dabei Israels Macht in der Region zu schwächen.“

„Die schiere Menge an politischem Kapital, die Obama in seiner zweiten Amtszeit in das JCPOA investiert habe, zeigt, wie wichtig dieser Deal für ihn war“, so Samuels. „Es hat mehr als nur einen Hauch der Art Politik, in der das US-Imperium als etwas dezidiert Böses begriffen wird.“

Nach der Obama-Enthaltung bei der UNO-Resolution 2334 - gegen den Willen des neu gewählten Präsidenten Donald Trump - sagte der republikanische Senator Marco Rubio, Obama habe damit „radikale, antisemitische Kräfte in der UNO unterstützt, und damit sein historisches Erbe als israelfeindlichster US-Präsident aller Zeiten zementiert.“

Collin McMahon ist Autor von „George Soros' Krieg“.

Folgenreiche Machtverschiebung: Israel und das neue Amerika

Im Nahen Osten wurden in den letzten Jahren die Karten der Macht in vielerlei Hinsicht neu gemischt. Die USA haben gegenüber den arabischen Staaten an Einfluss und Vertrauen verloren. Dieses Vakuum konnte Israel unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ausfüllen und seine Position auch gegenüber Saudi-Arabien stärken. Eine allzu große Nähe zu den USA Joe Bidens, die in Wirklichkeit die Sanktionen gegenüber dem mörderischen Mullah-Regime in Teheran selbst umgehen, würde das aufgebaute Vertrauen der mittlerweile über Abraham-Abkommen verbündeten arabischen Staaten schwächen. Zudem ist die Verunglimpfung Israels bei den Democrats zum Mainstream geworden und verhindert damit eine allzu große Nähe der beiden Staaten. Israels Herausforderung besteht deshalb darin, seine Beziehung zu dem jahrzehntelangen Verbündeten und Unterstützer in einer Weise anzupassen, die dem bereits durch Obama und jetzt durch Biden und seine Democrats verursachten Missklang Rechnung trägt. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Oberflächlich betrachtet fühlte sich der Besuch des israelischen Präsidenten Isaac Herzog im Weißen Haus Mitte Juli an wie in alten Zeiten. US-Präsident Joe Biden begrüßte Israels repräsentatives Staatsoberhaupt herzlich und erklärte wiederholt, dass das Engagement der USA für Israel „eisern“ sei. Biden erwähnte, dass er am Vortag mit Premierminister Benjamin Netanjahu gesprochen und einen Besuch des israelischen Staatsoberhauptes vereinbart habe.

Sind wir also zur Normalität zurückgekehrt? Waren die letzten sieben Monate einer beispiellosen Feindseligkeit der USA gegenüber Israel, seiner gewählten Regierung, seinen parlamentarischen Beratern, seinen hochrangigen Ministern und seinem Premierminister nur ein kleiner Ausrutscher, der nun rückgängig gemacht wird?

Offenbar nicht. Kurz nachdem Herzog das Weiße Haus verlassen hatte, schrieb der Kolumnist der New York Times, Tom Friedman, dass Biden sich nach Herzogs Abreise mit ihm im Weißen Haus traf und behauptete, Biden habe Netanjahu in seinem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten die Leviten gelesen. Biden begründete dies mit der Absicht der Regierung Netanjahu, Teile ihres Justizreformprogramms ohne die Unterstützung ihrer politischen Gegner zu verabschieden. Das Weiße Haus teilte Reportern auch mit, dass Biden Netanjahu nicht ins Weiße Haus eingeladen habe, sondern sich lediglich bereit erklärt habe, ihn irgendwo zu treffen.

Anti-israelische Haltung

Der israelische Nationale Sicherheitsberater Tzahi Hanegbi erklärte gegenüber Reportern, dass Friedmans Bericht über das Gespräch zwischen Biden und Netanjahu schlichtweg falsch sei. Wahrscheinlich ist er das. Dennoch ist es schwer vorstellbar, dass Friedman die Geschichte aus dem Hut gezaubert hat. Höchstwahrscheinlich hat Biden beschlossen, eine feindselige Darstellung des Gesprächs zu veröffentlichen, die sowohl der Darstellung des Weißen Hauses als auch der Darstellung des israelischen Premierministers widerspricht. Mit anderen Worten: Die feindselige Politik, die darauf abzielt, die Regierung Netanjahu im In- und Ausland zu unterminieren, bleibt bestehen.

Für aufmerksame Beobachter der Regierung Biden ist dies nicht überraschend. Wie die Obama-Regierung hat sich auch die Biden-Regierung von Anfang an durch ihre institutionelle Feindschaft gegenüber Israel und anderen Verbündeten der USA im Nahen Osten, insbesondere Saudi-Arabien, ausgezeichnet. In einer wichtigen Analyse des Endowment for Truth in the Middle East (EMET), die diese Woche unter dem Titel „Robert Malley and the Call from the Third



US-Präsident Joe Biden empfängt am 18. Juli den israelischen Präsidenten Isaac Herzog im Weißen Haus.

World“ veröffentlicht wurde, hat EMET zwei wichtige Aspekte der außenpolitischen Weltansicht von Obama und Biden aufgezeigt.

Die Analyse konzentrierte sich auf Robert Malley, Bidens Gesandter für die Verhandlungen mit dem Iran und Obamas Chefstrategie für den Nahen Osten, der vor kurzem gezwungen war, seinen Posten wegen nicht bekannt gegebener Sicherheitsverstöße zu verlassen. Der Artikel zeigte erstens, dass Malley das Produkt einer radikal antiamerikanischen Erziehung ist. Zweitens zeigte er, dass Malleys radikale Ansichten zu den etablierten Ansichten der Demokratischen Partei geworden sind.

„Imperialistische“ Verschwörungstheorien

Malleys Vater Simon Malley war ein führender Verfechter des leninistischen Antimperialismus, der die USA und ihre Verbündeten - wie auch die Juden in Israel - als böse Verderber der Menschheit ansah. Malleys Vater vertrat antiamerikanische Diktatoren und Terroristen der Dritten Welt, darunter Jassir Arafat, als Vorbilder der neuen Menschheit, die die Welt von ihren westlichen imperialistischen Wurzeln „reinigen“ würden. In seinen Schlüsselpositionen sowohl in der Obama- als auch in der Biden-Administration setzte Malley das antiamerikanische Glaubenssystem seines Vaters in die US-Politik um.

Bis Obama an die Macht kam, hätte ein Mann mit Malleys Stammbaum und beruflichem Werdegang niemals eine Sicherheitsfreigabe erhalten, geschweige

denn als Architekt und oberster Vollstrecker der US-Nahostpolitik fungieren können. Doch unter Obama und in den dazwischen liegenden Jahren wurden Malleys Positionen zu den etablierten Positionen der Demokratischen Partei. Wie die EMET-Analyse feststellt, wurde Malley sogar zum Fellow des Council on Foreign Relations ernannt, dem Ground Zero des liberalen außenpolitischen Establishments in Amerika.

Malley ist keine Randfigur in der Verwaltung. Sein Jugendfreund ist Außenminister Antony Blinken. Malleys Ansichten werden von allen hochrangigen Verwaltungsbeamten geteilt, die für die Nahostpolitik zuständig sind. Selbst nachdem Malley wegen nicht genannter Sicherheitsverstöße entlassen wurde - und angeblich Gegenstand einer FBI-Untersuchung ist - stand der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan zu Malley und verteidigte ihn in einem Auftritt in der CBS-Sendung „Face the Nation“ Mitte Juli.

Pro-iranische Politik

Malleys radikale, antiimperialistische Weltansicht leitet und prägt die Analyse der Ereignisse im Nahen Osten durch die Regierung Biden. Unter diesen Umständen könnten vorübergehende politische Umstände die Regierung dazu zwingen, ihren Boykott gegen Netanjahu aufzugeben und ihr „eisernes“ Bekenntnis zu den Beziehungen zwischen den USA und Israel noch vor den Wahlen zu bekräftigen. Aber die Grundlagen der Politik und die Feindseligkeit, die ihr zugrunde liegt, werden sich nicht ändern.

In der Praxis bedeutet dies, dass die Iran-Politik der Regierung das iranische Regime durch nukleare Beschwichtigung und die Lockerung von Sanktionen stärkt. Da die Regierung Biden die US-Wirtschaftssanktionen gegen den Iran nicht durchsetzte, stiegen die iranischen Energieexporte im Jahr 2023 auf ein Fünfjahreshoch. Nach Angaben des Wall Street Journal lieferte der Iran im Mai und Juni 1,6 Millionen Barrel pro Tag, gegenüber 250.000 Barrel pro Tag in den Jahren 2019 und 2020, nachdem die USA Sanktionen gegen seine Öl- und Gasexporte verhängt hatten.

Das Geld hat sich nicht auf die wirtschaftlichen Probleme des Irans ausgewirkt. Es gibt also Grund zu der Annahme, dass der Iran seinen Ölreichtum für seine Stellvertreterarmeen und Terrorgruppen - in erster Linie die Hisbollah im Libanon und den „palästinensischen“ Islamischen Dschihad und die Hamas in Judäa, Samaria und Gaza - sowie für sein Atomprogramm ausgibt.

So berichtete die Associated Press Mitte Juli, dass der Iran im Zagros-Gebirge in Zentraliran in der Nähe von Natanz eine hundert Meter unter der Erde liegende Atomanlage errichtet. Die Anlage liegt angeblich so tief, dass sie gegen konventionelle Bombardierungen immun ist. Diese Aktionen werden durch die Nichtdurchsetzung von Sanktionen durch die Regierung Biden ermöglicht.

Unterstützung für Terroristen

Im Libanon umgeht die Regierung Biden weiterhin das US-Gesetz, das die Finanzierung ausländischer terroristischer

scher Organisationen verbietet, um die Gehälter libanesischer Soldaten und Offiziere der von der Hisbollah kontrollierten libanesischen Streitkräfte zu zahlen. In ähnlicher Weise zahlen die USA die Gehälter der Mitglieder des libanesischen Geheimdienstes, dessen Hauptaufgabe es ist, israelische Spione und Spionagenetzwerke aufzuspüren, in bar. Als Reaktion auf das grenzüberschreitende Eindringen der Hisbollah in Israel und andere Provokationen an der Grenze hat Bidens Gesandter Amos Hochstein damit begonnen, Israel unter Druck zu setzen, damit es sich den territorialen Forderungen der Hisbollah beugt, so wie er die Lapid-Gantz-Regierung nach den Drohnenangriffen der Hisbollah auf die israelische Gasplattform Karish im Juli 2022 gezwungen hat, sich den Forderungen der Hisbollah nach einer Seegrenze zu beugen.

Was die „Palästinenser“ betrifft, so haben die Sicherheitskräfte der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde und die Terroristen der Fatah-Fraktion in den letzten Wochen in ihren offiziellen Medien damit geprahlt, dass ihre Mitarbeiter die meisten Terroranschläge gegen Israel von Nordsamaria aus verüben. Nachdem die IDF eine kurze Anti-Terror-Operation gegen die wachsende Terrorinfrastruktur in Dschenin durchgeführt hatten, forderte die Regierung Israel auf, keine weiteren Operationen in dem Terrorzentrum durchzuführen und sich zurückzuhalten, während dieselben Kräfte der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde die „Kontrolle“ über die Stadt übernehmen.

In seinen Ausführungen im Oval Office hob Herzog die engen militärischen und geheimdienstlichen Beziehungen Israels zu den Vereinigten Staaten hervor

und nutzte sie, um eine Botschaft an Israels Feinde zu senden:

„Es gibt einige unserer Feinde, die die Tatsache, dass wir einige Differenzen haben, manchmal als Beeinträchtigung unserer unverbrüchlichen Bindung ansehen. Und ich glaube wirklich, wenn sie wüssten, wie sehr unsere Zusammenarbeit in den letzten Jahren gewachsen ist und neue Höhen erreicht hat, würden sie nicht so denken“.

Israel hat seine Position gestärkt

Aussagen wie die von Herzog machten vor einer Generation Sinn. Am Ende des Kalten Krieges war Israels Position als Washingtons bevorzugter Verbündeter die Grundlage für eine beispiellose diplomatische Aufwertung. Nationen wie China, Russland und Indien, die glaubten, dass der Weg nach Washington über Jerusalem führt, nahmen die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder auf, die sie in den 1960er und 1970er Jahren als Reaktion auf den arabischen Boykott abgebrochen hatten.

Heute ist die Situation in vielerlei Hinsicht anders. Erstens ist Israel viel mächtiger, als es noch vor einer Generation war. In Bezug auf das, was es den Staaten des Nahen Ostens und der Welt zu bieten hat, ist Israel viel eher mit Japan als mit Taiwan vergleichbar. Zweitens haben die USA unter der Regierung Biden ihre strategische Glaubwürdigkeit als Verbündeter in den Augen ihrer verschmähten arabischen Verbündeten - allen voran Saudi-Arabien - verloren. Saudi-Arabien hat zugestimmt, China in seinem Streit mit dem Iran vermitteln zu lassen, weil es Washington nicht zutraut, es vor dem Iran zu schützen.

Je mehr sich Israel wie ein Klient der USA verhält, je ausgiebiger die israelische Führung den USA für ihre militärische

Unterstützung und ihr „eisernes“ Engagement für Israels Sicherheit dankt, desto weniger sehen die Saudis und andere Jerusalem als glaubwürdigen Verbündeten gegen den Iran. Ebenso wird das Regime in Peking in dem Maße, in dem China glaubt, dass die USA Israel in Bezug auf den Iran unter der Fuchtel haben, nicht bereit sein, Israels Bedenken und Warnungen über das iranische Atomwaffenprogramm zu berücksichtigen, wenn es seine strategischen Beziehungen mit der Islamischen Republik ausbaut.

Netanjahu, der diesen Sachverhalt klar erkannte, sagte am 18. Juli bei einer Gedenkfeier für den zionistischen Führer Ze'ev Jabotinsky: „Wie Jabotinsky, der glaubte, dass das natürliche Bündnis des jüdischen Staates mit den westlichen Mächten besteht, glauben wir, dass unser erstes und wichtigstes Bündnis mit den USA besteht. Wir erinnern uns jedoch immer daran, dass die letzte Verantwortung für unser Schicksal und unsere Sicherheit bei uns liegt - bei der souveränen israelischen Regierung in Jerusalem“.

Militärhilfe untergräbt Israels Sicherheit

Der Weg in die Zukunft der Beziehungen zwischen den USA und Israel wurde Mitte Juli von den Autoren Jacob Siegel und Liel Liebowitz in einem Artikel in der Zeitschrift Tablet aufgezeigt, in dem sie ein Ende der US-Militärhilfe für Israel fordern. Wie Siegel und Liebowitz aufzeigen, überwiegen die Opportunitätskosten der jährlichen Hilfe in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar den Nutzen in allen Bereichen. Nicht nur, dass Israel einen direkten und verheerenden Schlag gegen seine Militärindustrie und strategische Unabhängigkeit einstecken muss, die Hilfe ist auch an US-Plattformen wie die F-35 gebunden, die für Israels Bedro-

hungsumfeld ungeeignet sind.

Die Hilfe wird von israelfeindlichen Gesetzgebern und Politikern als Waffe eingesetzt, um Israel zu zwingen, sich der US-Politik in Bezug auf die „Palästinenser“, den Iran und den Libanon anzuschließen, die Israels Sicherheit und nationalen Interessen zuwiderläuft. Anstatt Israel zu stärken, insbesondere angesichts der grundlegenden Feindseligkeit der Biden-Regierung gegenüber Israel, untergräbt die Abhängigkeit Israels von der US-Militärhilfe Israels Ansehen als regionale Macht und ermächtigt seine Feinde zu Angriffen, da sie wissen, dass die USA mit ihnen gegen Israel stehen.

Das Veto der USA gegen israelische Technologie- und Waffenverkäufe, das auf diese Hilfe zurückzuführen ist, schränkt Israels Freiheit ein, Sicherheitsbeziehungen zu Staaten wie Indien aufzubauen. Genauso wichtig ist, dass Israel und die USA komplementäre Fähigkeiten und Interessen haben. Um gesunde Beziehungen aufrechtzuerhalten, muss Israel seine Position als Klientelstaat aufgeben und stattdessen, wie ein Juniorpartner nach dem Vorbild Großbritanniens in seinen kooperativen Beziehungen zu Washington handeln.

Ein solcher Wandel würde Israel vor plötzlichen Erschütterungen seiner langfristigen strategischen Planung und seiner Beschaffungsziele schützen, die derzeit von Wahlergebnissen abhängen. Am 18. Juli erklärte das Wall Street Journal, dass „die Verunglimpfung Israels in der Demokratischen Partei zum Mainstream geworden ist“. Israels Herausforderung besteht darin, seine Beziehungen zu den USA in einer Weise anzupassen, die diesem Umstand Rechnung trägt. Der erste Schritt zur Erreichung dieses Ziels besteht darin, Israel rasch von der US-Militärhilfe abzubringen.

Islamischer Terror: 9/11 hätte womöglich verhindert werden können

Am 11. September 2001 erklärte der Islam der freien Welt den Krieg. Islamische Terroristen, die teilweise in Deutschland studiert und gelebt hatten, entführten Flugzeuge und ließen sie in das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D.C. stürzen. Eine weitere Passagiermaschine stürzte im US-Bundesstaat Pennsylvania ab. Selbstlose Flugzeuginsassen hatten offenbar einen weiteren Anschlag verhindert und ihr Leben dafür gegeben. Etwa 3000 Menschen kamen bei dem Terroranschlag um. Drahtzieher der Anschläge war Osama bin Laden und sein Terrornetzwerk Al-Qaida. Bereits 1993 hatte es einen islamischen Anschlag auf das World Trade Center gegeben. Hätte das FBI damals warnende Stimmen ernstgenommen, hätte der schlimmste Terroranschlag auf amerikanischem Boden vielleicht verhindert werden können. (JR)

Von Dr. Joseph Frager/JNS.org

Wäre die Ermordung von Meir Kahane ordnungsgemäß untersucht worden, hätte bin Ladens Netzwerk von Terroristen aufgedeckt werden können.

Am vergangenen 26. Februar jährte sich der erste Anschlag auf das World Trade Center, bei dem sechs Menschen getötet und Tausende verletzt wurden, zum 30. Mal. Ich war an diesem Tag zufällig in Manhattan und erinnere mich an den Rauch, der aus dem Nordturm aufstieg.

Es war ein beängstigender Moment und eine unheilvolle Vorahnung der Ermordung von fast 3.000 unschuldigen Menschen am 11. September 2001, als die Türme zum zweiten Mal angegriffen und zerstört wurden.

Keine Lehren aus dem Anschlag 1993 gezogen

Nach dem ersten Bombenanschlag auf das World Trade Center im Jahr 1993 wurden viele Fragen aufgeworfen. Leider hat die amerikanische Führung es ver-

säumt, wertvolle Lehren aus diesem Akt des islamischen Terrorismus auf amerikanischem Boden zu ziehen.

Die wichtigste Frage ist, wie es möglich war, dass ein zweiter Anschlag am selben Ort verübt werden konnte. Auf diese Frage habe ich nie eine gute Antwort erhalten. Die Fehler und Versäumnisse fanden auf vielen Ebenen statt, und Amerika hat den Preis dafür bezahlt.

Es ist ein Verdienst der Strafverfolgungsbehörden, dass es in Amerika seit dem 11. September 2001 keine Terroranschläge mehr gegeben hat. Schließlich wurden wertvolle Lehren gezogen, die jedoch bereits aus dem ersten Anschlag hätten gezogen und der zweite Anschlag hätte verhindert werden können.

Der Mord an Rabbi Meir Kahane

Diese Versäumnisse begannen jedoch bereits vor dem ersten Anschlag auf das World Trade Center. Am 5. November 1990 wurde Rabbi Meir Kahane von El Sayyid Nosair im New Yorker Marriott East Side Hotel ermordet.

Nach dem Mord durchsuchte die Polizei die Wohnung von Nosair und beschlagnahmte 47 Kisten mit Dokumenten, paramilitärischen Handbüchern, Karten und Plänen von Gebäuden - darunter auch das World Trade Center. Diese Beweise deuteten eindeutig darauf hin, dass in den Vereinigten Staaten ein Netzwerk radikaler Muslime mit Verbindungen zu Osama bin Laden am Werk war. Leider wurde dies unter den Teppich gekehrt.

Wäre 1990 mit der gebotenen Sorgfalt vorgegangen worden, hätte nicht nur der 11. September 2001, sondern auch der Anschlag auf das World Trade Center 1993 verhindert werden können.

FBI missachtete Informationen

Das FBI hatte einen Informanten namens Emad Salem in der New Yorker Zelle platziert, die mit Nosair verbunden war. Salem wurde später der persönliche Leibwächter von Scheich Abdel Rahman, bekannt als "der blinde Scheich", der später wegen "aufrührerischer Verschwörung" im Fall des Bombenanschlags auf das

World Trade Center 1993 verurteilt wurde. 1992 hatte Salem das FBI mehr als einmal gewarnt, dass radikale Muslime einen großen Bombenanschlag in New York City planten. Das FBI missachtete die Informationen.

Wäre die Ermordung von Rabbi Kahane ernst genommen und ordnungsgemäß untersucht worden, hätte man Salems Warnungen vor einer ernsthaften Bombendrohung in New York City eher beachtet als abgetan. Hätte man die richtigen Lehren aus dem Kahane-Attentat und dem ersten Anschlag auf das World Trade Center gezogen, hätte der 11. September mit ziemlicher Sicherheit verhindert werden können. Ich hoffe, dass wir 30 Jahre später die Lehren aus diesen Katastrophen gezogen haben.

Dr. Joseph Frager ist ein langjähriger Aktivist und Arzt. Er ist Vorsitzender der Israel Advocacy der Rabbinical Alliance of America, Vorsitzender des Exekutivkomitees der American Friends of Ateret Cohanim und Executive Vice President der Israel Heritage Foundation.

Barbarische Gewalttat erschüttert Frankreich: Täter war polizeibekannt

Nach einer brutalen Vergewaltigung steht Frankreich unter Schock. Der 18-jährige Täter Oumar N. überfiel eine junge Frau in ihrer eigenen Wohnung, vergewaltigte und folterte sie bestialisch. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautet „Vergewaltigung, begleitet von Folter oder barbarischen Handlungen“. Die Zahl der Vergewaltigungen in den großen Ländern Westeuropas ist in den letzten zehn Jahren mit wachsender Migration stark angestiegen, in Frankreich am stärksten, nämlich um 170 Prozent (Deutschland: +120 Prozent). Daneben ist bekannt, dass Migranten auf diesem Feld stark überrepräsentiert sind. Das scheint vor allem für Afrikaner zu gelten, die in Deutschland, Italien und Spanien bei dieser Verbrechenart etwa um das Zehnfache mehr vertreten sind als andere Bevölkerungsgruppen. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Irgendwann bleibt die Realität nicht mehr draußen vor der Tür. Das ist ein Satz, der inzwischen auf viele Nachrichten zutrifft – zunehmend auch auf das Kleingedruckte am Rande, die kleinen oder vermissten Meldungen, die in Frankreich „faits divers“ (diverse Geschehnisse) heißen. Das gilt für den Görlitzer Park in Berlin, dessen Anwohnerinnen (mit und ohne kleine Kinder) nach Überlebensstrategien suchen, zumal seit dort eine junge Frau vergewaltigt wurde, was die Berliner Polizei zunächst vertuschen wollte. Einig sind sich alle, dass man nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr alleine in den Park gehen kann, ohne am anderen Ende Bescheid zu sagen, dass es einem gut geht. Manchmal fühlen sich die Frauen nicht einmal in der eigenen Wohnung vor Junkies und Kriminellen sicher.

Der grausame Vorfall in Cherbourg

Im französischen Cherbourg wurde Anfang August eine 29-jährige Frau in ihrer eigenen Wohnung zum Opfer einer furchtbaren Gewalttat. Die zuständige Staatsanwaltschaft ermittelt wegen „Vergewaltigung, begleitet von Folter oder Akten der Barbarei“. Der Straftatbestand ist vom Gesetz nicht genau definiert, muss immer wieder von Staatsanwälten und Richtern präzisiert werden. Doch immer geht es um Gewalttaten von außerordentlicher Schwere, die dem Opfer extreme Schmerzen oder Leiden zufügen. Bis zu 15 Jahre Haft stehen auf diesen Straftatbestand. Bei besonders schweren Fällen, etwa wenn dauerhafte Verstümmelungen oder Gebrechen aus der Tat folgen, sind bis zu 30 Jahren Haft möglich.

Die vergewaltigte Frau liegt nach einer Not-Operation im Koma, schwebt zehn Tage nach der Tat noch immer zwischen Leben und Tod. Der Täter, ein 18-Jähriger namens Oumar N., war in ihre Wohnung eingedrungen, hatte sie geschlagen und mehrfach vergewaltigt, unter anderem mit einem Besenstiel von 75 Zentimetern, wie der Figaro berichtet. Nicht alle Medien taten das. Die Verletzungen waren: Perforation von Dick- und Dünndarm, Bauchfell und Zwerchfell, ein Pneumothorax (das ist eine ernste Verletzung der Lungen), Rippenbrüche sowie das hohe Risiko eines septischen Schocks. Aus den inneren Verletzungen kann man sich die absurde Brutalität der Tat vorstellen.

Mehrzahl der Täter sind Ausländer, 80 Prozent der Opfer nicht

Es ist eines der Verbrechen, von denen man gemeinhin sagt, dass es sie früher nicht gegeben habe. Einige Mitarbeiter des Hospitals Pasteur, in dem das Opfer behandelt wird, sollen angesichts der Verletzungen in Tränen ausgebrochen sein. Erschüttert waren auch die polizeilichen Ermittler, die nie ein solches Ausmaß an Barbarei gesehen hätten.



In Frankreich haben die Vergewaltigungen in den letzten zehn Jahren um ca. 170 Prozent zugenommen.

Die Befragung des Mannes habe „auf ein gefährliches Profil“ hingewiesen: „Er zeigte absolut keine Emotionen und kein Mitgefühl für das Opfer. Während des gesamten Polizeigewahrsams zeigte er Kälte.“

Nun stellt sich auch heraus, dass gegen den Verdächtigen schon 2019 wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen ermittelt wurde (2020 eingestellt). Im letzten Jahr scheint es zudem einen sexuellen Übergriff auf seine jüngere Schwester gegeben zu haben, was immer noch Gegenstand von Ermittlungen ist. Insgesamt war der Beschuldigte der Justiz durch 17 Fälle bekannt, unter anderem wegen Diebstahl und Hehlelei. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, dass die Tat von Cherbourg zu verhindern gewesen wäre, wenn Polizei und Justiz schneller und entschiedener gehandelt hätten.

Die Zahl der Vergewaltigungen in den großen Ländern Westeuropas ist in den letzten zehn Jahren stark angestiegen, in Frankreich am stärksten, nämlich um 170 Prozent (Deutschland: +120 Prozent). Daneben ist bekannt, dass Zuwanderer und Ausländer auf diesem Feld stark überrepräsentiert sind, wie man auch aus der deutschen Polizeilichen Kriminalstatistik wissen kann.

Das scheint vor allem für Afrikaner zu gelten, die in Deutschland, Italien und Spanien etwa um das Zehnfache überrepräsentiert sind, was Vergewaltigungen angeht. Frankreich geizt bekanntlich mit Nationalitäten in seinen offiziellen Statistiken. Aus dem öffentli-

chen Nahverkehr der Hauptstadtregion (Île-de-France) ist aber zu entnehmen, dass dort 61 Prozent aller sexuellen Übergriffe von Ausländern begangen werden, während 83 Prozent der Opfer Franzosen – oder wohl eher Französinnen – sind.

Wie ein Sozialist die Statistik mit hohlen Worten verbiegt

Man kann es als Tragödie empfinden, dass Polizei und Justiz nicht früher und genauer auf diesen kaum volljährigen, angeblich korpulenten Jugendlichen aufmerksam wurden. Doch das politische Meinungsklima in Frankreich spaltet sich im Angesicht dieser Prüfung. Vieles wirkt wie eine verspätete Trauerbekundung – oder doch Mund-zu-Mund-Beatmung für ein sterbendes Frankreich.

Der Parteigründer Éric Zemmour (Reconquête) schrieb, er träume von einem Frankreich, in dem eine junge Frau nicht riskiert, ins Koma zu fallen, nachdem sie von einem Wiederholungstäter in ihrem eigenen Haus ausgeraubt, vergewaltigt und gefoltert worden sei. Jordan Bardella, jugendlicher Parteichef des Rassemblement National, sah die junge Frau als x-tes Opfer der „Barbarei, die Frankreich erobert“. Éric Ciotti, der Chef der moderat-konservativen République, sprach von einem „abscheulichen Übergriff“, für den der „barbarische Täter“ schwer bestraft werden müsse.

Dagegen warnte der erste Sekretär der sozialistischen Partei, Olivier Fau-

re, vor einer Instrumentalisierung der Tat: „Ein Verbrecher muss für seine Verbrechen verurteilt werden, egal ob er Oumar, Francis, Michel, Emile, Guy oder Patrice heißt. Barbarei, Perversion und Laster haben weder eine Hautfarbe noch eine Nationalität. Eine abscheuliche Tat zu nutzen, um zu unterstellen, dass Einwanderer Vergewaltiger sind, ist rassistisch.“ Allein, dass Faure fünf französische Namen nannte und nur einen fremdländischen, scheint nicht genau die Statistik widerzuspiegeln, die in Frankreich immer etwas im Dunkeln liegt – natürlich wegen der Republik oder etwas Ähnlichem. An der Realität der Vergewaltigungen in Frankreich redete Faure damit souverän vorbei. Denn dann hätte Faure drei, vielleicht sogar vier fremdländische Namen nennen müssen und vielleicht noch einen französischen, wie die Zahlen aus dem Pariser ÖPNV belegen.

Schon bei Lola war „Barbarei“ im Spiel

Die grüne Sandrine Rousseau flötete derweil etwas von „Solidarität“ mit dem und „Unterstützung“ für das Opfer. Das fällt leicht, wenn man wie die Franko-Grünen nur das wachsende Elend der französischen Großstädte verwaltet und steigert. Der „aufsässige“ Jean-Luc Mélenchon wahrte an dieser Stelle absolutes Schweigen. So war der gesamte Reigen wieder beisammen: Konservative, die davon ausgehen, dass harte Strafen das Problem lösen können; Sozialisten, die sich vor der Ausschlichtung des

Falls durch die politische Konkurrenz sorgen; Ultralinke, die noch nicht einmal das über die Lippen bringen (man weiß nicht genau, warum). Und eine nationale Rechte, die wohl wieder einmal näher an den Fakten ist als viele andere.

Denn die Fakten sprechen in Frankreich längst eine eigene Sprache. Die Verbrechen sind nicht mehr zu übersehen, bei denen Rassismus gegen Weiße zumindest eine Rolle neben anderem spielen dürfte. Natürlich verdienen auch die Argumente, dass es hier um den mentalen Niedergang eines ganzen Landes gehe, das in einer großen Transformation stecke, gehört zu werden. Aber damit ist vielleicht noch einmal dasselbe angesprochen.

Der Tatvorwurf von „Folter und Barbarei“ war dabei erst im Oktober 2022 allgemeines Mediengespräch, wurde er doch der Mörderin der zwölfjährigen Lola Daviet gemacht. Gegen die Algerierin Dahbia Benkired – eigentlich ohne Aufenthaltsrecht im Land – wird noch immer wegen Mordes und Folter oder Akten der Barbarei ermittelt. Ein Psychiater stellte nach der Tat die Schuldfähigkeit Benkireds fest. Dennoch kam sie im Februar 2023 in ein psychiatrisches Krankenhaus, wie erst im Juli bekannt wurde. Ihr Prozess steht aus, ebenso weitere psychiatrische Gutachten. Vom Untersuchungsrichter befragt, gab sie

das folgende bizarre Statement: „Ich habe sie (Lola) nicht gezwungen, sie ist freiwillig hochgegangen, aber oben hatte sie Angst, und so habe ich sie gezwungen, zu mir nach Hause zu gehen. Ich habe sie ein bisschen geschlagen, mir ging es nicht so gut. Ich habe getan, was ich tun musste. Ich habe es ein bisschen übertrieben, um meinen Spaß zu haben, und dann war Schluss.“

Panorama eines Nutzers: Wird die Frau noch respektiert?

Ein Social-Media-Nutzer hat unter dem Kommentar Éric Zemmours einen eigenen Beitrag zu der schlimmen Vergewaltigung in Cherbourg veröffentlicht, in dem er ein aufschlussreiches Panorama zeichnet und Forderungen ableitet:

„Der x-te Überfall, nicht in Paris oder Marseille, ein Überfall am Ärmelkanal, bei dem eine junge Frau von einem Unbekannten in ihrem Haus vergewaltigt und zum Sterben zurückgelassen wurde, erinnert uns auf tragische Weise an die unerträgliche Gewalt, die in unserer Gesellschaft herrscht. (...) Immer neue Straftaten, Vergewaltigungen, Übergriffe, Plünderungen und Ausschreitungen suchen uns heim. (...)“

Befinden wir uns noch in einem Rechtsstaat, in dem Frieden herrscht? Wo die Bürger geschützt werden? Wo die Frau respektiert wird? Wo unsere

Alten gut behandelt werden? Nein, meine lieben Landsleute, wir befinden uns in einem Krieg. Es ist ein Krieg der Zivilisation. Und wir müssen unsere Mitbürger mit allen Mitteln schützen.

Ich weiß, dass meine Worte manche schockieren werden. Aber ich sage es ganz offen: Es ist an der Zeit, hart zuzuschlagen. Das ist die einzige Möglichkeit, unsere säkulare und brüderliche Republik wiederherzustellen.“

Brüderlichkeit (fraternité) gilt in Frankreich eben auch für Frauen. Beachtlich, dass der Respekt der Frau ausgerechnet in dem Moment in Frage steht, in dem Zuwanderer aus außereuropäischen Kulturen nach Europa strömen – häufig mit ultra-patriarchalem Gepäck, das man hierzulande längst abgelegt hatte (etwa seit der Spätantike).

Im Anschluss daran fordert der Schreiber etwa ein hartes Durchgreifen der Justiz: „Die Justiz, die heute angesichts solcher Taten zu weich und zu tolerant zu sein scheint, muss mit unerschütterlicher Entschlossenheit reagieren.“ Vielleicht brauche es sogar den „Ausnahmestandard“, um „die Bremsen der Justiz zu lösen und unserer Polizei die Mittel an die Hand zu geben, um unbehelligt zu agieren“. Das wäre in der Tat eine radikale Forderung, die alle Bürger beträfe.

Der Autor gibt sich jedoch überzeugt, dass man „diesen Wurm im Keim zu

ersticken“ habe und „dieses Krebsgeschwür, das unsere Nation bedroht“, stoppen müsse. „Ja, es wird eine schwierige Aufgabe sein, aber Frankreich verdient es, dass wir mit Mut und Entschlossenheit für es kämpfen.“

Berlin ist nicht anders

Auch in Berlin-Kreuzberg, rund um den Görlitzer Park, setzt sich das harte Rendezvous der Multikulti-Blase mit der Realität fort. Auch hier sind einige bereit, für ihren Stadtteil zu kämpfen, andere wollen einfach wegziehen und beklagen sich, dass man von ihnen eine Lösung der gesamtgesellschaftlichen Probleme erwartet – etwa durch Runde Tische.

Viele wundern sich zuletzt, was die Berliner Politik (in Bund und Land) mit den Zuständen beabsichtigt: „Soll die Stimmung erst kippen?“ Junkies und aggressive Dealer machen das alltägliche Leben zur Hölle. Doch dass diese Unordnung eine politische Funktion haben soll, wäre viel zu weit gedacht. Oder?

Überall im Land fällt derweil die Friedlosigkeit auf, in der Frauen im „neuen“ öffentlichen Raum auch Deutschlands leben müssen. Das scheint eine neue westeuropäische Realität zu sein.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Polen: Morawiecki kündigt Referendum zur EU-Asylpolitik an

Mit dem Ratsbeschluss im Juni will die EU die Umverteilung von Migranten auf die Mitgliedsstaaten einführen. Nimmt ein Staat nicht auf, soll er zu Strafzahlungen verpflichtet werden. Stattliche 22.000 Euro pro abgelehntem Migranten sollen dann fällig werden. Die wegen ihrer umsichtigen Migrationspolitik bisher von islamischer und migrantischer Gewalt weitestgehend verschonten Länder Ungarn und Polen wollen das nicht akzeptieren. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki will erst die eigenen Bürger über den EU-Asylbeschluss befragen. Zugleich mit den polnischen Parlamentswahlen will die Regierung den Bürgern am 15. Oktober ein entsprechendes Referendum zur Abstimmung vorlegen. (JR).

Von Matthias Nikolaidis

Mit dem Ratsbeschluss vom Juni will die EU wieder einmal die Umverteilung von Migranten auf die Mitgliedsstaaten einführen. Nimmt ein Staat nicht auf, soll er zu Strafzahlungen verpflichtet werden. Ungarn und Polen wollen das nicht akzeptieren. Der polnische Ministerpräsident will die eigenen Bürger dazu befragen.

Die polnische Regierung will die Bürger über den EU-Asylbeschluss von Anfang Juni abstimmen lassen. Es geht dabei um die verpflichtende Verteilung von Migranten auf verschiedene EU-Staaten, die gern als solidarisch beschrieben wird, es aber gar nicht ist, wie gerade die unproportionale Belastung deutscher Kommunen durch die illegale Zuwanderung belegt. Wenn ein Land die Aufnahme von Migranten ablehnt, soll laut dem EU-Entwurf – der offenbar noch nicht in trockenen Tüchern ist – eine Ausgleichs- oder Strafzahlung von 22.000 Euro pro abgelehntem Migranten fällig werden. Das eingenommene Geld soll dann entweder für die Unterbringung von Migranten oder für andere Maßnahmen der Migrationspolitik eingesetzt werden.

Es scheint ein ewiges Thema zu sein: Wie können illegale Migranten, die sogenannten „Flüchtlinge“, möglichst gleichmäßig über die gesamte EU verteilt werden? Dieses Vorhaben ist bisher immer gescheitert oder mit einseitigen Übernahmezusagen (Deutschlands) ausgegangen. Die Migranten verteilen sich derweil von ganz alleine im Staatenblock EU und folgen darin Anerkennungschancen und dem Geld. Dieses Phänomen wird man durch keine ver-

ordnete „Umverteilung“ kurieren können.

Und doch versucht es die EU – oder besser gesagt, einzelne Akteure in ihr – immer wieder, einen solchen Verteilungsmechanismus zu begründen. Das geschah nun erneut auf dem Brüsseler Gipfel von Anfang Juni. Doch zwei Länder waren gar nicht einverstanden mit diesem „EU-Asylkompromiss“. Polen und Ungarn lehnen die Alternative von Aufnahme oder Strafzahlung ab. Ein Kompromiss oder gemeinsamer Beschluss war das folglich nicht, eher der Versuch eines Diktats.

Morawiecki spricht von „Zwangsumsiedlung“ und einer Politik gegen polnische Kultur

Nun will Polen seine Bürger über die neu-alte Verteilungsidee abstimmen lassen. Das verkündete Ministerpräsident Mateusz Morawiecki über X (früher Twitter). Zugleich mit den polnischen Parlamentswahlen will die Regierung den Bürgern am 15. Oktober insgesamt vier Referendumsfragen zur Abstimmung vorlegen.

In seinem Online-Video verkündete Morawiecki die Frage zum Asylbeschluss. Die Fragestellung soll demnach lauten: „Unterstützen Sie die Aufnahme tausender illegaler Einwanderer aus dem Nahen Osten und Afrika in Übereinstimmung mit dem von der europäischen Bürokratie auferlegten Zwangsumsiedlungsmechanismus?“ Man wolle die Polen fragen, ob sie „mit der Politik von Weber und Tusk einverstanden sind, mit der Politik, die die polnische Kultur zerstören will“.

An der Frage fallen zwei Dinge auf: Zum einen hebt Morawiecki die Herkunft der illegalen Einwanderer aus

dem Nahen Osten und Afrika hervor, was eine Integration in Polen zweifellos erschwert. Zum anderen spricht er richtigerweise von einer erzwungenen Umsiedlung der illegalen Migranten und spielt damit auch auf die bekannten Resettlement-Pläne von UN und EU an, denen sich Polen nicht beugen will.

Schon Ende Juni hatte der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński, angekündigt, dass die polnische Regierung sich an dieser Stelle der Unterstützung der polnischen Bürger versichern wolle: „Wir werden nicht zustimmen, ebenso wenig wie die polnische Nation, und das muss Gegenstand eines Referendums sein.“ Und man darf sich fragen, wann endlich in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien ähnliche Referenden abgehalten werden, um die Nicht-Gangbarkeit der Idee zu beweisen.

Daneben sollen drei weitere Fragen – so über die Anhebung des Pensionsalters oder die Privatisierung staatlicher Unternehmen – zur Abstimmung gestellt werden. Am 17. August hat der Ministerrat das Referendum beschlossen.

Wichtig, Gastgeber im eigenen Haus zu bleiben

Ebenfalls am 13. August sprach Morawiecki bei einem Ortstermin über die Sicherheit Polens und „warum es so wichtig ist, dass wir der Gastgeber in unserem eigenen Haus bleiben“. Man müsse selbst entscheiden, wen wir auf unserem Territorium aufnehmen wollen und wen nicht. Morawiecki ging zudem auf die „Bilder aus Paris, Stockholm, Malmö oder Marseille“ ein, die er auf die „tragische Politik des Multikulturalismus“ zurückführt. Gemeint sind offenbar schwedische Bankkriege und die wiederkehrenden Un-

ruhen von Migranten, die in den französischen Banlieues auftreten. Durch den Wahlsieg der PiS im Jahr 2015 sei Polen dieses Schicksal erspart geblieben. Die vorangehende Regierung unter Donald Tusk habe „zehntausende von Plätzen für illegale Einwanderer vorbereitet“ und würde diese Politik nach einer Wiederwahl wieder aufnehmen. Auch in dem X-Video kommt Tusk mit einer Aussage zur „europäischen Solidarität“ vor, die wie gezeigt zahnlos ist.

Offen bleibt, welchen Einfluss ein negatives Abstimmungsergebnis auf das Funktionieren der EU hätte. Die polnische und ungarische Regierung hatten konsequenten Widerstand gegen den Formelkompromiss von Brüssel angekündigt, der unter Aussetzung des Veto-Rechts der einzelnen Länder gefasst wurde. Man kann dem EU-Beschluss deshalb eine verminderte demokratische Strahlkraft attestieren, da er die Auffassungen der gewählten Regierungen in Polen und Ungarn ignorierte. Nur aus den einzelstaatlichen Regierungen bezieht der Rat der EU-Regierungschefs überhaupt eine gewisse demokratische Legitimation.

Im Grunde müssten sich auch die EU-Großen über das polnische Referendum freuen, wird es ihnen doch zeigen, was man in einem nicht ganz unwichtigen Mitgliedsstaat von den Brüsseler Beschlüssen hält. Ein tieferes Interesse von EU-Seite ist aber nicht wahrscheinlich. Trotzdem könnte zumindest Polen – gesetzt, dass die Bürger die Frage eindeutig verneinen – seine Verhandlungsposition stärken.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Pulverfass Libanon: „Der Libanon ist unter iranischer Besatzung“

Ein Munitionslastwagen der Hisbollah war bei der Durchfahrt durch eine libanesischen Stadt umgekippt. Libanesischen Christen umstellten den Lastwagen und gerieten in eine Konfrontation mit Hisbollah-Mitgliedern. Der Vorfall erweckte umgehend Proteste der christlichen Bevölkerung gegen den schiitischen Einfluss im Land. Christliche Politiker fragten, warum die internationale Gemeinschaft sich so sehr gegen eine israelische Unterstützungspräsenz engagiert, aber die Einmischung des Iran im Libanon und seinen politischen Einfluss nicht als eine faktische Besetzung des Libanon durch die Hisbollah betrachtet. (JR)

Von Aviel Schneider

Im Libanon, dem Land der Zedern brodelte es. Ein Zwischenfall am 9. August macht die aufgeheizte Stimmung deutlich.

Ein Munitionslastwagen der Hisbollah war bei der Durchfahrt durch eine Stadt umgekippt. Die Stadt Kahaleh ist eine Hochburg der christlichen Partei und ehemaligen Miliz „Libanesischen Kräfte“. Libanesischen Christen umstellten den Lastwagen und gerieten in eine Konfrontation mit den Hisbollah-Männern. Auf beiden Seiten gab es Medienberichten zufolge mindestens einen Toten.

Der Vorfall erweckte umgehend Proteste der christlichen Bevölkerung gegen den schiitischen Einfluss im Libanon. Christliche Politiker im Libanon fragten, warum die internationale Gemeinschaft sich so sehr wegen der israelischen „Besatzung“ engagiert, aber die Einmischung des Iran im Libanon und seinen politischen Einfluss nicht als eine faktische Besetzung des Libanon durch die Hisbollah betrachtet.

Praktisch ist der Libanon von den Schiiten besetzt. Das Land steckt in der Krise, die vor drei Jahren mit der verheerenden Explosion am Hafen von Beirut noch weiter verschärft wurde. Im Land herrscht ein kompliziertes System, das von institutionalisierten Konfessionen gestützt wird.

Auch wenn die Hisbollah offiziell nicht zugibt, dass dieser Munitionslastwagen der Organisation gehört, zeigen ihre Karikaturen den Lastwagen und den Toten, ein Mitglied der Hisbollah, der bei der Schießerei im Dorf ums Leben kam.

Feuerwechsel zwischen Christen und Schiiten

Der Vorsitzende der christlichen Kata'ib-Partei warnte, der Libanon habe „den Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt, nachdem christliche Dorfbewohner am Tag vorher in einem Dorf südlich von Beirut mit Hisbollah Mitgliedern zusammengegeraten waren. Feuerwechsel zwischen Christen und Schiiten ist nichts Neues im Libanon und kommt immer wieder vor. Darüber berichten die sozialen Netzwerke im Libanon mehr als die offiziellen Medien im Land. „Seit heute ist unser Kampf gegen die Hisbollah ein existenzieller Kampf, nicht nur ein politischer“, warnte der libanesischen Politiker Samy Gemayel. „Wir wissen, wohin uns das in der Vergangenheit geführt hat“, fügte er hinzu und erinnerte an den libanesischen Bürgerkrieg.

Von 1975 bis 1990 herrschte im Libanon ein Bürgerkrieg zwischen einer Reihe von christlichen, schiitischen, sunnitischen und „palästinensischen“ Milizen und Terrorgruppen. Damals war die christliche Kata'ib-Partei Teil der libanesischen Streitkräfte, die sich gegen die schiitische und „palästinensische“ PLO im Land richteten. Sie spielte eine zentrale Rolle im Bürger-



Die UN patrouilliert am 30. August 2023 im Libanon neben einer Reklametafel mit einem Porträt von Hassan Nasrallah, dem Führer der mächtigen schiitischen bewaffneten Gruppe Hisbollah im Libanon.

krieg.

Im Juni 1982 war Israel gezwungen, aufgrund von Katjuscha-Raketeneinschlägen auf Israels Norden in den Libanonkrieg zu ziehen. Das Ziel: Yassir Arafats PLO-Terroristen (Sunniten) zu besiegen, die unter anderem für den Bürgerkrieg im Land verantwortlich waren.

18 Jahre blieb Israels Armee im Südlibanon, vieles ist schiefgelaufen und die zahlreichen ethnischen Gruppen machten alles noch komplizierter. Das war meine Zeit in der israelischen Armee und im Libanon. Es waren die israelischen Streitkräfte, die die PLO-Terroristen und Arafat letztendlich aus dem Land vertrieben hatten.

„Was wäre, wenn der Lastwagen Sprengstoff enthielt und der Vorfall zu einer gewaltigen Explosion geführt hätte, wenn Hunderte von Menschen getötet worden wären? Wir sind nicht

bereit, mit einer bewaffneten Miliz im Libanon zu koexistieren, und dem werden praktische Schritte, Treffen der Opposition und Entscheidungen folgen“, betonte Gemayel in den Medien und erinnerte damit an die Mega-Explosion im Waffenlager der Schiiten in Beirut im August 2020.

Gefahr eines zerfallenden Staates

Auch die christliche Freie Patriotische Bewegung (FPB) unter der Führung von Gebran Bassil warnte, dass der Vorfall in Kahaleh ein Warnsignal für die drohende Gefahr eines zerfallenden Staates und einer krampfenden Gesellschaft sei. Jahrelang war die christliche FPB mit der schiitischen Hisbollah verbündet, aber dies hat sich in den letzten Jahren wegen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise im Libanon dramatisch geändert. Die FPB entfernte sich

Im Land mit seinen rund 5 Millionen Einwohnern sind 18 Glaubensgemeinschaften staatlich anerkannt, von denen die meisten Christen, muslimische Sunniten oder Schiiten sind. Die Maroniten sind die größte christliche Gruppe. Die christliche Bevölkerung im Libanon zählt heute weniger als 40 Prozent der Gesamtbevölkerung. Vor etwa hundert Jahren waren die Christen im Libanon noch die Mehrheit, denn der Libanon war ein Zufluchtsland für Christen aus anderen arabischen Staaten des Nahen Ostens. Besonders nach der islamischen Eroberung wanderten Christen im 7. Jahrhundert in den Libanon aus. Die Anzahl der Schiiten wird im gesamten Land auf 1,7 Millionen geschätzt. Davon leben 800.000 im Süden der Hauptstadt Beirut. Die Sunniten und Schiiten zählen gemäß libanesischen Quellen jeweils 27 Prozent. Drusen machen ca. 6 Prozent der Bevölkerung aus. Insbesondere libanesischen Christen sind über Jahrzehnte aus dem Libanon abgewandert. Schätzungen gehen davon aus, dass im Ausland mittlerweile 14 Millionen Libanesen bzw. deren Nachkommen leben, überwiegend Christen (Quelle Marina Sarruf). In Brasilien gibt es beispielsweise bis zu 7 Mio. libanesisch-stämmige Einwohner, die meisten von ihnen Christen. Das bedeutet, dass heute mehr Libanesen in Brasilien leben als nördlich von Israel. Arabische Christen fliehen aus dem Nahen Osten wegen ihrer muslimischen Nachbarn – eine Tatsache, die überall in den arabischen Ländern in Israels Nachbarschaft zu beobachten ist. Allerdings wird Israel angeklagt, wenn „palästinensische“ Christen aus den „Palästinensergebieten“ fliehen.

von den Schiiten und schloss sich einer Gruppe christlicher Parteien an, die einen Präsidentschaftskandidaten unterstützten, der sich gegen den von der Hisbollah unterstützten Kandidaten stellte. Es ist nicht das erste Mal, dass die Hisbollah libanesischen Christen beschuldigt, Israel zu helfen.

Hisbollah nahestehende Politiker und Journalisten haben die Christen in Kahaleh beschuldigt, Israel geholfen zu haben, sei es absichtlich oder unabsichtlich. Der libanesischen Reporter Ali Shoeib beschuldigte die christlichen Bewohner des Dorfes, den Lastwagen absichtlich angegriffen zu haben, um aufzudecken, dass es sich um einen Munitionstransport handelte und damit die Hisbollah bloßzustellen. Zudem brachte Ali Shoeib den Vorfall mit dem kürzlichen Besuch des israelischen Verteidigungsministers Yoav Galant an der libanesischen Grenze in Verbindung. Der ehemalige libanesischen Parlamentsabgeordnete Mustafa Elosh reagierte auf Galants Drohung und erklärte, wie schlecht das Leben im Libanon sei: „Wenn wir uns Irak, Syrien und den Libanon ansehen, besteht keine Notwendigkeit für eine israelische Intervention im Libanon, um das Land in die Steinzeit zurückzusetzen. Wir befinden uns schon in einer Steinzeit“.

Der libanesischen Fernsehsender Al-Mayadeen berichtete unterdessen, dass „eine bewaffnete Gruppe, die mit einer bekannten politischen Partei verbunden ist, hinter den Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Christen in Kahaleh stecke“. Auch werden christliche Gruppen beschuldigt, einen neuen Bürgerkrieg im Libanon anzufachen. Bei Al-Manar hieß es, „die Hisbollah übergebe die Angelegenheit der libanesischen Armee, um eine Eskalation zu vermeiden, obwohl ein Märtyrer durch verräterische Kugeln (christliche Kugeln) gefallen sei, die eine Linie der Eskalation überschritten hätten“.

Der christliche Politiker Charles Jabbour sagte im libanesischen Fernsehen, dass „die Hisbollah in keiner Region des Libanon mehr ein wohlwollendes Umfeld habe. Weder unter den Drusen, noch unter den Sunniten und auch nicht unter den Christen“. Die libanesischen Christen können die Schiiten und Hisbollah nicht mehr dulden. Dies sagen sie heute öffentlich in den sozialen Netzwerken und Medien, denn aus ihrer Sicht ist der Libanon unter iranischer Besatzung. Das erklärt unter anderem, warum die Hisbollah Israel an seiner Nordgrenze immer wieder herausfordert. Die Schiiten wollen die gesamte Aufmerksamkeit nach Israel verlagern, um damit den innenpolitischen Konflikt mit den Christen im Land zu verringern. Aber die Christen im Libanon verstehen, dass nicht Israel ihr Problem ist, sondern die Schiiten, Hisbollah, der Iran.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Israel Heute



Claims Conference ועידת התביעות
The Conference on Jewish Material Claims Against Germany

INFORMATIONEN FÜR HOLOCAUST-ÜBERLEBENDE

Wenn Sie ein/e jüdische/r Holocaust-Überlebender sind, die/der noch keine Entschädigungszahlung erhalten hat (weder von der Claims Conference noch von der deutschen oder österreichischen Regierung), rufen Sie uns bitte umgehend an. Sie könnten Anspruch darauf haben.

Die Claims Conference hat mit der deutschen Regierung die folgenden Ausweitungen der Kriterien für Entschädigungsfonds verhandelt. HÄRTEFONDS (HARDSHIP FUND) – ZUSATZLEISTUNG Jüdischen NS-Opfern, die Anspruch auf eine Zahlung aus dem Hardship Fund haben, wurden für die Jahre 2023 bis 2027 auf Antrag jährliche einmalige Zusatzleistungen in Höhe von 1.200 € bewilligt. Wenn Sie bereits eine Zusatzleistung erhalten haben (d. h. Zahlungen die letzten zwei Jahre in Höhe von insgesamt 2.400 €), müssen Sie keinen neuen Antrag stellen. Sie müssen nur eine Lebensbescheinigung vorlegen. Bitte melden Sie sich bei Paneem für die Zahlung im Jahr 2023 an (bis 2027 müssen Sie sich jedes Jahr anmelden). Sie werden durch Paneem von uns über die Bestätigung Ihrer Anmeldung benachrichtigt. Sollten Sie umgezogen sein oder nichts von uns hören, kontaktieren Sie uns bitte. Wenn Sie noch nie einen Antrag gestellt haben, läuft die Frist zur Antragstellung für die Zahlung im Jahr 2023 am 31. Dezember 2023 ab.

Auch jüdische Holocaust-Überlebende, die keinen Anspruch auf Zahlungen aus dem Hardship Fund haben, weil sie einmalige Zahlungen des deutschen Staates (z. B. aus einem Länderhärtefonds) erhalten haben, können nun ebenfalls die Zusatzleistung beantragen.

Jüdische Überlebende, die eine deutsche oder österreichische Rente wegen Verfolgung während des Holocausts erhalten (BEG, Artikel-2-Fonds, Regionspezifisches Programm (RSP), österreichische Opferrente (Opferausweis)), sind nicht antragsberechtigt. Sie sind für die Hardship Fund-Zusatzleistung nicht berechtigt.

NEU ANERKANNTE OFFENE GHETTOS: Jüdische Überlebende des Holocausts, die in den unten genannten offenen Ghettos mindestens drei Monate lang verfolgt wurden, können evtl. für eine monatliche Rente aus dem Artikel-2- oder dem CEE-Fonds berechtigt sein:

- In Rumänien: Überlebende, die zwischen August 1941 und August 1944 in Bukarest, Adjud, Beiuș, Blaj, Caracal, Dumbrăveni, Făgăraș, Hațeg, Luduș, Mediaș, Nălaț-Vad, Oravița, Păcliaș, Pitești, Șarmașu, Sighișoara, Târnăveni, Tinca, Turnu Severin, Arad, Braila, Brasov, Buhusi, Călărași, Deva, Dorohoi, Fălticeni, Huși, Iliu, Lugoj, Ploiești, Podul Iloaiei, Sibiu, Suceava, Târgu Frumos, Timisoara, Turda, Alba Iulia, Bacau, Barlad, Botosani, Buzau, Costanta, Craiova, Focasni, Galatz, Harlau, Iași, Pascani, Piatra Neamt, Roman, Romanicu Sarat, Stefanesti, Targu Mures, Targu Neamt, Tecuci und Vaslui verfolgt wurden.
- In Bulgarien: Überlebende, die zwischen September 1942 und September 1944 in Dobrich, Kazanlık, Kürdzhalı, Lovech, Nevrokop (auch bekannt als Gotse Delchev), Nikopol, Plovdiv, Popovo, Preslav, Provadiya, Turgovishte und Yambol (Jambol) verfolgt wurden.

Darüber hinaus können Rentenempfänger, die in einem der oben genannten offenen Ghettos in Rumänien oder Bulgarien waren und nach dem 1. Januar 1928 geboren wurden, auch für eine einmalige Zahlung aus dem von der Claims Conference verwalteten Entschädigungsfonds für NS-Opfer (Child Survivor Fund) berechtigt sein.

Hinweis: Jüdische NS-Opfer aus diesen offenen Ghettos in Rumänien und Bulgarien können unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlich einen Anspruch auf eine Rente nach dem ZRBG (Ghetto-Rente) haben. Diese Rente wird nicht von der Claims Conference verwaltet. Bitte wenden Sie sich an eine deutsche Botschaft oder ein Konsulat in Ihrer Nähe oder an <https://www.germany.info/us-en/service/07-Pension/ghetto-financial-compensation/920638>

ENTSCHÄDIGUNGSFONDS FÜR NS-OPFER (CHILD SURVIVOR FUND) Zusätzlich zu den anderen oben genannten Anspruchsberechtigten kann aus dem Child Survivor Fund auch eine einmalige Zahlung in Höhe von 2.500 € (ca. 2.500 \$) pro Person an diejenigen gezahlt werden, die zu den „Tausend Kindern“ (Kindertransport-Fonds) gehören. Ungefähr 1.400 Kinder mussten ihre Eltern zurücklassen, als sie aus Nazi-Deutschland und den von den Nazis besetzten Ländern gerettet und in die Vereinigten Staaten gebracht wurden. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung, um die Voraussetzungen einer Anspruchsberechtigung zu erfahren.

ZAHLUNGEN AN EHEPARTNERN VON VERSTORBENEN ARTIKEL-2-/CEE-FONDS-EMPFÄNGERN

Die Claims Conference leistet auch Zahlungen an berechtigte Ehepartner von verstorbenen Empfängern von Renten aus dem Artikel-2- sowie des Mittel- und Osteuropa-Fonds (CEEF). Ehepartner können nach dem Tod des Artikel-2-/CEE-Fonds-Rentenempfängers Zahlungen für bis zu 9 Monate erhalten, die in drei vierteljährlichen Raten geleistet werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Der Ehepartner lebt zum Zeitpunkt der Auszahlung und
 2. Der Ehepartner war zum Zeitpunkt des Ablebens der/des Artikel-2-/CEE-Fonds-Rentenempfängers mit der/dem Artikel-2-/CEE-Fonds verheiratet und
 3. Die/derer Artikel-2-/CEE-Fonds-Empfänger hat zum Zeitpunkt des Versterbens bereits eine Artikel-2-/CEE-Fonds Rente erhalten.
- Der Ehepartner des verstorbenen Artikel-2-/CEE-Fonds muss zum Zeitpunkt der jeweiligen Auszahlung am Leben sein. Erben, einschließlich Kinder, haben keinen Anspruch auf die Zahlungen. Antragsformulare können Sie von unserer Website herunterladen:

www.claimscon.org/apply

Die deutsche Regierung hat ein ähnliches Programm für überlebende Ehegatten von Empfängern von Entschädigungsrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz, anderen deutschen Entschädigungsgesetzen oder staatlichen Programmen (I als Wiedergutmachung bezeichnet) für Holocaust-Überlebende eingerichtet, die am 1. Januar 2020 oder später verstorben sind. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das BADV oder laden Sie den Antrag von der BADV-Website herunter:

<https://www.badv.bund.de/DE/OffeneVermögensfragen/UebergangsleistungenEhegattenNSOpfer/antrag.html>

REGIONSPEZIFISCHES RENTENPROGRAMM (RSP) Es wurde ein Rentenprogramm für berechtigte jüdische Überlebende eingerichtet, die derzeit keine Entschädigungsrente erhalten und die mindestens drei Monate lang (i) unter der Leningrader Belagerung standen, (ii) in Rumänien verfolgt wurden oder (iii) sich in Frankreich versteckt hielten. Es gelten die Einkommens-/Vermögenskriterien der Artikel-2-/CEE-Fonds. Bei Erfüllung der RSP-Verfolgungskriterien können Berechtigte für eine RSP Rente zusätzlich eine einmalige Zahlung aus dem Child Survivor Fund erhalten, wenn das Alterskriterium (geboren 1928 oder später) erfüllt ist.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Claims Conference

Postfach 90 05 43

60445 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel: +49-69-970-7010 Fax: +49-69-9707-0140

E-mail: A2-HF-CEEF2@claimscon.org

www.claimscon.org

Immer mehr Clan-Kriminelle erhalten deutschen Pass

Die Ampel-Koalition hat, wie von ihr nicht anders erwartet, einem Gesetzesentwurf zum Staatsangehörigkeitsrecht von Innenministerin Nancy Faeser zugestimmt. Demnach sollen Migranten bereits nach fünf anstatt wie bisher nach acht Jahren eingebürgert werden können. Die Bundesregierung scheint es kaum mehr abwarten zu können, hunderttausenden illegalen, zumeist muslimischen, Zuwanderern einen deutschen Pass schenken zu können. Eine Abschiebung straffällig gewordener „Neubürger“ wird dann rechtlich unmöglich. Der Kampf gegen die überbordende Clan-Kriminalität wird damit noch schwieriger – schon jetzt sind fast die Hälfte der Clan-Kriminellen inzwischen Passdeutsche. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Die Gefahr ist lange bekannt – doch keineswegs gebannt. Immer mehr Clan-Kriminelle besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft und sind so vermutlich kaum noch aus Deutschland abzuschicken, auch wenn Innenministerin Nancy Faeser (SPD) mit einem unlängst veröffentlichten Gesetzesplan etwas anderes suggeriert.

Faeser will die Mitglieder krimineller Vereinigungen angeblich leichter abschieben lassen. Dabei geht es, auch wenn das nicht wörtlich in dem Gesetzesvorschlag steht, um kriminelle Clans nahöstlicher Herkunft, mit denen die deutsche Justiz schon seit Jahrzehnten nicht wirklich klarkommt. Sie sollen künftig ähnlich wie Terrorverdächtige behandelt werden und als Gefährdung der allgemeinen Sicherheit auch ohne Verurteilung abgeschoben werden können. Das mag verlockend klingen. Die Rechtsfestigkeit des Vorschlags erscheint aber durchaus unsicher. Schon jetzt bedienen sich die bekannten „Clans“ relativ geschickt der deutschen Justiz, engagieren teure Anwälte, die dann mitunter sogar vom Steuerzahler bezahlt werden müssen – wie nun in einer Dresdner Klage zum Schadenersatz für den Juwelenraub aus dem Grünen Gewölbe.

Sollte das Faeser-Gesetz kommen, würden die von einer solchen Präventiv-Abschiebung Betroffenen vermutlich umgehend den Rechtsweg einschlagen. Kurzum: Es ist einer der Klimmzüge, die Faeser vor der Hessen-Wahl im Oktober unternimmt, um für die bürgerliche Mitte wählbar zu erscheinen oder irgendwie Schwung in ihren Laden zu bringen. Faeser tritt abseits dieser Law-and-Order-Töne stets als Hüterin offener Grenzen und Gegnerin von zusätzlichen Grenzkontrollen, etwa zu Polen, Tschechien oder der Schweiz, auf. Viele ihrer Vorschläge sind mit Vorsicht zu genießen, da spätestens der grüne Koalitionspartner sie aufhalten könnte. Das gilt auch für diesen Gesetzesentwurf.

Anstieg der Clan-Kriminalität

Aber selbst wenn er käme, ist ihm die Wirksamkeit schon deshalb entzogen, weil inzwischen fast die Hälfte der Clan-Kriminellen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Wie passend, dass Faeser nun auch an dieser Stelle Vereinfachungen ankündigt und die Tür zur „Mehrstaatigkeit“ breit öffnet. Bald die Hälfte der Clankriminellen sind inzwischen Passdeutsche. In Berlin stieg der Anteil zuletzt innerhalb eines Jahres von 42,5 (2021) auf 44,7 Prozent (2022). Ähnliche Werte dürften für das restliche Bundesgebiet gelten. Auch die Zahl der Clankriminellen ist in den vergangenen Jahren gewachsen, allein von 2021 zu 2022 um zwölf Prozent. Man kann das nicht allein auf die Fortpflanzung schieben, aber auch. Doch auch innerhalb eines krimi-



Nach der geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts sollen Migranten bereits nach 5 Jahren einen deutschen Pass bekommen.

nellen Clans müssen die nachkommen- den Angehörigen von den Älteren in die Kriminalität „eingewiesen“ werden. Das sollte kein Automatismus sein. Von 872 Straftaten im Zusammenhang mit diesen Clans berichtet das LKA Berlin für das Jahr 2022. Auch hier gab es einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (849 Taten).

Nun sind die türkisch- oder kurdisch-libanesischen Familien, von denen wir vor allem sprechen, ein sehr spezieller Fall. Sie sind meist schon in den 80er-Jahren über die DDR eingewandert und

immer schwer mit einer bundesweit geltenden, einheitlichen Definition von Clan-Kriminalität.

Politik schier machtlos

Die Politik – auch in den Ländern – ist angesichts der Lage ratlos bis ineffektiv. CDU-Vertreter aus Berlin und Nordrhein-Westfalen, namentlich Falko Liecke und Herbert Reul, sind seit einiger Zeit bemüht, Lösungen für den Umgang mit dem kriminellen Clanmilieu zu finden. Gibt es Erfolge? Nur teilweise. Ein paar Immobilien wurden etwa in

Bald die Hälfte der Clan-Kriminellen sind inzwischen Passdeutsche.

haben aus nicht immer klaren Gründen ihre „Integration“ – wirtschaftlich, kulturell, juristisch – in die Bundesrepublik verpasst. Es dauerte einige Zeit, bis sich ihre Straftaten in Intensität und Ausmaß so sehr steigerten, dass sie in den Blick der Öffentlichkeit gerieten. Aber das Phänomen ist mittlerweile seit zehn und mehr Jahren gut bekannt und dokumentiert.

Doch der Staat zögerte mit dem Zugriff und tat sich aus verschiedenen Gründen schwer. Die Clan-Kriminellen waren zu raffiniert, zu skrupellos und zu gut vernetzt für ihn. Und sind es noch. In einigen Kreisen steigert sich dieses „Zögern“ heute schon zur regelrechten Arbeitsverweigerung: Grüne und Linke sehen Razzien im semi-kriminellen Milieu der Spätis und Shisha-Bars und den Clan-Begriff überhaupt als „stigmatisierend“ an. Das behindert potentiell sogar die Polizeiarbeit. Auch die Bundesregierung unter Olaf Scholz tut sich noch

Berlin beschlagnahmt – aber zunächst mal weiter bewohnt. Insgesamt können die Remmos, Abou Chakers und Al Zeins ihr strafbares Treiben munter fortsetzen. In NRW stiegen Clan-Taten zuletzt um 20 Prozent. Immer wieder kommt es zu spektakulären „Treffen“, die dann gern zu kleinen Straßenschlachten ausarten. Unsicherheit herrscht darüber, wie weit Rockergangs und andere „Vereine“ von den Clans übernommen, unterwandert werden. So wie sie auch deutsche Museen in Berlin und Dresden mittels der Wachleute unterwandern und so die Sicherheitsmaßnahmen überwinden konnten. Das war zwar keine „Ocean Eleven“-reife Leistung, aber in etwa das bundesrepublikanische Pendant dazu.

Auseinandersetzungen innerhalb der Banden

Im Berliner Lagebild geht es nun um kriminelle arabische Großfamilien

im Allgemeinen. Die Auseinandersetzungen zwischen Syrern, Irakern und „Libanesen“ im Ruhrgebiet lenken die Aufmerksamkeit auch auf die größten Asylbewerbergruppen Deutschlands im Jahr 2023. In dem Bericht ist laut Bild die Rede von Schutzgeldforderungen, brutalen Angriffen in der S-Bahn, sogar Morden, die mit Clan-Kriminalität durch Syrer in Zusammenhang gebracht werden. Zwei Prozent der Berliner Clan-Kriminellen haben heute einen syrischen Pass. Allerdings könnten das auch gefälschte Identitäten sein, da ein syrischer Pass immer ein gutes Argument bei den Behörden ist. Die „alteingesessenen“ Clans aus dem Süden der Türkei mit der Zwischenstation Libanon dürften das Geschehen noch immer beherrschen.

Doch egal, woher die Clankriminellen stammen, eine Wahrheit gilt und angesichts der Ampel-Politik in zunehmendem Maße: Die Täter haben immer öfter einen deutschen Pass. Das Abschieben der oft schwerst Kriminellen wird damit immer komplizierter, wo nicht unmöglich. Denn die ursprünglichen Clan-Zuwanderer aus dem Libanon waren früher nicht selten staatenlos: Nur knapp 15 Prozent der Clan-Kriminellen in Berlin haben heute die libanesischen Staatsangehörigkeit und knapp fünf Prozent die türkische. Erhalten die Familienmitglieder einmal die deutsche Staatsangehörigkeit, dann darf man sich lange fragen, wohin sie wohl abzuschicken wären. Dieser Lösungsansatz dürfte damit verloren gegangen sein.

Es bleibt also nur eine konsequente Anwendung der Gesetze. Vielleicht braucht es auch hier wirklich Neuerungen. So forderte Falko Liecke (CDU) einst die Beweislastumkehr. Aber auch das wäre die Verletzung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes, nämlich dass der Ankläger eine Straftat beweisen muss, nicht umgekehrt. Will man also das Rechtssystem Deutschlands nicht beschädigen, muss man wohl andere Wege finden, um der Clan-Kriminalität Einhalt zu gewähren.

Spannend bleibt unter diesem Gesichtspunkt die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, die im Regelfall schon nach fünf Jahren die Einbürgerung vorsieht. Dass ein Antragsteller straffällig geworden wäre, ist aber anscheinend kein Hinderungsgrund für die Einbürgerung. Laut ZDF soll zwar die Einbürgerung straffällig Gewordener „erschwert“ werden. Ein harter Hinderungsgrund sind aber nur Straftaten mit menschenverachtendem Beweggrund. Alle anderen Straftäter dürfen sich auf mildernde Umstände einstellen. Und wenn der deutsche Pass dann einmal vergeben ist, kann er kaum noch zurückgenommen werden.

Der grüne Protektionismus des Robert Habeck

Robert Habeck schraubt am Wirtschaftsmotor Deutschland herum und würgt ihn gründlich ab. Der grüne Wirtschaftsminister will den Export sogenannter klimaschädlicher Produkte für Unternehmen finanziell unattraktiver machen und plant deshalb neue Leitlinien für die bisherigen Exportkreditgarantien. Die sogenannten Hermesdeckungen sollen zum Beispiel für ausschließlich „grüne“ Produkte erhöht werden und für Waren, die der sogenannten roten klimaschädlichen Kategorie zugeordnet werden, gänzlich entfallen. Die staatlichen Exportkreditgarantien gibt es seit 1949. Gerade für mittelständische Unternehmen sind sie überlebenswichtig. Fallen die Ausfallbürgschaften weg, ist das Risiko des Exports und des damit verbundenen Zahlungsausfalls zu groß. Damit werden letztendlich weniger deutsche Produkte exportiert und China, das den Klima-Humbug nicht mitmacht, springt ein und profitiert davon. Wer erklärt es dem grünen Wirtschaftsminister mit dessen Handlungen schon ca. 60 Prozent der Bürger nicht mehr zufrieden sind? (JR)

Von Miriam Sofin

Mitten in der Wirtschaftskrise kündigt Robert Habeck an, das Bürgschaftssystem für Auslandsgeschäfte grundlegend umgestalten zu wollen. Das schadet insbesondere dem Mittelstand und hilft dem Klima nicht im Geringsten.

In einem Interview mit der ZEIT legte der deutsche Wirtschaftsminister kürzlich seinen ganz speziellen Blick auf die deutsche Wirtschaft dar. Dieser unterscheidet sich grundlegend von dem der meisten Ökonomen und vor allem ausländischer Investoren. Staatliche Exportkreditgarantien waren bisher ein wichtiges Instrument der Außenwirtschaftsförderung. Diese sollen nun jedoch „grüner“ werden, teilweise sogar gänzlich wegfallen.

Nein, die Bundesrepublik sei nicht der „kranke Mann Europas“, machte der Minister gegenüber der ZEIT klar – und das, obgleich Deutschland als einzige Industrienation im Jahr 2023 merklich abgebaut hat. „Krank sind wir nicht“, so Habeck erneut, „aber etwas untertrainiert.“ Folglich sieht sich der grüne Vizekanzler in der Rolle des Trainers, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die ermüdeten deutschen Unternehmen wieder auf Vordermann zu bringen.

„Wir müssen Investitionshemmnisse wegräumen, Bürokratie reduzieren und bei den unzähligen Berichtspflichten entschlacken“, erklärte Habeck weiter. Ganz so, als wäre er in Wahrheit ein langjähriger Oppositionsführer, der erst seit Kurzem im Ministerbüro sitzt und dort nun endlich klar Schiff machen wolle. Dabei bereiten Beamte gerade in seinem Namen eine neue Regelung vor, die genau das Gegenteil bezeugt und die Wirtschaft Deutschlands weiterhin merklich schwächen wird.

Das Ende des Exportförderprogramms

Während deutsche Konzerne derzeit unter den höchsten Energiepreisen und der größten Steuerlast seit dem zweiten Weltkrieg sowie einer überbordenden Bürokratie leiden, will unser Wirtschaftsminister die Lage mit seinem neuen Konzept der „klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportgarantien“ sogar noch weiter verschlimmern. Hinter dem umständlichen Begriff steckt kurzgefasst die faktische Abschaffung des erfolgreichen deutschen Exportförderprogramms, das allgemein auch unter der Bezeichnung der „Hermes-Bürgschaften“ bekannt ist. Mit denen sicherte der deutsche Staat deutsche Exporteure bisher gegen eine Prämie zu 95 Prozent gegen Zahlungsausfälle ab. Bei Lieferungen in die USA oder Schweiz waren solche Absicherungen zugegebenermaßen in der Regel unnötig, aber bei Exporten von Maschinen und Anlagen in afrikanische Länder



Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck sabotiert den Industriestandort Deutschland.

oder Schwellenstaaten Lateinamerikas waren sie für mittelständische Unternehmen buchstäblich überlebensnotwendig. Gerade jetzt, wo etliche afrikanische Länder dabei sind, immer tiefer in eine massive Schuldenkrise zu geraten, ist die Exportunterstützung nötiger denn je.

Doch ausgerechnet diesem Erfolgsmodell zur Unterstützung der eigenen Wirtschaft, das immerhin seit 1949 einwandfrei funktioniert hat, will Habeck nun ein jähes Ende bereiten: In Zukunft sollen die Ausfallbürgschaften nur noch für ausgewählte Produkte gelten, die in das grüne Klimaweltkonzept passen. So sollen laut Ministeriumsvorlage Exportgüter von nun an in unterschiedliche Farbkategorien unterteilt werden. Grüne, also klimafreundliche Produkte, erhalten dann sogar eine Absicherung gegen Zahlungsausfälle von 98 Prozent. Weiße, sogenannte neutrale Erzeugnisse, eine Bürgschaft wie bisher – und rot

markierte Waren sollen gänzlich ohne Absicherung gehandelt werden müssen.

Fragwürdige Kategorien

Welches Produkt in welche Farbgruppierung fällt, soll mit Hilfe eines hochkomplexen Kriterienkataloges bestimmt werden. Stahl soll beispielsweise nach den neuen Leitlinien nur dann der roten Markierung entkommen, wenn zu seiner Herstellung grüner Wasserstoff verwendet wurde. Bei Aluminium darf der CO₂-Ausstoß bei der Produktion eine bestimmte Marke pro Kilo Metall nicht übersteigen. Alle Exporte von Anlagen beziehungsweise Bestandteilen von Kohleförderung und -kraftwerken fallen gänzlich aus der Exportsicherung heraus – auch dann, wenn sie in Schwellenländern alte Kohlekraftwerke ersetzen und damit sogar zur Energieeffizienz beitragen würden. Technik zur Gasförderung erhält nur noch in den seltensten Fällen eine weiße Einstufung.

„Eine Deckung für Gasförderprojekte kann danach nur übernommen werden, wenn die Wahrung der nationalen Sicherheit (z.B. zur Abwendung einer ernsthaften Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit) oder ein geostrategisches Versorgungssicherheitsinteresse (z.B. zur Abwendung einer Ernährungs Krise) dies erfordert. Wichtig ist auch, dass mit der Realisierung des Projekts das 1,5 Grad-Ziel eingehalten wird“, heißt es im entsprechenden Ministeriumspapier.

In diesem ist auch vermerkt, dass eine Prüfung „evidenzbasiert“ erfolge. Wie sich das Kriterium der „Wahrung der nationalen Sicherheit“ im Empfängerland oder der Einfluss einer einzelnen Anlage auf die globale Durchschnittstemperatur evidenzbasiert im Einzelnen prüfen lässt, dazu macht das Habeck-Papier jedoch keine weiteren Angaben. Selbst dann, wenn ein Unternehmen noch eine Exportbürgschaft erhält, muss es also vorher einen extrem aufwendigen Dokumentationsprozess mit ungewissem Ausgang durchlaufen. Ganz besonders mittelständische Betriebe dürften deshalb zukünftig besser die Finger vom Handel mit Kunden in wirtschaftlich eher unsicheren Ländern lassen.

Noch mehr CO₂

Die Maßnahmen des Ministers – wenn sie denn tatsächlich so beschlossen werden – führen selbstverständlich nicht dazu, dass Schwellenländer zukünftig lieber in ein grünes Wasserstoff- anstatt in ein rotes Kohle- oder Gaskraftwerk investieren. Sie beziehen das, was sie brauchen, dann eben von einem anderen Anbieter – beispielsweise aus China. Für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, die Habeck vorgibt, so unbedingt erreichen zu wollen, wäre deshalb gleich doppelt nichts gewonnen: Mit seinem neuen Exportförder-Modell lassen sich andere Staaten nicht zu mehr Nachhaltigkeit zwingen. Und Wertschöpfung, die von Deutschland nach China oder Indien wandert, erzeugt sogar noch mehr CO₂, weil die Energieeffizienz dort geringer ist als hier.

Der neueste Vorstoß aus dem Hause Habecks trägt also nur zur weiteren ökonomischen Selbstsabotage Deutschlands bei. Wessen Agenda, das dürften sich nun zahlreiche exportorientierte Mittelständler fragen, vertritt der Bundeswirtschaftsminister eigentlich? Ist er bloß naiv und ideologisch verblendet oder aber versteckt er seine Boshaftigkeit bloß dreist hinter der Maske des angeblichen Umweltschutzes?

Im oben erwähnten ZEIT-Interview erklärte Habeck übrigens abschließend: „Das, was ich im Moment mache, ist das Beste, was ich in meinem bisherigen politischen Leben gemacht habe. Es bedeutet mir richtig viel und ich bin stolz darauf.“ Immerhin: Der grüne Minister ist mit sich selbst zufrieden.

Stilles Pogrom: 960 antisemitische Vorfälle im 1. Halbjahr

960 Straftaten verzeichnet das Bundeskriminalamt (BKA) in der Kriminalstatistik „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK) im „Phänomenbereich“ Antisemitismus bislang für das erste Halbjahr 2023. Die meisten dort registrierten antisemitischen Straftaten werden dem „Phänomenbereich rechts“ zugeordnet, denn sobald jemand den Arm zum „Hitlergruß“ hebt, ist es rechts, egal ob es zumeist ein Syrer oder ein Afghane war. So wird eine Gefahr verschleiert, die ganz offensichtlich immer bedrohlicher wird: Gewalttätiger islamischer Judenhass. Fast 25 Jahre werden wir mit muslimischem jüdenfeindlichem Terror in Deutschland konfrontiert – und wir diskutieren darüber, ob wir überhaupt darüber reden dürfen. (JR)



Von Birgit Gärtner

Jüdenfeindliche Proteste am „Al-Quds-Tag“ in Berlin 2018.

Es nimmt und nimmt keine Ende: Mal sind es Schmierereien, mal wird jemand „nur“ beleidigt – oder gleich niedergeschlagen. 960 Straftaten verzeichnet das Bundeskriminalamt (BKA) in der Kriminalstatistik „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK) im „Phänomenbereich“ Antisemitismus bislang für das erste Halbjahr 2023. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt 2.641, davon 88 Gewaltdelikte und davon wiederum 61 Körperverletzungen. Die Jahre davor waren auch nicht viel besser, allerdings ist die Zahl der Gewaltdelikte laut Statistischem Bundesamt seit 2018 drastisch angestiegen. In Erinnerung bleibt – vor allen in den Köpfen der Juden in Deutschland – der versuchte Anschlag auf die Synagoge in Halle/Saale im Oktober 2019, bei dem zwei unbeteiligte Menschen ermordet und zwei weitere verletzt wurden.

Die meisten der in der PMK registrierten antisemitischen Straftaten werden dem „Phänomenbereich rechts“ zugeordnet. Doch stimmt das auch? In der offiziellen Erzählung wird dieses Bild gezeichnet. Doch das darf getrost bezweifelt werden. Macht sich aber gut für den immerwährenden „Kampf gegen Rechts“, dem sich die gegenwärtige Bundesregierung – allen voran Innenministerin Nancy Faeser – verschrieben hat.

Abgesehen von dem aufgebauchten Gefahrenpotential „rechts“, wird so eine Gefahr verschleiert, die vielen Betroffenen zufolge immer bedrohlicher wird: Islamischer Antisemitismus. Selbst der Vorsitzende des „Zentralrats der Juden“, Josef Schuster, kommt nicht mehr umhin, diesen Umstand zu problematisieren.

Antisemitismus war nie weg

Womit keinesfalls der in der deutschen Gesellschaft virulente Antisemitismus in Abrede gestellt werden soll. Antisemitismus war im Land der Täter nie weg, auch nicht antisemitischer Terror. Die Erscheinungsweise hat sich lediglich verändert – mal mehr, mal weniger offen, mal mehr, mal weniger brutal. Auch die allseits beliebte Erzählung, der Antisemitismus sei 1933 quasi mit Adolf Hitler vom Himmel gefallen, entbehrt jeglicher Grundlage. Die Verantwortung für ca. sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden sind ein historisches Erbe, das bis heute so recht niemand übernehmen will. Nach 1945 war das einfach: Hitler war es! Der Dämon und die arme verführte Bevölkerung, das war das Selbstbild der Deutschen. Alle hatten „nichts gewusst“. Doch Judenhass ist 2000 Jah-

re alt und unterlag natürlich ebenfalls Wandlungen. Gerade in Mittel- und Osteuropa – auch in Deutschland – war und ist er stark verbreitet.

Die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) konstatierte für das Jahr 2022 1.912 Fälle „verletzenden Verhaltens“ gegenüber Jüdinnen und Juden. Diese Vorkommnisse liegen häufig unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit; d.h., sie werden nicht strafrechtlich verfolgt, aber sie zeigen, in welchem feindlichen Milieu sich viele Jüdinnen und Juden heute immer noch bewegen.

Doch auch vor 1933 war Antisemitismus ein großes gesellschaftliches Problem. So war beispielsweise Ende des 19. Jahrhunderts vom „Bäder-Antisemitismus“ die Rede; d.h. einige Nordsee-Inseln wurden als „jüdenfrei“ beworben. Auf Norderney hingegen konnte sich jüdisches Leben entfalten. Das wurde 1933 von der Kurverwaltung unterbunden und führte zum Ruin vieler Geschäftsleute auf der Insel.

Auch nach dem Krieg hörten Beschimpfungen, Beleidigungen und Gewalt gegen Juden nicht auf. Schnell waren ehemalige Nazis wieder in Amt und Würden und mit ihnen der Judenhass. 1950 wurde eine jüdische Zeugin wäh-

rend des Prozesses gegen Regisseur Veit Harlan (u.a. „Jud Süß“) von der Menschenmenge angegriffen. In den 1950ern waren antisemitische Schmierereien wieder an der Tagesordnung, so wurden beispielsweise die Synagogen in Düsseldorf und Köln beschmiert.

Zum Jahreswechsel 1959/60 kam es zu einer regelrechten Welle antisemitischer Schmierereien in Westdeutschland. Allerdings ernteten „die Ewiggestrigen“ in den frühen 1960ern Widerspruch. Eine erste zaghafte Auseinandersetzung mit dem millionenfachen Judenmord begann. Begleitet von einer vorsichtigen Rückkehr jüdischen Lebens. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre agierten „palästinensische“ Terrorgruppen und ihre linken Freunde in Westdeutschland und Westberlin, ab Mitte der 1970er Jahre traten alte und neue Nazis wieder ganz offen auf. Da war „Antizionismus“ bereits integraler Bestandteil linker Jugendkultur.

Linker und „palästinensischer“ Terror

Was in der öffentlichen Diskussion um Judenhass und antisemitischen Terror völlig untergeht: Das erste Attentat – zumindest soweit bekannt – auf eine jüdi-

sche Einrichtung nach 1945 wurde von Linken vorbereitet und durchgeführt. Am 9. November 1969 wurde eine in einen Trenchcoat eingewickelte Bombe in der Bodenöffnung eines Coca-Cola-Automaten im jüdischen Gemeindehaus in der Charlottenburger Fasanenstraße in Westberlin versteckt. Glücklicherweise zündete diese Bombe nicht, sonst wären viele Opfer zu beklagen gewesen. Denn es hatten sich ca. 250 Menschen versammelt, um der Opfer der Pogromnacht 1938 zu gedenken. Wie der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar herausfand, handelte es sich bei der Person, die die Bombe versteckte, um Albert Fichter.

Kraushaar schrieb in der taz:

<<Bei einem nach einigem Hin und Her zustande gekommenen Treffen sprach mir der jüngere Fichter [der Bruder des ehemaligen SDS-Vorsitzenden Tilman Fichter, Anm. B.G.] ein umfassendes Geständnis auf Band, nicht ohne auf seinen Auftraggeber Kunzelmann und die höchst undurchsichtige Rolle der palästinensischen Organisation Fatah zu verweisen.>>

Mit „Kunzelmann“ ist „Dieter Kunzelmann – der einstige Kopf der Kommune 1 und der Westberliner Tupamaros“ gemeint. 1983 zog er als Abgeordneter der Alternativen Liste, dem Vorläufer der Grünen, in das Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Laut SPIEGEL war Albert Fichter „drogenumnebelt“. Dieter Kunzelmann bestritt, „Anstifter des Anschlags von 1969 gewesen zu sein“. Aber er tat sich in politischen Kampfschriften hervor mit Statements wie:

<<Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax.>>

Besonders pikant: Laut SPIEGEL hatte „ein Agent des Verfassungsschutzes ... den Brandsatz geliefert“.

Wolfgang Kraushaar schreibt dazu in der taz, „in einem Prozess gegen den RAF-Mitbegründer Horst Mahler“ habe dieser dem ehemaligen Berliner Innenminister Kurt Neubauer (SPD) gedroht, den als Zeugen geladenen Peter Urbach, der demnach als „Undercovermann“ für den Berliner Verfassungsschutz arbeitete, dazu zu nötigen, eine umfassende Aussage zur Herkunft dieser Bombe zu machen:

<<Urbach müsste sonst, ..., das Geheimnis um die Herkunft der im November 1969 im Jüdischen Gemeindehaus aufgefundenen Brandbombe lüften. Kurt Neubauer hätte sicherlich große Schwierigkeiten, einer erstaunten Weltöffentlichkeit plausibel zu machen, wie es dazu kam, dass es eine Bombe aus den Arsenalen des Verfassungsschutzes war, die die jüdische Gemeinde zu Berlin schreckte.>>

Das war der Beginn des offenen antisemitischen Terrors nach 1945. Bzw. am Tag vorher, am 8. November 1969, schritten die laut Dieter Kunzelmann bedauernswerten „Palästinenser“ in Deutschland selbst zur Tat und verübten einen Anschlag auf die israelische Botschaft in Bonn; desweiteren wurden Anschläge auf die israelischen Botschaften in Den Haag und Brüssel ausgeführt.

Am 5. September 1972 verübte die „palästinensische“ Terrororganisation „Schwarzer September“ den Anschlag auf die israelische Mannschaft während der Olympiade in München. Dabei wurden zunächst der israelische Gewichtheber Yossef Romano und der Ringertrainer Mosche Weinberg erschossen, später die neun israelischen Geiseln David Mark Berger, Ze'ev Friedmann, Yossef Gutfreund, Eliezer Halfin, Amitzur Sha-

pira, Kehat Shorr, Mark Slavin, André Spritzer und Yakov Springer sowie der Polizist Anton Fliegerbauer getötet.

Alte und neue Nazis traten wieder offen auf

Im August 1975 wurde der ehemalige Präsident des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, Opfer eines Paketbombenanschlags. Glücklicherweise kam er dabei nicht zu Schaden. Die Täter konnten nie ermittelt werden, möglicherweise handelt es sich dabei um Rechtsextreme. So richtig traten diese 1979 mit der Sprengung von Sendeanlagen in Erscheinung, weil sie die Ausstrahlung des Films „Holocaust – die Geschichte der Familie Weiss“ behindern wollten.

Im Sommer 1978 liefen in Hamburg Neonazis der von Michael Kühnen gegründeten „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) mit Lederjacken und Stahlhelmen bekleidet durch die Hamburger Innenstadt. Sie trugen Eselsmasken und von Hand gemalten Schilder mit der Aufschrift „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZ Juden vergast wurden“. Neben Michael Kühnen war auch Christian Worch mit von der Partie.

Am 19. Dezember 1980 wurden der Verleger Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin in ihrem Wohnhaus in Erlangen erschossen, vermutlich durch ein Mitglied der rechtsextremen „Wehrsportgruppe Hoffmann“.

Zweierlei Maß in der Opferkultur?

Am 9. Oktober 2019 kam es in Halle/Saale beinahe zu einer großen Katastrophe in einer jüdischen Gemeinde. Glücklicherweise hielt die Tür der dortigen Synagoge dem gewalttätigen Eindringen des Attentäters stand, der dann die zufällig vorbeikommende Jana Lange auf offener Straße und den Bauarbeiter Kevin Schwarze in einem Döner-Imbiss erschoss. Auf der Flucht verletzte er zwei weitere Menschen. In der Synagoge hatten sich anlässlich des Jom-Kippur-Festes Gläubige versammelt. Der deutsche Attentäter versuchte sich mit Waffengewalt und selbst gebastelter Bomben Zugang zu verschaffen. Es gleicht einem Wunder, dass die Tür nicht zerbarst. Dieses versuchte Attentat, dem zwei völlig unbeteiligte Menschen zum Opfer fielen, hat sich tief in das Bewusstsein der jüdischen Community in Deutschland eingegraben – im kollektiven Bewusstsein ist es indes nicht verankert. Keine Lichterketten, kein Rock-gegen-Rechts, keine Jahresfeiern, zu denen Prominenz aus Politik und Kultur sich alljährlich ein Stelldichein gibt. Es waren wohl die „falschen Opfer“.

Der Aufreger war höchstens, dass Kevin Schwarze in einem Döner-Imbiss erschossen wurde. Ob die öffentliche Wahrnehmung wohl eine andere gewesen wäre, wenn es einen türkischen Gast oder einen der Mitarbeiter im Imbiss getroffen hätte?! Die Frage ist natürlich hypothetisch; doch allein die Tatsache, dass sich der Gedanke aufdrängt, möglicherweise werde in der Opferkultur mit zweierlei Maß gemessen, sagt viel über bundesrepublikanische Verhältnisse auf.

Muslimischer Antisemitismus

Am 3. Oktober 2000 traten zum ersten Mal in Düsseldorf arabisch-stämmige Jugendliche als antisemitische Bombenleger in Erscheinung, Ziel war die Neue Synagoge, wenige Tage später randalierten in Essen ca. 250 „Palästinenser“ vor der Alten Synagoge. Sie randalierten nicht nur, sondern schossen auch mit Schreckschusspistolen. 30 Fenster des Gebäudes wurden zerstört, es entstand ein Sachschaden von ca. 100.000 DM.

186 Personen wurden vorläufig festgenommen, gegen 3 wurde Haftbefehl erlassen. Einer der Haupttäter, der vorbestrafte Khader H., wurde zu 30 Monaten Haft verurteilt. Ein zweiter Mann, Khalid Z. war an beiden Anschlägen beteiligt und musste sich deshalb vor Gericht verantworten. Insgesamt gab es mit dem Angriff auf die Alte Synagoge mehr als 170 Verfahren.

RIAS konstatierte für das Jahr 2022:

<<Einem islamischen oder islamistischen Hintergrund ordnete RIAS 2022 nur etwa 1 % aller antisemitischen Vorfälle zu. Allerdings wurden RIAS vergleichsweise viele gewaltvolle Vorfälle mit einem solchen Hintergrund bekannt. Von den nur 16 Vorfällen, die 2022 diesem Hintergrund zugeordnet werden konnten, waren 3 Fälle extremer Gewalt, 3 Angriffe sowie 2 gezielte Sachbeschädigungen. Damit hatte 2022 jeder dritte Vorfall extremer Gewalt einen islamischen/islamistischen Hintergrund.>>

In der „Chronik antisemitischer Vorfälle“ der „Amadeu-Antonio-Stiftung“ (AAS) werden für das Jahr 2023 drei tätliche Angriffe und eine Bedrohung mit einem Messer gelistet. Zwei der tätlichen Angriffe gehen auf das Konto von islamischen, bzw. islamisch sozialisierten Männern. Im Falle der Bedrohung mit dem Messer wird die Nationalität des Tatverdächtigen nicht genannt.

Im Antisemitismus vereint

Das Zusammenspiel linker und muslimischer Akteure aus dem In- und Ausland zieht sich seit den 1970er Jahren durch die deutsche Geschichte. Jede Eskalation des Nahost-Konflikts, jede militärische Reaktion Israels auf „palästinensischen“ Terror, wird begleitet von pro-„palästinensischen“ Demonstrationen mit Sprüchen wie „From the River to the Sea, Palestine will be free“, oder andere gewaltverherrlichenden Parolen. So wurde Mitte April 2023 in Köln eine solche Demonstration aufgelöst, weil dort zu Gewalt gegen Israel aufgerufen worden sein soll. Laut SPIEGEL wurde „ein Schild in arabischer Schrift sicher gestellt“.

Am 20. Mai 2023 rief die „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ zu einer Demonstration auf unter dem Motto „Jüdische Berliner*innen fordern das Recht auf Erinnerung – auch für Palästinenser*innen!“

Das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V.“ (beobachtete die Demo und stellte fest:

<<dass neben Aktivist:innen der Jüdischen Stimme, von Palästina Spricht oder Samidoun, zahlreiche linke Gruppierungen zugegen waren. Dazu gehörten unter anderem Young Struggle, Die Linke Neukölln oder Die Linke.SDS. Diese Beobachtung reiht sich in eine Dynamik ein, die sich seit Längerem schon wahrnehmen lässt. Pro-palästinensische Akteur:innen suchen – nicht ohne Erfolg – vermehrt den Anschluss an linke Strukturen.>>

Laut der AAS wurden

<<auf der Veranstaltung antisemitische Parolen wie „From the river to the sea, Palestine will be free“ sowie Gewaltaufrufe skandiert.>>

Der JFDA zufolge war ursprünglich eine Großdemonstration geplant unter dem Motto „Free Palestine from German guilt“ (Befreit Palästina von der deutschen Schuld).

Manchmal steht dahinter auch ein ganzer Staat

Wie wir gesehen haben, ist muslimischer Antisemitismus ein ernsthaftes Problem

in Deutschland. Nur eine genaue Analyse kann zur Lösung dieses Problems führen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass muslimischer Antisemitismus mitunter aus dem Ausland orchestriert wird. Beispielsweise aus dem Iran, eine islamische Theokratie, in der dem Willen, Israel zu vernichten, sogar ein Feiertag gewidmet ist: Der al-Quds-Tag. Dieser wurde am 7. August 1979 vom Führer der islamischen Revolution, Ajatollah Ruhollah Chomeini, ausgerufen und auf den letzten Freitag des islamischen Fastenmonats Ramadan festgelegt. „Al-Quds“ steht für Jerusalem, der Tag ist ein Protest gegen die Existenz Israels.

Schon lange wurde dieser „Protest“ exportiert, auch nach Deutschland. Quasi als Erfüllungsgehilfen des Mullah-Regimes in Teheran ziehen Israelhasser durch Berlin. Bzw. sie taten es bis 2019, 2020 waren Großdemonstrationen aufgrund der Pandemie verboten und seither wurden zwar Veranstaltungen angemeldet, später jedoch wieder abgesagt.

Sehr viel weniger bekannt als der Zusammenhang zwischen den israel-feindlichen al-Quds-Veranstaltungen und dem Iran sind die Anschläge auf Synagogen in Essen und einem Brandanschlag auf eine Schule in Bochum und dem vermuteten Drahtzieher aus den Reihen der iranischen Revolutionsgardien. Laut Ruhr-Nachrichten war in der Nacht zum 18. November 2022 mindestens dreimal auf das frühere Rabbinerhaus an der Alten Synagoge in Essen geschossen worden. In derselben Nacht wurde ein Brandanschlag auf die Schule in Bochum verübt. Ein Zusammenhang wurde zunächst nicht gesehen. Dann wandte sich ein iranischstämmiger Mann an die Polizei und sagte aus, ein Mann namens Ramin Y. habe ihn kontaktiert und für antisemitische Anschläge anwerben wollen, u.a. für die Synagoge in Dortmund. Er habe abgelehnt, deshalb sei es dazu nicht gekommen. Der Mann wurde festgenommen und die Bundesanwaltschaft zog den Fall an sich. Nun erschien auch der Anschlag auf die Schule in Bochum in einem anderen Licht, denn diese grenzt direkt an die Synagoge.

Bei Ramin Y. handelt es sich laut taz um den Boss der Hells-Angels Mönchengladbach, der sich in den Iran abgesetzt hat, weil er wegen Mordes an einem anderen Hells-Angels-Mitglied gesucht wird. Er soll

<<seit letztem Jahr im Iran untergetaucht sein. Von dort aus soll er ein Terrorkommando der Revolutionsgardien in Deutschland steuern. Auf der Zieliste auch: der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster.>>

Fazit

Antisemitismus war und ist ein gesellschaftliches Problem in Deutschland und kostet immer noch Menschenleben. Die Erscheinungsformen sind vielfältiger, manche subtiler, manche brutaler, geworden. Dabei agieren die Judenfeinde nicht nur im In-, sondern auch aus dem Ausland. Die Akteure waren nie ausschließlich stramme Rechte, nach 1945 brachten zunächst Linke und ihre „palästinensischen“ Freunde antisemitischen Terror nach Deutschland zurück. Erst Jahre später gab es erste Attentate, verübt von alten und neuen Nazis. Ab der Jahrtausendwende gesellten sich auch in Deutschland lebende muslimische Akteure dazu. Nur darüber soll tunlichst geschwiegen werden. Oder anders ausgedrückt: Fast 25 Jahre werden wir mit muslimischem antisemitischem Terror in Deutschland konfrontiert – und wir diskutieren darüber, ob wir darüber reden dürfen.

Was treibt die Wähler zur AfD?

Deutschland hat in den 16 Jahren Kanzlerschaft Angela Merkels eine massive Erosion an Sicherheit und Wohlstand erlebt. Die mantrahft bezugte „Alternativlosigkeit“ Merkels war letztendlich die Hebamme der Alternative für Deutschland (AfD). Die gegenwärtige linke und besonders die grüne Politik ist der beste Dünger, auf dem die AfD je gedeihen konnte und weiterhin kann. Denn es gilt zu akzeptieren, dass der größte Teil der Bevölkerung kein Freund vom hyperaktiven Schwingen der Regenbogenflagge, kein Freund von Gendersternchen und kein Freund von grüner ideologischer Verbohrtheit ist. Wer die Vernunftverlassenheit des jetzigen Regierungshandelns nicht erkennen will, wird genau das erleben: sein „blaues Wunder“. (JR)

Von Dr. Deborah Ryszka

In links-grün angehauchten Diskussionsrunden und Talksendungen wird fleißig gerätselt: „Wieso wählen so viele die Alternative für Deutschland (kurz: AfD)?“ Empörung und Unverständnis machen sich dabei breit. Denn: „Wie konnte es so weit kommen?“ Ganz einfach: Alles begann mit Angela Merkel (CDU). Die Ehe für alle, Panzer für Schwangere, Masturbationsräume in KiTas. Deswegen gründete auch eine Gruppe euroskeptischer Köpfe am 6. Februar 2013 die AfD. Als Antwort auf Merkels mantrahft bezugte „Alternativlosigkeit“, als Alternative für ihren politischen Kurs. Einem Kurs, der primär auf den eigenen Machterhalt aus war und gleichzeitig in Deutschland ein gesellschaftliches Ohnmachtsgefühl erzeugte. Seitdem konnte sich die AfD prächtig entwickeln. Denn Merkel setzte Außenpolitik hauptsächlich mit Wirtschaftspolitik gleich, innenpolitisch wollte sie nur eines: weiter regieren.

Vielleicht war es Merkels DDR-Sozialisation, die sie nie losließ? Jedenfalls: Merkels enge und fast liebevolle Beziehungen zu Mütterchen Russland machten Deutschland zu einem abhängigen Energie-Junkie. Die Konsequenzen dieser fehlgeleiteten Energie-Politik sehen wir heute im Zuge des Krieges in der Ukraine: steigende Energiepreise führen zu Insolvenzen und Verarmung. Der AfD-Vorsitzende, Tino Chrupalla, hat eine Lösung parat: Mit dem Iran über Gaslieferungen verhandeln. Das ist in Anbetracht der gegenwärtigen Situation durchaus eine Überlegung wert. Schließlich unterhält Deutschland mit China, das die Minderheit der Uiguren unterdrückt und schikaniert, nicht gerade schlechte Beziehungen. Deutschland fährt geradezu einen wirtschaftsfreundlichen Kurs mit der asiatischen Großmacht. Obwohl das Reich der Mitte deutsche Unternehmen aufkauft, um bestimmte Schlüsselindustrien beeinflussen zu können. So kaufte sich China 2015 in Kuka, einem weltweit führenden Anbieter in Robotik, mit einem kleinen Aktienpaket ein. Im darauffolgenden Jahr übernahm Kuka es gänzlich. Zudem nutzen die Deutsche Telekom und die Deutsche Bahn chinesische Bauteile für Mobilfunknetz und Schienennetz. Und auch in der Wissenschaft sieht es heikel aus. 2022 warnte das deutsche Innenministerium vor chinesischer Einflussnahme durch die „Konfuzius-Institute“ an deutschen Universitäten. Die wissenschaftliche Freiheit sei in Gefahr. Trotzdem kuschelte Merkel vorher heftig mit China. Sie würde vermutlich rekapitulieren: „alternativlos“.

Vertrauen in Deutschland verloren
Wahrscheinlich war das ebenso „alternativlos“ wie ihre Europapolitik. Konkret ihre Entscheidungen im Zuge der griechischen Staatsschuldenkrise. Zur Erinnerung: Anfang 2010 drohte Griechenland die Zahlungsunfähigkeit. Daraufhin einigten sich Deutsch-

land und die anderen EU-Staaten auf mehrere Rettungspakete für den griechischen Bündnispartner. Eine der Bedingungen für das dritte Hilfspaket war, dass Griechenland den Betrieb 14 seiner regionalen Flughäfen verkaufen sollte. Für 1,234 Milliarden Euro ging der Zuschlag an den Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport. Trotzdem sahen die Griechen nicht viel von dem monetären Rettungsring. Mehrere Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Griechenland nicht einmal 5 Prozent der an sie bezahlten Unterstützungsleistungen erhalten hatte. Der Großteil der Hilfszahlungen ging zum Beispiel an ausländische Gläubiger oder floss in die Zinszahlungen. Das Ergebnis: Griechenland ist noch immer nicht über alle Berge, Deutschland profitierte wirtschaftlich. In der Folge haben nicht wenige europäische Staaten das Vertrauen in Deutschland als zuverlässigen Bündnispartner verloren. Allen voran süd- und osteuropäische Staaten. Sie „tolerieren“ Deutschland nur noch wegen seiner wirtschaftlichen Stärke.

Der deutsche Alleingang während der Flüchtlingswelle 2015 tat sein Übriges. Ohne jegliche Rechtsgrundlage und ohne vorherige Konsultation der europäischen Partner öffnete Merkel die Grenzen für Flüchtlinge. Umgarnet vom links-grünen ekstatischen „refugees welcome“ konstatierte sie: „Wir schaffen das“. Seitdem sind acht (!) Jahre vergangen – und was haben „wir geschafft“? Tagtäglich strömen Flüchtlinge, davon viele ohne Ausweispapiere ins Land, es fehlt an Unterbringungsmöglichkeiten und gesetzlich abgesicherte Abschiebungen finden nicht statt. Immer noch schweben zu viele auf ihrer Multi-Kulti-Wolke – und auf der Klima-Wolke.

Deutschland in der Krise

Seit 2007 titulierte Mainstream-Medien Merkel mehr und mehr als „Klimakanzlerin“. Schließlich machte sie sich stark für die Reduzierung der Treibhausgase. 2011 kam dann ihr großer „Öko-Wurf“. Nach dem Nuklearunfall im japanischen Fukushima am 11. März desselben Jahres beschloss der Bundestag einen stufenweisen Atomausstieg bis 2022. Aus energiepolitischer Sichtweise alles andere als „strahlende“ Aussichten: Sowohl der Wirtschaftssektor als auch Privathaushalte spüren seit Jahren die steigenden Energiepreise.

Doch nicht nur energiepolitisch bewegt sich Deutschland auf wackeligen Füßen. Militärtechnisch sieht es ganz ähnlich aus. Das Sturmgewehr G36 ist nicht ganz treffsicher, der Transporthubschrauber CH-53 fliegt ohne ballistischen Schutz und der Laserschutz für Helmvvisiere war erst ab 2016 wieder verfügbar. Laut „Bild“-Zeitung Ende letzten Jahres ist nur jede dritte Panzerhaubitze einsatzbereit. Aber was soll's? Unsere Truppe ist nur bedingt einsatzbereit, dafür aber unbedingt familienfreundlich und „queer“. So lud die deutsche Friedensarmee am 31. Januar 2017 zu einem Workshop „Sexu-



Immer mehr Wähler fühlen sich von den Altparteien nicht mehr repräsentiert.

elle Orientierung und Identität in der Bundeswehr“ ein. Nicht nur hielt Ursula von der Leyen, damalige Bundesverteidigungsministerin (CDU), die Eröffnungsrede, zugleich war sie auch Initiatorin der ganzen Veranstaltung. Familienfreundlichkeit geht eben über militärische Abwehrbereitschaft.

Das zeigt: Bereits unter Merkels Ära wurden bestehende Probleme und gesellschaftspolitische notwendige Veränderungen nicht angepackt. Ausbildung? Eine Flut von Bachelors, Masters und PhDs überschwemmt das Land. Der Rohrbruch bleibt trotzdem bestehen. Digitalisierung? Deutschland lebt noch immer in der digitalen Steinzeit. Integration? Ganze Stadtteile könnten Neu-Bagdad oder Neu-Casablanca heißen. Kurzum: Es wird nicht agiert, sondern gewartet, verwaltet und kaputt gespart.

Nebenbei setzen mit der grün-linken Brechstange einige „Herrschaft*innen“, ungeniert und ungestraft, ihre zerstörerischen Utopien durch. Statt (um bewusst diesen Begriff zu verwenden) „nachhaltig“ zu regieren, fließt das Geld im Gießkannenprinzip in politisch korrekte Pornos, Masturbationsräume für Kitas und Panzer für Schwangere - abgesehen von den Millionen, die in den „Kampf gegen rechts“ verpulvert werden. Das ist kein realitätsbezogenes Regieren. Das ist ideologischer Aktivismus.

Popularität konservativ-liberaler Kräfte

Wen kann es da wirklich wundern, dass aus Merkels Kind, der AfD, ein so wohlgenährtes und gesundes Mädchen wurde? Die gegenwärtige links-grüne Politik ist der beste Dünger, auf dem die AfD je gedeihen konnte und weiterhin kann. Denn es gilt zu akzeptieren, was akzeptiert werden muss. Eine nicht

kleine Bevölkerungsgruppe ist kein Freund vom hyperaktiven Schwingen der Regenbogenflagge, kein Freund von Gendersternchen*innen und kein Freund vom politischen Moralismus. Die Popularität konservativ-liberaler Kräfte in den Nachbarländern spricht hier Bände. Zu unterstellen, alles seien „Rechte“, zeugt von Ignoranz, Ideologie oder Idiotie. Wer diese Entwicklung nicht akzeptieren möchte, ist nicht nur ein Ideologe, sondern ein Feind der Demokratie. Denn wer in das politische Programm der AfD reinschaut, wird merken, dass die AfD eine „deutschlandfreundliche“ Politik betreibt. Sie berücksichtigt deutsche Interessen.

Das wissen nicht wenige Bürger zu schätzen: Dass jemand da ist, der sich um ihre Belange sorgt. Wie etwa „Oma Getrud“, die mit ihrer kleinen Rente nicht über die Runden kommt oder die junge Chantal-Marie, die sich ein Eigenheim nur noch schwer leisten kann. Ganz anders sieht das bei einem großen Teil des politischen Betriebs in Berlin aus. Sie denken an die große, weite Ferne. Was vor ihrer Haustür passiert, interessiert sie nicht. Doch bereits Johann Wolfgang von Goethe wusste: „Ein jeder kehre vor seiner Tür,/ Und rein ist jedes Stadtquartier./ Und jeder übe sein' Lektion, So wird es gut im Rate stohn.“

Deswegen ist die AfD auch so populär. Weil sie gesunde Prioritäten setzt. Zuerst kommen deutsche Interesse, dann europäische und erst weiter hinten globale. Das ist ihr „Geheimrezept“. Wer das nicht einsehen möchte und dementsprechend weiterhin handelt, wird genau das erleben: Sein blaues Wunder.

Dr. phil. Deborah Ryszka, M.Sc. Psychologie, Publizistin und Vertretungsprofessorin für Psychologie.

Welchen seltsamen Ländern Deutschland Entwicklungshilfe schenkt

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung Milliarden für Entwicklungshilfe, ihre irrwitzige Genderpolitik und dubiose Klimaprojekte gezahlt. Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat Deutschland allein für dortige Entwicklungshilfe bereits 371 Millionen Euro geleistet. Zum Vergleich: Die regionale Wirtschaftsförderung, die strukturschwache Regionen in Deutschland unterstützen soll, muss in diesem Jahr mit nur 647 Millionen Euro auskommen. Wer gehört noch zu den Empfängern deutscher Entwicklungshilfe? 2019 stand Syrien an der Spitze der Liste, damals 683,5 Mio. Euro. Es folgten Indien, China, der Irak, Afghanistan, Jordanien, die Türkei, der Jemen und der Libanon mit Ausgaben jeweils zwischen 195 und 530 Millionen Euro. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Wie macht diese Bundesregierung das? Ein Land zum Hort der frauenfeindlichen, ja menschenfeindlichen Gewalt durch einen radikalen Islam erklären, die Aufnahme zehntausender „Flüchtlinge“ auf dem einen oder anderen Wege ankündigen und dennoch in dasselbe Land Entwicklungsgelder investieren? Andrea Nahles (SPD) hatte im Deutschen Bundestag einmal einen Politikansatz lyrisch-poetisch vorgestellt: „Ich mach mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt ...“ Dieser Satz, damals polemisch gemeint und albern vorgetragen, nimmt sich heute anscheinend die Ampelkoalition zum Vorbild.

Nehmen wir nacheinander die Positionen ein, die offenbar auch die Bundesregierung einnimmt. Afghanistan ist also – glaubt man der Außenministerin – ein durchaus nicht unterstützenswertes Unrechtsregime, das furchtbares Leid für Frauen, Mädchen und Regimegegner bedeutet. Darauf beruht die Aufnahme der angeblich noch 40.000 afghanischen „Ortskräfte“ via Direktflug, die zu den 31.000 Afghanen hinzukommen, die allein in diesem Jahr (bis einschließlich Juli) illegal nach Deutschland eingeschleust wurden.

Trotz dieses Aderlasses, den weniger Afghanistan als vielmehr Deutschland in Form von Integrationskursen, benötigten Wohnungen und zu zahlender Sozialhilfe erleidet, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter der Leitung von Svenja Schulze (SPD) die Zahlungen an das Hindu-kusch-Land unter den Taliban fortgesetzt. 371 Millionen Euro flossen seit deren Machtübernahme in das Land, wie dts meldet. Die Mittel dienen angeblich allein „der Aufrechterhaltung der Grundversorgung sowie der Stärkung der Widerstandskraft der Bevölkerung“ und würden zudem „regierungsfern umgesetzt“, wie eine Ministeriumssprecherin dem Spiegel sagte. „Es fließen keine Mittel über die Ministerien und Behörden der de-facto-Autoritäten.“ Die Taliban können also gar nicht davon profitieren.

Man stolpert ein bisschen über dieses Wort „umgesetzt“, wo man „eingesetzt“ erwartet hätte. Das klingt wie ein Akt der Verdauung (Zucker umsetzen) oder erinnert an den wirtschaftlichen „Umsatz“, den ein Unternehmen zunächst einmal machen muss. Die Mittel, so heißt es auch später in den Verlautbarungen des Bundesministeriums wieder, würden „vorrangig über internationale Organisationen (Vereinte Nationen, Weltbank) und Nichtregierungsorganisationen umgesetzt“.

Eigentlich wollte das BMZ sein Afghanistan-Programm seit dem Regimewechsel vor zwei Jahren gestoppt haben – aber irgendwann danach muss man den Motor wieder angeworfen haben. Und jetzt klingelt der Umsatz wieder im



Profitiert auch die Taliban von der deutschen Entwicklungshilfe?

Kasten, vor allem bei UNO, Weltbank und NGOs. Wie sicher kann man sich eigentlich sein, dass die Grünen-nahen NGOs, die die Flugtickets nach Berlin ausstellen, nicht von der deutschen Entwicklungshilfe profitieren?

Früher floss eine Million pro Tag nach Afghanistan

Wahr ist, dass schon einmal mehr deutsche Steuergelder nach Afghanistan flossen. 2019 gab es noch 365,5 Millionen Euro – also eine Million am Tag – für die damalige Islamische Republik Afghanistan. Zum Vergleich: Die regionale Wirtschaftsförderung, die strukturschwache Regionen in Deutschland unterstützen soll, muss in diesem Jahr mit 647 Millionen Euro auskommen. In der näheren Zukunft will der Finanzminister 14,4 Milliarden Euro am Bundeshaushalt einsparen. Wie sähe der Sparbetrag aus, wenn man auf die unnötigen, vielleicht sogar kontraproduktiven Entwicklungshilfegelder verzichtete? Vermutlich wäre er negativ, also kein Sparbetrag mehr, sondern ein kurzfristiger Überschuss.

Man nehme etwa die 190,5 Millionen Euro, die 2022 an Äthiopien flossen – während sich der Ministerpräsident des Landes, Abiy Ahmed, einen „milliardenteuren Palast“ errichten lässt, größer als „Windsor, das Weiße Haus, der Kreml und Chinas verbotene Stadt“ zusammen, wie die NZZ berichtet und Henryk Broder in der Welt hinterfragt.

Wer gehörte noch zu den Empfängern deutscher Entwicklungshilfe? 2019 stand Syrien an der Spitze der Liste – jene Präsidialdiktatur, in der Deutschland bis heute nicht diplomatisch ver-

treten ist (damals 683,5 Mio. Euro). Es folgten Indien, China, der Irak, Afghanistan, Jordanien, die Türkei, der Jemen und der Libanon mit Ausgaben zwischen 195 und 530 Millionen Euro.

Das Ministerium informiert dabei einigermaßen anschaulich über seine Projekte und Ausgaben. Nur eine Länderliste ist nicht leicht zu finden. Aktuell gibt es im Syrien Assads 19 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 191 Millionen Euro. In China sind es derzeit 37 Projekte mit einem Volumen von 40,5 Millionen Euro, in Indien – das die Liste wohl anführt – sogar 497 Projekte zum Preis von 4,85 Milliarden Euro. Handelt es sich bei den beiden Ländern wirklich noch um Entwicklungsländer, die unser Geld nötig haben? Dem schon erwähnten Äthiopien wurde derzeit dank 166 Projekten eine knappe Milliarde Euro zugesagt. Diese Ausgabenposten beziehen sich jeweils auf mehr als ein Jahr. Insgesamt sind mehr als 62 Milliarden Euro in 109 Ländern und 8.145 Projekten gebunden.

Feministische Entwicklungshilfe als subversive Tat?

Laut dem „Kompass 2023“, herausgegeben von der Welthungerhilfe und Terre des hommes, summierten sich die deutschen Entwicklungshilfegelder im Jahr 2022 auf 33,3 Milliarden Euro. Das sind global betrachtet die zweithöchsten Ausgaben in diesem Bereich nach den USA. Es sind außerdem so hohe Ausgaben wie nie zuvor, mehr als 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Die Frage ist nun, ob man mit diesem Anstieg der Entwicklungshilfeausgaben wirklich den Hunger in der Welt bekämpft. Die Herausgeber des „Kompass-

ses“ sind natürlich genau zwei solche NGOs, wie sie überall auf der Welt von der Entwicklungshilfe profitieren.

Im westafrikanischen Niger ist die deutsche und EU-Entwicklungshilfestrategie gerade durch einen Putsch gescheitert. Doch noch immer geben die EU-Staaten in der Sahel-Region 28 Milliarden Euro aus – um einer schemenhaften „Stabilisierung“ willen. An sich fließt deutsches Geld nur an „liebe“ Nationen. Der mit russischer Hilfe umgedrehte Niger bekommt aktuell nichts mehr. Doch ein Rückzug der Bundesregierung aus der Region insgesamt wäre laut Spiegel von „fataler“ Wirkung. Ist das wirklich so? Am Ende scheint man sich auch in der Berlin-Hamburger Blase nicht so sicher, dass Entwicklungshilfe ein „Kippen“ weiterer Länder, etwa Mauretaniens, verhindern kann.

In Afghanistan kann es darum nicht mehr gehen. Das Land ist ja schon „gekippt“. Dafür werden dort nun „nur Maßnahmen umgesetzt, in denen Frauen mitarbeiten und mit denen Frauen und

Mädchen erreicht werden können“. Feministische Entwicklungshilfe-Politik vom Besten. Das stellen sich die Rot-Grünen sicher als unglaublich subversiv vor in so einem lupenreinen islamischen Emirat. Daneben könnte es aber schlicht dazu führen, dass mehr Menschen möglichst schnell weg möchten, um in das Land der triumphierenden Frauenrechte zu gelangen. Ob das am Ende der Wahrheit entspricht, steht – wegen der rot-grünen Asyl- und Migrationspolitik – wiederum auf Messers Schneide.

Eine gute Politik der Zusammenarbeit müsste ganz anders aussehen. Es müsste ein konkretes Interesse des Geberlandes Deutschland eruiert werden, damit ein Geben und Nehmen im gleichen Zug möglich wird. Denn nur so lassen sich Interessen am Ende wirksam miteinander verknüpfen und ausgleichen. Die hehren Ziele des Bundesministeriums für Zusammenarbeit (keine Armut, Gesundheit und Wohlergehen, Geschlechtergleichheit, nachhaltiger Konsum) mögen hierzulande populär sein, stellen aber letztlich auch eine Art Indoktrination der anderen Länder dar. Der Spiegel-Bericht aus Mauretaniens spiegelt das durch ungebremstes Kolonialkolorit: „In der Abendsonne trommeln Frauen im Fischereihafen Nouakchott für die deutsche Bundesregierung. ‚Merci‘, rufen sie, ‚Bonjour Madame!‘“ An der Stelle muss man schon fast Verständnis für die Ministerien haben: Nach so einem Empfang kann man ja nur besoffen von der eigenen Güte nach Berlin zurückkehren.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Natan Sharansky erhebt schwere Vorwürfe gegen Michael Blume

Der ehemalige stellvertretende israelische Ministerpräsident und Vorsitzender der Jewish Agency (2009-2018) hat den Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg Dr. Michael Blume scharf kritisiert. Blume würde das israelische Volk dämonisieren und klassische antisemitische Verschwörungstheorien bedienen. Sharansky ist Vorsitzender des Institute for the Study of Global Antisemitism and Research und hat die moderne Definition für Antisemitismus entwickelt, die als „3-D-Methode für Antisemitismus“ bekannt ist. Diese besteht aus drei Kriterien, um eine antisemitische Einstellung gegenüber Israel zu erkennen: Dämonisierung, Delegitimierung, Doppelte Standards.

Von Benjamin Weinthal

Die Antisemitismus-Skandale rund um den Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus in Baden-Württemberg, Michael Blume, hören nicht auf.

Natan Sharansky, früher sowjetischer Dissident und ehemaliger Minister der israelischen Regierung, brandmarkte einen Tweet Michael Blumes als „antisemitisch“, in dem dieser nahelegte, er werde von einer angeblichen israelischen Geheimdienst-Firma überwacht.

In einer Stellungnahme gegenüber der 'Jüdischen Rundschau' (JR) sagte Sharansky, es gebe „keinen Zweifel, dass sein Tweet ... antisemitisch ist. Weil er unser Volk dämonisiert und einer klassischen antisemitischen Verschwörungstheorie entspricht. Es ist legitim die Frage zu stellen, warum Deutschland ihn für die Bekämpfung von Antisemitismus bezahlt.“

Blume twitterte früher in diesem Jahr: „Ein Internationales Journalisten-Team recherchierte zu Fake-News-Anbietern in Israel. Als Trolling-Betroffener, der und dessen Familie seit Jahren von antideutschen Rechtsextremisten verleumdet werden, habe ich Fragen und bleibe dran. #TeamJorge.“

Blume suggerierte, er sei Opfer einer israelischen Desinformationskampagne. Er verlinkte diesen Tweet zu einem Beitrag des öffentlich-rechtlichen 'Zweites Deutsches Fernsehen' (ZDF), das über die Anschuldigungen, eine als „Team Jorge“ bekannte Gruppe von Israelis, die außerhalb Tel Avivs agieren, auf Hacking und die Verbreitung von Desinformation spezialisiert sei. Blume legte für seine Behauptung, er sei von „Team Jorge“ ins Ziel genommen worden, keinerlei Beweise vor.

Blume und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen), haben nicht auf JR-Pressenanfragen reagiert.

„3-D-Methode für Antisemitismus“ Sharansky ist Vorsitzender des 'Institute for the Study of Global Antisemitism and Research' und hat die moderne Definition für Antisemitismus entwickelt, die als '3-D-Methode für Antisemitismus' bekannt ist.

Die '3-D-Methode' besteht aus drei Kriterien, um eine antisemitische Einstellung gegenüber Israel zu erkennen: Dämonisierung, Delegitimierung, Doppelte Standards. Die internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus der 'International Holocaust Remembrance Alliance' (IHRA) basiert auf der Definition von Sharansky.

Auf der Homepage des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, steht: „Um Antisemitismus früh erkennen und so besser bekämpfen zu können, ist es wichtig, die Gesellschaft und staatliche Organe dafür zu sensibilisieren, was als Meinungsäußerung

toleriert werden kann und wo die Grenze zu Antisemitismus überschritten wird. Insbesondere die Abgrenzung von zulässiger Kritik am Handeln der israelischen Regierung und israelbezogenem Antisemitismus scheint im Alltag manchmal unklar zu sein. Die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus liefert hier eine wertvolle Orientierung und ist nützliches Instrument bei der Einordnung von Fällen.“

Mehr Internationale Stimmen gegen Blume

Rabbi Abraham Cooper, der Associate Dean des 'Simon Wiesenthal Centers', sagte der JR zu Sharanskys Kritik an dem mutmaßlich antisemitischen Tweet Blumes: „Dem Antisemitismus-Beauftragten Blume muss der Mund verboten werden oder er muss den Mund halten. Wenn Sie Informationen haben, die eine Verschwörung bestätigen, dann teilen Sie sie der Welt mit. Wenn nicht, dann tragen sie zu Antisemitismus bei, statt ihn zu bekämpfen.“ Er fügte hinzu, bei Blume handele es sich um einen „klassischen Fall von Fake News“.

Dr. Charles Asher Small, Exekutiv-Direktor des 'Institute for the Study of Global Antisemitism and Policy' (IS-GAP) sagte der JR: „Blume schreibt beständig dem jüdischen Volk und den Israelis mit antisemitisch aufgeladenen Anschuldigungen Schuld zu. Sein Diskurs Juden auf eine verzerrt herabwürdigende Weise und sich und den deutschen politischen Diskurs als das Opfer jüdischer Verschwörungen zu definieren, erinnert an das furchtbarste Kapitel der deutschen Geschichte. Es ist an der Zeit, dass Blume in den Spiegel schaut und eine Bilanz seines moralischen Leumunds zieht. Es ist an der Zeit, dass die deutsche Obrigkeit den Rücktritt eines Beamten fordert, der dafür verantwortlich ist, Hass zu bekämpfen, nicht ihn zu fördern.“

Der Antisemitismus in Baden-Württemberg steigt rasant

Im August berichtete der 'Südwestrundfunk' (SWR): „Fast 400 antisemitisch motivierte Straftaten wurden im Land zwischen 2019 und 2022 verfolgt.“

Der SWR schrieb: „Zwischen 2019 und 2022 haben die Justizbehörden im Land rund 380 antisemitisch motivierte Straftaten verfolgt.“

Die antisemitisch motivierten Straftaten haben von 2019 bis 2022 um 84% zugenommen, so der SWR weiter.

Seit Blume im Amt ist, nimmt der Judenhass im Baden-Württemberg stetig zu. Renommierte internationale Antisemitismus-Experten, wie z.B. Dr. Efraim Zuroff, der Direktor des 'Simon Wiesenthal Centers - Standort Jerusalem' und als „Der letzte Nazi-Jäger“ bekannt, fordern Blumes Rücktritt.



Natan Sharansky war in Israel bereits Industrie-, Innen- und Wohnungsbauminister sowie stellvertretender Ministerpräsident.

Wie lange klebt Blume noch an seinem Amt

Blume stand bereits zweimal auf den Listen der weltweit herausragenden antisemitischen Vorfälle des Jahres 2021 und 2022 des 'Simon-Wiesenthal-Zentrums'. Im Oktober vergangenen Jahres hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man Blume als „antisemitisch“ bezeichnen darf. Die Tagesszeitung 'Die Welt' berichtet, dass „das Gericht sich auf frühere Äußerungen Blumes bezog“. Die JR-Berichterstattung über Blumes Hetze gegen Juden wurde in dem Gerichtsurteil erwähnt.

Im Gerichtsurteil ist zu lesen: „Zudem hat der Antragsteller unwidersprochen vorgetragen – indem er entsprechende Vorwürfe aus einem Artikel der Jüdischen Rundschau (Anlage JS 8) in Bezug genommen hat –, dass B. die konservative jüdische Aktivisten Goldstein-Wolf mit Adolf Eichmann verglichen habe.“ Der Buchstabe „B.“ im Gerichtsurteil steht für 'Blume'.

Blume steht seit Jahren in der Kritik in Israel. Der Sprecher der israelischen Verteidigungsstreitkräfte hat Blume bereits im Jahr 2022 scharf kritisiert, weil Blume den israelischen Nationalhelden Orde Wingate in breiter Öffentlichkeit als „Kriegsverbrecher“ diffamiert hat.

Blume ignoriert den Antisemitismus des iranischen Regimes

Iranische Dissidenten werfen Blume Untätigkeit in Bezug auf die Stadtpartnerschaft zwischen dem antisemitischen iranischen Regime in Isfahan und Freiburg vor.

Der Freiburger Gemeinderat und Freiburgs Bürgermeister Martin Horn

haben im Juli erneut einen Antrag zur Beendigung der Partnerschaft abgelehnt. Dr. Kazem Moussavi, Sprecher der oppositionellen Green Party of Iran in Deutschland, sagte der JR: „Die Urananreicherung des Regimes hat die Vernichtung Israels zum Ziel und seine Drohnen und Raketen werden im russischen Angriffskrieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung eingesetzt.“

Neben Martin Horn und der Rathauspitze ist die Tatenlosigkeit des Antisemitismusbeauftragten des Bundeslandes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, anzuklagen. Ihre Verpflichtung zur Verteidigung der Menschenrechte von Jüdinnen und Juden, unabhängig davon, wo sie leben, haben sie in Isfahan nicht erfüllt. Ein Antisemitismusbeauftragter darf die Freiburger Beziehungen zu Isfahan, wo Jüdinnen und Juden und andere religiösen Minderheiten massiv diskriminiert und verfolgt werden und dessen Verwaltung das iranische misogynen Terror-Regime in Freiburg repräsentiert, nicht tolerieren.“ In Isfahan wird laut Berichten an der Entwicklung der iranischen Nuklearwaffen gearbeitet.

Während der Antisemitismus in Baden-Württemberg zunimmt, beschäftigt sich Blume im August d. J. intensiv mit einem Podcast zum "Homo oeconomicus." Blume informiert überdies in seinem Blog auf der Seite SciLogs, die bereits antisemitische Texte von Blume publiziert hat, dass es eine neue Folge von Blume zur Wasserkrise gibt.

Dass Blume in der Wissenschaft kaum erstgenommen werden kann, hängt direkt mit seinen absurden Ideen über den Judenhas ab. Blume argumentiert z. B., dass weniger Antisemitismus durch mehr erneuerbare Energien möglich sei.

Henryk Broder, der den selektiven Antisemitismus von Blume kritisiert hat, schrieb im Jahr 2022: „Wahrscheinlich wäre Michael Blume gerne der ‚Beauftragte der Landesregierung von Baden-Württemberg für globale Dekarbonisierung und den Umgang mit Seltenen Erden‘ geworden, aber die Stelle gab es nicht. So musste er sich mit dem Job eines Antisemitismus-Beauftragten zufriedengeben und macht nun das Beste daraus.“

Die JR hat Presseanfragen an Felix Klein, 'Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus', und an Katherina von Schnurbein, 'Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission', bezüglich des erneuten Antisemitismus Vorwurfs gegen Blume und der Zunahme von Antisemitismus in Baden-Württemberg geseendet.

Benjamin Weinthal ist Writing Fellow für the Middle East Forum.

Bitte lasst Baerbock fliegen, möglichst weit weg

Eine Glosse über die bittere Realität: Lasst die entgegen ihren eigenen Behauptungen offensichtlich Klima-gleichgültige und reiselustige Außenministerin fliegen, wohin sie will. Auch zu den Ländern, die „Hunderttausende Kilometer“ entfernt sind und ihrer Gegenwart nicht bedürfen. Dort kann sie zumindest nicht versehentlich Russland den Krieg erklären und ihren „Bacon of Hope“ verteilen. Ihre Reise nach Australien und auf die Fidschi-Inseln musste Annalena Baerbock in Abu Dhabi zweimal wegen einer technischen Panne abbrechen. Zurück bleibt ein blamiertes Land und 160 Tonnen Kerosin, die in die Luft abgelassen werden mussten. (JR)

Von Roland Tichy

Annalena Baerbock ist die personifizierte Delegitimierung dieses Staates. Das Beste, was diesem Land passieren kann, ist, dass sie weit weg in die Südsee fliegt. Da kann sie wenigstens keinen Schaden anrichten. Und sie hat noch viel vor mit sich. Die Mitflugmedien jedenfalls überschlagen sich mit Lob für die Gastgeberin.

Ein paar hundert Tonnen Kerosin in die Luft geblasen, zwei neue Flieger für rund 1,2 Milliarden bestellt – man kann schon erschrecken über solche Zahlen. Aber lassen Sie uns in größeren Dimensionen denken. Den Schaden, den ein Dilettant, oder wie es hier besser passt: eine Dilettant*in im Außenamt anrichten kann, ist um ein Vielfaches höher. Stellen wir uns vor, Baerbock fährt mit dem Zug jetzt wieder nach Kiew. Oder sonst wo hin. Was da passieren kann, etwa wenn sie wieder Russland den Krieg erklärt, damit prahlt, dass man den Russen die Beine wegschlagen solle, damit sie die nächsten Jahrzehnte nicht mehr auf die Beine kommen, oder wenn sie nach Paris oder London fährt (dahin fahren Züge, die außerhalb Deutschlands pünktlichst verkehren wie auch übrigens in der gebombten Ukraine). Stellen wir uns vor, sie verteilt da ihren Hoffnungsschinken. Alles schon dagewesen. Was da passieren könnte, wenn sie Croissant mit Kreuzzug verwechselt! Oder Macron mit Makkaroni anspricht! Damit ist zu rechnen. Gott schütze unser Land, sonst tut es keiner mehr.

Braucht Baerbock zum Reisen einen Anlass?

Es ist also besser, wenn sie in die Südsee fliegt und vorher ein bisschen Asien bereist. Da ist ja, anders als in Europa, weitgehend Frieden auf Fidschi. Und dort hat man auch noch nicht ihre Reden über feministische Außenpolitik gehört. Da haben die was zu staunen. Lassen wir sie hinfahren, auch wenn der eigentliche Grund, der Sieg der Fußballfrauen, leider vertagt werden musste. Dumm gelaufen. Aber das von einem Krieg zerrüttete Europa ist ein zu gefährliches Pflaster, da gerät der Stöckelschuh schnell in eine gefährliche Ritze.

Daher: Kein Preis ist zu hoch, als dass man ihn nicht zu zahlen bereit wäre, wenn sie nur schön am Strand spazieren ginge, 100.000ende Kilometer weit weg, wie sie bereits erzählt hat, und ihre Füße in die steigende Flut hielte, die ganz sicherlich alle 6 Stunden wegen Klimawandel kommt. Den Speer und das Fischernetz, die sie großzügig verteilen wollte, kann sicherlich DHL liefern; nur die Benin-Bronzen nach Nigeria waren für so eine Reise der DHL wohl etwas zu schwer. Die mussten schon von der Luftwaffe zugestellt werden.

Man kann unsere Außen-Dame ja verstehen. Sie orientiert sich halt an Hans-Dietrich Genscher, dem legen-



Außenministerin Annalena Baerbock gibt für Visagistin mehr als 130.000 Euro im Jahr aus.

dären Außenminister Helmut Kohls. Damals spottete man, dass die Gefahr bestünde, dass Genscher mit sich selbst zusammenstoßen könnte in der Luft. Viele Fotos bringen viele Wählerstimmen. Fünf-Wort-Sätze gehen glatt über die Lippen.

Genscher war allerdings komplett un-fotogen. Seine berühmten gelben Pullis waren abgewetzt und hatten die wesentliche Aufgabe, den demolierten Hosenschnallen zu verdecken, wie der Genscher-Kenner Fritz Goergen zu berichten weiß. Auf die Idee, für 135.000 Euro eine Visagistin zu enga-

sich mit großen, dicken Männern in bunten Hemden umgibt und ihnen das mit der feministischen Außenpolitik erklärt und einen Scheck überreicht, damit sie auch wirklich zuhören.

Auch Journalisten brauchen Vitamin D

Dafür braucht man ein großes Presse-Corps. Die Journalisten aus Berlin sind ja auch mal froh, wenn sie der Kälte entfliehen und etwas Vitamin D produzieren können unter südlicher Sonne. Nein, nicht Baerbock ist zu schelten. Es sind die zu schelten, die dabei

da muss eine Riesenbotschaft hin.

Und weil Baerbock um Hilfe in den Vereinigten Arabischen Emiraten nachsuchen musste, dürften „die eigentlich erwarteten harten Verhandlungen über den Ausstieg aus fossilem Öl und Gas damit deutlich schwieriger werden“. Aha. Die Scheichs sollen aufs Öl verzichten, und dazu kann sie Baerbock aber nicht zwingen, weil sie ihre Dankesschuld ab dienen muss.

Mehr Wichtigtuerei eines angeblichen Hintergrunddienstes war selten; aber jeder sucht die Rechtfertigung, die zu ihm passt und mit der er seine Dankesschuld für eine Mitfluggelegenheit abschreiben kann. Ihre Flugscham unterdrücken Baerbock wie Journalisten gekonnt. Die Grenze vom Hofberichterstatter zum Höfling, vom Schreiber zum Statisten einer Inszenierung ist schmal und leicht zu überschreiten. Der Gegenstand und seine Berichterstatter ergänzen sich auf das Schönste.

Die Medien boten die Barbie-Show. Alles ist rosa, die Kameras klicken, die Handtasche baumelt kapriziös, die Schuhe stöckeln, das Lächeln strahlt. Das Role-Model ist perfekt: Seht her, ich bin doch super! Unsere Außen-Baerbie eben im Zeitalter des Scheins und der Selbstbespiegelung. Mit solchen Fotos kann man auch Bundeskanzlerin spielen. Oder UN-Generalsekretär*in? Wobei Sekretärin, ist doch etwas wenig, oder?

Ihre Flugscham unterdrücken Baerbock wie Journalisten gekonnt. Die Grenze vom Hofberichterstatter zum Höfling, vom Schreiber zum Statisten einer Inszenierung ist schmal und leicht zu überschreiten.

gieren, ist er auch nicht gekommen – auch wenn es damals noch billige Mark waren und keine Teuros. Genscher ist Leonid Breschnew entgegengetreten, ganz ohne sich am Vorabend Gurkenscheiben aufzulegen; Gurke gab es nur zum Wodka.

Da ist Baerbock schon ganz anders drauf. Sie will beeindruckt werden mit ihrem perfekten Styling, und die mitreisenden Fotografen und Journalisten haben nur eine Aufgabe: dabei zu sein, wenn sie sich in Szene setzt. Bei der Gangway ankommt, hinaufsteigt, herunterwinkt,

mitmachen. Die Barbie-Show als News verkaufen, sich wichtig machen mit Berichten vom Ende der Welt, wo nur gerade rein gar nichts herauskommt – am Ende (um Helmut Kohls Formel zu vermeiden). Aber feministische Außenpolitik schreibt sich ganz alleine, das Amt liefert gerne die Versatzstücke. „Deutschland verpasst die Chance, mit hochrangiger Präsenz von Außenministerin und Medientross eine neue Botschaft in der Republik Fidschi zu eröffnen“, schreibt da doch tatsächlich einer. Fidschi hat 924.610 Einwohner,

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Fall Aiwanger: Die unerträgliche Doppelmoral des links-grünen Establishments

Nur wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Bayern veröffentlicht ausgerechnet die für ihre antisemitischen Ausfälle immer wieder auffällig gewordene Süddeutsche Zeitung (SZ) den Vorwurf, der Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger hätte als 17-Jähriger ein antisemitisches Flugblatt verfasst. Der Inhalt des judenfeindlichen Pamphlets ist unzweifelhaft menschenverachtend und einfach widerwärtig, doch der Zeitpunkt der Veröffentlichung lässt allzu deutlich nicht Sorge um die Juden, sondern Wahlmanipulation erkennen. Die künstlich geschürte Empörung ebte auch nicht ab, als publik wurde, dass Aiwangers Bruder der Verfasser des Flugblatts gewesen ist. Nach wie vor wird, vor allem von den Grünen, die in Bayern ihre Felle wegschwimmen sehen, aber auch von der SPD, Aiwangers Entlassung gefordert. Indes wird massiver linker Antisemitismus, der sich erfolglos als Israelkritik tarnt, hierzulande selten thematisiert und noch seltener verurteilt. Man denke nur an die Heuchel-Aussagen Claudia Roths angesichts der von ihr zugelassenen antisemitischen Exponate bei der Documenta. (JR)

Von Vera Lengsfeld

An der Kampagne gegen Hubert Aiwanger ist nichts neu. Ähnliche Kampagnen wurden immer wieder gestartet: Gegen das sächsische Sebnitz, in dem 1997 Rechtsextremisten vor den Augen von etwa 1000 Badegästen einen kleinen Jungen umgebracht haben sollen, der, wie später festgestellt wurde, an einem Herzfehler starb. Aus diesem größten Medienskandal, damals ausgelöst von der Bild, wurden offenbar keine Lehren gezogen. Es folgte später die Kampagne gegen Chemnitz, indem behauptet und regierungsseitig bekräftigt wurde, dass dort nach der Ermordung eines jungen Mannes durch Migranten Hetzjagden auf Ausländer stattgefunden haben sollen. Im Gegensatz zu Sebnitz, bei dem Bild sich entschuldigt hat, wird die Lüge, die Chemnitz vor der Weltöffentlichkeit desavouiert hat, aufrechterhalten, obwohl sie auf einem von der Antifa gestohlenen Videoschnipsel beruht, der lediglich die Rangelei zwischen zwei Männern zeigt, die nach höchstens 10 Metern „Verfolgung“ endet, ohne dass der Verfolgte erreicht wurde.

Zeitpunkt wohl kein Zufall

Neu an der Aiwanger-Kampagne ist, dass die Süddeutsche schon seit Jahren von der angeblichen Verfehlung Aiwangers gewusst haben soll, die Veröffentlichung aber zu einem Zeitpunkt erfolgte, da die Gefahr besteht, dass es die Freien Wähler wieder in die Bayerische Regierung schaffen könnten. Das Grün-woke Establishment kann es Aiwanger nicht verzeihen, dass er sich medienwirksam gegen das unsägliche

Heizungsgesetz von Wirtschaftsminister Habeck geäußert hat.

Obwohl Aiwanger erst 17 Jahre alt war, als das Flugblatt, das jetzt veröffentlicht wurde, in seiner Schulmappe gefunden wurde und die schulinterne Untersuchung mit einem Strafreferat endete, was darauf schließen lässt, dass die Schulleitung nicht davon ausging, dass Aiwanger der Verfasser war, wird in den Berichten der linksgrünen Presse der Eindruck verbreitet, Aiwanger müsste heute noch zu dem Inhalt des Pamphlets stehen, nach mehr als drei Jahrzehnten. Hätte Aiwanger damals einen Mitschüler umgebracht, wäre die Tat heute nach dem Jugendstrafrecht verjährt und dürfte in den Medien nicht gegen ihn verwendet werden.

Die künstlich geschürte Empörung ebte auch nicht ab, als publik wurde, dass Aiwangers Bruder der Verfasser des Flugblatts gewesen ist. Nach wie vor wird, vor allem von den Grünen, die in Bayern ihre Felle wegschwimmen sehen, aber auch von der SPD, Aiwangers Entlassung gefordert.

Antisemitismus bei den Grünen

Aus diesem Grund sei an zwei Begebenheiten erinnert, in denen grüne Politiker antisemitisch agiert haben, die später hochgeehrte Politiker wurden.

Christian Ströbele war Bundessprecher der Grünen, als er 1991 die Raketenangriffe auf Israel als eine logische Konsequenz der israelischen Politik bezeichnet hat. Auf Nachfrage sagte er, er billige nicht jede Konsequenz, aber Israel habe mit seiner Politik diese vorhersehbare Folge provoziert. Es gab einen medialen Aufschrei, vor allem wegen Henryk Broders öffentlichem Widerspruch, aber



Der bayerische Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler).

der politischen Karriere Ströbeles hat der Skandal nicht geschadet. Im Gegenteil, als Ströbele starb, bekam er nicht nur von der TAZ eine Gedenkfeier, sondern auch in bürgerlichen Blättern einen Nachruf auf einen Demokraten, dessen antiisraelische Ausfälle vergessen waren. Linker Antisemitismus, der sich als Israelkritik tarnt, wird hierzulande selten thematisiert, noch seltener verurteilt.

Das zweite Beispiel ist Joschka Fischer, der im Falle Ströbele einer der wenigen Grünen war, die dem damaligen Bundessprecher widersprochen haben. Fischer hatte inzwischen seine antisemitischen Aktionen bereut und sich glaubwürdig gewandelt.

In den siebziger Jahren, als in Frankfurt der von den Linken inszenierte sogenannte „Häuserkampf“ tobte, eskalierte der Hass gegen den „Spekulanten“ Ignaz Bubis, der eines seiner Westend-Häuser, Ecke Beethovenstraße und Bockenheimer Landstraße, gewaltsam räumen ließ. Der Holocaust-Überlebende Bubis wurde im Laufe der Kampagne sogar in Rainer Werner Fassbinders Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ als Vorlage für die Figur des großen Volksfeindes verunglimpft. Dass Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit sich viele Jahre später bei Bubis dafür entschuldigt haben, hat ihn gefreut, aber die Wunden, die von der damaligen Kampagne gegen ihn geschlagen wurden, schmerzten noch in den 90er Jahren.

Als ich im April 1993 die Ehre hatte, anlässlich der Eröffnung des United States Holocaust Memorial Museum in Washington Ignaz Bubis persönlich kennenzulernen, sprachen wir auf dem Rückflug lange miteinander. Er hatte mich nach meinen Stasi-Erfahrungen gefragt und erzählte später von der Kampagne gegen ihn.

Was Bubis von linken Extremisten, unterstützt von der linken Kulturschickerie, angetan und später mit Schweigen überdeckt wurde, steht in keinem Verhältnis zu dem Flugblatt, das in der Schultasche eines 17-jährigen gefunden wurde. Fassbinder gehört nach wie vor zum kulturellen Kanon, während Forderungen zur Vernichtung der politischen Existenz Aiwangers erhoben werden. Glauben die Kampagnen-Betreiber, diese Doppelmoral würde vom Publikum nicht bemerkt?

Dieser Beitrag erschien zuerst bei www.vera-lengsfeld.de

Einbürgerung: Ataman ist der Ramschpreis für das Verschenken des deutschen Passes noch zu hoch

Schon jetzt lassen die Pläne von Innenministerin Nancy Faeser, die Einbürgerungen zu erleichtern, jeden mit nur etwas Vernunft versehenen Menschen mit Kopfschütteln zurück. Für die nahezu stets in die falsche Richtung agierende sogenannte „politische Aktivistin“ und „Antidiskriminierungsbeauftragte“ Ferda Ataman geht das Verramschen des deutschen Passes immer aber noch nicht weit genug. Sie kritisierte, dass die Pläne immer noch den Nachweis eines gesicherten Lebensunterhaltes vorsähen, es jedoch Einwanderer gebe, die diesen nicht selbst erwirtschaften könnten. Um die Einbürgerung trotzdem zu ermöglichen, fordert sie nun Härtefallregelungen. (JR)

Von Claudio Casula

Am 23. August hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Erleichterung der Einbürgerung beschlossen. Der deutsche Pass wird Migranten gewissermaßen hinterhergeworfen. Nur noch nicht genug Migranten, wie die „Antidiskriminierungsbeauftragte“ des Bundes findet.

Die Umsetzung der Pläne von Innenministerin Nancy Faeser werden dazu führen, dass Millionen Migranten aufgrund ihrer schieren Präsenz vollkommen anstrengungslos den deutschen Pass erhalten, außerdem werde so ein weiterer Pullfaktor für illegale Migration geschaffen. Diesen müsste es nur gelingen, irgendwie fünf Jahre im Land zu bleiben, um Deut-

scher werden zu können, mit allen Implikationen wie Wahlrecht et cetera.

Kernpunkte der Reform

Hier noch einmal die Kernpunkte der „Reform“ des Staatsbürgerschaftsrechts: Die für eine Einbürgerung von Ausländern erforderliche Aufenthaltsdauer im Land soll von derzeit acht auf nur noch fünf Jahre verkürzt werden. Die Ausländer müssen auf ihre alte Staatsbürgerschaft auch nicht verzichten (Doppelpass als Regel statt als Ausnahme). Für die Einbürgerung von Menschen im Alter sollen die bisher verlangten Sprachnachweise gestrichen werden, künftig soll die „Fähigkeit zur mündlichen Verständigung“ ausreichen. Auch der bislang ge-

forderte Wissenstest über Deutschland soll für diese Gruppe entfallen.

Leisten muss der Bewerber also grundsätzlich gar nichts, nicht einmal Kenntnisse über das Land, dessen Bürger er werden will, besitzen. Für die politische Aktivistin Ferda Ataman, seit Juli 2022 „Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung“, gehen die Vorhaben allerdings immer noch nicht weit genug. Sie kritisierte, dass die Pläne den Nachweis eines gesicherten Lebensunterhaltes vorsähen, es jedoch Menschen gebe, die diesen nicht selbst erwirtschaften könnten, etwa weil sie alleinerziehend oder behindert seien. Um diese nicht zu benachteiligen, fordert sie Härtefallregelungen.

Auch die geringeren Anforderungen an Sprachkenntnisse vermögen Frau Ataman nicht zufriedenzustellen. Sie möchte ältere Menschen grundsätzlich vom formalen Sprachnachweis entbunden sehen, da dieser für viele eine hohe Hürde darstelle. Was den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft betrifft, möchte die „Antidiskriminierungsbeauftragte“, die so gut wie jede Anforderung an Nichtdeutsche diskriminierend findet, am liebsten jede Hürde so weit senken, dass auch ein fetter Mops noch locker drüberhüpfen kann. Oder sie am besten gleich ganz beseitigen.

Claudio Casula arbeitet als Autor, Redakteur und Lektor bei der Achse des Guten, wo dieser Artikel zuerst erschienen ist.

TuS Makkabi Berlin schreibt Geschichte: Zum ersten Mal hat sich ein jüdischer Verein für den DFB-Pokal qualifiziert

Nachdem Makkabi das Duell der Außenseiter um den Berliner Landespokal gewann, zog er als erster jüdischer Klub in die Hauptrunde des DFB-Pokals. Trotz Niederlage gegen den Erstligisten VfL Wolfsburg hat das Team von Trainer Wolfgang Sandhove Geschichte geschrieben und sich selbst, seinen Fans und dem deutschen Fußball gezeigt: man muss mit uns rechnen. Besonders auch für den Vereinsältesten und Shoah-Überlebenden Marian Wajselfisz ist dieser sportliche Erfolg eine Herzensangelegenheit und eine Anerkennung seiner jahrzehntelangen und für ihn zum Lebenswerk gewordenen engagierten Vereinsarbeit. (JR)

Von Julian M. Plutz

Schon vor dem Spiel war die Geschichte bereits in den Büchern niedergeschrieben, um die alte, düstere Geschichte mit neuen, großartigen Momenten zu erblassen. 1933 ergriff Adolf Hitler die Macht in Deutschland, kurz darauf mussten jüdische Fußballer auf eigenen Plätzen ihre eigenen Meisterschaften austragen. 90 Jahre später spielt mit dem TuS Makkabi Berlin erstmals ein jüdischer Verein im DFB-Pokal. Hierbei handelt es sich um viel mehr als eine Zäsur im positiven Sinne, ein lautes, gut hörbares: „Wir sind da und bleiben sichtbar.“ Egal, wie das Spiel ausgehen würde: Makkabi Berlin wird

Vorstand Michael Koblenz fasst das so zusammen: „Für alle, die mit diesem Verein verbunden sind, ist das emotional gesehen ein riesiges Erlebnis. Für die jüdische Gemeinde in Deutschland hat die Partie eine Bedeutung, die über die Grenzen Berlins hinausgeht. Was uns vor allem freut: Endlich wird nicht nur über den Verein berichtet, wenn es antisemitische Vorfälle gibt. Das macht uns unglaublich stolz, es ist die Erfüllung eines Traums.“

Für die turbulente Geschichte des Vereins ist es nicht nur ein emotionaler Höhepunkt, sondern auch eine Art Genugtuung, angesichts der zahlreichen Anfeindungen, die der Verein in den letzten Jahren erleiden musste. Dabei ist Makkabi ein echter Traditionsverein; eine Tatsache, auf die gerade deutsche Fußballfans großen Wert legen.

Heute zählt der Verein rund 600 Mitglieder

Die Ursprünge des Vereins gehen nämlich weit über das Gründungsjahr hinaus. Im Jahr 1898 gründete sich Bar Kochba Berlin und gilt als der erste jüdische Verein Deutschlands überhaupt. In Friedrichsfelde im heutigen Bezirk Lichtenberg verfügte der Verein über einen selbst erbauten Sportplatz, der für bis zu 2500 Zuschauer Platz bot. Ab 1926 zogen die Kicker dann nach Marienfelde. Vier Jahre später zählte Bar Kochba Berlin 40.000 Mitglieder aus 24 Ländern. Das multikulturelle Fußballprojekt schien zu funktionieren.

Zwar gewann Bar Kochba noch 1934 und 1938 die Fußballmeisterschaft des Deutschen Makkabi-Kreises, doch dem Wettbewerbsverbot 1933 durch die Nazis, folgte 1938 im Zuge der Reichspogromnacht dann das vollständige Berufsverbot für Juden.

Erst viel später, am 26. November 1970, gründete sich der Verein mit dem Namen TuS Makkabi Berlin neu. Der Schrecken der Shoah schien so weit weg zu sein, dass Juden wieder den Mut fassten, ihre alten Vereine wieder aufzubauen. Doch nicht nur Juden beteiligten sich am Wiederaufbau der Sportstätten. Makkabi Berlin zählt



Die Mannschaft von TuS Makkabi Berlin.

heute 600 Mitglieder und verfolgt laut eigener Auskunft das Ziel, Juden und Nicht-Juden im Sport zusammenzubringen. Der Verein ist zwar jüdisch, steht aber gleichzeitig jeder Konfession und jeder Art von Herkunft offen. Neben Fußball bietet Makkabi Berlin auch Volleyball, Basketball, Schach, Tennis, Tischtennis und vieles mehr an.

Nächstes Jahr wollen sie wieder im DFB-Pokal spielen

Es sind genau die Worte des Vorstands, Michael Koblenz, die wahr sind. Endlich steht Makkabi eben nicht in den Schlagzeilen, weil bei einem Auswärtsspiel Fans und Spieler wieder einmal judenfeindlich angegriffen werden, sondern wegen sportlicher Höchstleistung. Denn als Amateur überhaupt im DFB-Pokal spielen zu können, muss der Verein den jeweiligen Landespokal gewinnen.

Und das tat Makkabi Berlin. Am 3. Juni dieses Jahres gewann der Verein erstmals den Berliner Landespokal. Im Finale setzte sich die Mannschaft mit 3:1 nach Verlängerung gegen den Berlin-Ligisten Sparta Lichtenberg durch und durfte gegen die Werkself aus Wolfsburg ran.

Wenig überraschend hatte Mak-

kabi gegen den Verein aus der ersten Bundesliga und den ehemaligen DFB-Pokalsieger von 2014, damals noch mit dem blutjungen Kevin De Bruyne, keine Chance und verlor mit 0:6. Was

um den Aufstieg in die Regionalliga mitspielen und im Berliner Landespokal ist die Titelverteidigung das erklärte Ziel, um dann wieder im DFB-Pokal zu spielen. „Wir haben jetzt



TuS Makkabi Trainer Wolfgang Sandhove (Mitte) mit VfL Wolfsburg Trainer Niko Kovač (links) und Co-Trainer Robert Kovač (rechts), den Sandhove vor knapp 30 Jahren in Nürnberg trainierte.

bleibt, ist ein historisches Ereignis, das Fans und Beteiligte noch lange in Erinnerung haben werden.

Denn nach dem Spiel heißt vor dem Spiel In der Oberliga will Makkabi

erstmal Zeit bis zum nächsten Jahr, bis wir uns hier wieder in der ersten Runde zeigen können“, sagte Kapitän Doron Bruck gegenüber der BZ mit einem Lächeln.

Die sogenannten „Palästinenser“ ziehen den Terrorismus dem Frieden mit Israel vor

Laut der jüngsten Umfrage des „Palestinian Center for Policy and Survey Research“ in Ramallah, ist die große Mehrheit (86 %) der befragten sogenannten „Palästinenser“ der Meinung, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde nicht das Recht hat, Mitglieder der Terrorgruppen zu verhaften, um sie an der Durchführung von Anschlägen gegen Israel zu hindern. Mahmoud Abbas, der sich nun im 18. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit befindet, kennt die Stimmung auf den Straßen und fördert wegen seiner eigenen Israel-feindlichen Motivation den tödlichen Terror gegen jüdische Kinder, Frauen und Männer, statt ihn zu stoppen. (JR)

Von Bassam Tawil

Die Ergebnisse einer Umfrage (PSR Meinungsumfrage Nr. 88, Anm. d. Red.), die zwischen dem 7. und 11. Juni durchgeführt wurde, zeigen, dass die Regierung Biden und alle, die weiterhin von einer Wiederbelebung des Friedensprozesses zwischen Israel und den „Palästinensern“ sprechen, einer Illusion aufsitzen. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die meisten „Palästinenser“ mehr daran interessiert sind, Juden zu töten, als mit ihnen Frieden zu schließen. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass die meisten „Palästinenser“ einen Nachfolger für ihren derzeitigen Führer, den PA-Präsidenten Mahmoud Abbas, wünschen, der Verbindungen zum Terrorismus hat.

Der Umfrage zufolge ist der größte Prozentsatz der „Palästinenser“ (24 %) der Meinung, dass der Aufstieg extremistischer islamistischer Terrorgruppen wie der Hamas und des „Palästinensischen Islamischen Dschihad“ (PIJ) „das Positivste oder das Beste ist, was dem palästinensischen Volk seit der Nakba widerfahren ist.“ Die Mehrheit der „Palästinenser“ betrachtet Terrorgruppen und die Ermordung von Juden – und nicht den Bau von Schulen und Krankenhäusern – als ihre stolzeste Errungenschaft der letzten sieben Jahrzehnte.

Mehrheit befürwortet den Terror

Mehr als die Hälfte der Palästinenser, so ergab die Umfrage, ziehen einen „bewaffneten Kampf“ (Terrorismus) gegen Israel den Verhandlungen mit Israel vor. Das Einzige, was die „palästinensische“ Öffentlichkeit zu beunruhigen scheint, ist die Möglichkeit, dass die Sicherheitskräfte der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas gegen die Terrorgruppen vorgehen könnten. Die bewaffneten Terroristen dieser Gruppen werden von den „Palästinensern“ regelmäßig als Helden und Märtyrer gefeiert.

Die „Palästinenser“ wollen, dass die Bewaffneten auf den Straßen bleiben und ihre Terroranschläge gegen Juden fortsetzen. Die große Mehrheit (86 %) ist der Meinung, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde nicht das Recht hat, Mitglieder dieser Terrorgruppen zu verhaften, um sie an der Durchführung von Anschlägen gegen Israel zu hindern. Diese Ansicht scheint einer der Gründe zu sein, warum Abbas zögert, seine Sicherheitskräfte anzuweisen, gegen diese Terrorgruppen vorzugehen und ihre Waffen zu konfiszieren. Abbas ist sich zweifellos der breiten Unterstützung bewusst, die die Terroristen in der „palästinensischen“ Bevölkerung genießen. Er weiß zweifellos, dass er, wenn er gegen die Terroristen vorgeht, von seinem Volk als Verräter und Kollaborateur Israels denunziert werden wird. Abbas und die „Palästinensische“ Autonomiebehörde sehen sich bereits heftiger Kritik ausgesetzt, weil sie die Sicherheitskoordination mit den israelischen Sicherheitskräften im Westjordanland durchführen.

Laut der jüngsten PSR-Umfrage liegt die Unterstützung für das Konzept der



Die Mehrheit der sogenannten „Palästinenser“ befürwortet den Terror gegen die Juden.

„Zweistaatenlösung“ bei 28 %, die Ablehnung bei 70 %. Eine drei Monate zuvor von demselben Zentrum durchgeführte Umfrage ergab, dass die „Zweistaatenlösung“ nur von 27 % befürwortet wird, während 71 % sie ablehnen. Bei der Wahl ihrer Führer haben die „Palästinenser“ erneut gezeigt, dass sie einen Kandidaten, der Juden tötet und Israel zerstören will, jedem vorziehen, der als allzu gemäßigt gegenüber Israel gilt. Während die Regierung Biden offenbar Vertrauen in Abbas und seine „Palästinensische“ Autonomiebehörde hat, glauben 84 % der „Palästinenser“ – aus gutem Grund –, dass die Institutionen der PA korrupt sind. Darüber hinaus liegt der Grad der Unzufriedenheit mit der Leistung von Abbas der Umfrage zufolge bei 80 %.

Wenig Unterstützung für eine Zweistaatenlösung

Die Ergebnisse der jüngsten „palästinensischen“ Umfrage zeigen, dass die Regierung Biden und die Europäische Union in dem Glauben, die Idee einer „Zweistaatenlösung“ zwischen Israel und den „Palästinensern“ fördern zu können, weiterhin einer Selbsttäuschung aufsitzen. Die Amerikaner und Europäer scheinen die Stimmungen auf der „palästinensischen“ Straße einfach nicht zu kennen und hören lieber auf das, was ihnen hochrangige „palästinensische“ Beamte hinter verschlossenen Türen in Ramallah erzählen. Die „palästinensischen“ Offiziellen stellen die Situation eindeutig falsch dar, wenn sie von dem Wunsch der „Palästinenser“ nach Frieden und der Gründung eines „palästinensischen“ Staates an der Seite Israels sprechen. Sie sagen das, weil sie hoffen, einen Staat im Westjordanland zu bekommen, den sie dann als Abschussrampe für Angriffe auf Israel nutzen könnten. Genau das haben die „Palästinenser“ getan, nachdem Israel sich 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen und ihn der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde übergeben hatte: Sie begannen, Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel zu schießen.

Die Radikalisierung ist das unmittelbare Ergebnis jahrzehntelanger Gehirnwäsche und Aufstachelung gegen Israel,

die ununterbrochen in Moscheen, in den Medien, in Schulen, auf Universitätsgeländen, im Sport, in Sommerlagern und sogar in Kreuzwortsälen stattfindet. Wenn überhaupt, dann zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass die Amerikaner und Europäer ihre Zeit mit dem Versuch verschwenden, die „Palästinenser“ davon zu überzeugen, an den Verhandlungstisch mit Israel zurückzukehren.

Üben die EU oder die Regierung Biden irgendeinen Druck auf Abbas und die „palästinensische“ Führung aus, damit sie gegen die Terrorgruppen vorgehen und ihre unaufhörliche Aufwiegelung gegen Israel einstellen? Nein, stattdessen schickt die EU Ausrüstung an die „Palästinenser“, um ihnen zu helfen, illegal auf Land zu bauen, über das verhandelt werden soll. Die USA ihrerseits tun nicht nur so, als sei die Bekämpfung des Terrorismus moralisch gleichbedeutend mit der Begehung von Terrorismus, sondern belohnen unter Missachtung des US-Kongresses weiterhin Mahmoud Abbas' "Pay-to-slay"-„Jobprogramm“ mit Geld und schaffen damit weiterhin Anreize für die „Palästinenser“, Juden zu ermorden.

Welche Friedensverhandlungen?

Die Regierung Biden hat ihre Bemühungen um eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Israel und den „Palästinensern“ wieder aufgenommen. Am 19. Juni traf die stellvertretende US-Außenministerin für Nahostfragen, Barbara Leaf, in Ramallah, der De-facto-Hauptstadt der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde (PA), ein und traf sich mit Hussein al-Sheikh, einem hochrangigen „palästinensischen“ Beamten, der als Generalsekretär des PLO-Exekutivkomitees fungiert.

„Frau Barbara brachte die Besorgnis der US-Regierung über die Sicherheitslage [im Westjordanland] zum Ausdruck, sprach über die Bemühungen der USA und die intensiven Kontakte, die zur Beruhigung der Lage geführt werden, und rief die beiden Parteien auf, auf den Verhandlungsweg zurückzukehren“, sagte al-Sheikh nach dem Treffen. Am Vorabend von Leafs Ankunft in Ramallah zeigte jedoch eine Mehrheit der „Pa-

lästinenser“ erneut eine überwältigende Präferenz für Terror gegen Israel und Juden. Sie sprachen sich auch gegen die Idee einer „Zweistaatenlösung“ aus, die von der Regierung Biden häufig ins Spiel gebracht wird.

Die Ansichten der „Palästinenser“ wurden in einer Meinungsumfrage des in Ramallah ansässigen Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) zum 75. Jahrestag der „Nakba“ („Katastrophe“, der Begriff, mit dem die „Palästinenser“ die Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 bezeichnen, als arabische Armeen einen Krieg begannen – und dann verloren –, um die Juden an einem eigenen Staat zu hindern) offenlegt. Die Ergebnisse der Umfrage, die zwischen dem 7. und 11. Juni durchgeführt wurde, zeigen, dass die Regierung Biden und alle, die weiterhin von einer Wiederbelebung des Friedensprozesses zwischen Israel und den „Palästinensern“ sprechen, einer Illusion aufsitzen.

Der Umfrage zufolge sagen 21 %, dass der Ausbruch der beiden „palästinensischen“ Aufstände oder Intifadas in den Jahren 1987 und 2000, bei denen mehr als tausend Juden ermordet und Tausende weitere bei Terroranschlägen verwundet wurden, das Positivste war, was dem „palästinensischen“ Volk seit 1948 widerfahren ist. Und 9 % sagten, es sei die Gründung der Fatah und die Aufnahme des „bewaffneten Kampfes“ gewesen. Das bedeutet, dass eine Mehrheit der „Palästinenser“ terroristische Gruppen und die Ermordung von Juden – und nicht den Bau von Schulen und Krankenhäusern – als ihre stolzeste Errungenschaft der letzten sieben Jahrzehnte ansieht.

Fragwürdige Heldenverehrung

Mehr als 71 % der „Palästinenser“ sprechen sich für die Bildung bewaffneter Gruppen wie der Höhle der Löwen und des Jenin-Bataillons aus, so die Ergebnisse der Umfrage. Es ist erwähnenswert, dass diese bewaffneten Gruppen im vergangenen Jahr an zahlreichen Terroranschlägen gegen israelische Soldaten und Zivilisten beteiligt waren. Die „Höhle der Löwen“ mit Sitz in Nablus und das „Jenin-Bataillon“ mit Sitz im Flüchtlingslager Jenin haben die nördlichen Teile des Westjordanlandes zu einer Brutstätte des Terrorismus gemacht. Die bewaffneten Terroristen dieser Gruppen werden von den „Palästinensern“ regelmäßig als Helden und Märtyrer verehrt.

Anfang dieses Jahres behauptete die CNN-Sprecherin Christiane Amanpour im Fernsehen, dass „die jüngsten Umfragen auf „palästinensischer“ Seite ebenfalls zeigen, dass sie eine friedliche Zweistaaten-Lösung wollen“. Die jüngste Umfrage, wie auch frühere, zeigen, dass Amanpour ihre Zuschauer belogen hat.

Wenn es um die Wahl ihrer Führer geht, haben die „Palästinenser“ erneut gezeigt, dass sie einen Kandidaten, der Juden tötet und Israel zerstören will, jedem vorziehen, der als zu moderat gegenüber Israel wahrgenommen wird. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass Marwan Barghouti und Ismail Haniyeh

beliebter sind als der 87-jährige Abbas und ihn besiegen würden, wenn heute Präsidentschaftswahlen in der PA abgehalten würden. Warum? Barghouti, ein Führer der regierenden Fatah-Fraktion, verbüßt wegen seiner Rolle bei einer Reihe von Terroranschlägen gegen Israelis vor zwei Jahrzehnten fünf lebenslange Haftstrafen. Haniyeh ist der Anführer der Hamas, einer radikal-islamistischen Gruppe, die nicht an das Existenzrecht Israels glaubt und in ihrer Charta offen zum Dschihad (heiligen Krieg) zur Vernichtung Israels aufruft.

Es ist bezeichnend, dass die Regierung Biden zwar weiterhin mit Abbas und der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde zusammenarbeitet und ihre Spitzendiplomaten zu Treffen mit ihnen nach Ramallah schickt, die große Mehrheit der

„Palästinenser“ aber offensichtlich das Vertrauen in ihre Führung verloren hat. Laut der PSR-Umfrage wünschen 80 % der „palästinensischen“ Öffentlichkeit den Rücktritt von Abbas. Dies bedeutet einen Anstieg um zwei Prozentpunkte gegenüber der letzten Umfrage vor drei Monaten. Etwa 31 % der „Palästinenser“ sind der Meinung, dass die Hamas es am meisten verdient, sie zu vertreten und zu führen, während 21 % der Meinung sind, dass Abbas' Fatah-Partei es am meisten verdient, sie zu führen. Dreiundvierzig Prozent sind der Meinung, dass weder die Hamas noch die Fatah es verdienen, sie zu vertreten.

Antiisraelische Propaganda

Eine Umfrage nach der anderen hat gezeigt, dass diese Beamten – einschließ-

lich Mahmoud Abbas, der sich nun im 18. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit befindet – das Vertrauen der meisten „Palästinenser“ verloren haben und seit Jahren nicht die Ansichten der Mehrheit der „palästinensischen“ Öffentlichkeit vertreten. Die Vertreter der USA und der EU würden sich selbst einen großen Dienst erweisen, wenn sie die Realität so sehen würden, wie sie ist: Die meisten „Palästinenser“ lehnen die „Zweistaatenlösung“ ab und unterstützen den Terrorismus nachdrücklich. Die meisten „Palästinenser“ wollen unwiderlegbar, dass Terroristen sie vertreten und anführen.

Den „Palästinensern“ wird von ihren Führern ständig – fälschlicherweise – erzählt, dass die Juden beispielsweise die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem „stürmen“ und „mit ihren schmutzigen Füßen

entweihen“; dass israelische Juden „die Welt beherrschen wollen“ und dass Juden Ratten in die Jerusalemer Altstadt und Wildschweine auf die Felder schicken, um Araber aus ihren Häusern zu vertreiben, obwohl noch nicht klar ist, wie die Tiere darauf trainiert wurden, zu wissen, welche Häuser Arabern und welche Juden gehören.

Wenn überhaupt, dann zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass die Amerikaner und Europäer ihre Zeit mit dem Versuch verschwenden, die „Palästinenser“ zur Rückkehr an den Verhandlungstisch mit Israel zu bewegen.

Bassam Tawil ist ein muslimischer Araber mit Wohnsitz im Nahen Osten. Dieser Artikel erschien zuerst bei Gatestone Institute.

50 Jahre Jom-Kippur-Krieg – Hinterhältiger Angriff am höchsten jüdischen Feiertag

In diesem Jahr fällt Jom Kippur wegen des jüdischen Kalenders in den September. 1973 war es der 6. Oktober 1973, als Ägypten und Syrien den jüdischen Staat ausgerechnet am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag der Juden, überfielen. Im Süden griffen ägyptische Truppen auf Befehl ihres Präsidenten Anwar el Sadat israelische Stellungen im Sinai an, im Norden attackierte der syrische Präsident Hafiz al-Assad den Golan, der 1967 im Sechstagekrieg von Israel annektiert worden war. Der Überraschungsangriff der Araber ereilte die israelische Führung unter Ministerpräsidentin Golda Meir leider nahezu unvorbereitet. Warnungen aus Jordanien über einen bevorstehenden Angriff und geheimdienstliche Informationen über arabische Truppenbewegungen sind bedauerlicher- und fahrlässigerweise nicht ernstgenommen worden. Der Jom-Kippur-Krieg dauerte bis zum 25. Oktober und kostete bis zu seiner Abwehr fast 3000 israelischen Soldaten das Leben. Bis heute hat sich der existenzgefährdende Überraschungsangriff im kollektiven israelischen Gedächtnis eingegraben und gilt als Mahnung für die folgenden Generationen. (JR)

Von Eyal Zisser/JNS.org

Dieses Jahr begeht Israel den 50. Jahrestag des Ausbruchs des Jom-Kippur-Krieges. Der Krieg kam für das israelische Volk völlig überraschend, denn viele von ihnen befanden sich in der Synagoge, als die Sirenen ertönten. Aber auch die politische und militärische Führung und die Geheimdienste wurden überrascht, da sie den Krieg nicht kommen sahen und die Armee nicht darauf vorbereitet waren. Der Preis für dieses Versagen waren fast 3.000 Tote und weitere 7.000 Verwundete.

Wir müssen diesen entscheidenden Moment im Leben vieler Israelis noch einmal Revue passieren lassen, aber wir müssen uns daran erinnern und uns selbst – und sicherlich auch die jüngere Generation – daran erinnern, dass die Geschichte des Jom-Kippur-Krieges nicht so endete, wie sie begann, nämlich in jenem Moment, in dem das kollektive Gedächtnis Israels seither scheinbar in der Zeit stehen geblieben ist. Diese Geschichte hat eine Fortsetzung und ein Ende, das schließlich und trotz allem ein Sieg war.

Nur wenige Kriege Israels haben mit einem so durchschlagenden, überzeugenden Sieg geendet – ganz zu schweigen von den enormen strategischen Konsequenzen für die Zukunft des Landes.

Hinterhältiger Überraschungsangriff

Der Ausbruch des Krieges traf die israelischen Verteidigungskräfte unvorbereitet und außer Gefecht, als der Feind seine Offensive an der Sinai-Front im Süden und auf den Golanhöhen im Norden startete. Den Ägyptern gelang es, den Suezkanal zu überqueren und die Kontrolle über sein Ostufer zu erlangen. Auf dem Golan eroberten die Syrer die südlichen Höhen auf dem Weg zu den Übergängen über den Jordan.

Innerhalb weniger Tage wurde der ägyptisch-syrische Angriff jedoch zu-



Der israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan (links) mit dem verletzten Feldkommandeur und Kriegsstrategen Ariel Sharon (Mitte) während des Jom-Kippur-Krieges 1973.

rückgeschlagen. Nachdem sich die IDF von der anfänglichen Überraschung erholt hatten, gewannen die israelischen Piloten bei jeder Konfrontation mit ihren ägyptischen und syrischen Gegnern die Oberhand. Die israelischen Panzerbesatzungen taten derweil dasselbe am Boden gegen die gepanzerten Divisionen des Feindes.

In kürzester Zeit starteten die IDF einen Gegenangriff, der sie bis an den Stadtrand von Damaskus und an das Westufer des Suezkanals („Afrika“, wie die Truppen es nannten) und nur 100 Kilometer von der ägyptischen Hauptstadt Kairo entfernte führte. Außerdem wurde die ägyptische Dritte Armee von unseren Truppen vollständig belagert und stand kurz vor dem völligen Zusammenbruch und der Kapitulation.

Genau zu diesem Zeitpunkt, als der Feind kurz vor der völligen Vernichtung stand, endete der Krieg. Der Feind wur-

de aufgehalten, zurückgedrängt, schwer geschlagen und stand vor der Vernichtung. Aufgrund mildernder diplomatischer Erwägungen – unter anderem, weil man sich auf israelischer Seite nicht bewusst war, wie nah der Feind an der Zerreißprobe stand – gab die israelische Regierung dem Druck der USA nach und stimmte einem Waffenstillstand zu.

Strategische Bedeutung

Der militärische Sieg Israels war von strategischer Bedeutung. Vom Jom-Kippur-Krieg führt eine direkte Linie zu den Camp-David-Vereinbarungen mit Ägypten. Es ist wahrscheinlich, dass ein Friedensabkommen dieser Größenordnung nie zustande gekommen wäre, wenn Ägyptens politische und militärische Führung nicht das Gewicht von Israels Kraft und Entschlossenheit gespürt hätte oder nicht zu der Überzeugung gelangt wäre, dass Israel

auf dem Schlachtfeld nicht besiegt werden kann.

Die Ruhe, die seit über 40 Jahren auf den Golanhöhen herrscht, einschließlich der Selbstbeschränkung von Damaskus bei jedem Angriff der IDF auf seinen Boden, ist auf die Ergebnisse des Jom-Kippur-Krieges und den hohen Preis zurückzuführen, den die Syrer dafür bezahlt haben.

Seit einigen Jahren jedoch hat sich Israel dafür entschieden, diese beispiellosen Bilder des Sieges zu ignorieren und stattdessen in Trauer und Verzweiflung zu versinken und sogar süchtig zu werden – die Früchte des Fiaskos und der Misserfolge der ersten Kriegstage. Die Russen haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht so verhalten, der sie überrascht und einen schrecklichen Preis gefordert hat; und die Amerikaner erinnern sich nicht so an das Ende ihres Krieges gegen Japan, der völlig überraschend und erfolglos in Pearl Harbor begann und ebenfalls einen hohen Preis gefordert hat.

Israel selbst hat sich nach dem Sechstage-Krieg nicht so verhalten, trotz des hohen Preises, den es für den Sieg zahlte, und es ist sicherlich nicht so, wie wir uns an den Unabhängigkeitskrieg erinnern – den härtesten und blutigsten aller israelischen Kriege.

Für die Generation, die den Krieg von 1973 erlebt hat – und insbesondere für diejenigen, die darin gekämpft haben – ist diese Entscheidung vielleicht verständlich. Aber es gibt keinen Grund für die jüngere Generation, mit einer imaginären Geschichte der Niederlage aufzuwachsen, und es gibt auch keinen Grund, die wichtigste Lehre aus diesem Krieg zu vergessen: dass Entschlossenheit und militärische Stärke notwendig sind, um in unserer Region zu überleben und den Frieden zu erreichen, nach dem wir uns alle sehnen.

Eyal Zisser ist Dozent am Lehrstuhl für Geschichte des Nahen Ostens an der Universität Tel Aviv.

Ehud Baracks dubiose Rolle in der israelischen Politik

Gegen den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak stehen Vorwürfe im Raum, die linksradikalen Proteste gegen die Regierung Netanjahu mit Millionen Schekel mitfinanziert zu haben. Als der Wahlsieg Benjamin Netanjahus absehbar war, setzte sich eine ganze Maschinerie in Bewegung, um die zukünftige Regierung zu destabilisieren. Die linken Proteste standen vor allem unter dem Vorwand der Justizreform, weil sie die erste große Initiative der neuen Regierung war und bezwecken bis heute die Lähmung und Destabilisierung der Regierung. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Es sind zwei Berichte erschienen, die die regierungsfeindlichen Ausschreitungen der Linken in ein neues Licht rücken:

Zunächst erklärte Gilead Sher, einer der Anführer des "Widerstands" gegen die Netanjahu-Regierung, in einem Podcast mit dem Haaretz-Reporter Amir Oren, dass er und seine Kollegen die organisatorische und finanzielle Struktur für die Massenunruhen, die Israel seit Januar erlebt, aufgebaut haben, bevor Premierminister Benjamin Netanjahu und seine Kollegen die Regierung bildeten. Mit anderen Worten: Die Unruhen, Proteste, politischen Gewaltakte und Einschüchterungen, die Israel seit Januar überschwemmt haben, waren keine spontanen Reaktionen auf die Gesetzesreformvorschläge der Regierung. Sie wurden bereits Wochen vor der Ernennung von Justizminister Yariv Levin und lange bevor die Regierung zu irgendetwas Stellung bezog, geplant und finanziert.

Sher diente als Ehud Baraks Stabschef während Baraks kurzer Amtszeit als Premierminister von 1999-2001. Er war Baraks Chefunterhändler mit der PLO beim gescheiterten Friedensgipfel von Camp David und steht Barak seither nahe.

Verbindungen zu linksradikalen Aktivisten

Im Gespräch mit Oren enthüllte Sher, dass der Plan, das Land in Brand zu setzen, Mitte Dezember 2022, drei Wochen vor der Regierungsbildung, ausgeheckt wurde. Bei einem Treffen auf Einladung von Yossi Kutchik, der während Baraks Amtszeit als Generaldirektor des Ministerpräsidentenbüros fungierte, trafen Sher und Kutchik mit dem ehemaligen Generalstabschef der IDF, Dan Halutz, und dem High-Tech-Milliardär und linksradikalen politischen Aktivisten Orni Petruschka zusammen.

Sher sagte: "Wir vier trafen uns, und sehr schnell, vielleicht nach ein oder zwei Wochen, kamen eine Reihe weiterer Personen hinzu."

Unter anderem erwähnte Sher die ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwältin Dina Zilber und Shikma Bressler. Bressler wurde im Jahr 2020 als Leiterin der "Black Flags"-Gruppe von Anti-Netanjahu-Demonstranten bekannt. Wie der israelische Fernsehsender Channel 13 im Januar 2020 enthüllte, wurde Bresslers Gruppe von Ehud Barak finanziert.

Barele Crombly, der mehrere der wichtigsten Pro-Justizreform-Proteste der Rechten organisiert hat, behauptete kürzlich in einem Interview, dass Barak einer der größten Geldgeber des "Widerstands" sei. Crombly behauptete, dass "Ehud Barak den Protest mit Millionen, wenn nicht gar zig Millionen Schekel finanziert."

Die Behauptungen von Sher wurden später durch den ehemaligen linken Aktivisten Eldad Yaniv erweitert. Yaniv, der während Baraks Wahlkampf 1999



Der ehemalige israelische Ministerpräsident Ehud Barak hat sich in den Jahren 2013-2017 30 Mal mit dem verstorbenen Sexualstraftäter Jeffrey Epstein getroffen.

gegen Netanjahu ein hochrangiger Berater war und auch in den folgenden Jahren enge Beziehungen zum ehemaligen Premierminister unterhielt, organisierte 2017 die Proteste vor dem Haus des damaligen Generalstaatsanwalts Avichai Mandelblit und forderte, dass dieser Netanjahu anklagt. Nach den Wahlen am 1. November 2022 brach Yaniv mit seinen politischen Kollegen, weil er der Meinung war, dass die Öffentlichkeit gesprochen hatte und dass Netanjahu und seine Regierung das Recht hatten, das Land zu führen.

Planung von langer Hand

Nachdem Sher sein Interview gegeben hatte, erklärte Yaniv auf Kanal 11, dass dieselben Leute, die Sher in seinem Interview erwähnt hatte, vor den Wahlen

gegen Netanjahu ein hochrangiger Berater war und auch in den folgenden Jahren enge Beziehungen zum ehemaligen Premierminister unterhielt, organisierte 2017 die Proteste vor dem Haus des damaligen Generalstaatsanwalts Avichai Mandelblit und forderte, dass dieser Netanjahu anklagt. Nach den Wahlen am 1. November 2022 brach Yaniv mit seinen politischen Kollegen, weil er der Meinung war, dass die Öffentlichkeit gesprochen hatte und dass Netanjahu und seine Regierung das Recht hatten, das Land zu führen.

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt ist die offensichtliche zentrale Rolle von Ehud Barak bei allen Ereignissen. Barak war einer der freimütigsten und radikalsten Kritiker von Netanjahu und seiner Regierung. Und nun erfahren wir, dass er zwar bei dem von Sher beschriebenen Treffen nicht anwesend

Diese Leute haben die Anti-Regierungskampagne des High-Tech-Sektors initiiert und pensionierte Generäle organisiert, die eine führende Rolle bei der Aufforderung an aktive Reservisten, den Dienst in der Reserve zu verweigern, übernommen haben.

an ihn herantreten seien. Überzeugt von ihren Umfragedaten, dass Netanjahu und die religiöse Rechte die Wahlen gewinnen würden, baten sie Yaniv, mit der Planung der Kampagne zu beginnen, die Sher nach eigenen Angaben im vergangenen Dezember initiiert hatte.

Das erste, was wir aus diesen Enthüllungen lernen, ist, dass der Anstoß für die Proteste und direkten Aktionen gegen Netanjahu, seine Regierung und die Mehrheit der israelischen Öffent-

lichkeit, die für Netanjahus Regierung gestimmt hat, weder die Justizreformagenda der Regierung noch irgendeine andere Politik war, die die Regierung auf den Weg gebracht hat. Vielmehr handelte es sich bei den Protesten um ein ausgeklügeltes Programm zur Lähmung und Destabilisierung der Regierung mit dem Ziel, sie zu stürzen. Die Proteste standen unter dem Banner der Justizreform, weil sie die erste große Initiative der neuen Regierung war.

Vorsätzliche Zerstörung einer Industrie, um Washington zu besänftigen

Die zweite wichtige Geschichte war eine Enthüllung der Financial Times über das israelische Cybersicherheitsunternehmen Paragon. Barak sitzt im Vorstand des Unternehmens.

Israel war wohl das erste Land, das die zentrale Bedeutung der Cybersicherheit für Geheimdienstoperationen des 21. Jahrhunderts erkannt hat. In den letzten Jahrzehnten gründeten ehemalige Soldaten und Offiziere der IDF Cyber Intelligence Unit 8200 private Unternehmen, die Cyberspionage-Tools entwickelten, die von den israelischen Geheimdiensten eingesetzt werden, und diese Tools unter strenger Aufsicht des Verteidigungsministeriums an befreundete Staaten exportierten. Cyber-Tools sind für die heutigen Antiterroroperationen unerlässlich. Ungezählte Menschenleben in Israel und auf der ganzen Welt konnten durch das Eindringen in die elektronische Kommunikation von Terroristen gerettet werden.

Anfang 2018 begann eine NRO namens Citizen Lab, die von der Universität Toronto aus operiert, eine Reihe von Berichten zu veröffentlichen, in denen behauptet wurde, dass eine israelische Cyberfirma, die NSO Group, von autoritären Regimen benutzt wurde, um Journalisten und Menschenrechtsaktivisten zu schaden. Dieser Bericht sowie mehrere Folgeberichte mit weiteren Behauptungen, die größtenteils widerlegt wurden, bildeten die Grundlage für die Entscheidung der Regierung Biden im November 2021, die NSO Group und Candiru, ein weiteres israelisches Cybersicherheitsunternehmen, auf eine schwarze Liste zu setzen. Die New York Times berichtete im vergangenen Jahr, dass die Vereinigten Staaten nur wenige Tage, nachdem sie die NSO Group auf die schwarze Liste gesetzt hatten, einen geheimen Vertrag mit der Gruppe unterzeichneten, um das Geolokalisierungstool von NSO zu erwerben, mit dem Mobiltelefone weltweit ohne das Wissen des Besitzers geortet werden können.

„Geschenke“ an die USA auf Kosten Israels

Im Juli letzten Jahres, zwei Wochen nachdem die Regierung Bennett-Lapid-Gantz ihre parlamentarische Mehrheit verloren hatte und Neuwahlen ausgerufen wurden, berichtete der Militärkorrespondent von Channel 13, Alon Ben David, dass die Regierung Biden und die US-Geheimdienste beschlossen hatten, Israels Cybersicherheitsindustrie zu zerstören und Israels Cybersicherheitsfirmen zu zwingen, ihre Eigentumsverhältnisse, ihre Geschäftstätigkeit - und ihre Loyalität - in die Vereinigten Staaten zu verlagern.

Die Bennett-Lapid-Gantz-Regierung war der Biden-Regierung so verpflichtet, wie sich noch keine israelische Regierung zuvor gegenüber einer US-Regierung verpflichtet gefühlt hatte.

Anstatt die israelische Industrie zu verteidigen, so Ben David, zerstöre die Regierung die Industrie "absichtlich", um Washington zu beschwichtigen. "Das Verteidigungsministerium hat bereits die meisten Exportlizenzen eingefroren, und die Amerikaner haben einfach beschlossen, unsere offensive Cyber-Industrie zu schließen und sie ihnen zu übertragen", erklärte Ben David.

Die Leiter der israelischen Geheimdienste waren empört. Sie erklärten Ben David, dass die Schließung der Industrie Israels Fähigkeit zur Selbstverteidigung massiv beeinträchtigen würde. Doch in kürzester Zeit gaben die israelischen Cybersicherheitsfirmen auf, verkauften ihre Anteile oder schlossen ihre offensiven Cyberabteilungen.

Nicht alle israelischen Firmen waren über diese Entwicklung verärgert. Wie Ben David es ausdrückte: "Leider gab es israelische Unternehmen, die in ihrer Gier nach Umsatz den Amerikanern einen Vorwand zum Handeln lieferten."

Verwicklungen mit Paragon

Ben David machte keine genauen Angaben darüber, welche israelischen Unternehmen von dem unverhohlenen Angriff der USA auf die israelische Cyberindustrie profitierten. Die Financial Times scheint die Hintergründe aufzeigt zu haben. Einem Zeitungsbericht zufolge beschloss ein Konkurrent der NSO Group, der über eine eigene Cyberwaffe namens Graphite verfügte, die Situation auszunutzen, als Citizen Lab gegen die NSO Group vorging. Der Name des Konkurrenten war Paragon.

In dem Bericht heißt es: "2019, noch bevor die Arbeiten an Graphite abgeschlossen waren...", stellte Paragon die einflussreiche Beratergruppe WestExec Advisors mit Sitz in DC ein, in der ehemalige Beamte des Weißen Hauses wie Michele Flournoy, Avril Haines und Antony Blinken arbeiten. Der ehemalige US-Botschafter in Israel, Dan Shapiro, wurde ebenfalls konsultiert.

Nach Bidens Wahl wurde Haines zum Direktor des nationalen Geheimdienstes ernannt und Blinken wurde Außenminister.

In dem Bericht der Financial Times heißt es weiter: "WestExec sagte, es habe Paragon bei seinem strategischen Ansatz für den US-amerikanischen und den europäischen Markt sowie bei der Formulierung seiner branchenführenden ethischen Verpflichtungen beraten, die den angemessenen Einsatz seiner Technologie gewährleisten sollen."

In dem Bericht heißt es: "Die amerikanische Zulassung, wenn auch indirekt, stand im Mittelpunkt der Strategie von Paragon. Das Unternehmen bemühte sich um eine Liste von verbündeten Nationen, gegen deren Einsatz von Graphite die USA nichts einzuwenden hätten."

Cybersicherheit ist ein Baustein der Abraham-Abkommen

Letztes Jahr erhielt Paragon den Zuschlag für die Lieferung von Cybersicherheits-Tools an die US-Drogenbehörde (U.S. Drug Enforcement Agency). Während Paragon seine Marketingstrategie darauf aufbaute, seine Aktivitäten der US-Genehmigung unterzuordnen, arbeitete die NSO Group mit der israelischen Regierung zusammen, die ihr Exportlizenzen für Länder erteilte, die Israel unterstützen wollten, so die Financial Times. Israels Fähigkeiten im Bereich der Cybersicherheit sind eine der Grundlagen für seine strategischen Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Staaten. Und wie Ben David andeutete, war der Verkauf der Pegasus-Spionagesoftware von NSO an diese Länder einer der Gründe für das Zustandekommen des Abraham-Abkommens.

Baraks Position in den Vereinigten Staaten ist stark, aber prekär. Einerseits unterhält er enge Beziehungen zu hochrangigen Vertretern der amerikanischen Politik und der nationalen Sicherheit. Andererseits ist Baraks Name als einer der Partner des verstorbenen Sexualstraftäters Jeffrey Epstein aufgetaucht. Letzten Monat berichtete das Wall Street Journal, dass sich Epstein laut Epsteins Tagebuch zwischen 2013 und 2017 30 Mal mit Barak getroffen hat. Barak flog auch mehrmals mit Epstein in Epsteins Privatjet. Epstein wurde 2009 wegen

Aufforderung zum Geschlechtsverkehr mit Kindern verurteilt.

Barak sagte dem Journal, dass seine Frau und sein Sicherheitspersonal ihn auf all seinen Flügen begleiteten.

Verbindungen zu Jeffrey Epstein

Im Jahr 2020 enthüllten Gerichtsdokumente, dass das Epstein-Opfer Virginia Giuffre in einer eidesstattlichen Erklärung behauptete, Epstein habe sie zum Sex mit Barak gezwungen. Barak wies diese Behauptung rundweg zurück, und andere haben Giuffre's Glaubwürdigkeit in Frage gestellt.

Im Juli 2019, als Epstein in Manhattan inhaftiert war und ein Verfahren wegen Kinderhandels anhängig war, veröffentlichte die Daily Mail ein Foto von Barak aus dem Januar 2016. Das Foto zeigte Barak mit einer Gesichtsmaske vor Epsteins New Yorker Stadthaus. In den darauffolgenden vier Stunden wurden vier junge Frauen beim Betreten von Epsteins Haus fotografiert.

Barak gab zu, dass er auf dem Foto zu sehen ist, bestand aber darauf, dass sein Treffen mit Epstein an diesem Tag unschuldig war. "Ich war zum Mittagessen oder zum Plaudern dort, sonst nichts. Und wenn schon? Ich habe nie eine Party mit ihm besucht. Ich habe Epstein nie in der Gesellschaft von Frauen oder jungen Mädchen getroffen", sagte Barak in einem Kommentar an The Daily Beast. Barak gab auch zu, in Epsteins Flugzeug zu dessen Inselsitz in der Karibik geflogen zu sein, wo Epstein angeblich illegale Sexpartys mit minderjährigen Mädchen veranstaltete.

Ebenfalls im Juli 2019 berichtete Haaretz, dass Epstein im Jahr 2015 Millionen von Dollar in Baraks Unternehmen Carbyne investierte, das Geolokalisierungssoftware für Notdienste entwickelt.

Mehrere Männer, deren Namen mit Epstein in Verbindung gebracht wurden, darunter Prinz Andrew und der leitende Angestellte von Morgan Stanley, Jes Staley, waren gezwungen, ihre Ämter niederzulegen und sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Baraks enge Verbindungen zu Epstein wurden dagegen von den israelischen Medien

heruntergespielt und von der Staatsanwaltschaft ignoriert. Natürlich würde sich die Situation sofort ändern, wenn US-Beamte beschließen würden, Baraks enge Beziehungen zu Epstein zu untersuchen.

Wütende Einschüchterungsversuche

Baraks Twitter-Feed ist voll von wütenden, drohenden Posts gegen Netanjahu und seine Koalitionspartner. In den letzten Wochen richtete sich sein Zorn vor allem gegen die Oppositionsführer Yair Lapid und Benny Gantz, die Barak einzuschüchtern versuchte, damit sie alle Bemühungen ablehnen, mit der Regierung unter der Schirmherrschaft von Präsident Isaac Herzog über ein vereinbartes Programm zur Justizreform zu verhandeln.

Es ist unmöglich zu wissen, ob Baraks Verbindungen zu hochrangigen US-Beamten mit seinen mehrjährigen Bemühungen, Netanjahu von der Macht zu verdrängen, zusammenhängen. Aus den Enthüllungen geht jedoch hervor, dass Baraks Mitarbeiter die kontinuierliche Kampagne zur Destabilisierung und Lähmung der Regierung Netanjahu organisierten und dass sie mit ihren Bemühungen bereits vor der Regierungsbildung begannen. Wir haben auch erfahren, dass Barak persönlich von dem Versuch der USA profitiert hat, Israels Cybertechnologie-Industrie zu beschlagnahmen.

Darüber hinaus wissen wir, dass Netanjahu der israelische Führer ist, der Israel in eine unabhängige Regionalmacht verwandelt hat, und dies trotz des glühenden Widerstands von Barak, seinen Partnern und wichtigen Mitgliedern der Regierung Biden.

Caroline B. Glick ist die leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der "Caroline Glick Show" auf JNS. Sie ist außerdem diplomatische Kommentatorin des israelischen Senders Channel 14 und Kolumnistin für Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Nahost-Angelegenheiten am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am israelischen College of Statesmanship.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Netanja, die französische Riviera in Israel

In den letzten zehn Jahren sind wegen der wachsenden Islamisierungsfahr und der immer wieder zu Tage tretenden Gewalt gegen Juden fast 42.000 französische Juden nach Israel eingewandert und haben die frankophone Bevölkerung des Landes damit auf knapp 450.000 erhöht. Man hat das Gefühl, dass sie sich alle in Netanja niedergelassen haben. Der israelische JR-Gastautor Michael Selutin hat mit seiner Familie den Sommerurlaub in Netanja verbracht und empfiehlt in seinem Reisebericht die pulsierende und familienfreundliche Stadt am Mittelmeer. (JR)



Von Michael Selutin

Der Strand in Netanja ist immer einen Besuch wert.

Nur 30 Kilometer nördlich von Tel Aviv liegt die sympathische Stadt Netanja. Sie hat aufgrund ihrer französischen Einwohner ihren eigenen Charme entwickelt. Meine Kinder konnten mit den überall ausgestellten Eclairs jedoch nichts anfangen.

Wenn mich meine Eltern früher in Israel besuchten, verbrachten wir immer auch einige Tage in Netanja, wo es eine große russischsprachige Gemeinde gab, in der sie sich wie zu Hause fühlten. Es gab Geschäfte mit russischen Lebensmitteln, alle Speisekarten in den Restaurants waren auch auf Russisch gedruckt und meine Mutter schwärmt noch heute über ein Geschäft, das frische jüdische Gerichte aus der alten Heimat verkaufte.

Französisches Flair

Als ich in diesem Jahr mit meinen Kindern Netanja besuchte, hörten wir auf den Straßen kein Russisch mehr, die alten russischen Restaurants und Cafés waren nicht mehr zu sehen und das Lieblingsgeschäft meiner Mutter gab es ebenfalls nicht mehr.

Stattdessen ist heute in Netanja alles Französisch. In den schicken Cafés sitzen schick gekleidete Franzosen, trinken Espresso und verhalten sich sehr Französisch, was ich übrigens durchaus charmant finde. Die Restaurants mit ihren französischen Kellnern sind heute allesamt koscher und die vielen französischen Bäckereien bieten Leckereien an, die man im anderen Teilen des Landes kaum zu sehen bekommt.

Dabei scheinen Eclairs bei den Einwohnern Netanjas besonders beliebt zu sein. An unserem ersten Abend in der Stadt brachte ich einige dieser Köstlichkeiten in unsere Ferienwohnung und

präsentierte sie meinen vier Kindern mit großer Fanfare. Ihre Reaktion:

„Bäh“

„Igit“

„Nicht so lecker“

„Nein, danke“

Kein Problem, das bedeutete mehr Eclairs für mich.

Dafür kamen die Baguettes bei den Kindern besser an. Zumindest in diesem Punkt waren wir uns einig, dass die französische Masseneinwanderung eine Bereicherung für unser Land darstellt. In den letzten zehn Jahren sind fast 42.000 französische Juden nach Israel eingewandert und haben die französischsprachige Bevölkerung des Landes auf knapp 450.000 erhöht. Man hat das Gefühl, dass sie sich alle in Netanja niedergelassen haben.

Insgesamt kann man sagen, dass die

Insgesamt kann man sagen, dass die Franzosen einen positiven Einfluss auf Netanja haben. Sie haben der Stadt einen Charme verliehen, der für Israel einmalig ist.

Franzosen einen positiven Einfluss auf Netanja haben, zumindest aus Sicht eines Touristen. Sie haben der Stadt einen Charme verliehen, der für Israel einmalig ist. Und da die französischen Einwanderer, anders als ihre sowjetischen Vorgänger, oft mit finanziellen Mitteln ins Land kommen, sprießen vor allem in Strandnähe hübsche Wohngebäude aus dem Boden, vor denen schöne Autos stehen, die von gut gekleideten Menschen gefahren werden.

Wo findet man einen reichen Juden?

Obwohl Netanja erst 1929 gegründet wurde, gibt es über dessen Gründung bereits Legenden. Die Geschichte beginnt mit einer Konferenz der Bnei-Binjamin-Bewegung, der Bewegung der ersten Alija, im Jahr 1926 in Sichron Ya'akov. Bei dieser Konferenz wurde beschlossen, eine neue Siedlung zu gründen, um die Wohnungsknappheit der bestehenden Siedlungen zu senken.

Es gab jedoch ein Problem: Es fehlte an finanziellen Mitteln für dieses Projekt.

Da die Konferenz in Sichron Ya'akov stattfand, lag die Lösung des Problems jedoch direkt unter den Füßen der Teilnehmer. Genauso wie diese Stadt von einem reichen Juden gegründet wurde (Baron Edmond de Rothschild), könn-

te man doch auch einen reichen Juden finden, der Geld für die neue Stadt zur Verfügung stellt.

Um solch einen Juden zu finden, machten sich zwei Abgesandte der Bnei-Binjamin-Bewegung auf den Weg in das Land der reichen Juden, die USA. Nach einigen ergebnislosen Monaten, so wird erzählt, kehrten sie mit leeren Händen nach New York zurück und bereiteten sich enttäuscht auf die Rückreise nach Israel vor, als plötzlich einer von ihnen eine Anzeige in der New York

Times entdeckte: "Die Kaufhauskette Macy's gratuliert Nathan Strauss zu seinem achtzigsten Geburtstag!"

Nathan Strauss, der reiche Jude, war genau das, wonach sie gesucht hatten. Sofort gingen sie zum örtlichen Postamt und schickten ihm ein Telegramm: "Anlässlich Ihres Geburtstags haben wir beschlossen, eine Stadt in Israel nach Ihnen zu benennen: Natan-Ja."

Der Legende nach soll ihnen Nathan Strauss jedoch kein Geld gegeben haben, weil er selbst keines hatte, aber nur wenige Monate nach der Reise in die USA konnte die Organisation die ersten Hektar Land für Natan-Ja kaufen. Am 18. Februar 1929 zogen die ersten fünf Siedler auf das Land und pflügten und bebauten es zum ersten Mal.

Heute hat Netanja knapp 250.000 Einwohner und auch wenn man es kaum glauben kann, leben hier nicht nur Franzosen. So ließen sich in den 50er Jahren etwa 14.000 lybische Juden in Netanja nieder. Auch die Sanz-Chassiden kamen in dieser Zeit in die Stadt und gründeten ihren eigenen Stadtteil, in dem zumeist jiddisch gesprochen wurde. Später kamen noch über 10.000 äthiopische Einwanderer hinzu, genauso wie eine große Anzahl an persischen Juden.

Der Strand

Was die Franzosen und Touristen wie mich nach Netanja zieht, ist der schöne, weiße Sandstrand der Stadt. Anders als die meisten anderen Küstenstädte Israels hat Netanja eine hohe Klippe, die den Strand von der Stadt trennt. Dieser Höhenunterschied von etwa zehn Metern gibt der Promenade und den dortigen Cafés einen wunderbaren Ausblick



Das Zentrum von Netanja ist Treffpunkt für Jung und Alt.

über das Meer und macht die Stadt zum Anziehungspunkt für Gleitschirmflieger. Von morgens bis abends fliegen mutige Piloten mit ihren bunten Gleitschirmen über dem Strand, sehr zum Spaß der staunenden Kinder.

Am zentralen Strand gibt es einen großen Fahrstuhl, mit dem man herauf- und herunterfahren kann, anstatt sich in der Hitze mit der langen Treppe herumzuschlagen. Unten angekommen, sieht man weitere Cafés, Sportplätze und Kioske.

Der Strand ist in verschiedene Buchten aufgeteilt, vor denen große Steine als Wellenbrecher platziert wurden. Hier kann man Liegen und Sonnenschirme mieten und sich so richtig entspannen.

Entspannen? Nicht in Israel während der Sommerferien. Wir Israelis sind ein lautes Volk und sprechen etwas lauter miteinander als normale Menschen. Am Strand zusammengepfercht, gleichen wir einem brummenden Bienenschwarm.

Hinzu kommt, dass wir wahrscheinlich Weltmeister des Matkot sind, ein Spiel, bei dem man sich einen Plastikball mit Holzschlägern gegenseitig zuspießt.



Besonders in den Cafés spürt man den französischen Einfluss.

Dieses Spiel erzeugt das für israelische Strände berühmte Tok-Tok-Geräusch, das dem brummenden Bienenschwarm einen eigenen Rhythmus gibt.

Anstatt mich auf einer Liege zu entspannen, denn das war bei dem Lärm unmöglich, verbrachte ich also den Tag mit den Kindern im Wasser, was rückblickend auch besser war. Nun ja, auch das hatte seine negativen Folgen, denn ich vergaß, uns zwischendurch noch einmal einzucremen und meine Kinder, die alle in Israel geboren sind, erlebten zum ersten Mal in ihrem Leben einen Sonnenbrand.

Auch meine Schultern taten etwas weh, aber im Gegensatz zu allen anderen in meiner Familie, konnte ich mich auf eine kleine Kompensation für mein Leid freuen: In unserem Kühlschrank warteten noch 3,5 Eclairs auf mich!

Michael Selutin ist ein Diplom-Ökonom aus Minsk und Hannover. Nach seiner Alija 2007 hat er seine kreative Seite entfesselt und arbeitet seitdem als Autor. Michael lebt heute in Bet Shemesh und schreibt einen Blog mit dem Namen „Eine schrecklich jüdische Familie“ (michaelselutin.com).

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Israels neue Eisenbahnlinie und die Beziehungen zu Saudi-Arabien

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat Ende Juli einen grandiosen Infrastrukturplan vorgestellt, der unter anderem eine Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnlinie von der nördlichen Stadt Kiryat Shemona nach Eilat im äußersten Süden Israels vorsieht. Der Premierminister äußerte sich ferner zu einer künftigen Verlängerung der Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Saudi-Arabien. Dies könnte ein Hinweis auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel sein. Die Politik der Annäherung wird auch durch die gerade erfolgte Eröffnung der israelischen Botschaft in Bahrain sichtbar. Schon jetzt gibt es einen „Wirtschaftsfrieden“ zwischen den beiden Ländern. Israelische Start-up-Unternehmen sind Berichten zufolge schon seit einiger Zeit in Saudi-Arabien aktiv. Einige sind auch am Bau der riesigen futuristischen Stadt NEOM an der arabischen Küste des Roten Meeres beteiligt. (JR)

Von Yochanan Visser

Am Sonntag, den 30. Juli, stellte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu einen grandiosen Infrastrukturplan vor, der unter anderem eine Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnlinie von der nördlichen Stadt Kiryat Shemona nach Eilat im äußersten Süden Israels vorsieht.

Der israelische Premierminister äußerte sich ferner zu einer künftigen Verlängerung der Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Saudi-Arabien, nachdem die Verbindung zwischen Kiryat Shemona und Eilat fertiggestellt ist. An sich war dies keine neue Idee, da Israel Katz in seiner früheren Funktion als Verkehrsminister diesen Plan bereits 2018 auf einer regionalen Konferenz im Oman vorgestellt hatte. Die Kosten für das gesamte Infrastrukturprojekt werden auf 104 Milliarden Schekel (ca. 30 Milliarden Euro) geschätzt, und es wurde ein Regierungsausschuss gebildet, um die Finanzierung des Plans unabhängig vom Zweijahreshaushalt des Staates Israel zu regeln.

Kritiker behaupteten, der Plan bleibe wegen seiner enormen Kosten ein Wunschtraum, aber Netanjahu hat schon früher bewiesen, dass er die Mittel für solche Großprojekte aufbringen kann.

Beispiele dafür sind die Hochgeschwindigkeitsstrecke von Jerusalem nach Tel Aviv und Israels erfolgreiche Erschließung seiner verschiedenen Erdgasvorkommen vor der Küste. Bevor wir die Bemerkung des Premierministers über die Verlängerung der Bahnlinie nach Saudi-Arabien analysieren, sollten wir uns die Einzelheiten des gesamten Infrastrukturplans ansehen.

Der Plan in groben Zügen

Der Plan wird als dringend notwendig erachtet, da Israel seit Jahren unter schweren Verkehrsstaus leidet und die Bevölkerung des jüdischen Staates schnell wächst.

Der vom Kabinett gebilligte Plan sieht ein fünftes und sechstes Gleis entlang der Ayalon-Autobahn vor, die durch Tel Aviv führt. Die Bahnlinie an der Küste soll verdoppelt, die Strecke nach Haifa elektrifiziert und ein Tunnel unter der Stadt gegraben werden. Außerdem wird es eine Zugverbindung zwischen Jerusalem und Beer Sheva geben, die die Hauptstadt mit der größten Stadt im Süden Israels verbindet. Andere bestehende Bahnlinien werden besser angebunden, sodass man schneller reisen kann, da alle Züge elektrifiziert werden sollen.

Netanjahu zufolge werden die Menschen mit einem TGV, der bis zu 250 Stundenkilometer schnell sein wird, in zwei Stunden von Kiryat Shemona nach Eilat fahren können. Derzeit dauert eine Autofahrt vom äußersten Norden Israels nach Eilat durchschnittlich sechs bis sieben Stunden.



Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat Erfahrungen mit Großprojekten – wirtschaftlich und politisch.

Umweltaktivisten

Die in der Society for the Protection of Nature in Israel (SPNI) zusammengeschlossenen Umweltaktivisten lehnen das Projekt entschieden ab.

SPNI behauptet, dass eine von Experten des Shasha-Zentrums für strategische Studien an der Hebräischen Universität Jerusalem durchgeführte Studie das Vorhaben als undurchführbar eingestuft hat. Die Gesellschaft behauptet ferner, dass alle geostrategischen, logistischen, ökologischen und wirtschaftlichen Ziele der (Eilat-)Eisenbahn nicht erreicht werden können und dass der Bau der Eisenbahn erhebliche Umweltschäden verursachen wird.

Diese Schäden werden sich, wenn überhaupt, wahrscheinlich auf die Strecke entlang des Toten Meeres, das zum UNESCO-Kulturerbe gehört, oder auf das Jüdische Gebirge beschränken, wenn die TGV-Strecke durch die dortige Wüste führt. Der Rest der Strecke würde durch das Jordantal und die Arava verlaufen – die staubige Talsohle vom Fuß des Toten Meeres bis nach Eilat.

Durch diese Gebiete verläuft bereits eine Autobahn, die sich geografisch ideal

für den Bau einer Eisenbahnlinie eignet, ohne die Umwelt wesentlich zu beeinträchtigen.

Neue Eisenbahnlinie und Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien

Auf der wöchentlichen Kabinettsitzung am 30. Juli erklärte Netanjahu unter anderem: „In Zukunft werden wir in der Lage sein, Güter von Eilat zu unseren Mittelmeerbahnhöfen per Bahn zu transportieren. Wir werden auch in der Lage sein, Israel mit Saudi-Arabien und der arabischen Halbinsel per Bahn zu verbinden. Daran arbeiten wir ebenfalls.“

Journalisten interpretierten diese Äußerung als Hinweis darauf, dass eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel nun unmittelbar bevorstehen könnte. Verstärkt wurden diese Spekulationen durch amerikanische Medienberichte über einen kürzlichen Besuch zweier hochrangiger amerikanischer Diplomaten in der saudischen Hauptstadt Riad.

Aus Quellen des Weißen Hauses war zu erfahren, dass Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater der US-Regie-

rung, und Bret McGurk, Bidens Nahostbeauftragter, dort unter anderem die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien erörtern. Es könnte sein, dass eine solche Normalisierung bevorsteht. Entsprechende Spekulationen kursieren bereits seit einiger Zeit. Die Erwartungen wurden jedoch durch die Haltung der saudischen Führung gedämpft.

Sie vertrat offiziell die Auffassung, dass die Normalisierung der Beziehungen zu Israel an die nationalen Bestrebungen der „Palästinenser“ geknüpft werden sollte. Da es keine Aussicht auf einen Friedensprozess mit der „palästinensischen“ Nationalbewegung gibt und die verschiedenen „palästinensischen“ politischen Bewegungen intern stark gespalten sind, scheint dies eine unrealistische Bedingung für ein solches Abkommen zu sein. Es wird jedoch angenommen, dass Präsident Biden einen außenpolitischen Erfolg braucht, um seine Wiederwahl im nächsten Jahr zu unterstützen.

Ob dieser Erfolg tatsächlich ein Abkommen mit Saudi-Arabien über die Normalisierung der Beziehungen zu Israel sein wird, so etwas wie die sogenannten Abraham-Abkommen, ist höchst fraglich. Diese Abkommen zwischen Israel und vier arabischen Ländern wurden während der Präsidentschaft von Donald Trump geschlossen. Sie schufen in drei Fällen (mit Ausnahme des Sudan) einen vollständigen Frieden zwischen Israel und diesen arabischen Staaten, aber im Fall von Saudi-Arabien könnte es anfangs eine Art „Wirtschaftsfrieden“ geben.

Wirtschaftlicher Frieden

Wie Netanjahu betonte, arbeitet seine Regierung hinter den Kulissen an weiteren (wirtschaftlichen) Beziehungen mit dem Königreich und hat kürzlich den Mossad-Direktor David Barnea zu Gesprächen nach Washington geschickt.

Während der Bau einer Eisenbahnlinie derzeit nur ein Plan ist, bestehen bereits wirtschaftliche Kontakte. Israelische Start-up-Unternehmen sind Berichten zufolge schon seit einiger Zeit in Saudi-Arabien aktiv. Einige sind auch am Bau der riesigen futuristischen Stadt NEOM an der arabischen Küste des Roten Meeres beteiligt.

Sowohl Netanjahu als auch sein nationaler Sicherheitsberater Tzachi Hanegbi haben erklärt, die Entscheidung über eine Normalisierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien liege bei der Führung in Riad.

Da König Salman die Normalisierung bisher offiziell blockiert hat und sein Sohn Mohammed, der Kronprinz, eine gewisse Form der Normalisierung befürwortet, könnte es zu einem wirtschaftlichen Frieden und damit zum Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Israel und der Arabischen Halbinsel kommen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Israel Heute

Veranstaltungsreihe „Tage des Exils“ in Berlin

Vom 8. September bis zum 9. Oktober 2023 finden die „Tage des Exils“ auf Initiative der Körber-Stiftung, die sich u.a. in den Bereichen Bildung, Kultur und Geschichte engagiert, in Kooperation mit der Stiftung Exilmuseum erstmals in Berlin statt. Kultureinrichtungen behandeln das Thema Exil in Veranstaltungen wie Ausstellung, Lesung, Film oder Diskussion und widmen einen großen Raum der Situation der Juden zwischen 1933 und 1945. Auch werden Lebensschicksale jüdischer Flüchtlinge betrachtet und die Rückkehrerfahrten der wenigen Überlebenden nach 1945. (JR)

Von Sabine Marie Wilke

Begegnungen mit dem Exil sind vielfach nachzulesen in Briefen, Tagebüchern und Memoiren. Die tatsächlichen Stimmen derer, die das Exil ab den 1930er Jahren erlebten, sind selten zu hören. Während der „Tage des Exils“ hat man nun dazu die Gelegenheit. In der Veranstaltung „Stimmen des Exils. Emigrat:innen in Radio-interviews“ werden O-Töne vorgestellt, die der Journalist Harald von Troschke zwischen den 1960er und 1980er Jahren sammelte.

Sie sind ein Highlight im umfangreichen Programm der Tage des Exils, die vom 8. September bis 9. Oktober 2023 erstmals in Berlin stattfinden. Die Veranstaltungsreihe entstand in Kooperation zwischen der Stiftung Exilmuseum Berlin (siehe Bericht der Jüdischen Rundschau im Mai 2023) und der Körber-Stiftung in Hamburg.

Wer viel in Hamburg unterwegs ist, kennt die Tage des Exils bereits. Dort werden sie seit 2016 von Körber-Stiftung ausgerichtet. Sven Tetzlaff, Leiter des Bereichs Demokratie, Engagement, Zusammenhalt der Körber-Stiftung ist seit den Anfängen dabei: „2015 hat die Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung angefangen, Überlegungen anzustellen, wie die neue Situation des Exils mit der historischen Erfahrung des Exils verbunden werden kann. Hinzu kam die Rede im Hamburger Rathaus von Herta Müller, die ein Exilmuseum in Hamburg forderte.“

Tetzlaff arbeitete damals wie heute auch bei der Herbert und Elsbeth Weichmann-Stiftung und wurde aktiv. „Ich wollte nicht so lange warten, bis es ein Museum des Exils gibt, weil es viele Jahre braucht, bis so etwas etabliert werden kann.“ So kontaktierte er Einrichtungen in Hamburg, die sich mit dem Exil beschäftigen und holte sie zusammen, d.h. er band Veranstaltungen verschiedener Institutionen zu einem Programm zusammen. Daraus wurden die Tage des Exils. Für ihn war es wichtig, ein schnelleres Format zu haben als die Schaffung eines Museums.

Beteiligungen von Theater, Museen und Kinos

In Hamburg ist das Thema Exil vielfach präsent: da sind die Forschungsstelle für Exilliteratur an der Universität Hamburg und das Auswanderermuseum, das Hamburg als Auswandererstadt verdeutlicht. „Wir haben hier auch Stiftungen, die politisch Verfolgte unterstützen“, ergänzt Tetzlaff.

Die ersten Tage des Exils umfassten etwa 35 Veranstaltungen, die historische und zeitgenössische Erfahrungen des Exils vorstellten. Diese waren für ein breites Publikum gedacht. Daher war die Beteiligung von Kinos, Theater, Kulturhäusern, Museen, Archiven sowie wissenschaftlicher Einrichtungen und Stiftungen der Zivilgesellschaft von besonderer Bedeutung.

Die begeisterte Aufnahme der Veranstaltungsreihe ermöglichte es, auch fürs folgende Jahr Tage des Exils zu planen. Durch den Erfolg und die Vorlaufzeit konnten zudem größere Häuser wie



Museen und Theater ins Programm aufgenommen werden, die gezielt Projekte dafür schufen. Die Bündelung der Akteure im Bereich Exil brachte auch ein Netzwerk hervor, von dem alle seither profitieren.

Tetzlaff konnte über die Jahre hinweg auch eine Entwicklung beobachten: „Wir haben am Anfang in Hamburg deutlich mehr Gesprächsformate gehabt, d.h. Diskussionen und Vorträge. Gespräche sind auch wichtig, da diese Tage ein niedrigschwelliges Begegnungsprogramm sein sollen und wir Menschen ins Gespräch bringen möchten. Zudem gab es viele Lesungen, da in den Jahren viele Bücher erschienen sind. Über die Zeit sind andere Formate, künstlerische und performative Formate, stärker geworden.“

Jüdische Erfahrungen

Die Vielfalt wird in Berlin deutlich. Da ist der Einstand eine große Sache: 50 Veranstaltungen füllen das Programmheft. Dazu gehören Lesungen, Gespräche, Ausstellungen, Führungen, Filme und Konzerte. „Es gibt erstmals ein neues Format“, erklärt Tetzlaff, „die lange Nacht des Exils. Sie bildet den Auftakt des Programms mit einem konzentrierten Auftritt.“ Ihm fällt noch etwas auf: „In Berlin haben wir einen starken Anteil an historischen Blicken auf das Exil, etwa die Hälfte des Programms. Ungefähr ein Drittel der Veranstaltungen geht auf aktuelle Erfahrungen ein. Dazwischen liegen Verbindungen zwischen historischen und aktuellen Perspektiven.“ Darunter „Damals und heute – Russ:innen und Ukrainer:innen im Berliner Exil“. Gegenwärtige Herausforderungen werden mit „From A Feminist Perspective“ und „Neue Perspektiven auf die Zufluchtsstadt Berlin“ aufgegriffen.

Jüdische Erfahrungen werden von einer Vielzahl an Einrichtungen beigegeben. Die Akademie der Künste präsentiert mit der Lesung „Nachrichten aus dem Exil“ wie es Künstlern fern der Heimat ergangen ist – festgehalten

in Briefen, Tagebüchern und ihren Werken. Das Leo Baeck Institut erinnert mit „Exile – Liebe in Zeiten des Faschismus“ in einem Podcast an Kurt Kleinmanns wunderbare Geschichte. 1938 schrieb er aus Verzweiflung an Fremde mit dem gleichen Namen in der Hoffnung, ein Visum für die USA zu bekommen. Helen Kleinman in New York wird nicht nur zur Lebensretterin, sondern auch zu seiner Frau. Wie Kunst beim Überleben hilft, illustriert „Inspiration und Lebenslust. Beatrice Zweig im Exil“ im Museum Pankow. Als die Malerin und Frau von Arnold Zweig 1933 nach Palästina floh, sind es die hellen Farben dort, die sie motivierten, weiter zu malen und auszustellen. Das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und das Selma Stern Zentrum für jüdische Studien Berlin-Brandenburg berichten mit „Zerbrochene Biografien“ über deutsche Juden in China und in den USA.

Tief gehende Blicke ins Exil

Ungewöhnliche und tiefer gehende Blicke ins Exil liefern das Bauhaus-Archiv und die Stiftung Brandenburger Tor. Mit „Liebermann im Exil – Werk und Bedeutung in den USA“ erkundet die Stiftung, welche Bedeutung die ‚Exilerfahrung‘ von Kunstwerken hat. Liebermann starb 1935 in Berlin, noch bevor die Nationalsozialisten Juden systematisch verfolgten, doch viele seiner Werke gelangten in die USA. Das Bauhaus war eine Designschule; weniger bekannt ist, dass dort ebenfalls ein reges Musikleben bestand. Wer die Ausstellung „Lucia Moholy – Das Bild der Moderne“ letztes Jahr im Bröhan Museum gesehen hat, mag sich an die Bilder der Bauhauskappelle erinnern, die Moholy im Rahmen ihrer Dokumentation des Bauhauses fotografiert hat. Das „Bauhaus / Music Weekend“ rückt das Musikleben der Schule in den Vordergrund und spielt Werke der Komponisten Stefan Wolpe und Paul Arma, die Verbindungen zum Bauhaus hatten.

Konkret an Berlin gebunden ist das „Straßenfest im ‚Fliegerviertel‘“ im Bezirk Tempelhof. Daran geknüpft ist eine Recherchewerkstatt, die nachgeht, welche Bewohner der Gartenstadt während der NS-Zeit ins Exil flüchtete. Organisiert wird dies vom Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin. So werden durch die Tage des Exils auch kleinere Einrichtungen sichtbar.

Tetzlaff hat auch den aktuellen geopolitischen Kontext im Blick: „Wir sehen, dass Flucht[bewegungen] in den letzten Jahren zugenommen haben, vor allem aus politischen Gründen. Seit 2004 ist die Zahl der Demokratien weltweit gesunken und mehr autoritäre Regime und Diktaturen [wurden errichtet]. Es geht darum, klarzumachen: hier sind Menschen zur Flucht gezwungen, die eigentlich in ihr Heimatland wieder zurück wollen, aber aufgrund von Bedingungen gezwungen werden, Schutz in anderen Ländern zu suchen.“

Rückkehrerfahrten nach 1945

Auch das Thema Rückkehr wird behandelt. In „Ein neues Deutschland? Rückkehrerfahrten nach 1945“ geht es mitunter um die Frage, ob Ost oder West. Die politische Teilung Deutschlands nach dem Krieg erforderte erneut eine Positionierung. Die Veranstaltung ist ein Beitrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und dem Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam. Wie sich jüdisches Leben speziell in der DDR gestaltete, ist ab dem 8. September 2023 im Jüdischen Museum Berlin in der Ausstellung „Ein anderes Land“ zu erfahren.

Eine Rückkehrergeschichte, die hier nicht im Rampenlicht steht, ist die des jüdischen Ehepaars Herbert und Elsbeth Weichmann. Sie ist dennoch bedeutsam, da ihrer Stiftung die Tage des Exils zu verdanken sind. Nach ihrem Exil in der Tschechoslowakei, in Frankreich und den USA, kehrten sie nach Hamburg zurück, wo Herbert Weichmann in die Politik ging und Erster Bürgermeister wurde.

Das Paar floh übrigens von Frankreich über die Pyrenäen nach Spanien, um nach Amerika zu gelangen. Gerade diese Route wird in der Serie „Transatlantic“ zum Leben erweckt, die diesjahr auf Netflix erschien. Die Serie versetzt den Zuschauer großartig in die Zeit und zeigt die Ängste, Gefahren und Risiken, die Flüchtlinge ausgesetzt waren, aber auch den Mut und die Tricks, die notwendig waren, um der NS-Diktatur in Europa zu entkommen.

Die Tage des Exils vergegenwärtigen nun, was es bedeutet, in der Fremde zu recht kommen zu müssen und die Notwendigkeit, die Heimat als einen sicheren Ort zu wahren.

Tage des Exils
8. September bis 9. Oktober 2023, Berlin
www.tagedesexils.de

George Soros und der Antisemitismus-Vorwurf

Twitter-Eigentümer Elon Musk wurde „Antisemitismus“ vorgeworfen, nachdem er auf Twitter den verbissen gegen Israel agierenden Juden George Soros kritisierte. Gerade Israelfeinde werfen jedem Soros-Kritiker vorsätzlich und nahezu reflexhaft „Judenhass“ vor und weisen selbst zumeist keine besondere Zuneigung zu der Idee des Zionismus auf. Dabei ist die heutige Weltlage kaum zu verstehen, wenn man sich nicht mit dem schwer zu durchblickenden 32 Mrd. Dollar Netzwerk der linken Soros-NGOs auseinandersetzt. Der Autor enthüllt die brisanten Hintergründe in dem neu erschienen Buch „George Soros' Krieg“. (JR)

Von Collin McMahon

George Soros wolle mit seinem weltweiten NGO-Netzwerk „das Fundament der Zivilisation untergraben, weil er „die Menschheit verabscheut“, schrieb Elon Musk auf Twitter. Umgehend rief dies die Soros-Apologeten auf den Plan, die jedem Kritiker unbesehen „Antisemitismus“ unterstellen.

„Soros wird von Rechtsextremen mit antisemitischen Klischees als Wurzel allen Übels auf der Welt verunglimpft“, schrieb der Chef der amerikanischen Anti-Defamation League, Jonathan Greenblatt, und warf Musk vor, er würde „Extremisten ermutigen.“ Der Würzburger Anwalt Chan-jo Jun, der gegen Twitter prozessiert, nannte Musk zusammen mit „Antisemiten“, der ein „Megafon“ benutze, um „Judenhass alltäglich zu machen.“

Der Antisemitismusvorwurf wird standardmäßig zu Felde geführt, wenn es darum geht, Kritik am größten linken Aktivisten der Welt zu üben. Doch diesmal erhielt Musk Unterstützung von prominenten Juden wie Anwalt Alan Dershowitz, Journalistin Caroline Glick und sogar dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, der eine halbe Stunde mit Musk telefonierte und über Zukunftstechnologien und KI plauderte.

„Kritik an Soros ist alles andere als Antisemitismus“

Der Antisemitismus-Beauftragte der israelischen Regierung Amichai Chikli stellte klar, dass Soros-Kritik nicht antisemitisch sei: „Als israelischer Minister, der mit der Bekämpfung des Antisemitismus betraut ist, möchte ich klarstellen, dass die israelische Regierung und die überwiegende Mehrheit der israelischen Bürger Elon Musk als erstaunlichen Unternehmer und Vorbild sehen“, twittete Chikli. „Kritik an Soros - der die feindlichsten Organisationen gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel finanziert, ist alles andere als Antisemitismus, ganz im Gegenteil!“

Am 6. Juni folgte dann das Telefonat Musk-Netanjahu, der den Unternehmer „einen Menschen, dessen Intelligenz und Beitrag zur Menschheit ich sehr schätze“ nannte. Benjamin Netanjahu und sein Sohn Yair haben beide in der Vergangenheit George Soros und sein linkes NGO-Netzwerk kritisiert. Als Netanjahu 2018 illegale afrikanische Einwanderer nach Ruanda abschieben wollte, gab er Soros und dem New Israel Fund die Schuld daran, die Abschiebung vereitelt zu haben. Auf Facebook schrieb Netanjahu, „Der New Israel Fund steckt hinter dem Druck der Europäer, damit Ruanda die Eindringlinge aus Afrika nicht aufnimmt. Der New Israel Fund wird aus dem Ausland von Gruppen finanziert, die Israel feindlich gesinnt sind, so wie das Netzwerk von George Soros. Das Ziel des NIF ist das Ende von Israel als Judenstaat, sowie die Errichtung eines jüdenreinen Palästinas mit Jerusalem als Hauptstadt. Der NIF finanziert seit Jahren anti-zionistische, pro-palästi-

nensische Organisationen wie Breaking the Silence und B'Tselem, die israelische Soldaten verunglimpfen, und solche die palästinensische Terroristen unterstützen, wie Adalah.“

Bei einem Besuch in Budapest 2019 warf Yair Netanjahu Soros vor, „Israel von innen heraus zerstören zu wollen“. Seine Organisationen „arbeiten Tag und Nacht mit einem unbegrenzten Budget, um das Land seiner jüdischen Identität zu rauben.“

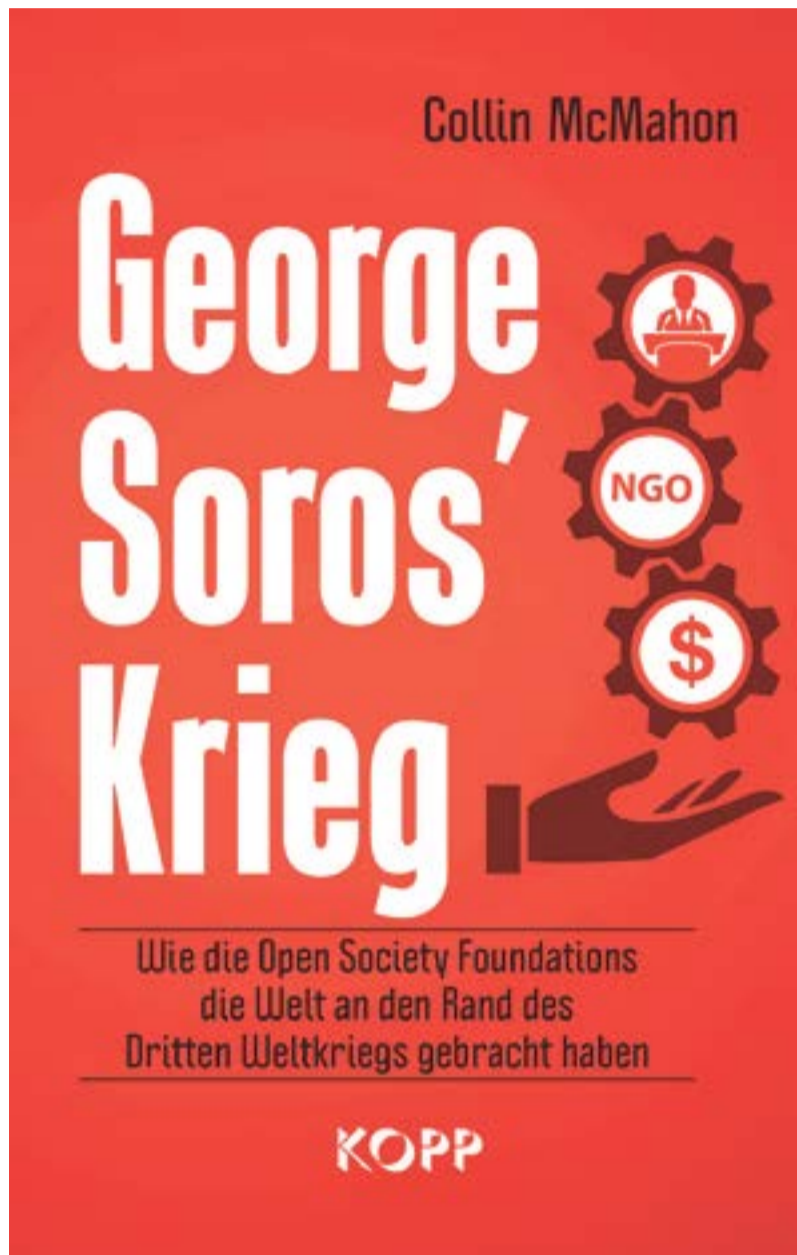
Der New Israel Fund

Wann genau George Soros beim New Israel Fund einstieg, ist nicht klar, da er seine Beteiligung erst 2010 zugab, als es sich aufgrund von geleakten Steuerunterlagen nicht länger leugnen ließ. Es gebe inzwischen „tausende von israelischen Aktivistengruppen, die direkt oder indirekt durch den NIF finanziert werden“, so NIF-Experte Edwin Black. „Die Organisation ist riesig, und erreicht die ganze israelische Gesellschaft.“

Auf ihrer Webseite rühmt sich der NIF damit: „Fast jede wichtige progressive NGO in Israel, die sich um soziale Themen kümmert, erhielt eine Anschubfinanzierung von NIF, und diese NIF-Familie ist für wichtige Fortschritte in Bezug auf Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, religiöse Vielfalt und Umweltschutz verantwortlich.“ Zu diesen NGOs gehören einige der berüchtigsten Soros-nahen anti-Israel-NGOs wie die Association for Civil Rights in Israel (ACRI), B'Tselem und Adalah, so die Webseite stolz. Über 1000 Organisationen erhalten gegenwärtig Unterstützung von Shatil.

So steckt der NIF z.B. hinter der Kampagne, um seit 2017 Benjamin Netanjahu, wegen angeblicher „Korruption“ aus dem Amt als Premierminister zu drängen. Um Netanjahu loszuwerden, organisierten Soros-Gruppen wie ACRI, Human Rights Defenders Fund (HRDF) und Standing Together 2020 gewaltsame Proteste vor dem Haus des israelischen Premiers in der Balfour-Straße in Jerusalem. Human Rights Defenders Fund erhielt laut NGO Monitor 2011-2017 mindestens 1.016.604 US-Dollar vom New Israel Fund. Im Jahr 2018 erhielt HRDF von der Bundesregierung 58.940 Euro und laut EU-Finanztransparenzsystem 299.988 Euro von der EU 2019.

An der Verteidigung der gewaltsamen Demonstranten sollen laut Presseberichten außerdem die NGO HaMoked – Center for the Defense of the



Individual beteiligt sein. HaMoked erhielt 2015-2020 laut NGO Monitor 346.377 Dollar vom New Israel Fund, 1.335.632 Schekel von der EU 2018-2021, 2.386.870 Schekel vom steuerfinanzierten Misereor Deutschland 2018-2021, und 1.380.762 Schekel von der UNO.

Diese teils gewaltsamen linken Demonstrationen, u.a. vor dem Haus des israelischen Premierministers, werden von der Bundesregierung und den Parteistiftungen der „Linken“ und „Grünen“ finanziert, so MK Ariel Kallner. Danach werde die linke NGO Standing Together, die die Proteste mitorganisiert, mit 38.825 Euro von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke), 10.075 Euro von der Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) und 11.200 Euro vom deutschen Zivilen Friedensdienst (ZFD) finanziert, einem Projekt des Entwicklungsministeriums. Standing Together erhielt laut NGO Monitor 2017-2021 vom NIF 3.506.992 US-Dollar.

Yair Netanjahu nannte die Randalierer vor dem Haus seiner Familie „die Wahnsinnigsten, Gewalttätigsten, mit ernsthaften psychischen Problemen“.

„Ich war an dem Abend da, als sie in unserem Haus in der Balfour-Straße eingebrochen sind“, sagte Yair Netanjahu vor Gericht. „Meine Eltern haben uns in den Bunker gebracht. Unsere

Securitys mussten ihre Waffen ziehen, weil sie Angst hatten, dass man uns lynchen würde. Es hieß, es waren linke Demonstranten.“ Yair Netanjahu erhielt mehrfach Morddrohungen, darunter „Geh mal spazieren, wenn dein Vater nicht länger Premierminister ist, wir warten auf dich.“ Videos zeigten den Aktivisten Haim Shadmi, der vor dem Haus des Premiers mit einem Megafon rief: „Eines Tages werden Sie ihre Bodyguards nicht dabei haben und dann Bumm... Wer weiß?“ Laut Medienberichten rief Shadmi auch dazu auf, Brandsätze auf das Haus des Premierministers zu werfen.

„Die Aufforderungen zu Gewalt gegen den Premierminister haben eine rote Linie überschritten“, schrieb Kultusminister Miri Regev auf Facebook. „Das ist nicht das erste Mal, dass zu Gewalt gegen den Sohn des Premierministers aufgerufen wird.“ Shadmi weigerte sich, sich zu entschuldigen.

Han man schon mal von den linksextremen Angriff auf das Privathaus der Netanjahus gehört? Was in Deutschland los wäre, wenn aus dem Ausland finanzierte Extremisten vor dem Haus des Bundeskanzlers Todesdrohungen aussprechen würden und versuchen würden, in sein Haus einzudringen, das kann man sich all zu lebhaft vorstellen.

Nun ist Netanjahu wieder im Amt, mit einer konservativen, pro-Israel-Regierung, und dieselben linken Soros-NGOs blasen zum Angriff.

Der New Israel Fund räumte in einer E-Mail ein, die Proteste zu finanzieren, wie Jewish News Syndicate berichtete. „Der New Israel Fund unterstützt die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die an der Veranstaltung der riesigen Demonstration am Samstagabend in Tel Aviv beteiligt waren, mit einem Sonderzuschuss“, heißt es in einer von Channel 14 zitierten E-Mail.

Im neu erschienen „George Soros' Krieg“ zeigt der Autor auf, dass man die aktuelle Weltlage ohne Kritik am Soros-Netzwerk unmöglich verstehen kann – von der 23-jährigen Feindschaft zwischen George Soros und Wladimir Putin bis zu Soros' Einfluss auf US-Außenminister Antony Blinken und den aktuellen Umsturzversuchen in Israel.

„George Soros' Krieg“ von Collin McMahon ist im Kopp Verlag erschienen.

Martin Sabrows Abschiedsvorlesung: Essay über die Zeitenwende-Metapher

Was bedeutete die Zeitenwende 1933 für die deutschen Juden? Für sie wurde ihre Heimat über Nacht zum Feindesland, die gewohnte Verbindung der Zeiten zerbrochen. Der inzwischen abgedroschene Terminus „Zeitenwende“ ist gemäß Professor Sabrow geeignet, eine grundsätzliche Neuordnung zu fassen. Danach ist nichts mehr so, wie es einmal war. Die Umwälzung erzeugt eine „neue politische und kulturelle Ordnung mit eigenen Maßstäben von Gut und Böse“. (JR)

Von Theodor Joseph

Martin Sabrow war bis 2022 Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Berliner Humboldt-Universität. Sein historisches Fachgebiet umfasst die Jahre vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Zeitenwende des Jahres 1933. Die dazwischen liegenden fünfzehn Jahre waren Jahre, die Deutschland fundamental veränderten – von der Novemberrevolution des Jahres 1918, der Installation der ersten Deutschen Republik bis zu deren Ende durch die Inmachtsetzung Hitlers am 30. Januar 1933. Die Erforschung von Leben, Bedeutung und Schicksal Walther Rathenaus sind seine wissenschaftliche Lebensleistung. Im Frühjahr 2005 wurde Sabrow zum Vorsitzenden der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission berufen, die den Auftrag hatte, ein Konzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auszuarbeiten. Die 2006 der Öffentlichkeit vorgestellten und in einer öffentlichen Anhörung diskutierten Empfehlungen lösten eine intensive Debatte über den zukünftigen Umgang mit der DDR-Vergangenheit aus.

„Der Rathenau-Mord“

Zum 100. Todestag Rathenaus erschien seine Monografie über das Attentat auf Walther Rathenau im Juni 1922, das er in den Kontext der deutschen Novemberereignisse des Jahres 1918 einordnet. Seine Studie, die sich auf seine Dissertation „Der Rathenau-Mord“ (1993) stützt, zeichnet das Bild einer republikfeindlichen Verschwörung der „Organisation Konsul“, die die erste deutsche Republik weniger aus abwehrensicherer Stärke, denn aus ahnungsloser Schwäche erlebte. Sabrow rekonstruiert die Verschwörung gegen die Republik von Weimar, spricht von einer verdrängten Verschwörung, nennt den Rathenau-Mord, Teil einer deutschen Gegenrevolution. Der 1922 infolge seiner Ermordung zum Märtyrer der Republik von Weimar gewordene Außenminister Rathenau hatte bei der Übernahme seines ersten Ministeramtes geäußert, er sei nicht als Mitglied einer Partei berufen worden.

Dieser Tatsache entnehme er das Recht, seinen Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich – „vielmehr privatwirtschaftlich und industriell“. Eine merkwürdige Aussage. Gleichwohl wurde er nicht wegen seiner „unpolitischen Politik“ von rechtsradikalen Republikfeinden ermordet, sondern allein, weil er Jude war. In den 14 Jahren ihres Bestehens wetteiferten in der Weimarer Republik eine demokratische mit einer gegenrevolutionären Strömung, die mit putschistischer Gewalt zum autoritären monarchistischen und/oder militärischen Geist der vorausgegangenen Zeit zurückzukehren erstrebte. Das war eine radikale Abkehr der repub-

likanischen Zeitenwende von 1918/19.

Abschiedsvorlesung im Juli 2022

In der vorliegenden Publikation – eine erweiterte und mit einem üppigen Anmerkungsapparat versehenen Fassung seiner im Juli 2022 gehaltenen Abschiedsvorlesung an der Humboldt-Universität – fasst Sabrow noch einmal seine Forschungsergebnisse der letzten Jahre zusammen, wobei er zugleich an seine Antrittsvorlesung zwölf Jahre zuvor anknüpft. Er bündelt dies, den Begriff „Zeitenwende“ variiierend, in Kapitel, die lauten: Der unbewältigte Epochenwechsel 1918/19; Zeitenwende 1933; Zäsurenbewältigung nach 1945; der Umbruch von 1989/90; der Ukrainekrieg als Erfahrungszäsur.

Sabrow diskutiert in seinem Essay mit intellektueller Schärfe diese unterschiedlichen Begrifflichkeiten souverän auf der Höhe des aktuellen Wissenschaftsstandards. Ihm geht es darum, den Ort der Zeitgeschichte und Erinnerungskultur in der Gegenwart zu bestimmen: Er widmet sich dem Verlust tradiert Gewissheiten, der mit dem Ukrainekrieg einhergeht und in der vielzitierten Kanzlerrede von der „Zeitenwende“ seinen beredten Ausdruck gefunden hat. Dabei beschreibt Sabrow das letzte Vierteljahrhundert als „schleichende Auflösung eines geschichtskulturellen Grundkonsenses“. Die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Last der Vergangenheit deutet er als „Ära der Aufarbeitung“. Gleichwohl werden die scheinbar festgefühten Gewissheiten in seiner Wahrnehmung immer stärker in Frage gestellt, was auf einen geschichtskulturellen Epochenbruch vom Universalismus zum Partikularismus schließen lasse.

Zeitenwende durch die Nationalsozialisten

Was bedeutete die Zäsurwende 1933 für die deutschen Juden? Für den Schriftsteller Hans Sahl war das Heimatland Deutschland, das er im Berliner „Romanischen Café“ zu treffen gewohnt war, über Nacht zum Feindesland geworden, er selbst sah sich zur Flucht gezwungen, die gewohnte Verbindung der Zeiten zerbrochen. Der Verleger Gottfried Bermann Fischer fasste in seinen Memoiren zusammen, wie er die denkbar radikalste Zeitenwende des nationalsozialistischen Machtantritts erlebte: „Eine Welt, die Welt meiner Kindheit, meine Jugendjahre, die Welt des Rechts, der Moral, der Achtung vor dem Nächsten, war zusammengebrochen“. Abgeschnitten von der vertrauten Vergangenheit, schrumpfte für Sahl – und mit ihm für Tausende verfolgte deutsche Juden – die zerfallene Einheit



der Zeit auf die Gegenwart zusammen. Einige Juden, deren Gedanken um die verlorene Beziehung zu einer zerbrochenen Zeitordnung, die keinen Halt mehr bot, kreisten, kapitulierten vor der Zeitenwende durch die Nationalsozialisten und entschieden sich für einen Freitod wie Kurt Tucholsky oder Stefan Zweig.

Innerhalb der deutschen Historiographie hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen – von der historischen Heroisierung hin zur historischen Viktimisierung. Nicht mehr der Held stehe im Mittelpunkt unserer Geschichtskultur, mein Sabrow, sondern das Opfer. Die opferzentrierte Erinnerungskultur habe die Beschwörung des Ruhms durch die Auseinandersetzung mit der Schuld ersetzt. Die neue Sicht habe neue Zuordnungen geschaffen, indem sie die Auseinandersetzung erst mit der NS-Zeit und ihren Verbrechen und später auch mit der kommunistischen Herrschaft in den Kategorien von Tätern und Opfern organisierte. Sabrow spitzt die „opferidentifizierte Erinnerungskultur“ dahingehend zu, dass mit dem Generationswechsel „von der Tätergesellschaft zur Nachgeborenen-gesellschaft“ das „Erlösungsversprechen ausgeprägt, und das „aufrichtige Gedenken“ mit der „Aussicht auf Versöhnung“ belohnt habe. Inwieweit diese Feststellung auf eine gesamte Generation zutrifft, lässt Sabrow offen.

Zukunftsunsicherheit

Was den mit dem Ukrainekrieg ver-

bundenen gegenwärtigen Epochenerschnitt von den Erwähnten unterscheidet: Er ist nicht mit einem staatlichen Umbruch oder gar Systemwechsel verbunden, sondern ereignet sich innerhalb einer unverändert fortbestehenden Gesellschaftsordnung, meint Sabrow. War das real-existierende Russland nie anders als es sich gegenwärtig präsentiert? Haben die Repräsentanten der westlichen Welt in der Vergangenheit etwas übersehen? Übersehen wollen? Hat Russland, hat Putin, nunmehr seine Maske fallen gelassen, eine Maske, mit der der alte stalinistische Ballast nach Glasnost und Perestroika nur über-tüncht war? Alles wie gehabt? Was festzuhalten bleibt, auch angesichts der vielen Corona-Toten und des bedrohlich auf-scheinenden Klimawandels, ist die Frage nach einer beherrschbaren Zukunft. Der bis zuletzt nicht für möglich gehaltene Angriffskrieg auf die Ukraine haben Zeitgewissheit in Zukunftsunsicherheit schlagartig ins Ungewisse verwandelt.

Sabrow weiß um die Doppelbödigkeit und Problematik des Zeitenwende-Begriffs, der im Kontext der deutschen Wehrfähigkeit ausgesprochen wurde, erst recht vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Als gegenwartsprägender Terminus hat es die Zeitenwende-Metapher zum Wort des Jahres 2022 gebracht und es gar als Lehnwort in den englischen und französischen Sprachraum geschafft. Kurz: Die „Zeitenwende“ ist zu einem Begriff geworden, der, so Sabrow, ein unsere Denkwelt beherrschendes Zeitgefühl transportiert, das bis in die politikfernsten Lebensfelder ausstrahlt.

Der inzwischen abgedroschene Terminus „Zeitenwende“ ist nach Sabrow geeignet, eine grundsätzliche Neuordnung „nach sich ziehenden Epochenerschnitte“ zu fassen. Danach ist nichts mehr so, wie es einmal war, so war zuletzt allenthalben zu hören, so wurde das Erleben von Zeitenwenden beschrieben. Sabrow definiert eine „Zeitenwende“ als Ergebnis einer „siegreichen Umwälzung“, die eine „neue politische und kulturelle Ordnung mit eigenen Maßstäben von Gut und Böse“ erzeugt. Was für die Novemberereignisse des Jahres 1918 zutreffen mag, lässt sich dies, politisch korrekt, so ohne Weiteres auf die vom Kanzler apostrophierte Äußerung übertragen? Zäsuren strukturieren unser Leben, so ein fein unterscheidender Sabrow, Zeitwenden stellen es jedoch in Frage. Mit anderen Worten: Der Begriff „Zeitenwende“ gliedert sich in verschiedene Bedeutungsschichten.

Martin Sabrow: *Zeitenwende in der Zeitgeschichte*, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, 88 S., 18,00 Euro.

Der Zauberer des Theaters: Zum 150. Geburtstag des berühmten jüdischen Jedermann-Regisseurs Max Reinhardt

Man nannte ihn den größten Regisseur des 20. Jahrhunderts, den Schöpfer des modernen deutschen Theaters, einen Reformen, einen Revolutionär. Max Reinhardts Interpretationen des klassischen Theaters leiteten eine Zeitenwende in der Theaterkultur ein. Sein Spiel mit Licht, Musik und Dekoration verlieh den Stücken eine fühlbare Plastizität. 1920 hat er mit seiner Jedermann-Inszenierung die Salzburger Festspiele begründet. Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus musste er wegen seiner jüdischen Herkunft Europa verlassen, er starb im Exil – sein Vermächtnis hallt aber noch heute von den Bühnen dieser Welt. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Der deutsch-österreichische Regisseur und Schauspieler jüdischer Herkunft Max Reinhardt (mit bürgerlichem Namen Maximilian Goldman) wird von vielen Theaterhistorikern als einer der Väter der modernen Theaterregie bezeichnet. Dies zeigt sich an den kreativen, innovativen Ansätzen, die er in Inszenierungen wie Sommernachtsstraum, Hamlet, Don Carlos, Oresteia, König Lear, Faust, Die Verschwörung des Fiesco zu Genua, Kabale und Liebe erfolgreich erprobt hat....

Ein Gefühl der Freude

Der in Österreich geborene Max Reinhardt interessierte sich von klein auf für das Theater und träumte davon, Schauspieler zu werden. Er besuchte Theaterkurse am Wiener Konservatorium, trat auf den Bühnen von Pressburg und Salzburg auf. Seine schauspielerische Begabung erregte die Aufmerksamkeit des berühmten Regisseurs Otto Brahm (Abrahamson). 1894 wechselte Max an das von ihm geleitete Deutsche Theater in Berlin. Rollen in Stücken nach Werken von Hauptmann, Goethe, Ibsen und Leo Tolstoi brachten ihm schauspielerische Popularität. Schon früh zeigte sich Reinhardts Neigung zur Regie. Gleich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, noch als Schauspieler, hatte er seine Inszenierungen im Berliner Kleinkunstbühne "Schall und Rauch". Und bereits 1901 stellte Reinhardt sein Theaterprogramm vor: "Ich träume von einem Theater, das den Menschen die Freude zurückgibt, das sie über das Grau des Alltags ins Helle hebt. Dies bedeutet nicht, dass ich die großen Errungenschaften der naturalistischen Schauspielschule, die Suche nach wahrer Wahrheit und Authentizität, aufgeben will... Ich möchte den gleichen Grad an Realität in der Übertragung des geistigen Lebens erreichen, seine tiefe, subtile Analyse und das Leben von einer anderen Seite zeigen, und das gleiche wahre, starke, voll von Farbe und Luft..."

Im folgenden Jahr gründete Reinhardt das Kleine Theater, das mit Oscar Wildes "Salome" ein Aufsehen erregendes Stück uraufführte. Ein enormer Publikumserfolg begleitete das Stück "Nachtasyl" nach Maxim Gorkis Stück "Am Boden". Dann eröffnete der Intendant das Neue Theater und beschloss, dort Stücke auf der Grundlage klassischer Werke aufzuführen. Eine kühne Idee! Zu dieser Zeit waren die Klassiker im deutschen Theater wenig populär. Nur eine kleine Anzahl von Zuschauern besuchte die "Museumstücke", weit entfernt vom modernen Leben. Doch Reinhardt bot eine andere Lesart der Klassiker. Die Premierenaufführung war Minna von Barnhelm von Gotthold Lessing. Viel wurde über die Inszenierung gesagt und geschrieben. Kaiser Wilhelm II. von Deutschland kam, um sie zu sehen. Ihm gefiel es nicht,



Wikipeaia/Nicola Perscheid

viele Zuschauer kamen jedoch zu einer anderen Meinung. Dem Regisseur gelang es, die Klassiker so mit der Gegenwart zu verknüpfen, dass die vor langer Zeit geschaffenen Klassiker als "hier und jetzt" entstanden empfunden wurden. Ein großes Ereignis im Theaterleben war seine Inszenierung von Shakespeares Komödie „Ein Sommernachtstraum“, die mit Einlagen und Dekoration begeisterte: eine Drehbühne, Lichteffekte und sogar Parfümierung - die Kulissen wurden mit Kiefernwasser besprüht.

Dann wurde Reinhardt Intendant des Deutschen Theaters, es entstand das Kammertheater, bei dem sich die Bühne fast nicht über den Zuschauer erraum erhob und das Publikum das Gefühl hatte, sich mit den Darstellern in einem Raum zu befinden. Reinhardts Theatertrust umfasste mehrere andere Berliner Theater sowie Theater in Wien, Salzburg, Studios und Schauspielschulen. Ein ganzes Theaterimperium! Sowohl klassische als auch moderne Dramen. Volle Häuser waren ein ständiger Begleiter von Reinhardts Inszenierungen. Jeden Abend füllten sich die Säle der Theater mit Tausenden von Zuschauern. Reinhardt führte bei vielen Dingen selbst

Regie, spielte prominente Rollen. In jeder Spielzeit produzierte er neue Stücke. Insgesamt inszenierte er etwa 600 Stücke. Berlin zur Zeit von Max Reinhardt - das Zentrum der europäischen und weltweiten Theaterkunst. Mit ungebrochenem Erfolg tourte er durch Städte in Europa und Amerika.

„Ich will Shakespeare spielen“

Reinhardts Lieblingsautor war William Shakespeare. Shakespeares Komödien und Tragödien gehörten ständig zu seinem Repertoire. Er inszenierte mehr als 20 Stücke des Dramatikers: Romeo und Julia, König Heinrich IV, Der Kaufmann von Venedig, Othello und andere. Einige Werke wurden sogar in verschiedenen Fassungen aufgeführt. Max Reinhardt schrieb: "Schauspieler wird man erst, wenn man bewiesen hat, dass man Shakespeare spielen kann. Ich will Shakespeare spielen. Der deutsche Theaterhistoriker Wilhelm Hortmann stellt fest, dass "Shakespeare für Reinhardt ein göttliches Geschenk an die Menschheit war ... Das Göttliche schien ihm in der Macht seines Schöpfers zu liegen". Reinhardt war besonders beeindruckt von Shakespeares Komödien, ihrer Romantik, der Freude und Liebe, die sie ausstrahlen. Das harmonierte mit sei-

ner Weltanschauung, seinem Kunstgeschmack. Die geistige Verwandtschaft half, "farben- und bewegungsreiche Inszenierungen, burleske Possen und Späße zu schaffen, die von geistigem Reichtum erfüllt waren und durch ihren Humor erfreuten".

Theater für alle

Innovation, die Suche nach neuen Bühnenformen und -methoden zeigten sich darin, dass man weit über die traditionellen Vorstellungen von Theateraufführungen hinausging. An einer der Aufführungen waren beispielsweise 250 Musiker und etwa 2000 Statisten beteiligt, und die Handlung wurde von 60 Scheinwerfern beleuchtet. In der Revue traten neben Theaterschauspielern auch Zirkusartisten, Tänzer, Chansonniers und Jazz Musiker auf. Der Regisseur wollte aus dem "Theater - Kunst für Wenige" ein volkstümliches Massentheater nach antiken Vorbildern machen. Eine Kunst, die sich an die breitesten Schichten der Bevölkerung wendet. Dies äußerte sich nicht nur in den Versuchen, eine angemessene Dramaturgie zu schaffen, sondern auch in der Bildung einer entsprechenden Entourage. Im Jahr 1920 kaufte Reinhardt den Berliner Schumann-Zirkus, sperrte ihn wieder auf und nutzte ihn für eine Reihe von dramaturgischen Inszenierungen.

In Salzburg entwickelte Reinhardt die Idee des "lebenden Theaters". 1921 wurde Hugo von Hofmannsthal's Stück Jedermann unter freiem Himmel, auf dem Domplatz, mit Salzburger Glockengeläut aufgeführt. Damit waren die Salzburger Festspiele, das erste internationale Musik- und Theaterfestival Europas, in Mozarts Geburtsstadt geboren. Reinhardt war einer der Initiatoren ihrer Entstehung und ihr künstlerischer Leiter.

Nationalsozialismus und Exil

Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland verschwand Reinhardts Theaterimperium. Im Frühjahr 1932 verkündete er auf einer Pressekonferenz seinen Rücktritt als Intendant des Deutschen Theaters: "Ich habe alles getan, was ich für das Theater tun konnte, und ich kann ihm nicht mehr von Nutzen sein." Gerhard Hauptmanns düsteres Nazi-Stück „Vor Sonnenuntergang“ war Reinhardts letzter Akt als Regisseur. Die Resonanz war ohrenbetäubend. Die Nazis waren entrüstet. Als der Regisseur in die Kandidatenliste für den Nobelpreis aufgenommen wurde, setzten die nationalsozialistischen Kreise alles daran, den "Schützling der Semiten" von der Kandidatenliste auszuschließen. Der norwegische, Hitler liebende Schriftsteller Knut Hamsun war besonders energisch.

1932 verließ Reinhardt Deutschland, lebte und arbeitete hauptsächlich in Österreich, inszenierte aber auch in Frankreich, Italien und Großbritannien. Er schrieb einen Brief an die deutsche Regierung: "Das neue Deutschland will

nicht, dass Vertreter der Rasse, der ich offen und vorbehaltlos angehöre, eine einflussreiche Stellung einnehmen. Deshalb werde ich, der Eigentümer des Deutschen Theaters und des Kleinen Theaters, mein Eigentum und mein Lebenswerk an Deutschland verschenken müssen". Die Nazibehörden enteigneten bereitwillig die Theater und gleichzeitig auch anderes Eigentum Reinhardts.

Allerdings waren die Nazis bereit, die jüdische Herkunft des Regisseurs zu verschweigen. Es ist bekannt, dass der Leiter der Hitler-Propaganda Joseph Goebbels sehr an den Ideen des Masentheaters interessiert war, und für deren Umsetzung brauchte er Reinhardt. Goebbels schickte den Schauspieler Werner Krauß, um Reinhardt zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, und bot ihm die "Ehren-Arierschaft" an, aber Reinhardt nahm ein solches Angebot natürlich nicht an.

Nach der Besetzung Österreichs durch die Nazis im Jahr 1938 emigrierte Reinhardt in die Vereinigten Staaten. Hier ereignete sich der letzte und schwierige Teil seiner Biographie. In den USA inszenierte er eine Reihe von Aufführungen, drehte eine Verfilmung von "Ein Sommernachtstraum" und mehrere andere Filme, die auf Shakespeares Stücken basierten, aber sie hatten auf amerikanischem Boden keinen großen Erfolg. Er eröffnete eine Schauspielschule, aber dieses Unternehmen war nicht sehr erfolgreich. Gewöhnt an ein wohlhabendes Leben, musste sich der Regisseur mit einem bescheidenen Haus zufrieden geben und war in Not. Im Alter von 70 Jahren gab der weltberühmte Meister eine Zeitungsanzeige auf, in der es hieß: "Ich gebe Schauspielunterricht". Das war die traurige Realität.

Reinhardts Schüler

Reinhardt zog eine ganze Generation hervorragender Schauspieler heran, die sich durch Sprachgewandtheit, Authentizität der Gefühle, Dynamik und Musikalität, Bühnenplastizität und Klarheit der Gestik auszeichneten. Er unterdrückte die Individualität nicht, drängte den Schauspielern nichts auf, konnte fühlen, Talente offenbaren, konnte dem Schauspieler auf brillante und respektvolle Weise zeigen, was er in seinen Handlungen zu sehen wünschte. Viele Schauspieler träumten davon, an seinen Theatern zu arbeiten. Zu Reinhardts Schülern gehören Emil Jannings, Albert Bassermann, Otto Eduard Hasse, Paul Wegener, Elisabeth Bergner, Karl Martell und andere. Reinhardt war es, der die polnische Schauspielerin Pola Negri, die ein Filmstar wurde, nach Deutschland einlud.

Der Schauspieler Alexander Moissi erlangte besondere Anerkennung in der Theaterwelt. Christlich, aber möglicherweise jüdischer oder teilweise jüdischer Herkunft. Er lehnte den Antisemitismus entschieden ab: "Der Weg des Antisemitismus ist eine Rückkehr zu den dunklen Zeiten des Mittelalters". Wegen des Verdachts auf jüdische Herkunft, bürgerliche Positionen und als Vertreter "entarteter Kunst" wurde Moissi von den Nazis die Möglichkeit genommen, in Deutschland zu arbeiten. Er ging nach Wien und trat am Burgtheater auf. Er starb im Jahr 1935. Zu dieser Zeit besaß der Schauspieler Albert Bassermann einen mit Diamanten besetzten Ring, der das Bild des deutschen Dramatikers und Schauspielers August Wilhelm Iffland trug. Nach einer Tradition, die auf das frühe 19. Jahrhundert zurückgeht, konnte der Besitzer von Ifflands Ring diesen



Jedermann, Reinhardts Eröffnungs-Inszenierung der Salzburger Festspiele (Wiederaufnahme, um 1926)

dem aus seiner Sicht besten deutschsprachigen Schauspieler geben. Und Bassermann legte diesen Ring in die Hände des toten Moissi. Bassermann selbst wurde übrigens auch wegen seiner jüdischen Frau aus Deutschland ausgewiesen. Hitler persönlich bot ihm an, sich scheiden zu lassen und zu bleiben, aber er lehnte ab.

Reinhardts Architektur des Dramas

Das Werk von Max Reinhardt ist eine Persönlichkeit vor dem Hintergrund sozialer Katastrophen verschiedener Zeiten, die Konfrontation von Gut und Böse, es ist der Kampf des Intellektuellen mit sich selbst, moralische Verantwortung, es ist Verzweiflung und beharrlicher Optimismus, Ohnmacht und Geistesstärke, Hoffnungslosigkeit und Vitalität. Reinhardt hat die Zuschauer und Theaterkritiker nicht gleichgültig gelassen. Nicht alle waren von ihm begeistert, es gab auch Ablehnung seiner Projekte. Man warf Reinhardt Eklektizismus, Formalismus, Ideenlosigkeit, "kulinare Annäherung" an das Theater, Kosmopolitismus, vulgäre visuelle Effekte, leichtfertige Interpretation von Klassikern, Selbstgefälligkeit und viele andere Dinge vor.

Aber es gab noch mehr Begeisterung. Viele Zeitungen und Kulturschaffende sparten nicht mit Lobeshymnen. Reinhardts Regie wurde als eine inspirierte poetische Schöpfung bezeichnet. Man nannte ihn den größten Regisseur des zwanzigsten Jahrhunderts, den Schöpfer des modernen deutschen Theaters, einen Reformator, einen Revolutionär, einen Professor, einen Magier nennen, der eine neue Ära der Theaterszene schuf. Ein Idol der kulturellen Berliner Straße, ein hervorragender Kenner der Psychologie des Publikums, ein Zauberer, der ein aufregendes Spektakel schuf.

So war der deutsche Theaterkritiker Julius Bab der Meinung, dass die Periode der deutschen Theatergeschichte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts nach Reinhardt benannt werden sollte. Und der berühmte deutsche Romancier Frank Wedekind notierte mitfühlend: "Unsere universelle Hoffnung und unglückliche Liebe. Ein unergründlicher Zauberer! Was für eine helle, wilde Freude hätte Nietzsche in Max Rein-

hardt gefunden! Ein Mann, für den alles Unmögliche möglich ist. Ein erstaunliches kulturelles Phänomen. In der Weltstadt Berlin ist er der einzige, bei dem die neue Kunst zählt..."

„Das beste Theater der Welt“

Der Theatertheoretiker und Regisseur Konstantin Stanislawski schrieb 1930 in einem Brief an Max Reinhardt, dieser habe eines der besten Theater der Welt geschaffen. Aber, was vielleicht noch wichtiger ist, er hat eine Generation von Zuschauern, talentierten und großartigen Schauspielern und Regisseuren ins Leben gerufen: "Du hast Deinen Zeitgenossen eine unendliche Anzahl von vielfältigen, unvergesslichen Bühnenschöpfungen gebracht. Du hast hervorragende Traditionen entwickelt, du hast eine große Schule, eine ganze Kultur gegründet... Du bist ein brillanter Regisseur, der dem Welttheater unschätzbare Dienste erwiesen hat..."

Oder schlagen wir die russische Ausgabe von Theater und Kunst aus dem Jahr 1911 auf und finden eine weitere echte Lobeshymne auf Max Reinhardt - eine Notiz des Regisseurs und Dramatikers Nikolai Jewreinow. Wir lesen einen Text voller schwärmerischer Farben über Sophokles' Stück „König Ödipus“: "Ich schreibe mit einer vom Beifall entflammten Hand. Ich war heiser, als ich den wunderbaren Reinhardt und den unvergleichlichen Moissi rief... Ich sah das wahre Wunder der tragischen Handlung! Ich bin verrückt vor Entzücken über diese musikalische Kraft von Reinhardts Architektur des Dramas! Ich finde keine Worte und keine Gesten der Bewunderung für die gestische Technik von Moissi, für deren Plastizität man alle "schönen" Sätze des Alexandrinski-Theaters geben kann. Wahrlich, es war ein seelenreinigendes Phänomen! - Als ob wir zum ersten Mal in unserem Leben in einem Theater wären! Als ob wir uns bisher nur unbeholfen vorgestellt hätten, wie man in einem richtigen Theater spielt... Jetzt verstand ich klar, dass die Regisseure, die Reinhardt "kritisierten", abgestandene Profis waren, die in den Fenstern ihrer kleinen Werkstätten nicht in der Lage waren, die Großartigkeit des Werks eines ihnen fremden Genies zu erfassen... Reinhardt, der Sophokles wieder aufer-

stehen ließ, ist wirklich groß..."

Es ist interessant, auf die sowjetischen Kunsthistoriker gesondert einzugehen. Sie erkannten Reinhardts unbestrittene schöpferische Leistungen an, lobten ihn für seine heiteren, rebellischen und kriegsfeindlichen Stücke, vergaßen aber natürlich nicht die kritischen Pfeile, erklärten die "Unzulänglichkeiten" mit der in der kapitalistischen Gesellschaft vorherrschenden "bürgerlichen Ideologie", beschuldigten den Meister der Verbindung mit der imperialistischen Bourgeoisie.

Die Persönlichkeit des Regisseurs

In der internationalen Theaterwissenschaft wurden Max Reinhardt schauspielerische Fähigkeiten, Liebe und Respekt für den Menschen, der Wunsch, seine innere Welt zu zeigen, die Widerspiegelung subtiler menschlicher Emotionen, demokratische, freiheitsliebende Ansichten, sprühende Phantasie, sorgfältige Arbeit am Text, historische Genauigkeit der Kulissen und Kostüme, farbenfrohes Design, aktive Nutzung technischer Innovationen, Synthese verschiedener Künste, Neuinterpretation der Klassiker, Sensibilität für die Dynamik der Zeit, für die neuen Trends seines Jahrhunderts zugeschrieben.

Die Handlung seiner Aufführungen wurde organisch von Musik begleitet. Um Bilder zu schaffen, setzte er gekonnt Licht und räumliche Lösungen ein, und die Schauspieler agierten manchmal mitten im Publikum. Er war der erste, der Theateraufführungen auf das Kino übertrug. Er inszenierte Stücke, die auf den Werken vieler Autoren basierten, arbeitete in verschiedenen Genres und setzte sich intensiv mit seiner Zeit auseinander. Gleichzeitig vertrat er die Ansicht, dass das Theater keine pädagogische oder literarische Einrichtung ist, sondern immer das bleiben sollte, was es von Anfang an war - Spaß und Spiel.

In Reinhardts Theateraufführungen konnte man immer die Persönlichkeit des Regisseurs spüren, die subtile Vision des Autors von den Ideen, die dem Publikum vermittelt werden sollten. Die Eigenständigkeit seiner Arbeit wurde nur durch seinen Geschmack und den Geschmack des Publikums begrenzt.

Lesetipp: „Ich verzeihe nicht. Eine jüdische Familiengeschichte“

„Ich verzeihe nicht“ basiert auf Elisabeth Åsbrinks Familiengeschichte. Es ist eine fesselnde Erzählung über Liebe, Auswanderung und Aufwachsen im Schatten fest verwurzelten Judenhasses. Es ist aber auch ein persönliches Dokument und ein wichtiges Zeugnis jüdischen Lebens in Europa. (JR)

Von Dr. Carsten Linden

„Nicht, dass ich etwas gegen Juden hätte, sagte meine Mutter vor einigen Jahren, ich möchte sie nur nicht in meiner Nähe haben. Die Kriegerin hatte erwidert: Dein Vater war einer, du hast einen geheiratet, und hier bin ich.“ (S. 223). Als Kriegerin bezeichnet sich die Tochter, die schwedische Journalistin Elisabeth Åsbrink, in der von ihr aufgeschriebenen eigenen Familiengeschichte selbst. Mit diesem Roman erzählt Åsbrink nicht nur, sondern deutet ihre Familiengeschichte, die einer jüdischen Familie in Europa.

Die 1967 geborene Autorin hatte schon als Kind die Eingebung, sich mit ihren Vorfahren zu beschäftigen, weil ein Gefühl der familiären Verlassenheit sie ergriff. Doch noch galt: „... was weiß eine Zehnjährige von einem anderen Leben als dem, das sie selbst lebt?“ (S. 220).

Das immer wiederkehrende Gefühl einer Verlassenheit begleitete Åsbrink in ihrem Leben, bis sie sich zu Recherche entschloss und feststellte, dass dieses Gefühl ihre Mutter, Großmutter und weitere Vorfahren auch ausmachte und ausgemacht hatte. Die Autorin bekam im Laufe ihrer Recherche eine Idee von einer Eigentümlichkeit ihrer Familie.

Verschiedene Handlungsorte und Personen

Der Roman schildert episodenhaft das Leben, das Leben der Autorin (im Roman „Kriegerin“ oder „K“), ihrer Mutter (Sally), ihrer Großmutter (Rita) und ausgewählter Vorfahren. Die Seiten 5-9 haben die Funktion einer Einleitung und die Seiten 309-311 lassen sich als prägnantes Fazit lesen. Nur drei Kapitel haben Überschriften: „Rita London, 1. Dezember 1949“ (S. 11), „Sally + K Stockholm, 24. März 1976“ (S. 125) und „Kriegerin verlorener Erinnerungen Thessaloniki, 29. April 2019!“ (S. 179). Die zentralen Personen werden vor allem durch Schilderung ihres alltäglichen Lebens charakterisiert, etwa der Mutter, die in den 1960er Jahren als Jugendliche nachts heimlich um die Häuser zog, den Modetanz Letkiss tanzte und bei der Rückkehr die geschminkten Lippen an den roten Vorhängen abwischte. Eine Schilderung der Gedanken und Gefühle der Akteure treibt die Geschichte voran, beispielsweise: „Es kommt vor, dass ihr ertrunkener Bruder Emil sie besucht, als wüsste der arme Kerl nicht, dass er seit vierzig Jahren tot ist.“ (S. 14). Verschiedene europäische Handlungsorte und eine Vielzahl an Personen werden durch die Idee der Autorin, das Proprium der Familie zu verdeutlichen, verbunden. So ist ein sehr gut verstehbarer Roman entstanden.

Flucht und Einsamkeit

„Ich wurde fluchtbereit geboren.“ – ganz im Stil klassischer Literatur benennt die Autorin mit dem ersten Satz die Idee des Romans. Flucht ist gewissermaßen der erste Brennpunkt einer Ellipse. Dann werden auf wenigen Seiten sehr kurz die Personen der engeren Familie der Autorin als Akteure der Geschichte



eingeführt, wobei diese jedoch „... nichts wesentliches aussagen. Entscheidend war die Einsamkeit.“ (S. 6). Damit sind die beiden Brennpunkte des Romans gesetzt: Einsamkeit und Flucht, welche miteinander korrespondieren, wie der Roman zeigen wird. Die im Folgenden entwickelte Geschichte ist eine Sammlung der Geschichten von Vorfahren, deren Leben immer wieder von Einsamkeit und Flucht gekennzeichnet war. Wie genau nun in der Familie die intergenerationale Weitergabe der Verhaltensmuster von gefühlter Einsamkeit und Flucht vonstattenging, bleibt offen. Deutlich wird aber, dass die Kommunikation bzw. nicht-Kommunikation der einander beegnenden Akteure damit zu tun hat. Die Kommunikation der Autorin mit ihrer alleinerziehenden Mutter und deren Mutter wird genauer dargestellt. Die weiter entfernten Protagonisten des Romans sind Juden oder konvertierte Christen. Eine gewisse meist latente, manchmal offene Judenfeindlichkeit bis hin zu lokalen Pogromen (z.B. S. 217-219; 238-241) durchzieht die Familiengeschichte aller Generationen.

Es fällt auf, dass in der deutschen Ausgabe der letzte Satz des einleitenden Kapitels lautet: „Das Buch nannte ich Ich verzeihe nicht.“ (S. 9), denn in der

schwedischen Urausgabe findet sich dieser Satz nicht, er ist also hinzugesetzt. Zudem ist in der schwedischen Ausgabe der letzte Satz des ganzen Buchs „Jag förlater inget“ – Ich verlasse nichts. Das korrespondiert mit dem schwedischen Titel des Buchs Övergivnheten (Verlassenheit). Gerade diese Korrespondenz von Überschrift und letztem Satz der schwedischen Urausgabe spannt überzeugend den Bogen von dem zehnjährigen Mädchen, das sich verlassen fühlt, zu der erwachsenen Frau, die nach einem Erkenntnisprozess zur Einsicht kommt, selbst nicht zu verlassen und so den Familienstatus eines ewigen Wiederkehrens von Verlassenheit und Flucht zu beenden zu versuchen.

Das Cover der schwedischen Originalausgabe zeigt den Titel Övergivnheten und ein Frauenporträt. Der deutschen Ausgabe kommt es auch hier auf das Wort Verzeihen an: Es findet sich abweichend von der schwedischen Ausgabe als Buchtitel und dann im Text verschiedentlich als Zusatz, welcher sich im schwedischen Original jeweils nicht findet, nämlich als letzter Satz des ersten Kapitels und auch im letzten Satz des ganzen Buchs: „Ich verzeihe nichts“ (S. 311). Andere Lizenzausgaben entsprechen der schwedischen Urausgabe; dem schwedischen Titel Övergivnheten

entspricht bei der dänischen Ausgabe „Forladtheden“ und der polnische „Porzucenie“.

Inwiefern die abweichende Einführung des Wortes Verzeihen bei der deutschen Ausgabe ein Gewinn für den Text ist, erschließt sich dem Rezensenten nicht.

Das Buch von Elisabeth Åsbrink ist eine typische force-profonde-Geschichte, denn die Akteure werden von unterschiedlicher Kraft bewegt: Einsamkeit und Flucht, welche in der Familie über Generationen hinweg immer wieder ganz eigene Erlebnisse und Geschehnisse hervorbringen. Erst in der Gesamtschau der Familiengeschichte ergeben die scheinbar individuellen Biografien einen Sinn.

Trotz kleiner Fragezeichen bei der hier besprochenen deutschen Ausgabe ist das Buch lesenswert.

Vier Interessen bedient dieses Buch:

Der Roman ist nach dem Zeitgeist unserer Jahre geschrieben und dürfte moderne Menschen ansprechen. Die Autorin hat die Grundeinsicht: „Am 29. April 1965 wurde ich geboren, wodurch zwei Linien von Menschen vereint wurden, die in ihrer Erbmasse die Sprengungen der Welt trugen.“ (S. 123). Sie gibt mit dem Buch eine Antwort, wie der moderne Mensch, von dem Bedürfnis nach Individualisierung und Selbstverwirklichung bewegt, sich vielleicht nicht die Welt, aber zumindest seine Familie erschließen, verstehen und zu Eigen machen kann.

Die Autorin bearbeitet ihre Selbstwahrnehmung, dass sie keine, auch keine säkulare, Jüdin ist, sie aber von Außen eine andere Bewertung erfährt: „Obwohl sie und ihre Mutter sonntags in die Kirche gingen ... blitzten die Worte yid und jew wie Messer.“ (S. 105). Sie entwickelt gerade durch die romanhafte Form des Buchs ein unaufdringliches Angebot an Juden, bei sich selbst gedanklich auf die Suche nach Familienbesonderheiten zu gehen, die möglicherweise mehr mit dem jüdischen Status der Familie zu tun haben, als bisher gedacht.

Die Autorin schreibt „Um meine Mutter zu verstehen, musste ich ihre Mutter, meine Großmutter Rita, verstehen.“ (S. 7). – Interessant ist der Roman gewiss für Frauen, denn die Geschichte ist eine Geschichte mit Frauen als relevanten Akteuren. Männer werden überwiegend nicht negativ belegt, bleiben aber Randfiguren; Der Roman lässt sich als Frauenliteratur ohne eigentliche Abgrenzung zu Männern lesen.

Schließlich wird auch jemand, der aus der Adlerperspektive mit Migration beschäftigt, hier fündig werden und zum Nach- und Weiterdenken angeregt werden, etwa was eine Verlegung des eigenen Lebensmittelpunktes intergenerational betrachtet bedeuten kann.

Elisabeth Åsbrink: *Ich verzeihe nicht. Eine jüdische Familiengeschichte.*

München: btb Verlag in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH Mai 2023.

ISBN: 978-3-442-77336-7

Die jüdischen Wurzeln der Musik-Ikone Amy Winehouse

Über 33 Millionen Tonträger verkaufte Amy Winehouse während ihrer 8-jährigen Musikkarriere und es hätten weit mehr werden können, wäre die 27-Jährige nicht an ihrem eigenen Leben zerbrochen. Die stimmungsgewaltige Tochter jüdischer Einwanderer aus Minsk gewann sechs Grammy Awards. Ihre Lieder „Back to Black“ oder „Rehab“ werden immer Teil britischer Musikgeschichte sein. Wir erinnern an den 40. Geburtstag der großen Ausnahmekünstlerin. (JR)

Von Maria Pavlova

Am 14. September 1983 wurde in London ein Mädchen namens Amy Winehouse in einer Familie jüdischer Einwanderer geboren. Sie war dazu bestimmt, eine Sensation und eine Musiklegende zu werden: In nur acht Jahren ihrer Bühnenkarriere eroberte sie die Welt mit dem herben Timbre ihrer Stimme und der exzentrischen Darbietung von Songs mit einer coolen Mischung aus R&B, Soul und Jazz. Amy Winehouse wäre dieses Jahr 40 Jahre alt geworden, doch ihr irdisches Leben wurde im Alter von 27 Jahren beendet. Aber selbst in dieser kurzen Zeit schaffte Amy, was viele Menschen in einem langen Leben nicht schaffen: Allein das Album "Back to Black" brachte ihr sechs Nominierungen für den größten Musikpreis der Welt ein! Dann erhielt sie fünf Grammy Awards und kam damit ins Guinness-Buch der Rekorde. Das sechste "Grammophon" wird Amy posthum erhalten ... Aber auch mit dem Ableben von Amy Winehouse ist sie nicht verschwunden. Ihre Stimme klingt immer noch, ihre Lieder kommen nicht aus der Mode, und ihr 40. Geburtstag wird auf der ganzen Welt gefeiert werden.

Ein glücklicher Zufall

Eine Familienlegende besagt: "Die Winehouses kamen aus Minsk nach London." Amy wusste, wie alle anderen in der Familie, dass ihr Ururgroßvater Harris die Stadt vor langer Zeit verlassen hatte, gefolgt von seinem Sohn Benjamin, dem späteren Urgroßvater der Sängerin. Aber das war nur eine Legende, die mündlich weitergegeben wurde. Schon vor Amys Tod hatte ihr älterer Bruder Alex die Idee, die Knoten der verworrenen Familiengeschichte zu lösen und zu den Wurzeln vorzudringen. Und als ihn 2013 (zum 30. Geburtstag der nicht mehr lebenden Amy) das Jewish Museum in London einlud, die Ausstellung "Amy Winehouse. A Family Portrait" zusammenzustellen, ging er bereitwillig darauf ein. Und die Welt sah die persönlichen Gegenstände von Amy und ihren Familienmitgliedern, die jahrelang im Haus der Winehouses aufbewahrt wurden: vergilbte Fotos von Urgroßvätern und eben jener Großmutter Cynthia, die den Stil ihrer Enkelin beeinflusst hat. Und ein Koffer mit Fotos von Amy selbst aus verschiedenen Jahren - als Kind, Teenager und mit Freunden. Amys Kleider und Schuluniform, ihr blauer Pullover und die Vinylplatten, die sie als Kind hörte. Eine alte Gitarre, mit der sie mehr als einen Song schrieb und die sie dann sorgfältig aufbewahrte, obwohl sie sich viel bessere Instrumente leisten konnte.

Diese sehr persönliche Ausstellung reiste viele Jahre lang um die Welt: Melbourne, Wien, San Francisco, Brüssel, Amsterdam... Als die Exponate sechs Jahre später bereits in Kisten verpackt waren und nach Hause zurückkehren mussten, hörte Jakob Rachek, der da-



BRYAN BEDDE/Getty Images North America/Getty Images via AFP

malige Leiter der Repräsentanz des Goethe-Instituts in Weißrussland, den Radiobeitrag über die Ausstellung: "Amy Winehouse kommt aus Minsk?! Wir müssen diese Ausstellung unbedingt in die Heimat ihrer Vorfahren bringen, die Amys Vorfahren vor 130 Jahren verlassen haben!". Als Amys eigener Bruder von der Möglichkeit erfuhr, mit der Ausstellung nach Minsk zu reisen, kamen er und seine Familie persönlich zur Eröffnung nach Belarus, dem letzten Land, in dem die Familiensammlung ausgestellt wurde....

Großvater Harris' glücklicher Fehler

Amys Ururgroßvater, Harris Winehouse, war 28 Jahre alt, verheiratet und hatte zwei Kinder, als er 1891 mit einem Strom von Einwanderern aus Osteuropa nach Amerika ging. Harris glaubte, dass er bereits die "Goldene Medina", die Vereinigten Staaten, erreicht hatte. Aber ob er nun durch einen lächerlichen Zufall das falsche Ticket kaufte oder nicht erkannte, dass er ein anderes Schiff besteigen und weiterfahren musste... Er schaffte es nie nach Amerika, sondern blieb in London und lebte im East End, nur einen kurzen Spaziergang vom Themse-Kai entfernt.

Zu dieser Zeit war dies ein dicht besiedeltes, überwiegend jüdisches Viertel. Die Verkehrssprache hier war Jiddisch. Dank der regelmäßigen Volkszählungen lassen sich die wichtigsten Stationen im Leben von Harris Winehouse ziemlich genau bestimmen. Im Jahr 1891 wohnte er in der Ellen Street Nr. 3 und arbeitete als Schneider in einem der zahlreichen Kleider- und Schuhgeschäfte. Bei der nächsten Volkszählung im Jahr 1901 war er bereits Chefschneider - er leitete entweder eine Werkstatt oder besaß sogar eine. Zu diesem Zeitpunkt war die ganze Familie wieder vereint.

Großmutter Cynthia

Es war ihre Großmutter Cynthia, die die rebellische Persönlichkeit ihrer Enkelin maßgeblich prägen sollte. "Es gibt eine Menge wütender Menschen, und das nur, weil sie keine Freunde haben. Der Umgang mit Menschen - deiner Mutter, deiner Großmutter, deinem Hund - ist das Beste, was dir in diesem Leben passieren kann. Abgesehen von den Schuhen und Taschen natürlich", würde Amy später zugeben.

Cynthia war für ihre Enkelin ein Beispiel für Extravaganz (sie betrachtete sich selbst als Medium und brachte Amy das Wahrsagen mit Tarotkarten bei), ein Maßstab für Stil (als Amy einmal auf einem alten Foto ihrer Großmutter eine blonde Strähne in ihrem Haar sah, machte sie sich die Haare auch so) und eine Trendsetterin in Sachen Musik (der gute alte Jazz). Amy wollte in allem so sein wie ihre Großmutter. Cynthia unterstützte die früh einsetzende künstlerische Begabung ihrer Enkelin auf jede erdenkliche Weise: Amy liebte es von Kindheit an zu singen, tat es immer und überall. "Mein ganzes Leben lang war ich sehr laut, bis zu dem Punkt, an dem man mir sagte, ich solle die Klappe halten", erinnert sich Amy. „Aber der einzige Grund, warum ich laut bin, ist, dass man in meiner Familie schreien muss, um gehört zu werden...“

Als Amy neun Jahre alt war und ihre Eltern sich scheiden ließen, nahm ihre Großmutter sie in die Theaterschule mit, um sie von ihren Sorgen abzulenken, wo sie dann ihre erste Gruppe gründete. Amys Freund Nathan Szymanski erinnert sich, dass er und Amy oft zu ihrer Großmutter gingen, um am Freitagabend vor dem Schabbat zu essen. Amy verehrte ihre Großmutter, wovon eines der auffälligsten Tattoos auf ihrem Körper zeugte (es waren insgesamt 14): ein Porträt von Großmutter Cynthia und ihr Name auf ihrer rechten Schulter.

Daddys kleines Mädchen

"Der größte Fehler, den Eltern machen können, ist, ein Kind zu schlechter Musik zu zeugen", behauptete Rebellin Amy Winehouse. Wir vermuten, dass sie zu guter Musik gezeugt wurde. Jazz war der Lieblingsstil von ihrer Großmutter Cynthia und wurde in ihrem Haus ständig gespielt. So überrascht es nicht, dass Cynthias Sohn Mitchell Winehouse - Amys Vater - von Kindheit an davon träumte, Jazzsänger zu werden. Er wurde jedoch Taxifahrer in London, was ihn aber nicht davon abhielt, weiterhin die Hits seines Lieblingsmusikers Frank Sinatra zu summen. Kein Wunder, dass Amy Winehouse ihr erstes Album, das mit Platin ausgezeichnet wurde, "Frank"

nannte - zu Ehren des Liebessängers ihrer Kindheit, dessen Lieder ihr Vater immer sang.

Damals ließ sie sich auf den Arm tätowieren: "Daddy's little girl". Obwohl Amy nach der Scheidung ihrer Eltern bei ihrer Mutter wohnte und ihren Vater nur an den Wochenenden sah, war sein Einfluss auf ihren Musikgeschmack offensichtlich. "Man sagt, ich habe eine schöne Stimme. Sie scheint von meinem Vater zu stammen", schrieb die 13-jährige Amy in einem Aufsatz für die Zulassung zu einer Theaterschule in London, wobei sie anmerkte, dass "auf der Linie meines Vaters alle singen und tanzen, eine echte musikalische Extravaganz", und bemerkte: "Aber im Gegensatz zu meinem Vater und seinen Vorfahren möchte ich etwas mit den Talenten machen, die mir 'geschenkt' wurden."

„Club 27“

"Alle anständigen Menschen verlassen diese Welt mit 27, und ich verstehe sie vollkommen: Die Liebe hat sich als Scheiße herausgestellt, es gibt nichts anderes, worüber man singen kann, denn man singt immer über sich selbst! Was ist also der Sinn, hier herumzuhängen?" - So prophezeite Amy ihr Schicksal in einem Interview kurz vor ihrem Tod. Sie gehörte tatsächlich zu diesem Club, zusammen mit Kurt Cobain, Jimi Hendrix, Janis Joplin und Jim Morrison. Amy wurde am 23. Juli 2011 tot aufgefunden: Sie war 27 Jahre alt und starb an einem Herzinfarkt, der durch Alkoholvergiftung verursacht wurde.

"Mein größter Traum ist es, berühmt zu sein. Auf der Bühne zu stehen. Das ist mein Lebensziel. Ich möchte, dass die Menschen ihre Probleme für mindestens fünf Minuten vergessen, wenn sie meine Stimme hören. Ich möchte als Schauspielerin und Sängerin für meine ausverkauften West-End-Konzerte und Broadway-Shows in Erinnerung bleiben. Dafür, dass ich ... ich bin."

Olympia-Attentat 1972 – „The games must go on“

Am 5. September 1972 haben arabische Terroristen des sogenannten „Schwarzen September“ das Quartier der israelischen Mannschaft überfallen, Olympioniken und Trainer als Geiseln genommen und bis zum Ende der desaströsen Befreiungsaktion 11 Israelis und einen deutschen Polizisten ermordet. Den barbarischen Terrorakt bejubelte die inhaftierte RAF-Terroristin Ulrike Meinhof damals als eine „großartige revolutionäre Tat“. Während in Deutschland nur 27 Jahre nach Kriegsende wieder Juden ermordet wurden und Israel seine gefallenen Athleten zu Grabe trug, feierte der offene linke Antisemitismus Urstände und die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern und das Olympia-Komitee ließen die Olympischen Spiele weiterlaufen als sei nichts geschehen. (JR)

Von Theodor Joseph

Es sollten erklärtermaßen „heitere“ Olympische Spiele werden, in München, 1972. Nach der großen NS-Propaganda-Schau von 1936 war Deutschland zum zweiten Mal Ausrichter der Olympischen Sommerspiele. Heitere Spiele, die der Welt ein neues Deutschland zeigen sollten, ein unbeschwertes, fröhliches Land, weltoffen und gastfreundlich. Popklänge von der Kurt-Edelhagen-Band statt Marschmusik, bunte Kleidung statt grauer (oder gar brauner) Uniformen, geplantes Durcheinander statt sturer deutscher Disziplin - ohne aber die für ein solches Ereignis notwendigen „deutschen Tugenden“ wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Effizienz zu vergessen. Eben ganz anders.

Das Stadiongelände mit dem markanten Zelt Dach, das herrliche Wetter, die glänzenden sportlichen Leistungen, ein jüdischer Megastar wie der Schwimmer Mark Spitz, der die Menschen elektrisierte, ein Publikum, das die deutschen Athleten begeistert unterstützte, aber auch die Athleten anderer Nationen anführte. Doch das Unbegreifliche geschah, der jähe Einbruch brutaler Weltpolitik in die scheinbar heile Welt des Sports. Mit München 1972 hat der Sport endgültig seine Unschuld verloren. Danach war nichts mehr so wie vorher.

Das Attentat auf die israelische Mannschaft durch eine „palästinensische“ Terrorgruppe am 6. September 1972 im olympischen Dorf traf alle ziemlich unvorbereitet. Sicher, man hatte terroristische Anschläge durchgespielt, eine Entführung von Sportlern, das Kidnapping eines arabischen Prinzen - die Spannungen zwischen Israel und den „Palästinensern“ waren ja kein Geheimnis, man musste mit Terroraktionen rechnen. Und diese erfolgten. Aber es gab kein Handlungskonzept, und die Beendigung der Geiselnahme wurde ein Waterloo deutscher Polizeiarbeit. Das Drama von München lässt sich anschaulich an einer Athletin festmachen, der israelischen Weltklasse-Leichtathletin Esther Shachamorov.

Fallbeispiel: Esther Shachamorov-Roth

Zum israelischen Olympia-Team 1972 gehörte die 1952 in Tel Aviv geborene Leichtathletin Esther Shachamorov, die vor allem in den Disziplinen 100-, 200- und 100-Meter-Hürdenlauf erfolgreich war. Ihre Eltern waren 1940 von Moskau aus nach Palästina emigriert. Im Alter von 14 Jahren wurde sie von ihrem langjährigen Förderer und Trainer Amitzur Schapira entdeckt. Bei der Achten Makkabiade 1969 in Ramat Gan gewann sie die Wettbewerbe über 100, 200 Meter und im Weitsprung. Schon als 18-Jährige zählte sie zu den weltbesten Kurzstreckenläuferinnen. Für einen Tag hielt sie den Hallenweltrekord im 60-Meter-Hürdenlauf. Über die 100-Meter-Distanz siegte sie 1970

bei den Asienspielen in Bangkok, wo sie außerdem eine Goldmedaille im Fünfkampf und eine Silbermedaille im Weitsprung errang.

Obwohl sie zu diesem Zeitpunkt erst 20 Jahre alt war, wurden ihr vor den Olympischen Spielen in München von manchen Experten Außenseiterchancen auf Medaillen eingeräumt. Im Vorlauf stellte sie im 100-Meter-Lauf in 11,45 Sekunden einen neuen israelischen Rekord auf, der bis 2002 halten sollte. In der Vorschlussrunde verpasste sie sehr knapp als Fünfte ihres Laufes den Einzug ins Finale. Zwei Tage darauf, am 4. September 1972, bestätigte sie ihre gute Form und erreichte im 100-Meter-Hürdenlauf in neuer persönlicher Bestzeit das Halbfinale. Und gleichzeitig entfachte sie eine beispiellose Begeisterung in ihrer Heimat. „Viele Israelis haben sich damals extra einen Fernseher gekauft, um mich zu sehen“, erzählt sie. „Die Straßen waren leer und die Kneset unterbrach sogar ihre Sitzungen, damit die Leute meinen Wettkampf sehen konnten.“ Sie sahen, wie Shachamorov am 4. September 1972 auch in ihrer Paradedisziplin Hürdenlauf mit persönlicher Bestzeit das Halbfinale erreichte. „Ein großartiger Moment“, erinnert sie sich. „Mein Coach Amitzur fühlte sich wie auf Wolke sieben und sagte mir: ‚Das ist der glücklichste Tag in meinem Leben!‘“ Die ganze Mannschaft feierte an diesem Abend ausgelassen, besuchte gemeinsam ein Musical, trug ihre Helme auf den Schultern. Dann, am nächsten Morgen, begann der Alptraum.

Terror im Olympiadorf

Am frühen Morgen des nächsten Tages drangen „palästinensische“ Terroristen der sogenannten Organisation „Schwarzer September“ in das Quartier der israelischen Mannschaft ein und nahmen neun Geiseln, nachdem sie den Trainer Mosche Weinberg und den Gewichtheber Josef Romano getötet hatten. Die Attentäter verlangten die Freilassung von 236 in Israel inhaftierten „Palästinensern“ sowie die Entlassung der RAF-Terroristen Ulrike Meinhof und Andreas Baader aus deutscher Haft. Esther Shachamorov wohnte 200 Meter vom Tatort entfernt in einem anderen Gebäude.

Wider Willen wurde die Rumpfmannschaft Augenzeuge des Geiseldramas. Sie sah im Fernsehen die Bilder von den Entführern, die sich in Strumpfmäskchen auf dem Balkon des besetzten Apartments zeigten. Erfuhren von den lähmenden Verhandlungen und wussten, dass sich die israelische Regierung niemals Forderungen von Terroristen beugen würde. Die Athleten waren verängstigt, gereizt, trotzig. Einige wollten am liebsten selbst zu den Waffen greifen. Und alle waren sich einig: Esther Shachamorov solle am nächsten Tag ihr Halbfinale antreten. Aus Prinzip. Um zu beweisen, dass Israel keine Angst hat.

Trotz der nagenden Ungewissheit versprach Shachamorov ihrem Team-

chef, am nächsten Tag anzutreten. Der Mannschaftsarzt gab ihr zwei Schlaftabletten, noch heute erinnert sie sich an ihre Träume. Wilde Träume, in denen sie rannte, so schnell wie noch nie. Für ihren Trainer. Doch als sie am nächsten Morgen aufwachte, blickte sie in traurige Gesichter. „Ohne dass jemand nur ein Wort sprach, wusste ich sofort, dass er und alle anderen tot waren. Es war der schlimmste Tag in meinem Leben.“ Und das bis dahin schlimmste Desaster deutscher Sicherheitsbehörden.

Gescheiterter Befreiungsversuch

Der Befreiungsversuch mündete in einer stundenlangen, unkontrollierten Schießerei, an deren Ende die Terroristen die Geiseln töteten. Auch fünf der Attentäter und ein deutscher Polizist starben. Die Welt erstarrte im Schock. Die Spiele wurden unterbrochen, eine Trauerfeier abgehalten, doch dann erklärte der Präsident des Olympischen Komitees: „The games must go on!“

Doch die junge Athletin fühlte sich überfordert. Wie sollte sie in so einer Situation laufen können? Sehr bald erhielt sie die Nachricht, dass die Geiseln, unter ihnen ihr Trainer Amitzur Schapira, nach einem chaotisch durchgeführten Befreiungsversuch auf dem Flugplatz Fürstfeldbruck ermordet worden waren. Sie trat zum Hürdenlauf-Wettbewerb nicht mehr an und reiste zurück nach Israel. Aufgrund der Ereignisse in München wollte Esther Shachamorov ursprünglich ihre Karriere sofort beenden. Ihr späterer Ehemann und Trainer Peter Roth führte sie jedoch wieder an den Sport heran.

Angst hatte sie zu keiner Zeit. Der Leiter der israelischen Olympiamannschaft sah die Situation hingegen realistischer. Er beschwerte sich darüber, dass einige seiner Athleten in Appartements im ersten Stock untergebracht waren. Ein paar Etagen höher wäre es doch wesentlich sicherer. Der Einwand wurde ignoriert.

Der Rückflug von München nach Tel Aviv: Am schlimmsten war für Esther Shachamorov der Gedanke, dass ihr toter Trainer nun da unten lag, im kalten Frachtraum der israelischen El-Al-Maschine, während sie hier oben saß, in einem bequemen Sitz neben den anderen Flugpassagieren. Unten die Toten. Oben die Überlebenden. Sie reisten in demselben Flugzeug nach Israel zurück.

Voller Träume waren Athletin und Trainer wenige Tage zuvor gemeinsam nach München geflogen. Jetzt kehrten sie getrennt zurück, und als die Maschine am Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv landete, versank ein ganzes Land in Trauer und Apathie. Zehntausende erwarteten die Maschine und begleiteten die Särge zu den verschiedenen Friedhöfen in ganz Israel. Elf Teilnehmer der Olympiamannschaft hatten die Entführung durch das „palästinensische“ Terrorkommando nicht überlebt. Die Toten waren zwar nicht die ersten israelischen Terroropfer im Ausland.

Doch nie zuvor war Israel dermaßen paralysiert und gedemütigt worden.

Shachamorovs Startblock blieb beim Halbfinale leer. Damals konnte die Athletin die Entscheidung nicht verstehen. Empört unterstellte sie dem Komitee, die Spiele nur fortgeführt zu haben, weil Israel ein unbedeutendes Land ohne Ölvorkommen sei. Heute sieht sie das anders: „Wenn man nur einmal nachgibt, haben die Terroristen gewonnen. Dann gibt es irgendwann kein Olympia mehr.“

Ein außerordentliches Talent

Esther Shachamorov gehörte zu den Überlebenden der Geiselnahme bei den Olympischen Spielen in München 1972, die nach einer dilettantischen Befreiungsaktion in einem Blutbad geendet hatte. Für sie war es die bitterste Heimreise in ihrem Leben. Denn unter den Toten war ihr Coach Amitzur Schapira. Der Mann, der sechs Jahre zuvor ihr Talent entdeckt hatte. Der sie zur besten israelischen Leichtathletin und zu einer der schnellsten Hürdenläuferinnen der Welt gemacht hatte.

Bei der IX. Makkabiade im Jahr 1973 siegte sie auf den Kurzstrecken und im Weitsprung. Erst nach den Wettbewerben erfuhr sie, dass sie im dritten Monat schwanger war. Goldmedaillen in allen Sprintdisziplinen gewann sie auch bei den Asienspielen ein Jahr darauf in Teheran. Einen weiteren Karrierhöhepunkt stellten die Olympischen Spiele 1976 in Montreal dar. Nachdem sie sich im Halbfinale des 100-Meter-Hürdenlaufes als Vierte im Fotofinish durchgesetzt hatte, stand Esther Roth als erste Sportlerin aus Israel in einem olympischen Finale. Dort bestätigte sie ihre Zeit aus dem Halbfinallauf und wurde Sechste. Sie war damit die schnellste Hürdenläuferin außerhalb Osteuropas. Bis in die späten 1990er Jahre hinein galt diese Platzierung als bemerkenswerteste Leistung im israelischen Sport überhaupt.

Zwei Monate nach den Olympischen Spielen 1976 verbesserte sie beim ISTAF in Berlin ihre persönliche Bestzeit in der Hürdenlaufdisziplin auf 12,93 Sekunden, eine Rekordmarke, die seither in Israel nicht erreicht wurde. Es handelte sich hierbei um ihren ersten Wettkampf in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Massaker von München. Ein Jahr darauf nahm sie auch am 1. Leichtathletik-Weltcup in Düsseldorf teil. Bei den Asienspielen 1978 in Bangkok durfte sie nicht antreten, da Israel auf Druck arabischer Staaten und der Volksrepublik China aus der Asian Games Federation ausgeschlossen worden war.

Im Alter von nur 27 Jahren erklärte Esther Roth-Shachamorov 1979 ihren Rücktritt vom aktiven Sport; ein Comeback 1980 blieb von kurzer Dauer. Nachdem sie es jahrzehntelang für einen Fehler gehalten hatte, dass die Olympischen Spiele in München nach dem Anschlag auf die israelische Mannschaft fortgesetzt worden waren, bewegte sie das Bombenattentat während der

Olympischen Spiele 1996 in Atlanta zu einer Neubewertung der Situation. Der „Jerusalem Post“ sagte sie 1997: „Wenn Sportveranstaltungen von nationaler oder internationaler Bedeutung von Terroranschlägen oder anderen Zwischenfällen betroffen sind, gibt es keine andere Wahl, als die Veranstaltung fortzusetzen [...] Vom Unerwarteten werden wir uns ohnehin nie ganz schützen können.“

Esther Roth-Shachamov wurde von der Zeitung „Maariv“ dreimal zu Israels Sportlerin des Jahres gekürt. 1999 erhielt sie für ihre Lebensleistung den Israel-Preis. Sie arbeitete nach ihrer Sportkarriere als Sportlehrerin an einer Schule in Kfar Saba. Die Mutter zweier Kinder lebt mit ihrem Mann in Herzliya.

Spätestens mit dem Eindringen „palästinensischer“ Terroristen in das israelische Olympiaquartier, der anschließenden Ermordung und Geiselnahme israelischer Olympioniken sowie dem Verkünden des IOC-Präsidenten, die Spiele müssten weitergehen, hatte IOC-Präsident Avery Brundage die Vergangenheit wieder eingeholt.

Avery Brundage und der Arier-Paragraph

36 Jahre zuvor, im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936 in Berlin, war es der US-amerikanische führende Sportfunktionär Avery Brundage, der großes Verständnis für das Nationale Olympia-Komitee Deutschlands zeigte, das jüdische Sportler von den Spielen auszuschließen beabsichtigte. Mitgespielt in diesem Poker hat das amerikanische Olympia-Komitee in Person von Avery Brundage, der zunächst mit einem Olympiaboykott seitens USA gedroht hatte, wenn deutsch-jüdische Sportler an den Spielen nicht teilnehmen dürften, zugleich jedoch eine Allianz mit der NS-Sportführung zur Sicherung der Spiele von Berlin schmiedete.

Brundage war schon 1934 nach Deutschland gereist, gab vor, niemanden getroffen zu haben, der diskriminiert worden wäre. Er wollte niemanden sehen. So war es lediglich ein amerikanischer Beinahe-Boykott, denn in Wirklichkeit erwog die USA ernsthaft ein Fernbleiben der Spiele in Berlin. Fragen nach der Diskriminierung außerhalb des Sports waren für Brundage als Amerikaner irrelevant. Brundage, in dessen Chicagoer Club auch ein „Arierparagraph“ galt, wonach keine Juden erlaubt waren, wie er süffisant bemerkte, war ganz einverstanden mit der Judenpolitik der Nazis – als erklärter Antisemit bekannte er sich zum Grundsatz - „separate but equal“. Nach den Spielen sagte er: „Wir können viel von Deutschland lernen“. Entscheidend für ihn allein war die Frage, ob sich Juden für die Olympiamannschaft in entsprechenden Wettkämpfen qualifizieren dürften. Dies wurde ihm bestätigt; auch die Durchführung jüdischer Meisterschaften erweckte den Eindruck, als sei die Qualifikation für die gemeinsame Olympiamannschaft möglich. Doch all dies war nichts als Bigotterie: Die Amerikaner kuschten vor den Nazis und ließen ihre beiden einzigen jüdischen Athleten in der Mannschaft, Marty Glickman und Sam Stoller, auch



Bei den Olympischen Spielen 1972 ermordeten arabische Terroristen elf Mitglieder des israelischen Teams.

nicht antreten.

Als ein Jahr vor der Eröffnung der Olympischen Spiele die Kampagne um den Olympiaboykott deutlich zunahm, verfasste Brundage eine massiv antisemitische Broschüre und benutzte jedes nur mögliche Argument, um die amerikanische Olympiateilnahme sicherzustellen. Wie bei seiner vorgefassten Meinung wurde hierbei deutlich, dass es ihm nicht um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Juden in Deutschland ging, sondern allein darum, Olympische Spiele möglichst ungestört in Deutschland feiern zu können.

Die Karriere des Avery Brundage verlief weiterhin glanzvoll. Seine Indifferenz gegenüber politischen Ereignissen im Umfeld von Olympischen Spielen behielt er zeitlebens bei: Als 1972 in München elf Sportler der israelischen Olympiamannschaft Opfer „palästinensischer“ Terrors wurden, verkündete Brundage sein berühmtes Credo: „The games must go on!“ In München sah sich der amerikanische Olympiafunktionär Brundage zum zweiten Mal mit dem Judentum konfrontiert. In Berlin 1936 waren es die deutsch- und amerikanisch-jüdischen Athleten; in München 1972 die jüdischen Sportler aus Israel.

Offener linksradikaler Antisemitismus

Und im November 1972 bejubelte Ulrike Meinhof den Anschlag des „Schwarzen September“ auf israelische Athleten bei den Olympischen Spielen in München als großartige revolutionäre Tat mit den Worten, Israel selbst habe seine Sportler „verheizt wie die Nazis die Juden – Brennstoff für die imperialistische Ausrottungspolitik“. Das Ziel der westdeutschen Regierung sei es gewesen, so Ulrike Meinhof, „nur ja dem Mosche-Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels“ – in nichts „nach-

zustehen“. Es gab einen westdeutschen linksradikalen Antisemitismus, der offen den Mord an Juden guthieß!

Für Meinhof und mit ihr andere RAF-Komplizen war der Anschlag in München eine großartige revolutionäre Tat. Die arabischen Völker hätten begriffen, wenn sie mit Westdeutschland vor sich hätten – „imperialistische Ausrottungsstrategen“. Es sei nicht die Schuld der PLO-Kämpfer gewesen, dass die israelischen Athleten zu Tode gekommen seien, es sei „idiotisch zu glauben“, die Revolutionäre hätten dies „gewollt“. Sie wollten doch nur die Freilassung der „palästinensischen“ Gefangenen bewirken. Und deswegen hätten sie Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber „Ausrottungspolitik“ betriebe. Die deutsche Polizei hätte die Revolutionäre und die Geiseln „massakriert“. Der Meinhofsche Appell endete in Anspielung auf Marx mit dem Slogan „Revolutionäre aller Länder vereinigt Euch!“ Mit diesem Aufruf hatte Ulrike Meinhof zu Dieter Kunzelmann und weiteren prominenten Wortführer der radikalen Linken aufgeschlossen, die rhetorische Solidarität mit den Arabern

und den sogenannten „Palästinensern“ mit einem leidenschaftlichen Jubel über „palästinensische“ Gewalt gegen Israelis verflochten. Ulrike Meinhofs Schrift „Die Aktion des Schwarzen September in München: Zur Strategie des Antiimperialistischen Kampfes“, ein Essay über den Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München, wurde fester Bestandteil des Kanons links-extremen Antisemitismus in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte. Die Feindseligkeiten gegenüber Israel wurde nach 1967 definierendes Merkmal des westdeutschen Linksextremismus und erlebte ihren Höhepunkt in den Anschlägen gegen das israelische Olympiateam während der Olympischen Spiele in München 1972.

Gab es keine Alternative?

Im IOC hatte man sich wohl darauf verständigt, dass die gerade stattfindenden Wettkämpfe beendet, neue an diesem Tag aber nicht mehr begonnen werden sollten. Die Spiele würden unterbrochen, müssten aber weitergehen. Olympia-Pressesprecher Hans Klein, ab 1989 Bundesministers für besondere Aufgaben und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erklärte:

„Es wird sich erweisen, dass die olympische Idee stärker ist als Terror und Gewalt“. Und auch er übernahm wortgleich das Brundage-Diktum, die Spiele müssten weitergehen!

Stadionsprecher Detlev Mahnert musste bei den Olympischen Spielen 1972 die Entscheidung des IOC zum Weitermachen verkünden. In der Aufregung fiel ihm das englische Wort für Geiseln nicht mehr ein. Die Fortsetzung der Olympische Spiele verkündete dann der IOC-Präsident Avery Brundage selbst mit einem Satz, der Geschichte machte und zum geflügelten Wort wurde: „The games must go on“. Mussten die Spiele tatsächlich weitergehen? Gab es keine Alternativen? Was wäre gewesen, hätte das Attentat der, sagen wir, der US-amerikanischen Mannschaft geglolten?

Das Blutbad von Fürstentfeldbruck ist mit den olympischen Spielen von München 1972 unlösbar verbunden. Im kollektiven Bewusstsein der Menschen, die in irgendeiner Weise mit Sport zu tun haben, sind diese Olympischen Spiele nicht als die „heiteren“, sondern als die blutigen gespeichert.

Die älteren Ausgaben der „Jüdischen Rundschau“ sind in der Redaktion erhältlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Von Freunden und Feinden – Die Rettung Israels (2)

Noch sechs Wochen vor der Gründung des Staates Israel besaßen die Juden Palästinas kaum Waffen und Munition. Arabische Milizen hatten im Frühjahr 1948 das jüdische Jerusalem und Siedlungen im Binnenland von der Außenwelt abgeschnitten. Waffen aus der Tschechoslowakei und Flugzeuge, die die Haganah heimlich in den USA kaufen konnte, leiteten die Wende im Krieg ein. (Teil 2) (JR)

Von Stefan Frank

Der Nabi-Daniel-Konvoi

Eine groß angelegte Operation, die am 27. März 1948 als Nabi-Daniel-Konvoi in die jüdische Geschichte einging, markierte den militärischen und moralischen Tiefpunkt der palästinensischen Juden. Es war der Tag, den Jerusalems katholische und protestantische Christen als Karsamstag begingen. Der Konvoi aus 33 Lkw, vier Bussen und vierzehn Begleitfahrzeugen war vier Kilometer lang und bestand aus fast allen gepanzerten Fahrzeugen, die in Besitz der Haganah in Jerusalem waren.

Er sollte Jerusalem um halb fünf Uhr morgens verlassen, den Etzion-Block innerhalb einer Stunde erreichen, die Wagen binnen fünfzehn Minuten entladen und anschließend die Rückreise antreten. Auf diese Weise sollten die Araber keine Gelegenheit haben, Straßensperren zu errichten, und der Konvoi hätte, so wurde gehofft, sicher nach Jerusalem zurückkehren können.

Doch die Abfahrt aus Etzion verzögerte sich um zwei Stunden: Es war versucht worden, den Rumpf eines beschädigten Kleinflugzeugs auf einen der Lastwagen zu laden, und ein preisgekrönter Zuchtbulle, der nach Jerusalem hätte transportiert werden sollte, hatte sich lange geweigert, auf den Lastwagen zu steigen. Der Konvoi war nun am helllichten Tag unterwegs. Nach sechs Kilometern Fahrt und sechs Straßenblockaden, die das improvisierte Räumfahrzeug erfolgreich beseitigt hatte, rutschte dieses an der siebten und bis dorthin größte Blockade in den Straßengraben.

Der Konvoi konnte sich nun nicht mehr bewegen. Die Araber eröffneten von beiden Seiten der Straße das Feuer, woraufhin die jüdischen Kämpfer ihre Fahrzeuge verließen und in einem nahegelegenen, leerstehenden Haus namens Nabi Daniel Stellung bezogen. Einige Lkw bildeten im Halbkreis eine Art Wagenburg um das Gebäude. Dem Kommandofahrzeug und einigen anderen gelang es, sich in den Etzion-Block zurückzuziehen. Die Haganah verfügte über keine Mittel, um den Konvoi zu befreien. Es gab viele Verletzte und Tote, weshalb die Juden die Briten und das Rote Kreuz um Hilfe bitten mussten, die Verletzten zu evakuieren.

Das taten sie äußerst ungern; nicht nur wegen der allgemein unfreundlichen Haltung der Briten gegenüber den Juden, sondern auch, weil viele britische Soldaten gefährliche Antisemiten waren. Kurz zuvor hatten sie einige Juden ohne Waffen im arabischen Teil von Jerusalem ausgesetzt, wo sie getötet und verstümmelt wurden. Auch an dem Bombenanschlag auf das Gebäude der Palestine Post am 1. Februar 1948 und in der Ben-Yehuda-Straße am 22. Februar 1948 waren britische Soldaten mit Lkw der britischen Armee beteiligt. Die nun doch zu Hilfe gerufenen Briten unternahmen bis zum nächsten Tag – nichts.

Schrecklich verstümmelt

Als britische Truppen gemeinsam mit Jacques de Reynier, dem Leiter des In-



Syrischer Kommandeur der arabischen Befreiungsarmee, Mahmoud Bey Mahdi, inspiziert Bombardierung von Bab el-Wad

ternationalen Roten Kreuzes im Mandatsgebiet Palästina, bei den umzingelten Juden in Nabe Daniel eintreffen dauern die Gefechte schon sechsunddreißig Stunden an. Weder die Juden noch die Araber besaßen Wasser- oder Lebensmittelvorräte. In seinen Memoiren aus dem Jahr 1948 schreibt de Reynier, welcher Anblick sich ihm bot:

„Hier bin ich auf einer Anhöhe, von der aus ich das gesamte Schlachtfeld überblicken kann. Die rechte Straße wird von mehreren Steindämmen unterbrochen, die teilweise eingerissen sind. Gepanzerte Lkw brennen. Überall liegen Araber, die mit ihren Gewehren ununterbrochen auf das kleine, von gepanzerten Lkw umgebene Haus in zweihundert Metern Entfernung schießen, von wo aus seltene, präzise, dumpfe Schüsse abgegeben werden. Hinter jedem Felsen befinden sich Kämpfer, die vom Geruch des Pulvers und dem Geräusch der Gewehre berauscht sind.“

Das kleine, befestigte Haus steht allein inmitten dieses Infernos, hier sollen sich meine Verwundeten befinden. Auf der Straße stehen einige englische Panzer in Kampfposition, die nur durch ihre Türme, die sich ab und zu drehen, ein Lebenszeichen von sich geben. Ich lasse mein Auto dort stehen, an einem Ort, der für die Juden in dem kleinen Haus sicherlich sichtbar ist, nehme eine Rotkreuzfahne und gehe auf die Straße.“

De Reynier spricht mit dem kommandierenden britischen Offizier. Dieser fordert die Araber auf, das Feuer einzustellen und droht ihnen, anderenfalls gegen sie vorzugehen. De Reynier weiter:

„Um mich herum tobt eine Katastrophe. Die Lkw der Juden sind in allen möglichen Positionen, ineinander gequetscht, sie brennen und verursachen manchmal heftige Explosionen. Überall liegen Leichen, einige verbrannt, andere schrecklich verstümmelt. Die Briten nähern sich dem Haus, in dem sich die überlebenden Juden befinden: »Dann geht alles sehr schnell. Lastwagen fahren rückwärts heran (...)

Die Juden, die von einigen Engländern mit Maschinenpistolen ins Visier genommen werden, legen ihre Waffen

und Munition ab und steigen nach einer Durchsuchung in die Planwagen. Sie sehen sehr müde und benommen aus und leben nur noch von ihren Nerven. Männer und Frauen, ebenfalls in Uniformen und bewaffnet, kommen im Gänsemarsch heraus und tragen ihre Verwundeten. Sie kämpfen nun schon seit sechsunddreißig Stunden und haben schon lange kein Wasser mehr.“

Die Wende

Die Juden mussten den Briten schließlich ihre Waffen abgeben und alle gepanzerten Fahrzeuge den Arabern überlassen. Die jüdischen Verluste im Zuge des Nabi-Daniel-Konvois beliefen sich auf vierzehn oder fünfzehn Tote und 73 Verwundete. Etwa 150 Waffen gingen verloren, zudem zehn der vierzehn gepanzerten Begleitfahrzeuge, alle vier gepanzerten Busse und 25 von 33 gepanzerten Lastwagen. Es war ein Sieg für die arabischen Belagerer und eine Niederlage für die eingeschlossenen Juden. War dies das Ende des jüdischen Traums von einer nationalen Heimstätte?

Die Haganah war schon den Männern von Kadir el-Husseini kaum ebenbürtig, wie wollte sie sich gegen die regulären Armeen des gesamten Nahen Ostens behaupten? Vor allem waren die Straßen blockiert. Würden sie nicht geöffnet werden, bedeutete dies den Tod aller jüdischer Städte und Dörfer, die nicht an der Küste lagen, also auch für das jüdische Jerusalem.

Am 29. März 1948 berief David Ben-Gurion seine Haganah-Kommandanten ein, um einen Plan zur Öffnung des Wegs von Tel Aviv nach Jerusalem zu besprechen. „Wir sind hier“, erklärte er seinen Kommandanten, „um einen Weg zu finden, die Straße nach Jerusalem zu öffnen. Wir haben drei wichtige Zentren: Tel Aviv, Haifa und Jerusalem. Wir können überleben, wenn wir eines davon verlieren, vorausgesetzt, es ist nicht Jerusalem. Die Araber haben richtig kalkuliert, dass die Unterwerfung Jerusalems, seine Einnahme oder Zerstörung dem Jischuw einen schweren und vielleicht tödlichen Schlag versetzen

und seinen Willen und seine Fähigkeit brechen wird, dem arabischen Angriff standzuhalten. Wir werden Risiken eingehen müssen. Wir müssen die Straße nach Jerusalem öffnen, egal, wie groß die Risiken sind.“

Am 1. April 1948 kam eine große tschechoslowakische Waffenlieferung an Bord des jugoslawischen Frachters Nora, welche die Wende im Krieg brachte. An Bord, unter fauligen Zwiebeln, waren 4.500 Handfeuerwaffen Karabiner 98, 200 Maschinengewehre MG 34 und fünf Millionen Schuss Munition versteckt. Am 30. Mai 1948 kam die Rex mit nunmehr 10.000 Karabiner-98-Gewehren, 1.364 MG 34 und dazu Kanonen und schwere Maschinengewehre an.

Viele weitere Lieferungen folgten. Nun konnte die Operation Nahschon – Ben-Gurions Plan, die Straßen zu öffnen –, in die Tat umgesetzt werden. Benannt war die Operation nach der biblischen Person Nachschon, der bei der Flucht vor den Ägyptern als erste das geteilte Rote Meer durchschritt.

Erstmals gehen die Juden nun in die Offensive und erobern, nach mehrmaligem Hin und Her, die Festung Kastel am östlichen Ausgang des Bab el-Wad. Bei der letzten Schlacht um Kastel wird der arabische Heerführer Kadir al-Husseini getötet, was ein Schock und eine große Schwächung für dessen Armee, aber ein großer Sieg für die Juden, nur rund zwei Wochen nach dem Desaster von Nabi Daniel, war. Die tschechoslowakischen Waffen hatten die Wende gebracht.

Kyrus

Kurz nachdem Harry S. Truman 1953 das Weiße Haus verlassen hatte, besuchte er das Jüdische Theologische Seminar (JTS) in New York, begleitet von seinem lebenslangen jüdischen Freund Eddie Jacobson. Die beiden kannten einander seit 1905, hatten zusammen während des Ersten Weltkriegs gedient, im Jahr 1919 in Kansas City das Kleidungsgeschäft Truman & Jacobson gegründet, das 1922 bankrott ging, und gingen regelmäßig gemeinsam in Missouri Angeln und Jagen.

Jacobson kam aus einer armen orthodoxen Familie und musste schon als Kind arbeiten, um mitzuhelfen, die Familie zu ernähren. Seine Tochter Elinor Borenstine beschrieb ihren Vater als einen Juden des Mittleren Westens, der anders als viele New Yorker Juden „nie ein aktiver Zionist“ gewesen sei.

Während eines Gesprächs mit Professor Alexander Marx und dem Präsidenten des Seminars, Professor Louis Finkelstein, rief Jacobson, auf Truman zeigend: „Dies ist der Mann, der geholfen hat, den Staat Israel zu gründen.“ Ohne zu zögern erwiderte Truman: „Was meinen Sie mit >bei der Gründung geholfen<? Ich bin Kyrus, ich bin Kyrus!“

Kyrus ist der größte nichtjüdische Held der Bibel. Er war der persische König, der die Juden aus der babylonischen Gefangenschaft befreite und ihnen die Rückkehr in ihr Land und den Wieder-

aufbau des Tempels ermöglichte, ja: befohl. So eindeutig war die Rolle Trumans nicht. Unbestritten ist, dass er im November 1947 mithilfe, die notwendigen Stimmen der UN-Generalversammlung für den von der multilateralen UN-Mission UNSCOP vorgeschlagenen Teilungsplan für das Mandatsgebiet Palästina zu sichern. Seither aber war die amerikanische Regierung für die mit dem Rücken zum Meer stehenden Juden Palästinas keine Hilfe mehr gewesen.

Trumans Versprechen ...

Außenminister George C. Marshall und sein State Department, von dessen Mitarbeitern laut Trumans Memoiren einige »zum Antisemitismus tendierten«, sowie die Militärführung drängten Truman dazu, die amerikanische Unterstützung des UN-Teilungsplans zurückzuziehen, um die wirtschaftlich und strategisch so wichtigen muslimischen Staaten nicht zu verärgern. Auf Saudi-Arabien und sein Erdöl könne der Westen unmöglich verzichten, gab Verteidigungsminister James Forrestal zu bedenken. Truman selbst wollte im März 1948 von Palästina nichts mehr hören und keine Zionisten mehr treffen. In seinen Memoiren schrieb er:

„Der auf das Weiße Haus ausgeübte jüdische Druck ließ auch nach dem Teilungsbeschluss der UNO nicht nach. Unter großem Aufwand an gefühlsbetonter Polemik forderten mich Einzelpersonen und ganze Gruppen auf, den Arabern Einhalt zu gebieten, die Engländer an der Unterstützung der Araber zu hindern, amerikanische Soldaten nach Palästina zu senden und dergleichen mehr. Ich darf wohl sagen, dass ich trotz der Juden den Glauben an die Richtigkeit meiner Politik nicht verlor. Wenn ich >die Juden< sage, meine ich natürlich die fanatischen Zionisten. [...] Schließlich sah ich mich zu der Anordnung gezwungen, extreme Zionisten von mir fernzuhalten.“

Als Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation und später erster Präsident Israels, im März 1948 in den USA zu Besuch war, weigerte sich Truman, ihn zu empfangen. Am Abend des 12. März erhielt Jacobson einen Anruf von Frank Goldman, dem Präsidenten des amerikanischen Verbands der internationalen jüdischen Organisation B'nai B'rith. Elinor Borenstine erinnerte sich gegenüber einem Journalisten (hier

ab 3:12):

«Frank Goldman, der internationale Präsident von B'nai B'rith, rief eines Nachts – es war mitten in der Nacht – an und sagte zu Daddy: „Sie müssen sofort mit Truman sprechen. Die Situation ist düster.“ Also nahm Daddy mitten in der Nacht ein Flugzeug nach Washington, ging in das Büro von Matt Connelly, der Trumans Terminsekretär war, und fragte: >Hat der Boss Zeit, mich kurz zu sprechen?< Matt sagte: „Ja, aber sprich mit ihm nicht über Palästina.“»

Jacobson sei „verlegen“ gewesen, schrieb Truman in seinen Memoiren. Er habe ihn auffordern müssen, mit seinem Anliegen herauszurücken. Der 56 Jahre alte Kurzwarenhändler Eddie Jacobson, Sohn litauischer Juden, hielt nun die wichtigste und mutmaßlich einzige politische Rede seines Lebens. Er zeigte auf die kleine, in Trumans Büro aufgestellte Statue Andrew Jacksons: »Das ist doch dein Held, nicht wahr? Ich glaube, es gibt kein Buch über ihn, das du nicht gelesen hast. Als wir noch unseren Laden hatten, hast du immer Bücher und Broschüren gelesen, und viele handelten von Jackson. Als du in Kansas City das Verwaltungsgebäude für den Jackson County baute, hast du diese Statue davorgestellt.«

Truman wusste nicht, worauf Jacobson hinauswollte, und ließ ihn weiterreden. »Ich hatte leider nie das Glück, dem Menschen zu begegnen, der mein ganzes Leben lang mein Held gewesen ist. Aber ich habe sein Leben studiert, wie du dasjenige Jacksons. Er ist der größte Jude unserer Zeit, vielleicht der größte, den es je gegeben hat. Du selbst hast ihn mir als einen großen Staatsmann und vornehmen Menschen geschildert. Heute ist er von Alter und Krankheit gebeugt, nämlich Dr. Chaim Weizmann. Er ist viele tausend Meilen weit gereist, um mit dir zu sprechen, und jetzt willst du ihn nicht empfangen. Das sieht dir nicht ähnlich, Harry.«

Truman blickte durch das Fenster des Oval Office in den Rosengarten des Weißen Hauses und dachte lange schweigend nach. Dann sagte er: „Du gewinnst, du glatzköpfiger Hurensohn!“

Am 18. März 1948 empfing Truman Chaim Weizmann in Washington. Weizmann schilderte Truman die Entwicklungsmöglichkeiten Palästinas und sprach von seinen wissenschaftlichen Arbeiten, von denen er hoffte, dass sie in dem jüdischen Staat praktische An-

wendung finden würden. Weiters sprach er von der Notwendigkeit, für neue Einwanderer Boden zur Verfügung zu stellen, weshalb der Negev im Süden von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des jüdischen Staatswesens sei.

Truman versprach Weizmann, den jüdischen Staat zu gegebener Zeit anzuerkennen. Einen Tag später indessen, am Freitag, den 19. März, schlug der amerikanische UN-Botschafter Warren R. Austin in New York dem UN-Sicherheitsrat vor, die Teilung abzusagen und Palästina solange unter UN-Verwaltung zu stellen, bis Juden und Araber einen Kompromiss gefunden hätten. Diese Wende erschütterte die diplomatische Welt.

... und Austins Verrat

Rabbi Abba Hillel Silver, Vorsitzender der Jewish Agency in den USA, sprach bei den Vereinten Nationen von einer »schockierenden Umkehr« der amerikanischen Position. Der Vertreter eines lateinamerikanischen Landes meinte in einem Gespräch mit Sumner Welles, dem früheren außenpolitischen Berater von Trumans Amtsvorgänger Franklin D. Roosevelt:

„Erst haben sie uns überzeugt, dass Teilung die einzige Antwort sei. Jetzt versuchen sie uns zu überzeugen, dass Teilung Wahnsinn sei. Es ist wahr, dass ich ein kleines Land vertrete, das nicht für sich stehen kann. Ich bin bereit, die Führung der Vereinigten Staaten zu akzeptieren. Aber dies ist Verrat. Mit dieser jüngsten Kehrtwende haben die Vereinigten Staaten verwirkt, was immer sie für eine moralische Rechtfertigung dafür hatten, die kleinen Länder zu führen.“

Die nichtzionistische New York Times warf der Regierung Truman vor, „der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, die sich auf unsere Versprechen verlässt, einen schäbigen Streich« gespielt zu haben.

Drei Dinge seien über die »Kehrtwende der amerikanischen Palästina-Politik« zu sagen. Das erste sei, dass sie »den Höhepunkt einer Reihe von Fehlritten« darstelle, die „ihresgleichen sucht“. „Mehr Ungeschicklichkeit bei der Handhabung einer internationalen Situation“ habe kaum je eine amerikanische Regierung an den Tag gelegt. „Das zweite ist, dass es eine klare und unmissverständliche Kapitulation vor der Androhung von Gewalt ist. Und drittens,

dass er wenig Aussicht darauf bietet, genau die Gefahren zu vermeiden, die er zu umgehen beabsichtigt.“

Wie sich später herausstellte, gab es zwischen Truman und Austin eine Vereinbarung: Sollte eine Teilung Palästinas nicht funktionieren, würden die USA eine „vorübergehende“ UN-Verwaltung (trusteeship) unterstützen. Truman hatte aber weder Austins Rede vor der UN vorab gesehen noch wusste er über den Zeitpunkt Bescheid, an dem Austin sie halten würde. Es war Außenminister George Marshall gewesen, der Austin am 16. März, also vor Trumans Treffen mit Weizmann, angewiesen hatte, sie bei nächster Gelegenheit zu halten.

Das Kontra kam aus Moskau: Der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Gromyko sagte im UN-Sicherheitsrat, der Teilungsbeschluss müsse umgesetzt werden. Man dürfe ihn „nicht verändern, verzögern oder gar blockieren“.

Truman war außer sich, als er am Samstagmorgen in der Zeitung las, was am Vortag bei der UNO geschehen war. Ohne Rücksicht auf den Schabbat rief er seinen jüdischen Rechtsberater Samuel Rosenman an und sagte ihm, er solle Weizmann finden, „wo immer er gerade ist« und ihm sagen, dass »ich alles gemeint habe, was ich ihm gesagt habe“.

Mehr als einen Monat lang wusste Weizmann die genaue amerikanische Position zu Palästina nicht. Am 23. April 1948, wenige Stunden vor Beginn des Pessachfestes, hatte Rosenman eine frohe Nachricht für ihn: „Der Präsident hat mir gesagt, dass er einen jüdischen Staat anerkennen wird, sobald er ausgerufen ist. Aber er sagte, dass dies absolut geheim gehalten werden müsse.“

Amerikanische Waffenlieferungen an Israel würde indessen erst Trumans Nachfolger John F. Kennedy vierzehn Jahre später möglich machen.

Stefan Frank, geboren 1976, ist unabhängiger Publizist und schreibt u.a. für Auditor online, die Jüdische Rundschau und MENA Watch. Buchveröffentlichungen: „Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise“ (2009); „Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos“ (2012).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:

leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
- Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
- Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.



Wie Weltkrieg und „Endlösung“ eins wurden

Der von Hitler-Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg, der sich nahezu über ganz Europa erstreckte und auf weitere Kontinente übergriff, dauerte sechs Jahre und kostete mehr als 50 Millionen Menschen das Leben. Sechs Millionen europäische Juden fielen dem Rassewahn der Nationalsozialisten zum Opfer. Bereits Jahre vor der Machtübernahme, beließ es Hitler nicht bei verbalen Zweideutigkeiten. In „Mein Kampf“ kam er unverhohlen zur Sache und gab ungeniert Auskunft über seinen Hass auf die Juden, die künftige Erweiterung des sogenannten „Lebensraums im Osten“ und über die von ihm, im Falle seiner Machtergreifung, beabsichtigte sogenannte „Rassenhygiene“, die den Juden nur wenig später Verzweiflung, Mord und Vernichtung brachte. (JR)

Von Theodor Joseph

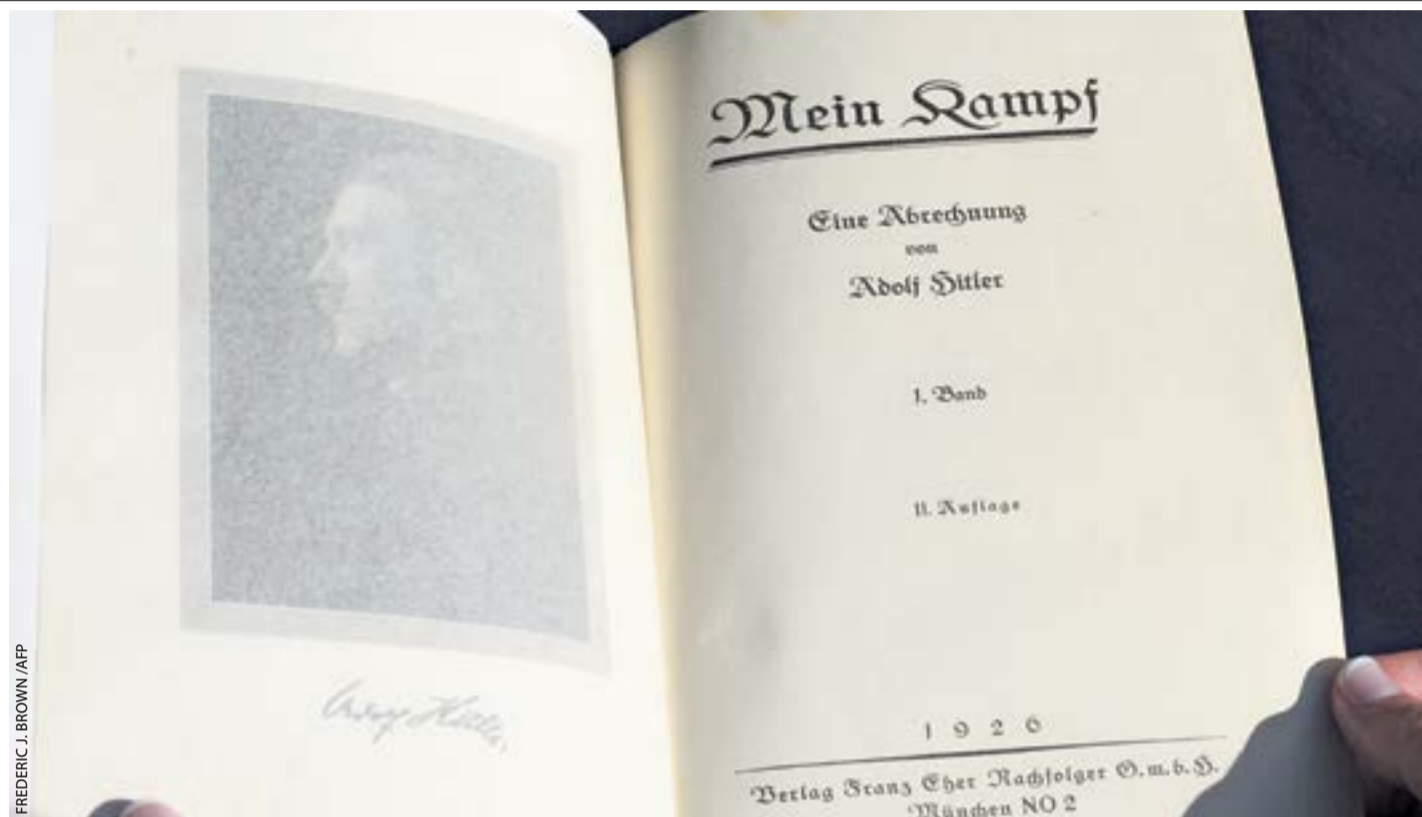
„Außenpolitik ist die Kunst, einem Volke den jeweils notwendigen Lebensraum in Größe und Güte zu sichern“, so Adolf Hitler in seinem Propaganda-Buch „Mein Kampf“ im Jahre 1925. Mit der schwammigen Formulierung „einem Volke“ meinte er nicht irgendein Volk – gemeint war das deutsche Volk, das „arische“ Volk. Was die „Legitimität“ von Krieg betraf, so der spätere „Führer des Großdeutschen Reiches“ gab es auch hier keinerlei Skrupel, wenn er unerbittlich feststellte: „Staatsgrenzen werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert“. Daraus folgert er, dass dies nur durch die „Gewalt eines siegreichen Schwertes“ geschieht. Und im gleichen Zusammenhang schwadronierte er über die Innenpolitik, diese sei die Kunst, einem Volke den „dafür notwendigen Machteinsatz in Form seines Rassenwertes und seiner Zahl“ zu erhalten. Die Erhaltung und Förderung des „Rassenwertes“ als Hauptaufgabe der Innenpolitik sei also allein durch die Schaffung des dafür notwendigen Lebensraumes möglich – also Krieg.

Hitler machte die zukünftige Rolle Deutschlands als Weltmacht davon abhängig, dass es einem seiner Volkszahl und seiner rassischen Höherwertigkeit zustehenden entsprechenden Raum erhielt. „Jedes gesunde, urwüchsige Volk sieht deshalb im Bodenerwerb nichts Sündhaftes, sondern etwas Natürliches“. Das Wort „Krieg“ euphemistisch in „Bodenerwerb“ umgelogen, das ist nichts als rhetorische Rabulistik.

Hitler sprach immer frank und frei

Doch Hitler beließ es nicht bei verbalen Zweideutigkeiten. In „Mein Kampf“ kam er ungeschminkt zur Sache und gab Auskunft über das Ziel eines künftigen Raumerwerbs: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstreifen denken“. Das sind Worte, die er lange vor seiner Inmachtsetzung zu Papier brachte. Was seine politischen Pläne betraf, so mangelte es ihm nie an Offenheit.

Viele seiner Zeitgenossen, aber auch die Nachwelt, haben das, was der spätere Diktator bereits in den frühen 1920er Jahren von sich gab als leeres Gerede, als verschwurbelte Kriegsfantasien, abgetan. Doch Hitler war es bluternst. Er machte kein Hehl aus seinen kriegerischen Absichten. Bereits am 3. Februar 1933, 4 (vier!) Tage nach seiner Machteinsetzung, nahmen etwa 30 führende Militärs am Esstisch von General Kurt von Hammerstein-Equord, seit 1930 Chef der Heeresleitung, Platz, um mit dem neuen Kanzler über dessen Ziele auf dem Weg zum Rassenkrieg zu sprechen. Hitler sprach ganz frank und frei: Der deutschen Rasse, führte er ungeschminkt aus, drohe das Aussterben, es sei denn, sie reinigte und stählte sich für die Eroberung neuen Lebensraums im Osten. Die Ursachen des inneren Zerfalls auszumerzen und die Streitkräfte wieder aufzubauen würde sieben bis acht Jahre dauern. Erst dann kön-



Schon in seinem Buch „Mein Kampf“ aus dem Jahr 1925 sprach Adolf Hitler offen über seine mörderischen Kriegspläne.

ne das Heer in der Lage sein, den Lebensraum für das deutsche Volk zu erweitern.

In der Zwischenzeit versprach er neben der Wiederaufrüstung die Souveränität des Militärs, solange es die politischen Aufgaben der inneren Säuberung und die Gleichschaltung den neuen nationalsozialistischen Autoritäten überließ. Kurzum, er bat die versammelten Repräsentanten der Wehrmacht, sich eine Arbeitsteilung vorzustellen, die ihren Höhepunkt in der Vertreibung oder Auslöschung von Millionen Menschen in Polen, dem Baltikum und der Sowjetunion finden sollte.

Hitler sagte in dieser Runde nichts, was er nicht bereits zuvor deklamiert oder in „Mein Kampf“ geschrieben hatte. Hitler hatte die Maske fallen gelassen und eine verzückte Zuhörergruppe lauschte andächtig dem neuen mächtigen Mann. Die Militärs verstanden, dass er ihnen Unab-

Selbst in Zeiten höchster Transportknappheit, etwa im Winter 1942, während die Schlacht bei Stalingrad tobte, standen immer Züge für die Judendeportationen zur Verfügung, von der Reichsbahn freiwillig bereitgestellt.

hängigkeit und Waffen zu versprechen bereit war. Einige in der Runde mögen seine Visionen vom Rassekrieg skeptisch oder gar nicht ernst aufgenommen haben – indes nicht einer protestierte!

Krieg und Vernichtung der Juden

Hitler war Bellizist, durch und durch, lange bevor er Reichskanzler wurde. Er wollte den Krieg – und er „kriegte“ ihn. Nachdem er sich im Jahre 1938 bereits Österreich und Teile der Tschechoslowakei einverleibt hatte, richtete er seine kriegerischen Ambitionen nun auf Polen.

Im Winter 1938/39 war bereits absehbar, dass die aggressive Expansionspolitik des NS-Regimes über kurz oder lang zu einem militärischen Konflikt in Europa führen würde. Für den Fall, dass dieser Konflikt sich zu einem „Weltkrieg“ ausweiten würde, sollte die Schuld daran dem „internationalen Finanzjudentum“ zugeschoben werden, so hatte er es im Reichstag am 30. Januar 1939 verkündet und bedeutungsschwanger hinzugefügt, Europa könne „nicht mehr zur Ruhe kommen, bevor die jüdische Frage ausgeräumt ist“. Von der Bühne des Reichstags drohte Hitler unter dem frenetischen Jubel der Anwesenden erstmals öffentlich den Juden mit Auslöschung, Krieg und Vernichtung der Juden hatte der Diktator der nationalsozialistischen Doktrin entsprechend in eins gesetzt.

Im Nachgang der Ereignisse des No-

Reichsfinanzen als sehr kritisch bewertet und sich die Abhilfe zunächst durch die der „Judenschaft“ auferlegten Milliarde und durch die Reichsgewinne bei der Arisierung jüdischer Unternehmen vorgestellt. Die eine Milliarde Kontribution war der Betrag, den er als Reichswehrminister für seine Panzerwaffe benötigte, um den geplanten Angriffskrieg gegen Polen durchzuführen. Im Umkehrschluss heißt das: Die Juden haben mit dieser Milliarde ihre eigene Vernichtung vorfinanziert!

Hitlers Rede am 30. Januar 1939 war nichts als eine Lüge. Der Angriff auf Polen war von langer Hand geplant. Im August 1939 hatte sich der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop, ausgestattet mit allen Vollmachten Hitlers, auf den Weg nach Moskau gemacht, um einen Nicht-Angriffspakt mit der Sowjetunion zu schließen. Es war darin vereinbart, dass sich beide Staaten im Kriegsfall unterstützen - und dass sie sich nicht gegenseitig angreifen würden. In der Nacht vom 22. auf den 23. August 1939 unterschrieben die beiden Außenminister Molotow und Ribbentrop die Dokumente. Joseph Goebbels notierte in sein Tagebuch: „Nachricht vom Ober-salzberg: Nichtangriffspakt mit Moskau perfekt. Das ist ein Ding!“

Der geheime Pakt

Der deutsch-russische Pakt hatte indes einen Zusatz, ein Geheimabkommen, von dem die Öffentlichkeit zunächst nichts erfuhr, in dem vereinbart war, dass vitale Gebiete Osteuropas, Polen, die baltischen Staaten, glatt zwischen den beiden Großmächten aufteilte. Der Tyrann des Ostens, Stalin, hatte dem Tyrann der Mitte, Hitler, freie Fahrt gelassen, im Westen überhaupt, im Osten bis zu einer noch unbekanntem Grenze. „Jetzt habe ich die Welt in meiner Tasche!“ jubelte Hitler als

der Pakt unterschrieben war. Und für ihn gab es nunmehr kein Halten mehr.

An diesem 22. August 1939 informierte Hitler seine Oberbefehlshaber und Generäle, dass er bereits im Frühjahr den Entschluss gefasst habe, die für ihn unvermeidlich gehaltene Auseinandersetzung mit Polen durchzuführen beabsichtige. Die Lage sei günstig, und Deutschland könne nicht länger warten. „Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen“. Nicht vor dem Kriege habe man sich zu fürchten, denn der Osten liefere alles, was Deutschland brauche. „Ich habe nur Angst“, so ein unsicherer Hitler, „dass mir im letzten Augenblick irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt“. Doch wollte er nicht als der Beginner des Krieges dastehen. An einem Grund zum Angriff auf Polen sollte es ihm jedoch nicht fehlen: „Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg“.

Auf den deutschen Straßen blieb der Jubel wie es ihn im August 1914 gegeben hatte aus. Hitler fuhr durch das fast menschlere Berlin zum Reichstag, um dort den Kriegsbeginn zu verkünden. Ein Satz, der noch Jahrzehnte nach seinem Ausspruch ein Symbol für Zerstörung und Leid ist. Hitler sagte ihn in seiner Rede vor dem deutschen Reichstag am 1. September 1939. Die „Wochenschau“ und alle Rundfunksender übertrugen die wütende Ansprache des Führers. Er selbst habe die Polen gebeten, die antideutschen Provokationen aufzuheben, doch diese hätten sich geweigert. Stattdessen erzählte Hitler von einem Überfall auf den deutschen Rundfunk in Gleiwitz. Die Redepassage im Wortlaut: „Polen hat heute Nacht zum ersten Mal auf unserem eigenen Territorium auch mit bereits regulären Soldaten geschossen. Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten! Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft. Wer selbst sich von den Regeln einer humanen Kriegsführung entfernt, kann von uns nichts anderes erwarten, als dass wir den gleichen Schritt tun.“ Er habe wieder jenen Soldatenrock angezogen, deklamierte Hitler, der ihm selbst stets „der heiligste und teuerste“ gewesen sei. Er werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg oder – „ich werde dieses Ende nicht mehr erleben“. Damit sollte er recht behalten.

Blitzkrieg gegen Polen

Keine zwei Wochen nach Unterzeichnung des „Russenpakts“ griff Deutschland Polen an. Ohne formale Kriegserklärung. Ein Blitzkrieg. Aus dem Nichts eröffnete am 1. September um 4.45 Uhr im Hafen von Danzig ein deutsches Kriegsschiff die Westerplatte das Feuer auf das polnische Munitionslager in der Freien Stadt Danzig. Fünf Minuten vorher hatten deutsche Kampfflugzeuge bereits die Kleinstadt Wielun bombardiert. 1.200 Menschen starben. Parallel dazu marschierten mehr als 1,5 Millionen deutsche Soldaten auf dem Landweg in Polen ein.

Die polnischen Bündnispartner Frankreich und England reagierten zunächst nicht. Sie hatten erst im Frühjahr einen Beistandspakt mit Polen geschlossen. Doch statt Truppen zur Unterstützung zu schicken, blieb die dringend benötigte Hilfe aus. Die polnischen Armeen waren sehr bald eingekesselt und aufgerieben. Hinzu kam, dass die Sowjetunion ihren Teil des Hitler-Stalin-Pakts einhielt und Ende September ebenfalls in Polen

einmarschierte. Bei Brest trafen sie auf die deutschen Truppen. Hitlers Plan bei der „Gewinnung des Lebensraum Ost“ schien aufgegangen zu sein.

Mit seinem Überfall auf Polen hatte Hitler-Deutschland eine Kriegsdynamik in Gang gesetzt, die sich sehr bald zu einem Weltkrieg auswachsen sollte. Am 3. September 1939 erklärten Polens Bündnispartner England und Frankreich Deutschland den Krieg. In Warschau jubelten die Menschen auf den Straßen. An der französischen Grenze wurden fünf Millionen Soldaten aufgestellt. Obwohl die Franzosen den Deutschen zahlenmäßig um mehr als die Hälfte überlegen waren, griffen sie nicht ein. Von einem Weltkrieg konnte zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein, weil das Kampfgeschehen vorerst fast völlig auf den europäischen Kontinent beschränkt blieb. Mit dem britischen Empire und dem französischen Kolonialreich waren allerdings sofort große Teile der Welt einbezogen. Als baldige Bündnispartner der Kriegsparteien erschienen im Hintergrund bereits die Großmächte Japan und die Vereinigten Staaten, die ihrerseits auf einen Konflikt zusteueren. Der europäische Krieg trug somit von Beginn an den Keim eines Weltkrieges in sich.

Das Schicksal Polens war endgültig besiegelt, als am 17. September 1939 die Rote Armee in Polen eindrang und innerhalb weniger Tage den schwach verteidigten Osten des Landes besetzte. Das polnische Territorium wurde am 28. September von den Besatzungsmächten neu aufgeteilt. Deutschland fiel die westliche Hälfte mit Warschau zu. Die Militärverwaltung wurde dort bald von einem nationalsozialistischen Besatzungsregime abgelöst, das mit brutaler Gewalt die Polen, vor allem die Juden, unterdrückte. Als Vorboten dieses Terrors hatten „Einsatzgruppen“ der SS bereits während der Kämpfe einen Vernichtungskrieg gegen die polnische Zivilbevölkerung begonnen. Ihren gezielten Mordaktionen fielen bis Ende 1939 mehrere zehntausend Menschen, hauptsächlich Juden sowie Angehörige der geistig und politisch führenden Schichten, zum Opfer.

Rassenideologischer Vernichtungskrieg

Als Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfiel, war man selbst im deutschen Generalstab zu diesem Schluss gekommen, dass die NS-Propaganda gelogen hatte, die den deutschen Angriff als Präventivkrieg zu rechtfertigen suchte. Ein Erlass Hitlers erlaubte den deutschen Soldaten ein brutales Vorgehen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung. Diesen Krieg hatte Hitler von Anfang an führen wollen. Er war das Kernstück seines ideologischen Pro-

gramms, das sich gegen Kommunismus und Judentum richtete. Gegen die Sowjetunion, wo Hitler den „jüdischen Bolschewismus“ am Werk sah, sollte daher kein üblicher Eroberungskrieg, sondern ein rassenideologisch begründeter Vernichtungskrieg geführt werden. Vorgehen war, einen Großteil der dortigen Bevölkerung zu töten, einen kleinen Teil zu „germanisieren“ und den Rest zu versklaven oder zu vertreiben. Hierdurch sollte „Lebensraum im Osten“ für die Ansiedlung von Deutschen entstehen. Im Sinne dieses mörderischen Konzepts wurde die Wehrmacht zu einer erbarmungslosen Kriegsführung verpflichtet.

In seinem „Führererlass“ vom 1. März 1942, der an alle Dienststellen der Wehrmacht, der Partei und des Staates ging, erinnerte Hitler noch einmal daran, um was es in dem laufenden Krieg ging: „Juden, Freimaurer und die mit ihnen verbündeten weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus sind die Urheber des jetzigen gegen das Reich gerichteten Krieges. Die planmäßige geistige Bekämpfung dieser Mächte ist eine kriegsnotwendige Aufgabe“. Die sich daraus ergebenden völkerrechtswidrigen Befehle fanden nur vereinzelt Widerspruch und wurden weitgehend befolgt.

In konsequenter Weiterbildung der in „Mein Kampf“ ausformulierten Ideen einer Neugestaltung Europas, vor allem auf Kosten der Sowjetunion, hatte Alfred Rosenberg, Chef-Ideologe der NSDAP, eigene Vorstellungen über die Beherrschung der besetzten Gebiete entwickelt, die von Hitler ausdrücklich gebilligt wurden. Als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete verfolgte Rosenberg im Rahmen seiner Ostpolitik das Projekt der Germanisierung der besetzten Ostgebiete bei gleichzeitiger systematischer Vernichtung der Juden. Heinrich Himmlers Pläne waren in ihrer Praxis noch radikaler. In diesen Plänen, die in den ersten Kriegsjahren heranreiften und angesichts der Möglichkeit ihrer Verwirklichung ihren Niederschlag nicht nur in zahlreichen Denkschriften, sondern auch in der Praxis fanden, enthüllte sich der wahre Charakter der nationalsozialistischen Rassenlehre.

Hitlers und seiner Gesinnungsgenossen Gedanken kreisten ständig um die Begriffe Krieg und „Endlösung“. Dabei schien dem Diktator längst klar geworden zu sein, dass sich Krieg und Judenvernichtung gegenseitig bedingten. In Goebbels Tagebucheintrag vom 27. März 1942 kommt diese Duplizität ungeschminkt zum Ausdruck, wenn er über den Vernichtungsprozess notiert: „Aus dem Generalgouvernement werden jetzt [...] die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu be-

schreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. [...] An den Juden wird ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben. Die Prophezeiung, die der Führer ihnen für die Herbeiführung eines neuen Weltkrieges mit auf den Weg gegeben hat, beginnt sich in der furchtbarsten Weise zu verwirklichen.“ Und dann: „Gott sei Dank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären. Die müssen wir ausnützen.“

„Alles oder Nichts“

Ein eigenes Drama vollzog sich während der letzten Kriegswochen im Kampf um die Reichshauptstadt Berlin, die damals noch etwa zweieinhalb Millionen Einwohner zählte. Der Diktator hatte sich entschlossen, in der Hauptstadt zu bleiben und ihr Schicksal mit dem seinen zu verbinden. Schon länger war er der Überzeugung, dass Deutschland und „das deutsche Volk“ mit ihm siegen oder untergehen würde. Diese Haltung des „Alles oder Nichts“ bestimmte nun erst recht Hitlers politisch-militärisches Handeln. Am 19. März 1945 erließ er den so genannten Nero-Befehl, der allen militärischen und zivilen Stellen gebot, beim Rückzug in Deutschland nur „verbrannte Erde“ zu hinterlassen. Auf die Zukunft der Deutschen, die sich in seinen Augen als zu schwach und deshalb „lebensunwert“ erwiesen hatten, wollte er erklärtermaßen keine Rücksicht mehr nehmen.

Während des Krieges wurden Millionen unschuldiger Menschen - unabhängig ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sozialen Herkunft, Alte, Kranke, Kinder - quer durch Europa aus allen Himmelsrichtungen vom Atlantik, von Norwegen und aus Griechenland in blutroten Viehwaggons verfrachtet - und es gab immer nur ein Ziel: die Todeslager des Ostens. Menschliches Treibgut. Und mitten im Krieg fuhren die Züge leer zurück. Selbst in Zeiten höchster Transportknappheit, etwa im Winter 1942, während die Schlacht bei Stalingrad tobte, standen immer Züge für die Judendeportationen zur Verfügung, von der Reichsbahn freiwillig bereitgestellt. Das sagt viel aus über die tatsächlichen Absichten der Nazis, denen der Judenmord wichtiger war als der „Endsieg“.

Der von Hitler-Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg, der sich nahezu über ganz Europa erstreckte und auf weitere Kontinente übergriff, dauerte sechs Jahre und kostete mehr als 50 Millionen Menschen das Leben. Sechs Millionen europäische Juden fielen dem Rassewahn der Nationalsozialisten zum Opfer.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Zum 10. Todestag von Marcel Reich-Ranicki – Der jüdische „Literaturpapst“

Er wurde verehrt und gefürchtet – Marcel Reich-Ranicki war über viele Jahrzehnte, trotz seiner polnisch-jüdischen Herkunft, die Instanz der deutschen Literaturkritik. Der aus Polen stammende Jude, Autor und Publizist überlebte das Warschauer Ghetto und das Morden der Nationalsozialisten. Trotz schlimmsten Erlebens gehörte er zu denen, die nach dem Krieg wieder in das „Land der Täter“ zurückkehrten. Zu groß war seine Liebe zur deutschen Sprache und Literatur. (JR)

Von Esther Ginzburg

Er war ein Jude aus Polen, der die deutsche Sprache hervorragend beherrschte. Er verbrachte einen Teil seiner Kindheit und Jugend in Berlin und verliebte sich schon früh in die deutsche Literatur. Und es war eine Liebe, die ein Leben lang anhielt. Eine Liebe, die auch durch die Schrecken des Warschauer Ghettos, den Verlust geliebter Menschen, Hunger, Verfolgung und Flucht nicht zerstört wurde. Er verstand es wie kein anderer im Lande, das Interesse an guten Büchern zu wecken. Marcel Reich-Ranicki konnte mit Worten Berge versetzen, aber eines hat er nie geschafft: sein Publikum zu langweilen.

Marcel Reich-Ranicki wurde am 2. Juni 1920 als Sohn einer jüdischen Familie in der schlesischen Stadt Wloclawek geboren, deren Bevölkerung mehrheitlich deutsch war. Marcells Vater, David Reich, war ein Baustoffhändler. Seine Mutter, Helene Auerbach, wuchs in Berlin auf und machte ihre Kinder mit der deutschen Kultur vertraut. Sie gab ihnen auch deutsche Namen: Marcells ältere Schwester hieß Gerda und sein Bruder hieß Herbert. Seine Eltern hielten sich nicht an die strengen jüdischen Sitten - Marcel und seine Schwester wurden auf eine deutsche evangelische Schule geschickt.

In seinem autobiografischen Buch "Mein Leben" schreibt Reich-Ranicki über seine Eltern wie folgt: "David Reich sollte Kaufmann werden, und seine Eltern schickten ihn zum Studium in die Schweiz. Dort besuchte er eine höhere Handelsschule, brach aber bald sein Studium ab und kehrte nach Hause zurück. Im Jahr 1906 heiratete er meine Mutter Helena Auerbach, die Tochter eines armen Rabbiners. Hätte jemand meinen Vater gefragt, wer er sei, hätte er geantwortet: "Natürlich ein Jude und sonst niemand." Natürlich hätte meine Mutter auf die gleiche Weise geantwortet. Sie ist in Deutschland aufgewachsen, in Preußen. Alle ihre Vorfahren väterlicherseits waren Rabbiner."

Emigration nach Berlin

1929 begann die Weltwirtschaftskrise, der sein Vater, wie Millionen andere, zum Opfer fiel. Infolgedessen zog die Familie kurz nach der Katastrophe nach Berlin und geriet in Abhängigkeit von wohlhabenden Verwandten: Marcells Onkel, ein Rechtsanwalt, lebte in Berlin; ein anderer Onkel besaß eine Zahnarztpraxis.

Nachdem die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland an die Macht gekommen waren, begannen die Juden unterdrückt zu werden. Es wurde ihnen verboten, im öffentlichen Dienst und in Krankenhäusern zu arbeiten, Theater und Bibliotheken zu besuchen. In Parks wurden gelbe Bänke mit der Aufschrift "Nur für Juden" aufgestellt, und an den Türen vieler Restaurants und Cafés hingen Schilder mit der Aufschrift "Juden sind nicht willkommen". Lehrer, die Hitlers Machtergreifung kritisch



Marcel Reich-Ranicki im Deutschen Bundestag

gegenüberstanden, begannen aus dem Gymnasium, das Marcel besuchte, zu verschwinden. Einer nach dem anderen wurden deutsche Schriftsteller vom Lehrplan ausgeschlossen: einige, weil sie nicht dem "Geist des Nationalsozialismus" entsprachen, andere, weil sie Juden waren, und wieder andere, weil sie von biblischen Motiven fasziniert waren.

Marcel machte 1937 sein Abitur, aber er besuchte nie eine Universität. Seine Unterlagen wurden nicht einmal angenommen, denn auf seiner Bewerbung stand kurz und knapp: "Als Jude abgelehnt". Später war es Reich-Ranicki nie

Aus dem Land, aus dem ich vertrieben wurde, habe ich seine Sprache und Literatur mitgenommen.

möglich, eine höhere Ausbildung zu erhalten, und er gab zu, dass ihn die Bitterkeit und das Bedauern darüber für den Rest seines Lebens verfolgten.

Wenige Tage vor der berühmten "Reichskristallnacht" am 9. November 1938, als in ganz Deutschland von den Nazis angezündete Synagogen brannten, wurden im Rahmen der so genannten "Polenaktion" alle in Berlin lebenden, aber in Polen geborenen Juden aus der Hauptstadt des Dritten Reichs in ihre Heimat ausgewiesen. Es waren mehr als 17.000.

Deportation und Ghetto

Am 28. Oktober 1938, in den frühen Morgenstunden, stürmte die Polizei

das Haus, in dem Marcells Familie lebte, und gab ihnen nur wenige Minuten Zeit zum Packen. Sie durften 5 Reichsmark und einen kleinen Koffer oder eine Reisetasche mitnehmen. Marcel wurde zusammen mit seinen Angehörigen aus Deutschland verschleppt und nach Polen zurückgebracht. Aber auch dort fühlte er sich wie ein Exilant und ein Fremder. Was sollte ich in einem Land mit einer mir völlig fremden Sprache tun", erinnert er sich, "die ich zwar verstand, aber kaum sprechen konnte? Aber als ich dorthin ging, nahm ich etwas Unsichtbares mit. Damals habe ich nicht darüber nachgedacht, als ich mit

den Deportierten aus Deutschland in einem kalten Zug saß. Ich konnte nicht ahnen, welche Rolle dieses Gepäckstück in meinem zukünftigen Leben spielen würde. Aus dem Land, aus dem ich vertrieben wurde, habe ich seine Sprache und Literatur mitgenommen."

Am 1. September 1939 überfiel Hitler Polen und der Zweite Weltkrieg begann. Im ganzen Land wurde die jüdische Bevölkerung täglich misshandelt, geplündert und ermordet. In seinen Memoiren beschreibt Marcel Reich-Ranicki detailliert die Misshandlungen der Juden, die man nicht lesen kann, ohne zu erschauern. Im Oktober 1940 wurde auf Beschluss des polnischen Generalgouverneurs Hans Frank auf dem

Gebiet Warschaus ein jüdisches Ghetto eingerichtet, das faktisch die erste Etappe auf dem Weg der Juden in die Todeslager darstellte. Zunächst wurde das unerlaubte Verlassen des Ghettos mit neun Monaten Gefängnis bestraft. Im November 1941 wurde darauf die Todesstrafe verhängt, und ab dem 16. November wurde das Ghetto mit einer hohen Mauer umgeben, die die Juden selbst errichten mussten. Alle Fragen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Ghettos wurden vom so genannten Judenrat geregelt, der unter der Kontrolle der deutschen Behörden stand. Adam Chernyakov wurde zu seinem Vorsitzenden ernannt. Um die Ordnung im Ghetto aufrechtzuerhalten, wurde eine jüdische Polizeieinheit geschaffen.

Marcel und seine Familie, die in Warschau lebten, wurden gezwungen, mit anderen Juden in das Ghetto zu ziehen. Es herrschte ein katastrophaler Wohnungsmangel und die Menschen mussten sich auf engstem Raum zusammenpferchen. Lebensmittel und Trinkwasser waren zu knapp bemessen. Überall herrschten schreckliche unhygienische Zustände, die zu Epidemien von Infektionskrankheiten führten; Leichen wurden wochenlang nicht begraben. Ständig gab es Razzien, bei denen die Deutschen ungestraft Juden ausraubten und töteten.

Kleines Glück, großes Leid

Marcells ausgezeichnete Deutschkenntnisse kamen ihm dabei zugute. "Der Judenrat stellte mich ein, um die Korrespondenz in deutscher Sprache zu führen", erinnert er sich. Er wurde in einem Büro

eingesetzt, das sich mit der Korrespondenz mit deutschen und polnischen Institutionen befasste und die Vorschriften und Anordnungen der NS-Besatzungsbehörden ins Polnische und Jiddische übersetzte. Im Jahr 1943 war es Marcel, der den Befehl des SS-Kommandos zur endgültigen Auflösung des Warschauer Ghettos und zur Verbringung aller Bewohner in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka aufzeichnen und übersetzen musste.

Im Warschauer Ghetto fand Marcel trotz aller Entbehrungen sein persönliches Glück: Er lernte Teofila (Tosia) Langnas kennen, die im Juli 1942 seine Frau wurde. Gleichzeitig begann er, unter dem Pseudonym Viktor Hart Konzertkritiken für die Gazeta Zydowska zu schreiben, und hatte auch eine kleine Nebenbeschäftigung als Deutschlehrer.

Im Januar 1940 wurden Marcells Eltern zusammen mit anderen Ghettobewohnern in das Konzentrationslager Treblinka deportiert, wo sie ermordet wurden. Sein Bruder wurde 1943 in einem Kriegsgefangenenlager bei Lublin erschossen. Sein Schwiegervater beging zur gleichen Zeit Selbstmord, seine Schwiegermutter überlebte den Holocaust ebenso nicht.

"Meine Eltern konnten aufgrund ihres Alters keine 'Lebensnummer' bekommen", erinnert sich Marcel, der seine Eltern persönlich ins Lager begleitete. - Meine Mutter war 58, mein Vater 62, und sie hatten weder die Kraft noch den Wunsch, sich irgendwo zu verstecken. Ich sagte ihnen, wo sie sich in der Schlange anstellen sollten. Mein Vater schaute mich hilflos an, meine Mutter war erstaunlich ruhig. Sie trug einen hellen Mantel, den sie aus Berlin mitgebracht hatte. Ich wusste, es war das letzte Mal, dass ich sie sehen würde...". Doch das Glück war Reich-Ranicki hold: Zusammen mit seiner Frau Tosia gelang ihm die Flucht aus dem Warschauer Ghetto. Im letzten Moment gelang es ihnen, der jüdischen Kolonne zu entkommen, als sie den Zug nach Treblinka bestiegen.

Das Paar flüchtete in den Keller eines baufälligen Hauses am Rande des Ghettos. Dort versteckten sie sich anderthalb Jahre lang bis zum Kriegsende bei dem polnischen Schriftsetzer Bolek Gawin und seiner Frau Geni. Nachts stellten sie Zigaretten her, die ihr Retter auf dem Schwarzmarkt verkaufte. Sie hungerten: Oft bestand ihre tägliche Ration aus einem einzigen Stück Brot. Aber noch schlimmer als der Hunger war die Angst. Die Ghettoinsassen mussten die einheimische Bevölkerung ebenso fürchten wie die Deutschen: "Kein Geld, keine Freunde außerhalb des Ghettos", erinnert sich Marcel, "und jeder würde mich sofort als Juden erkennen, denn die Polen hatten einen erstaunlichen Instinkt dafür."

"Der mächtigste Mann Europas, Adolf Hitler, hat beschlossen, dass ihr beide sterben müsst", sagte der betrunkenene Bolek einmal zu ihnen. - Und ich, ein kleiner Schriftsetzer aus Warschau, habe beschlossen, dass ihr leben sollt. Mal sehen, wessen Wahrheit sich durchsetzen wird!" Das tat seine Wahrheit. Glücklicherweise überlebte das Paar. Im September 1944 wurde der Warschauer Stadtteil am rechten Weichselufer, in dem sich das Ehepaar Reich-Ranicki versteckt hielt, von der sowjetischen Armee befreit.

Als Marcel und Tosia sich von ihrem Retter verabschiedeten, sagte er einen Satz, den sie nie vergessen werden: "Bitte sagen Sie niemandem, dass Sie sich mit uns versteckt haben. Ich kenne diese Leute. Sie werden uns nie verzeihen, dass wir zwei Juden gerettet haben."

Sein Leben ab 1958

Am 21. Juli 1958 kehrte er wieder in das Land der deutschen Literatur zurück. So begann sein zweites Leben in Deutschland. Bald begann er unter dem Doppelnachnamen Reich-Ranicki zu veröffentlichen. In Deutschland fand er Unterstützung bei seinen Schriftstellerkollegen Heinrich Böll und Siegfried Lenz. In kurzer Zeit wurde der Name Marcel Reich-Ranicki zu einem festen Bestandteil des literarischen Lebens des Landes, in dessen Mittelpunkt die Schriftstellerorganisation Gruppe 47 stand. Reich-Ranickis kometenhafte Karriere begann bei der Wochenzeitung Die Zeit. Er wurde auch einer der führenden Kritiker der Gruppe 47 und wurde 1973 zum Leiter des Literaturressorts der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ernannt, das er 15 Jahre lang leitete. Marcel Reich-Ranicki gilt als einer der bedeutendsten deutschen Literaturkritiker

Recht dazu gaben. Er erklärte, dass er aus Liebe zu deutschen Büchern und deutscher Kultur nach Deutschland zurückgekehrt sei. "Es waren nicht Thomas und Heinrich Mann, die den Holocaust entfesselt haben. Nicht Alfred Döblin", behauptete er.

Ein schonungsloser Kritiker

Reich-Ranicki war für seine harsche Kritik bekannt. Das machte seine Schriftstellerfreunde manchmal fast zu Feinden. Er verschonte niemanden mit seiner Kritik, auch nicht die von ihm hochgeschätzten Autoren wie Günter Grass. Martin Walser versuchte 2002 sogar, sich an ihm für seine abfällige Kritik zu rächen, indem er ihn zum Vorbild für den Protagonisten seines Romans „Tod eines Kritikers“ nahm.

Ein schlechtes Buch ist ein langweiliges Buch, glaubte Reich-Ranicki. Deshalb versuchte er selbst, seine Rezensionen

Ab 1988 strahlte das ZDF Reich-Ranickis Sendung "Das Literarische Quartett" aus, in der er und drei weitere Literaturkritiker über neue deutsche Literatur diskutieren. Die Sendung hat es geschafft, viele Deutsche, die aufgehört hatten zu lesen, wieder in die Reihen der Buchliebhaber zu bringen. "Das Literarische Quartett" dauerte 13 Jahre, besprach 385 Bücher und festigte Reich-Ranickis Image als leidenschaftlicher Literaturliebhaber und als objektiver, wenn auch scharfzüngiger Kritiker weiter. Von seinen Urteilen hing das künftige Schicksal der Schriftsteller unmittelbar ab. Mit Bangen und Hoffen warteten die Autoren auf Reich-Ranickis Rede mit seinen treffenden und schonungslosen Aussagen über dieses oder jenes Werk. In dieser Zeit verdiente er sich seinen Spitznamen als Papst der deutschen Literatur.

2008 wurde Reich-Ranicki für sein erfolgreiches und fruchtbares Lebenswerk und für seine Sendung "Das Literarische Quartett" mit dem Deutschen Fernsehpreis für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Während der Preisverleihung ging er auf das Podium und... verweigerte die Entgegennahme des Preises und protestierte damit gegen die schlechte Qualität vieler deutscher Fernsehsendungen.

Um die skandalöse Situation irgendwie zu glätten, schlug der Moderator Thomas Gottschalk vor, dass Reich-Ranicki später in einer eigenen Fernsehsendung mit den Chefs der führenden deutschen Fernsehsender über die Situation diskutieren sollte. Diese lehnten jedoch alle ab, so dass Gottschalk allein mit Reich-Ranicki sprechen musste. Die Fernsehsendung fand in den deutschen Medien ein breites Echo und sorgte für eine öffentliche Debatte.

Ein Leben für die Literatur

Am 27. Januar 2012 hielt Marcel Reich-Ranicki seine berühmt gewordene Rede vor dem Bundestag zum Holocaust-Gedenktag. Mit leiser Stimme sprach er aufgeregt über seine Zeit im Warschauer Ghetto: "Ich muss heute hier zum jährlichen Holocaust-Gedenktag sprechen. Aber ich spreche zu Ihnen nicht als Historiker, sondern als Zeitzeuge, oder besser gesagt als Überlebender des Warschauer Ghettos."

Marcel Reich-Ranicki, einer der bekanntesten deutschen Literaturkritiker, starb am 18. September 2013 an einem Krebsleiden. Er hinterlässt Millionen von Leserinnen und Lesern, die er Jahr für Jahr geduldig und behutsam mit der von ihm so geliebten Literatur vertraut machte. In einem seiner letzten Interviews mit dem Magazin Focus, ein Jahr vor seinem Tod, sagte er: "Es ist unmöglich, sich dem Gedanken an den Tod zu stellen. Er ist etwas Sinnloses und Zerstörerisches. Vielleicht macht nur die Literatur deutlich, dass das Ende des Lebens unausweichlich ist..."

"Der Mann, der uns das Lesen lehrte", titelte die Süddeutsche Zeitung in ihrem Nachruf. Diese Aussage scheint durchaus berechtigt. Schließlich hat Deutschland nach 12 Jahren Nationalsozialismus, in denen überall im Lande Scheiterhaufen mit verbrannten Büchern brannten, das Lesen wieder gelernt. Und in der Rolle des wichtigsten "Literaturlehrers" war derjenige, der 1938 nach dem Abitur an einem Berliner Gymnasium wegen seiner jüdischen Herkunft nicht weiter studieren durfte. Marcel Reich-Ranicki bleibt im Gedächtnis der Deutschen eine unbestrittene intellektuelle Autorität, eine Legende der deutschen Nachkriegsliteratur.



Berliner Gedenktafel am Haus Güntzelstraße 53 in Berlin-Wilmersdorf

ker und Publizisten. Ihm ist vor allem die Gründung der Frankfurter Anthologie zu verdanken, die mehr als 1.500 Werke deutscher Autoren enthält.

Im Juni 2001 stellte Reich-Ranicki im Spiegel den "Kanon der lesenswerten deutschsprachigen Werke" vor, eine Liste der wichtigsten literarischen Werke in deutscher Sprache, darunter Theaterstücke, Romane, Novellen, Kurzgeschichten und Gedichte. Im Laufe der Jahre veröffentlichte er in Zeitungen und Zeitschriften, trat im Fernsehen auf und lehrte deutsche Literatur an Universitäten in Deutschland, den Vereinigten Staaten, Schweden, Australien und China und erhielt zahlreiche Titel und Auszeichnungen.

Reich-Ranicki wurde vorgeworfen, er sei nicht nach Israel, sondern nach Deutschland gezogen, in das Land, das den Holocaust ausgelöst und seine Familie vernichtet hat. Vorgeworfen wurde ihm auch, dass er sich als Enkel eines Rabbiners als Jude sieht, obwohl er die jüdische Tradition ablehnt. Darauf antwortete er: "Ich verstehe diejenigen, die sagen, dass man sein Volk nicht verleugnen kann, auch wenn es verfolgt wird, aber die jüdische Religion ist mir weitgehend fremd. Ich bin kein Mitglied der jüdischen Gemeinschaft, aber das bedeutet nicht, dass ich aufgehört habe, ein Jude zu sein."

Marcel Reich-Ranicki hat den Deutschen nie "verziehen". Er sagte, dass seine Eltern und sein Bruder, die von ihnen vernichtet wurden, ihm nicht das

nen klar und schonungslos zu schreiben und die Rezensenten nicht in Freunde und Feinde einzuteilen, sondern nur die literarische Stärke ihrer Werke zu beurteilen. Reich-Ranicki hatte einen großen Sinn für Humor, und viele seiner Sätze blieben im Gedächtnis und wurden zu Aphorismen. Diese Besonderheit half ihm, die schmerzhafteste Wirkung seiner Kritik zu mildern. Viele Schriftsteller bezeichnete er als "Patienten" und einige von ihnen als "schwierige Patienten".

Mit prominenten Schriftstellern wie Heinrich Böll und Günter Grass hatte er Phasen der Annäherung, des Bruchs und der Wiedernäherung. Doch Reich-Ranicki blieb der Unabhängigkeit seines Urteils treu. Er folgte stets seinem Motto: "Gerechtigkeit ist nicht die Aufgabe des Kritikers, sondern die Aufgabe Gottes". Nachdem der Kritiker eine vernichtende Kritik über Günter Grass' Roman „Ein weites Feld“ geschrieben hatte, wurde er auf der Titelseite des Magazins Der Spiegel abgebildet, wie er ein Exemplar des Buches zerreißt.

Erst in seinem achten Lebensjahrzehnt entschloss er sich, seine Memoiren zu veröffentlichen. Im Jahr 1999 erschien seine Autobiografie "Mein Leben", die in viele Sprachen, darunter auch ins Russische, übersetzt wurde und ein Bestseller wurde. Die deutsche Auflage lag bei über 600.000 Exemplaren, was von der großen Popularität Reich-Ranickis in diesem Land zeugt. Im Jahr 2009 wurde das Buch in Deutschland verfilmt.

Nikita Chruschtschow: Kein Freund der Juden, Stalin-Nachfolger und Opportunist

Vor 70 Jahren wurde der Entstalinisierer Nikita Sergejewitsch Chruschtschow zum Ersten Sekretär der KPdSU ernannt. Mit einer gehörigen Portion Bauernschläue und Ruchlosigkeit hatte er den „Großen Terror“ Stalins nicht nur überlebt, sondern an seiner Seite politische Karriere gemacht – und das nicht selten auf Kosten der sowjetischen Juden in Staat und Partei. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Am Jahrestag der Wahl Nikita Chruschtschows zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU wurde Chruschtschow eine Liste von Kandidaten für den Posten des Rabbiners einer Moskauer Synagoge zur Genehmigung vorgelegt. „Sie sind ja verrückt!“ – schrie Nikita Sergejewitsch – „Hier gibt es nur Juden!“

Eine sowjetische Anekdote

Die gesellschaftspolitischen Umwälzungen unter Nikita Chruschtschow werden zu Recht als „Taufwetter“ bezeichnet. An die Stelle der erstickenen Atmosphäre des totalen Staatsterrors trat eine Milderung des Klimas, die Aufdeckung einer Reihe von Verbrechen des Stalinismus, die Rehabilitierung der Opfer der Repression, und es wehte ein wenig der Wind der begrenzten Freiheit. Doch gerade in dieser Zeit nahm das System des staatlichen Antisemitismus, das unter dem späten Stalinismus Wurzeln geschlagen hatte, im Lande Gestalt an.

Während des Krieges schürte die Judophobie der Nazis den Antisemitismus in vielen Sowjetstaaten. Sie verstärkte auch den Genosse Chruschtschow innewohnenden Antisemitismus. Zunächst erwähnte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine in einer Rede über die Not der Menschen in den besetzten Gebieten keine Juden. Dann, nach der Befreiung des Territoriums der Republik von den Nazis, legte er den Juden, die aus der Evakuierung in die Ukraine zurückkehren wollten, Steine in den Weg. Die Denkweise, die in der Weltanschauung Chruschtschows und eines großen Teils der damaligen „Oberschicht“ vorherrschte, wird von der jüdischen Kommunistin Rosa Chodos anschaulich dargestellt. Ihre Geschichte wird von dem polnischen Journalisten Leon Leneman in seinem Buch „Die Tragödie der Juden in der UdSSR“ zitiert.

Während der Besatzung arbeitete sie im Untergrund. Dann arbeitete sie im Sekretariat von Chruschtschow, aber nachdem sie einen Fragebogen ausgefüllt hatte, wurde ihre Nationalität herausgefunden und Rosa wurde entlassen. Es gelang ihr, einen Empfang bei Chruschtschow zu bekommen, wo sie erfuhr, dass „die Juden in der Vergangenheit viele Sünden gegen das ukrainische Volk begangen haben“ und „in unserer Ukraine brauchen wir keine Juden.... Es wäre besser für die ukrainischen Juden, die die Versuche, sie auszurotten, überlebt haben, nicht hierher zurückzukehren...“. Nikita hatte jedoch Erbarmen und bot ihr an, einen weiteren Fragebogen zu schreiben, ohne ihre jüdische Herkunft zu erwähnen.

Dann versetzte Stalin Chruschtschow nach Moskau. Der erste Sekretär des Moskauer Regionalkomitees und Mitglied des Politbüros des



Grab auf dem Nowodewitschi Friedhof, von Bildhauer Ernst Neizvestny

Zentralkomitees beteiligte sich an der 1940er und 1950er Jahre an der antisemitischen Kampagne: bei Personalüberprüfungen, bei Repressionen gegen jüdische Mitarbeiter des Moskauer Automobilwerks, die des „jüdischen Nationalismus“ beschuldigt wurden, und bei anderen Aktionen. Im September 1953 stieg Chruschtschow an die Spitze des Landes auf.

Es gab keinen Platz für Juden

„Zu Beginn der Revolution hatten wir viele Juden in den führenden Organen von Partei und Regierung. Juden waren gebildeter, vielleicht auch revolutionärer als der Durchschnittsrusse. Danach haben wir neue Kader geschaffen ... Wenn jetzt Juden die ersten Plätze in unseren Republiken besetzen wollten, würde das sicherlich Unmut bei den Einheimischen hervorrufen.“ In diesen Chruschtschow-Sätzen aus einem Gespräch mit französischen Sozialisten im Jahr 1956 ist Chruschtschow ganz Chruschtschow, die Essenz seines „internationalen“ Politikverständnisses.

Die Personalsituation in den Korridoren der sowjetischen Macht und

in den Republiken ist in vielerlei Hinsicht ein Lackmustest für die „Judenfrage“ im Lande. Unter Chruschtschow wurden diese Korridore fleißig von Juden „gesäubert“.

Die Diskriminierung der Juden

„Wir haben keine Judenfrage, und diejenigen, die sie erfinden, singen die imperialistische Propaganda nach“, sagte Chruschtschow. Doch die sowjetischen Bosse waren sehr besorgt über den hohen Anteil der Juden an den intellektuellen Arbeitskräften, der ihren Anteil an der Bevölkerung der UdSSR bei weitem überstieg. Kulturministerin Jekaterina Furtsewa äußerte einmal bei einem Treffen mit einer ausländischen Delegation die Idee der Parteinomenklatura, dass es nicht mehr jüdische Studenten als jüdische Bergarbeiter geben dürfe.

Durch geheime Rundschreiben wurde Juden der Zugang zu Universitäten, Arbeitsplätzen und Beförderungen verwehrt. Die Behörden entfernten Juden aus dem Offizierskorps der Armee, reduzierten die Zahl der Juden in der Wissenschaft (außer in Bereichen, die für die Verteidigung des Landes

wichtig waren, wo man nicht auf Juden verzichten konnte). Viele Schriftsteller und Künstler waren gezwungen, sich Pseudonyme zuzulegen, da sie sonst nicht veröffentlicht oder auf die Bühne gelassen wurden.

Die national-kulturelle Diskriminierung der Juden florierte. Seit Ende der 1950er Jahre durchlief die UdSSR eine weitere akute Phase des Kampfes gegen die Religion. Das Judentum, das von der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auch als Nährboden für den Zionismus angesehen wurde (israelische Diplomaten hatten in Synagogen Kontakt zur Diaspora), war davon stark betroffen. Der russische Historiker Gennadi Kostyrtschenko, der sich auf jüdische Fragen in der sowjetischen Geschichte spezialisiert hat, stellt fest, dass von den 135 Synagogen, die vor der antireligiösen Kampagne aktiv waren, am Ende der Chruschtschow-Regierung nur noch 90 übrig waren. Sogar das Backen von „konterrevolutionärem“ Matzebrot wurde verboten.

In der UdSSR gab es keine jiddischen und hebräischen Schulen, keine entsprechenden Medien, Verlage oder Theater. Es gibt Hinweise darauf, dass die Wiederbelebung der jüdischen Kultur in Regierungskreisen die Befürchtung weckte, dass der „jüdische Nationalismus“ zunehmen würde. Es kam auch zu Verhaftungen wegen des Zionismus-Vorwurfs.

Erst unter dem Druck des Auslands, insbesondere amerikanisch-jüdischer Kreise, begannen 1959 nach einer zehnjährigen Pause wieder jiddische Bücher zu erscheinen.

Ein Traum von Chagall

In seinem Buch „Der Wolfspass“ erzählt der Dichter und Schriftsteller Jewgeni Jewtschenko, dass er 1962 den weltberühmten Maler Marc Chagall, der in Witebsk, Weißrussland, geboren wurde, in seinem Haus in Frankreich besuchte. Chagall sagte ihm, dass er nur dann in seiner Heimat sterben wolle, nachdem er ihr alle Gemälde geschenkt habe, die ihm gehörten und er ein bescheidenes Haus in seiner Heimatstadt Witebsk erhalte. Chagall überreichte ihm seine Monographie mit einem solchen Autogramm für Chruschtschow: „An den lieben Nikita Sergejewitsch Chruschtschow mit Liebe zu ihm und zu unserem Vaterland... Chruschtschows Assistent W. S. Lebedew, der Chagalls Nachnamen nie gehört hatte, wollte dieses Buch dem Chef nicht geben. „Juden, und doch fliegen sie...“ – kommentierte er gereizt die Reproduktion, auf der sich zwei Liebende küssen, die unter der Decke schweben... Lebedew war sich der Haltung Chruschtschows gegenüber den Juden durchaus bewusst. Und dann war da noch ein ausländischer Künstler, der einst die UdSSR verlassen hatte, und Chruschtschows Angriffe auf die freidenkende Intelligenz. Der Besuch von Chagall in der UdSSR wurde erst unter Breschnew möglich.

Wirtschaftsprozesse und Erschießungskommandos

In den frühen 1960er Jahren schwappte eine Welle von "Wirtschaftsprozessen" über das Land. Sie richteten sich gegen Veruntreuer von sozialistischem Eigentum, Devisenhändler und andere "Spekulant" im Untergrund, korrupte Beamte und so weiter. Auf Initiative von Chruschtschow wurden die Strafen für Wirtschaftsdelikte verschärft – es gab Gefängnisstrafen von bis zu 15 Jahren und sogar Erschießungskommandos. Und manchmal wurde das Gesetz auch rückwirkend in Kraft gesetzt. Unter den Verurteilten befand sich ein hoher Prozentsatz von Juden. Einigen Schätzungen zufolge etwa die Hälfte von ihnen. Einige Forscher, die sich mit dem Thema befassen, sehen darin eine antisemitische Prägung. Das Argument ist, dass über viele Fälle in den Medien ausführlich berichtet wurde, wobei charakteristische jüdische Namen hervorgehoben wurden. Gleichzeitig wurde versucht, über Juden nicht zu berichten, wenn sie gewissenhafte Arbeiter und Asketen waren.

Andere Forscher stellen fest, dass es schwierig ist, die vorherrschenden Motive zu unterscheiden – handelt es sich wirklich um einen Kampf gegen die Schattenwirtschaft oder um verdeckte Judenfeindlichkeit? Es wird auch die Vermutung geäußert, dass die hohe Zahl von Juden unter den Verurteilten auf die Diskriminierung von Juden in vielen Berufen zurückzuführen sein könnte, und dass der kommerzielle Bereich zugänglich blieb und viele sich dort konzentrierten.

Gute und schlechte Juden

Es bestand oft der Wunsch, jüdisches Heldentum während des Krieges nicht öffentlich zu machen. Hitlers Völkermord an den Juden als ethnische Gruppe wurde vertuscht. Dies zeigte sich beispielsweise deutlich in der Situation von Babi Yar in Kiew, wo die Kiewer Juden massakriert wurden. Die Behörden weigerten sich strikt, ein Denkmal zum Gedenken an die toten Juden zu errichten, um die "wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit" Erschossenen von der allgemeinen Masse der in der Grube Getöteten zu unterscheiden.

Chruschtschow schimpfte über Jewtuschenko, der in seinem Gedicht "Babi Yar" die Juden hervorhob. Es wird so dargestellt, dass nur Juden Opfer der faschistischen Gräueltaten wurden, während viele Sowjetbürger anderer Nationalitäten dort umkamen. "Warum also aussondern, warum diesen Zwiespalt schaffen?"

In regelmäßigen Abständen machte Chruschtschow bei Treffen mit der kreativen Intelligenz Bemerkungen über "gute und schlechte" Juden. Der gute war zum Beispiel der jüdische Oberst Leonid Vinokur, der Generalfeldmarschall Friedrich Paulus gefangen nahm. Darüber wurde übrigens, so der Erste Sekretär des Zentralkomitees, nicht geschrieben. Und die Rolle des schlechten Juden spielte der ehemalige Instrukteur des Stadtpartei-Komitees Kogan, der im Hauptquartier desselben Paulus als Dolmetscher diente. Nach Nikitas Rücktritt erklärte die „Literaturnaja Gaset“, dass die „Übersetzungs“-Geschichte mit der Kogan-Affäre eine Fiktion sei. Und der KPdSU-Chef erzählte auch gerne die Geschichte „Talisman“ des ukrainischen Schriftstellers Wolodymyr Winnitschenko nach. In einem zaristischen Gefängnis wählen die politischen Gefangenen einen ungebildeten jüdischen Schuhmacher namens Pinija

zu ihrem Anführer. Sie wollen fliehen. Sie graben einen Tunnel. Wer wird zuerst gehen? Derjenige, der zuerst geht, ist am meisten gefährdet, die Wachen können schießen. Der kleine Pinija stand auf und sagte: „Ihr habt mich als Ersten ausgewählt. Dann gehe ich als Erster.“ „Der kleine Pinija bin also ich“, schloss Chruschtschow.

Der „sowjetische Held“ Nasser

Nach Stalins Tod wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel im Sommer 1953 wieder aufgenommen. Doch die Beziehungen wurden nicht gut; schon bald traten ernsthafte Differenzen und die sowjetische Ausrichtung auf die arabische Welt zutage. Vor allem 1956, als der Suezkrieg ausbrach und die Führung natürlich Ägypten unterstützte und Israel bedrohte. Während des



Chruschtschow und der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser bei der Abschlusszeremonie des Assuan-Staudamms am Nil, 15. Mai 1964

Jahrzehnts seiner Herrschaft verzichtete Chruschtschow darauf, die diplomatischen Beziehungen abzurechnen, aber er schaute Israel misstrauisch an und erlaubte sich und seinen Kollegen manchmal aggressive Äußerungen. 1964 verlieh Chruschtschow dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser den Titel eines Helden der Sowjetunion. Das Pikante daran war, dass Nasser unter anderem Kommunisten unterdrückt hatte.

Als Reaktion auf die Ereignisse im Nahen Osten war der Antisemitismus in der UdSSR auf dem Vormarsch. Gleichzeitig trug die Judenfeindlichkeit aber auch zur Entwicklung eines nationalen Bewusstseins und eines Interesses an Israel und dem Westen bei. Jüdische Auswanderung war nur in mikroskopisch kleinen Dosen erlaubt, der Rest wurde streng unterdrückt. Nur polnische Bürger aus der Vorkriegszeit konnten nach Israel oder in den Westen auswandern. Sie konnten nach Polen zurückkehren und von dort aus emigrieren.

Antisemitischer und intellektueller Komplex

Chruschtschow war wahrscheinlich kein Hitler-ähnliches Ungeheuer, aber er war ein anschauliches Beispiel für eine Art spontanen emotionalen und alltäglichen Antisemitismus, der je nach Position in der Parteihierarchie zu einem staatlichen Antisemitismus führte. Eine besondere Bevölkerungsgruppe sind die kommunistischen Antisemiten. Vielleicht war er sogar nicht immer und nicht in jeder Hinsicht

selbst ein Sympathisant davon. Er ist ein Kommunist, kein Nazi irgendeiner Art, er muss also ein Internationalist sein, wie Lenin lehrte. Und Antisemitismus ist nicht sehr anständig. Was würden die Menschen in der UdSSR und in der Welt denken, die keine antisemitischen Ansichten teilen? Aber irgendwie schafft er es nicht, etwas anderes zu tun.

Auf der anderen Seite sind die Juden „selbst schuld“. Warum gibt es zum Beispiel so wenige Bergleute und Milchmädchen unter ihnen? Warum wollen sie nicht mit all den arbeitenden Menschen zusammen sein? Es gibt viele intelligente, gebildete, intellektuelle Menschen unter ihnen. Aufgrund seiner mangelnden Bildung hat er sich mit den Aufgeklärten immer unwohl gefühlt, es ist schwierig, mit ihnen zu reden, er versteht sie oft nicht. Gegenüber Serge Grussard, einem französischen Journalisten von Le Figaro, sagte er, Juden mögen keine kollektive Arbeit, keine Gruppendisziplin, „Intellektuelle, alle und immer bestrebt, zur Universität zu gehen“.

Stalins Terror gegen jüdische Kulturschaffende und der „Fall der Ärzte“ wurden nie wiederholt. Aber meiner Meinung nach war Stalin kein Antisemit, sondern ein zynischer Pragmatiker – er spielte die antisemitische Karte, wenn es politisch vorteilhaft war. Aber unter Chruschtschow wurde im Land des "siegreichen Sozialismus", wenn auch in gemäßigteren Formen, ein umfassendes System des staatlichen Antisemitismus aufgebaut, das alle Bereiche der Gesellschaft erfasste und bis in die späten 1980er und frühen 1990er Jahre andauerte. Juden erhielten weitgehend den Status von Bürgern zweiter Klasse.

Einer unsterblichen Tradition zufolge wurden jedoch Verschwörungstheorien erfunden, dass Chruschtschow ein verkappter Jude sei und in Wirklichkeit Solomon Perlmutter hieß. Offenbar war er für noch größere Antisemiten als Chruschtschow es gewesen ist zu „weich“ gegenüber Juden.

Heuchlerische Memoiren

In seinen Memoiren „Zeit-Menschen-Macht“ gibt sich Genosse Chruschtschow schlicht als Kämpfer gegen den Antisemitismus: Er erwähnt Grigorij Sinowjew, den Vorsitzenden des Exekutivkomitees, Solomon Lozovsky, den Gewerkschaftsfunktionär, und einige andere Juden positiv und schimpft Stalin wegen Antisemitismus. Fühlte er sich vor den Juden schuldig? Oder wollte er heuchlerisch vor seinen Zeitgenossen und Nachkommen besser dastehen? Sich vor dem gestern so verhassten Westen, wohin er seine Memoiren schickte (sie konnten in der UdSSR nicht veröffentlicht werden) heute rehabilitieren? Oder vielleicht wollte er sich selbst davon überzeugen, dass er nicht wirklich ein Antisemit ist. Will er uns damit sagen, er mag die Juden „nur ein wenig nicht“?

„Ein großer Nachteil Stalins war seine Abneigung gegen das jüdische Volk“, betont Chruschtschow. In Reden „gab es nicht einmal eine Andeutung davon“, aber in seinem Kreis verhielt es sich anders. Wenn er über Juden sprach, benutzte er eine übertriebene Aussprache und ließ in Gesprächen mit Untergebenen manchmal antisemitische Äußerungen zu. Anfang der 1950er Jahre, während der

Unruhen in einer Moskauer Flugzeugfabrik, sagte er zu Chruschtschow, es sei notwendig, die Arbeiter zu organisieren, um die als Anstifter genannten Juden mit Knüppeln zu schlagen. "Ich wusste, dass, obwohl Stalin einen direkten Befehl gegeben hatte, wenn so etwas geschehen wäre und öffentlich bekannt geworden wäre, eine Kommission eingesetzt worden wäre und die Täter streng bestraft worden wären", schrieb Chruschtschow.

Chruschtschow verurteilt die brutale Ermordung Solomon Michailowitsch Michoels, „des größten Künstlers des jüdischen Theaters, eines Mannes von großer Kultur“ und Stalins brutales Massaker an verdienten Leuten des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, die die Frage der jüdischen Autonomie auf der Krim aufgeworfen hatten. Es sei ein falscher Vorschlag gewesen, aber man habe es den Leuten einfach „erklären können“. Er erzählt, dass sie auch die Ermordung des ehemaligen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Maxim Litwinow organisieren wollten. Stalin hielt ihn für einen amerikanischen Agenten.

Immer wieder bemerkt Nikita, dass Antisemitismus eine Schande sei. Wenn man nur seine Memoiren liest und seine Praxis nicht kennt, scheint er ein überzeugter Gegner des Antisemitismus zu sein.

Wie Chruschtschow ein "Jude" wurde

Vielleicht fühlte sich der ausgestoßene, verfolgte Chruschtschow nach seinem Rücktritt ein wenig jüdisch? Eine Anekdote: Das Politbüro überlegt, was mit dem entlassenen Chruschtschow geschehen soll. Einige schlagen vor, ihm einen härteren Job zu geben. Andere meinen, man solle ihm einfach einen jüdischen Pass geben und ihn sich selbst einen Job suchen lassen.

Chruschtschow wurde, ohne den versprochenen Aufbau des Kommunismus in 20 Jahren abzuwarten, von eben jenen sorgfältig ausgewählten, von ihm selbst geförderten, „rassisch reinen“ Mitarbeitern gestürzt. Sie waren keine Juden. Und der jüdische Bildhauer Ernst Neizvestny, der Chruschtschows heftigen Rüpelattacken ausgesetzt war, rief nach Chruschtschows Rücktritt seinen Assistenten Lebedew an und sagte ihm, er respektiere Nikita Sergejewitsch für die Entstalinisierung.

Warum hat Chruschtschow Neizvestny gebeten, ihm posthum ein Denkmal zu setzen? Schließlich konnte er sein abstraktes Werk nicht ausstehen. Und gab es nicht einige gute Bildhauer mit der „richtigen Nationalität“, an die es gerichtet werden konnte? Vielleicht war dies auch eine Form der verspäteten Entschuldigung Chruschtschows an Neizvestny? Es ist bekannt, dass er sich „im Ruhestand“ dreimal bei ihm entschuldigte und ihn zu einem Besuch einlud. Oder war es vielleicht nicht nur eine Entschuldigung an Neizvestny, sondern auch eine verspätete Entschuldigung auf dem Sterbebett vor dem jüdischen Volk? So wie es Chruschtschow mit dem Stalinismus erging: zuerst ein aktiver Komplize Stalins, ein kritikloser Teilnehmer an seinen Verbrechen, und dann sein Umstürzler, der sich gegen Repression und Personenkult aussprach.

Wie wir wissen, ist auf dem von Ernst Neizvestny geschaffenen Denkmal für Chruschtschow die eine Hälfte des Politikers hell, die andere schwarz....

Babyn Jar – Binnen 48 Stunden über 33.000 erschossene jüdische Menschen: Das unvorstellbare Grauen der Ermordung und des Massakers an den Kiewer Juden

Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Kiew beschloss die NS-Führung die Ermordung der jüdischen Bevölkerung der Stadt. Mehr als 33.000 jüdische Kinder, Frauen und Männer wurden am 29. und 30. September 1941, dem damaligen Yom Kippur Tag, von den Nationalsozialisten unter Mithilfe örtlicher ukrainischer Polizeikräfte und der nationalen ukrainischen Organisation von Bandera und Melnyk in die Schlucht von Babyn Jar getrieben, erschossen und anschließend verscharrt. Kleine Kinder wurden häufig von den Nazis und den ukrainischen Mordhelfern noch auf den Armen der Mütter erschossen. Als sich die Niederlage der Nazis abzuzeichnen begann, versuchten sie ihre Verbrechen zu vertuschen. Im Rahmen der Sonderaktion „1005“ wurden die Toten von Zwangsarbeitern ausgegraben und verbrannt. Die Augenzeugen wurden im Anschluss von Wehrmacht und SS ermordet. (JR)

Von Julian M. Plutz

Als die ungarische Regierung ab 1938 eine Reihe sogenannter Judengesetze, die Berufsverbote, bis hin zum Verbot von Ehen zwischen Juden und Nicht-Juden beschloss, war klar: Auch in Ungarn verschärfte sich die Lage für Juden. Viele flohen nach Österreich, manche sogar nach Deutschland. Andere gingen nach Polen und wiederum andere in die Ukraine. Was auch im Jahr 1941 die SS überraschte:

„Major Wagner erläuterte [...]. Bei Kamenetz-Podolsk hätten die Ungarn etwa 11.000 Juden über die Grenze geschoben. In den bisherigen Verhandlungen sei es noch nicht gelungen, die Rücknahme dieser Juden zu erreichen. Der Höhere SS- und Polizeiführer (SS-Obergruppenführer Jeckeln) hoffe jedoch, die Liquidation dieser Juden bis zum 1.9.1941 durchgeführt zu haben...“, ließ am 25. August 1941 der ranghöchste Polizeifunktionär vor Ort, der Höhere SS- und Polizeiführer Russland-Süd Friedrich Jeckeln, ausrichten. Die etwas kryptische Antwort lässt keinen Zweifel: Die Nazis werden handeln.

Und so kam es. Ende August 1941 ermordeten SS-Angehörige beim Massaker von Kamjanez-Podilskyj rund 23.000 jüdische Kinder, Frauen und Männer in der ukrainischen Stadt. Auch in Berdytschiw erschossen die deutschen Besatzer alleine an einem Tag im September mindestens 12.000 Juden. Angesichts der Systematik und Akribie, die an die industrialisierte Massenvernichtung in den Konzentrationslagern erinnert, sprechen viele heute von einem „holocausts by bullets“, der „Holocaust durch Kugeln“.

Der Mann fürs Grobe: Paul Blobel

Die Lage für die ukrainischen Juden spitzte sich weiter zu, als die Deutschen im September 1941 die Hauptstadt Kiew einnahmen. Die deutschen Soldaten begannen nach ihrem Einmarsch damit, die verbliebenen Juden zu registrieren und zu verhaften. Hinter den Wehrmachtsverbänden rückten die sogenannten Einsatzgruppen nach, die Heinrich Himmler organisierte. Unter den Einsatzgruppen verstand man Einheiten, die einerseits aus der Sicherheitspolizei, andererseits aus dem Geheimdienst der SS bestanden. Sie galten als besonders brutal und gnadenlos und wurden oft als „mobile Tötungskommandos“ bezeichnet.

Nachdem die Hauptstadt in der Schlacht um Kiew mit erheblichen Verlusten auf beiden Seiten eingenommen wurde, kam es im Zentrum zu vielen Explosionen und Bränden. Die Nazis um Generalmajor Kurt Eberhard, aber auch Friedrich Jeckeln, der bereits das Massaker von Kamenez-Podolsk zu verantworten hatte, trafen sich mit an-



Jüdische Besucher legen Blumen nieder und zünden Kerzen in der Nähe des Minora-Denkmal in Babi Jar an.

deren hochrangigen Nazis und erklärten, dass die Juden an den Anschlägen schuld sein sollen.

Die Beschlusslage war klar: Die Kiewer Juden sollen getötet werden. Eine Erklärung machte dies auch unmissverständlich deutlich: „Sämtliche Juden der Stadt Kiew und Umgebung haben sich am Montag, dem 29. September bis 8 Uhr Ecke der Melnykova- /Doktoriowski-Straße einzufinden. Mitzunehmen sind Dokumente, Geld und Wertsachen, sowie warme Bekleidung, Wäsche, usw. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt und anderweitig angetroffen wird, wird erschossen. Wer in verlassene Wohnungen von Juden eindringt oder sich Gegenstände daraus aneignet, wird erschossen.“ Der Mann fürs Grobe war auch gefunden: Paul Blobel.

„Ich fiel auf Leichen, die sich dort in blutiger Masse befanden.“

SS-Obersturmführer August Häfner, der auch an den Besprechungen zum Massaker von Babyn Jar teilnahm, drückte seine Gefühle so aus. „Wir mussten die Drecksarbeit machen. Ich denke ewig daran, dass Generalmajor Kurt Eberhard in Kiew sagte: „Schießen müsst ihr!““. Es sollte als Vergeltungsaktion für die Anschläge sein, obwohl gar nicht klar war, wer für diese verantwortlich war.

Doch das zählte nicht. Generalfeldmarschall Reichenau forcierte sogar die „Aktion“ sogar persönlich, wie aus

einem Bericht der SS nach Berlin hervorgeht: „Wehrmacht begrüßt Maßnahmen und erbittet radikales Vorgehen“.

Am 29. September wurden die Kiewer Juden in Gruppen aus der Stadt und zur Schlucht geführt. Sie mussten sich nackt ausziehen und wurden erschossen. Doch da Munition teuer war, gab es auch noch andere Möglichkeiten, wie die Überlebende Dina Pronitschewa im ZDF berichtete: „Die Menschen wurden aufgestellt. Direkt an der Schlucht war ein flacher Vorsprung. Die Menschen wurden am Abhang entlang hingetrieben. Am Ende standen die Schützen und erwarteten sie. Und wenn jemand nicht gleich runter gefallen ist, wurde er mit dem Kolben hinuntergestoßen.“

Auch Dina wurde an den Rand der Schlucht getrieben. Ihre Kleidung durfte sie anbehalten. Es wurde dunkel und die Deutschen schienen langsam müde zu werden. Dann tat sie etwas, was man sich 90 Jahre später kaum mehr vorstellen konnte. „Ich nahm all meine Kraft zusammen und sprang in das Loch“, sagte sie. „Ich fiel auf Leichen, die sich dort in blutiger Masse befanden.“ Sie stellte sich tot. Ein Deutscher, trat auf ihre Brust und Hand, doch sie machte keinen Laut und überlebte.

Die Nazis versuchten, das Massaker zu vertuschen

Die Aussagen der deutschen Zeitzeugen sind neben einer erschreckenden

Klarheit vor allem von Larmoyanz geprägt. „Man kann sich gar nicht vorstellen, welche Nervenkraft es kostete, da unten diese schmutzige Tätigkeit auszuführen. Es war grauenhaft. Ich musste den ganzen Vormittag über unten in der Schlucht bleiben“, so Kurt Werner, Mitglied des Sonderkommandos. Doch er war einer der Täter, kein Opfer. Kurt Werner war ein Mörder.

„Gleich nach meiner Ankunft im Exekutionsgelände musste ich mich zusammen mit anderen Kameraden nach unten in diese Mulde begeben. Es dauerte nicht lange, und es wurden uns schon die ersten Juden über die Schluchtabhänge zugeführt. Die Juden mussten sich mit dem Gesicht zur Erde an die Muldenwände hinlegen. In der Mulde befanden sich drei Gruppen mit Schützen, mit insgesamt etwa zwölf Schützen. [...] Die Schützen standen jeweils hinter den Juden und haben diese mit Genickschüssen getötet“, schilderte Werner gegenüber dem Spiegel.

Aufgrund der psychischen Belastung für die Schlächter suchten die Nazis Wege, um eine größere Distanz von Opfern und Tätern herzustellen. Die Lösung war Gas. Erste Versuche mit dem tödlichen Gas Zyklon B wurden in Auschwitz unternommen. Die „Vorteile“ überzeugen die Nazis: Man benötigt weniger Personal und schont die Täter.

Gleichzeitig plant die SS die Sonderaktion 1005. Die Leichen in den Massengräbern in der Sowjetunion, also auch in Kiew, sollen wieder ausgegraben werden, um die Spuren zu verwischen. Der Tatortreiniger der ganz besonderen üblen Art ist ein Mann, der das Massaker von Babyn Jar ausgeführt hat: Paul Blobel. Er soll dafür sorgen, dass es nach den Säuberungen der Tatorte keine Spuren mehr gibt. Wie zynisch: Der oberste Schlächter, der Mann fürs Grobe, der für zehntausende Tote gesorgt hat, vertuscht nun seine eigenen Verbrechen.

Dazu nutzt Blobel wiederum jüdische Häftlinge, die gezwungen werden, die Leichen, teilweise mit bloßen Händen, auszugraben. Später werden sie selbst ermordet, damit auch diese Spuren beseitigt werden. Bis ins Jahr 1944 werden so die Opfer exhumiert und verbrannt. Obwohl die SS Listen geführt hatten, versuchten die Nazis mit aller Macht, das Massaker von Babyn Jar zu vertuschen.

Innerhalb von 48 Stunden wurden mehr als 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet.

Rosh Hashana – Das jüdische Neujahrsfest

Rosh Hashana ist der Beginn des neuen jüdischen Jahres und das Fest der Welterschöpfung. Erst in späterer Zeit begann der Rosch Hashana und Yom Kippur Zyklus seinen heutigen Charakter anzunehmen, an dem die Taten eines jeden Menschen im vergangenen Jahr gewogen werden und sein Schicksal für das kommende Jahr entschieden und besiegelt wird. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Rosch Haschana bedeutet wörtlich: „Kopf des Jahres“ und fällt auf den ersten und zweiten Tag des Herbstmonats Tischri (September-Oktober). Es wird heute als Beginn des neuen jüdischen Jahres und als Fest der Welterschöpfung gefeiert. Der Begriff kommt in der Bibel nur einmal vor (Ezechiel 40:1), wo er einfach den Beginn des Jahres bezeichnet und sich nicht auf dieses spezielle Fest bezieht. Tatsächlich zählte die Tora die Monate ab Nisan, dem Monat des Passahfestes, so dass, was wir heute Rosch Haschana nennen, als das Fest des siebten Monats bezeichnet wird (Num. 29:1). Dies ähnelt dem gregorianischen Kalender, bei dem die Zahlenwerte der Namen September, Oktober, November und Dezember darauf hindeuten, dass der Kalender im März beginnen sollte, obwohl das Jahr tatsächlich vom Januar an gerechnet wird. Obwohl ursprünglich ein eintägiges Fest, wurde Rosch Haschana in der Diaspora um einen zweiten Tag verlängert, da es schwierig war, den Zeitpunkt des Neumondes zu bestimmen. Es ist auch das einzige Fest, das auch in Israel zwei Tage lang gefeiert wird.

Rosch Haschana begann als Erntefest, um den Beginn des landwirtschaftlichen Zyklus zu feiern (Ende der Erntezeit, Beginn der Regenzeit und Aussaat). Erst in späterer Zeit begann Rosch Haschana seinen heutigen Charakter als Tag des Gerichts (Jom ha-Din) anzunehmen, an dem die Taten eines jeden Menschen im vergangenen Jahr gewogen werden und sein Schicksal für das kommende Jahr entschieden wird. Der Vers „Vom Anfang des Jahres bis zum Ende des Jahres“ (Dt. 11:12) wurde so interpretiert, dass Gott am Anfang des Jahres bestimmt, was am Ende des Jahres geschehen wird. Eine andere Meinung besagt, dass Gott an Rosch Haschana bestimmt, was jeder Mensch in diesem Jahr verdienen wird, und wer leben und wer sterben soll. Im Talmud heißt es: „Rabbi Kerespedaj sagte im Namen Rabbi Jo anans: Drei Bücher werden am Neujahrsfest aufgeschlagen: eines für die völlig Gottlosen, eines für die völlig Frommen und eines für die Mittelmäßigen. Die völlig Frommen werden sofort zum Leben aufgeschrieben und besiegelt, die völlig Gottlosen werden sofort zum Tode aufgeschrieben und besiegelt, und die Mittelmäßigen bleiben vom Neujahrsfest bis zum Versöhnungstag (Jom Kippur) in der Schwebe. Haben sie sich verdient gemacht, so werden sie zum Leben verschrieben, haben sie sich nicht verdient gemacht, so werden sie zum Tod verschrieben.“

Gott bestimmt das Schicksal der Menschen

Warum wurde von den vier Feiertagen des siebten Monats (Tischrei) ausgewählt Rosch Haschana als Tag des Gerichts ausgewählt? Im Gegensatz zu Ägypten, das über eine konstante Wasserversorgung durch den Nil verfügt, ist das Land Israel für seine Wasserversorgung auf Regen angewiesen. Regen fällt in dieser Region nur in den Herbst- und Wintermonaten und bestimmt in erster Linie das Schicksal der Ernte für das kommende Jahr. Bleiben die Niederschläge aus, gibt es zu wenig Trinkwasser und die Pflanzen wachsen nicht. Ausbleibender Regen kann nicht nur zu Dürren führen, sondern auch zu Hungersnöten und Krank-



Mann mit Schofar in Jerusalem

heiten in den heißen und trockenen Frühlings- und Sommermonaten. Darüber hinaus kann Nahrungsmittelknappheit zum Ausbruch von Kriegen zwischen Nationen führen, die um die begrenzten verfügbaren Ressourcen kämpfen. So kann es den Menschen erscheinen, als ob die Natur selbst durch das Einsetzen der Regenzeit bestimmt, wer leben und wer sterben wird, wer durch Durst und wer durch Hunger, wer durch Krieg und wer durch Krankheit.

Diese Schlussfolgerung war für die Tora eindeutig inakzeptabel. Ein Hauptthema der Tora ist, dass die Schöpfung der Natur ein willentlicher Akt Gottes war, der sie weiterhin überwacht. Auch wenn es den Menschen so vorkommt, als würde die Natur unabhängig arbeiten, so besteht die Tora doch darauf, dass sie erkennen müssen, dass es Gott und nicht die Natur ist, der ihr Schicksal bestimmt. In Erwartung der Regenzeit im Herbst und Winter und ihrer Auswirkungen auf das Schicksal des gesamten Jahres befahl die Tora den Israeliten daher, sich im siebten Monat zu versammeln, um Gottes Königtum über die Schöpfung zu verkünden.

Der biblische Name für Rosch Haschana ist Jom Teruah (Tag des Hornblasens, Num. 29:1) und Zichron Teruah (Gedenktag des Hornblasens, Lev. 23:24). In biblischer Zeit wurde das Schofar (Widderhorn) vor allem im Krieg eingesetzt. Das Schofar diente nicht nur den militärischen Befehlshabern dazu, ihren Truppen wichtige Signale zu geben, sondern auch dazu, die Zivilbevölkerung vor einem feindlichen Angriff zu warnen und das Heer zu mobilisieren. Es gab zwei grundsätzliche Arten von Tönen, die auf dem Schofar erklangen, ein langer, gleichmäßiger Ton (Tekiah), um Entwarnung zu geben, und eine schwingende Folge kurzer Töne (Teruah), um vor einer drohenden Gefahr zu warnen, ähnlich wie heute eine Sirene. Wer also in biblischer Zeit das Schofar mit einer Teruah erklingen hörte, bereitete sich instinktiv auf einen Krieg oder eine drohende Gefahr vor. Wie Amos (3:6) bemerkte: „Wird das

Horn geblasen in einer Stadt, ohne dass das Volk erschrickt?“

Anerkennung der göttlichen Herrschaft

Als die Tora die Israeliten anwies, am ersten Tag des siebten Monats Jom Teruah zu feiern, erwartete sie natürlich nicht, dass sie in den Krieg ziehen würden. Stattdessen wurde ihnen befohlen, an diesem Tag eine Atmosphäre zu schaffen, die die Spannung und den Schrecken einer Schlacht simulieren sollte, ein Gefühl der bevorstehenden Krise und des drohenden Unheils. Mit Schrecken erkannten sie, dass die Menge des Regens, der fallen würde, und damit das Schicksal des kommenden Jahres in der Schwebe hing. Aber sie wurden auch aufgefordert, Zichron Teruah, sich daran zu erinnern, dass Gott und nicht die Natur ihr Schicksal bestimmt. Wenn Gott sich nicht an sie erinnerte und die Kräfte der Natur nicht zu ihren Gunsten lenkte, könnten die kommenden Wochen und Monate zur Katastrophe werden.

Wir sollten nicht nur in Ehrfurcht davor stehen, dass an diesem Tag über unser Leben Gericht gehalten wird. Wir müssen auch die Teruah anstimmen, damit Gott sich an uns erinnert, so wie wir uns an Gott erinnern müssen, indem wir unsere absolute Abhängigkeit von der göttlichen Macht anerkennen. Deshalb verkünden wir an diesem Tag die Herrschaft Gottes über die ganze Menschheit in Anerkennung der göttlichen Herrschaft über die Natur und über unser Schicksal.

Das Thema des Gebets, dass Gott uns in das Buch des Lebens einträgt, zieht sich wie ein roter Faden durch die Rosch Haschana Liturgie. Die anderen Hauptmotive von Rosch Haschana – Malchujot (das Königtum Gottes), Zichronot (die Erinnerung Gottes an uns zum Guten) und Schofarot (das Blasen des Widderhorns) – werden in der Musaf-Amidah zum Ausdruck gebracht.

Die Toralesungen für Rosch Haschana umfassen am ersten Tag die Geburt Isaaks (Gen. 21) und die Akedah, die

Bindung Isaaks, am zweiten Tag (Gen. 22). Die Haftarat beschreiben die Geburt Samuels (1 Sam 1:1-2,10) und die Vision Jeremias von der Befreiung des Volkes Israel aus dem Exil (Jer. 31:2-20). Durch die Betonung der Geburt nach langer Unfruchtbarkeit (Sarah, Hanna), der Befreiung Israels aus dem Exil und der Rettung Isaaks vor der drohenden Opferung geben diese Lesungen diesen schicksalhaften Tagen eine positive Note. Die Betonung der Geburt von Kindern entspricht der Tatsache, dass Rosch Haschana der Geburtstag der Welt ist. Die Bereitschaft Abrahams, seinen geliebten Sohn zu opfern, ist Ausdruck seines uneingeschränkten Vertrauens in den göttlichen Willen, und wir beten, dass Gott den Verdienst unserer Vorfahren bei seiner Entscheidung berücksichtigt, uns für das kommende Jahr in das Buch des Lebens einzutragen.

Kein Loblied an Rosch Haschana

Das Hallel wird an Rosch Haschana nicht rezitiert. Nach einem Midrasch fragten die Engel Gott, warum das jüdische Volk an Rosch Haschana nicht diese Loblieder singe, die zum üblichen Festgottesdienst gehören. Gott antwortete: „Ist es möglich, dass der König auf dem Thron des Gerichts sitzt, die Bücher des Lebens und des Todes offen vor ihm liegen und Israel Loblieder singt?“

Rosch Haschana fällt nie auf einen Mittwoch, Freitag oder Sonntag. Würde es auf einen Mittwoch fallen, wäre Jom Kippur ein Freitag und die Juden könnten sich nicht auf den Schabbat vorbereiten. Fiele er auf einen Freitag, wäre Jom Kippur ein Sonntag, und Juden, die den Schabbat halten, könnten sich nicht auf Jom Kippur vorbereiten. Wenn Rosch Haschana auf einen Sonntag fiel, würde Hoschana Rabba (der letzte Tag von Sukkot, 21. Tischri) auf einen Schabbat fallen. Dies würde die Durchführung des wichtigsten Rituals an diesem Tag, das Schlagen der Weidenruten während des Synagogengottesdienstes, ausschließen, das am Schabbat verboten ist.

Jom Kippur – Warum Versöhnung wichtig ist

Der höchste jüdische Feiertag wird u.a. auch der „Versöhnungstag“ genannt. Im Mittelpunkt steht das Fasten und die Teschuwa (Buße). Am Neujahrstag werden jedem Menschen seine guten Taten gegen seine Sünden abgewogen. Es wird entschieden, wer das kommende Jahr überleben soll und wer nicht. Die Menschen beten, dass sie auch im kommenden Jahr in das Buch des Lebens eingeschrieben werden mögen. Am Yom Kippur Tag wird die göttliche Entscheidung besiegelt. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Der heiligste Feiertag des Jahres ist Jom Kippur, der Versöhnungstag. Er besteht aus zwei Grundelementen: Fasten und Teschuwa. Teschuwa bedeutet Buße, Umkehr von seinen bösen Taten und Hinwendung zu den Mitzwot. Auf diese Weise versöhnen wir uns mit Gott und hoffen auf die Vergebung unserer Sünden. Doch wie genau funktioniert Teschuwa und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Im Folgenden möchte ich Auszüge aus einem klassischen Text des großen jüdischen Philosophen Maimonides vorstellen. Seit achthundert Jahren ist es notwendig, diesen Text vor Jom Kippur zu studieren, um das Herz für die Teschuwa zu öffnen. Wer alle zehn Kapitel in einer von mir überarbeiteten Fassung lesen möchte, kann dies ab Rosch Haschana auf sefaria.de oder talmud.de tun.

Alle Vorschriften der Heiligen Schrift, seien es Gebote oder Verbote, verlangen, dass derjenige, der wissentlich oder unwissentlich gegen sie verstößt und dies später bereut, dies vor Gott, gepriesen sei Er, bekennt. Denn es heißt (Num. 5:6-7): „Wenn ein Mann oder eine Frau irgendeine Sünde begeht und sich gegen den Ewigen versündigt, so sind sie schuldig. Sie sollen aber ihre Sünde, die sie begangen haben, bekennen“. Dies deutet nun auf ein mündliches Sündenbekenntnis hin, weshalb es sich auch um eine Gebotsvorschrift handelt.

Das Sündenbekenntnis wird wie folgt gesprochen: „Ich flehe Dich an, o Ewiger, ich habe gefehlt, ich bin abgewichen, ich habe die Gebote vor Deinem Angesicht übertreten, ich habe dies und jenes getan. Doch nun bereue ich es, schäme mich meiner Missetaten und will es nicht mehr tun.“ Dies ist die Grundlage des Sündenbekenntnisses; wer aber sein Bekenntnis noch mehr ausdehnt und länger bei dieser Handlung verweilt, der ist nur zu loben.

Ebenso haben alle, die Sünd- und Schuldopfer darbringen, durch das bloße Opfer keine Vergebung ihrer wissentlichen Schuld zu erwarten, solange sie nicht Buße (Teschuwa) getan und ihre Sündenbekenntnisse ausgesprochen haben, wie auch geschrieben steht: „Und er soll bei dem Opfer bekennen, worin er gesündigt hat.“ (Lev. 5:5).

Teschuwa Teil der Sühne

Ebenso wird demjenigen, der durch das Gericht die Todesstrafe verwirkt oder eine Geißelstrafe verdient hat, durch die Strafe allein noch keine Vergebung zuteil, solange er nicht Teschuwa getan und sein Bekenntnis abgelegt hat. Ebenso wird demjenigen, der seinem Nächsten an Leib oder Gut Schaden zufügt, auch wenn er ihn später dafür entschädigt, nicht vergeben, wenn er nicht zugleich seine Sünden bekennt und als Büßer den festen Vorsatz fasst, nie wieder so etwas zu tun.

Von einer vollkommenen Teschuwa kann z.B. gesprochen werden, wenn jemand denselben Gegenstand, der ihn früher zur Sünde verleitet hat, wieder in die Hände bekommt, es auch in seiner Macht steht, dieselbe Sünde wieder zu begehen, und er dennoch aufgrund der



Betende Juden in der Synagoge am Jom Kippur, Gemälde von Mauryc Gottlieb, 1878

Kraft seiner Teschuwa und nicht bloß aus Furcht oder Ohnmacht davon absieht, sie zu begehen, sie nicht ausführt.

Wer also einer Frau in sündhafter Weise beiwohnt, nach einiger Zeit wieder mit ihr allein ist, sie noch immer mit derselben Leidenschaft liebt, noch immer seine ungeschwächte körperliche Kraft besitzt, sich auch in derselben Stadt aufhält, in der er die Sünde begangen hat, – und sich reuig der Sünde enthält, der heißt ein vollkommener Teschuwa Tuender. Dies wollte Salomo mit den Worten sagen: „Und gedenke deines Schöpfers in deiner Jugend“ (Koh. 12:1).

Tut er aber die Teschuwa erst in höherem Alter oder gar zu einer Zeit, wo er das, was er früher zu tun pflegte, nicht mehr vermag, so ist die Teschuwa zwar nicht vollkommen, aber sie dient ihm doch zum Heil, und er wird auch ein Büßer genannt. Ist ein solcher auch sein Leben lang ein Sünder gewesen, und er tut an seinem Sterbetage Teschuwa und stirbt in derselben, so werden ihm doch alle seine Sünden vergeben.

Das eigentliche Wesen der Teschuwa besteht darin, dass der Sünder sich von seinen Sünden lossagt, sie aus seinen Gedanken entfernt und in seinem Herzen den festen Entschluss fasst, sie nicht mehr zu begehen. Auch muss er bereuen, was er zuvor getan hat.

Die Teschuwa, wie auch der Versöhnungstag, haben nur die Kraft, die Sünden zu vergeben, die der Mensch gegen Gott begangen hat, z.B. wenn jemand eine verbotene Speise gegessen oder einen verbotenen Umgang mit Frauen gehabt hat und dergleichen mehr. Aber

das Unrecht, das ein Mensch einem anderen angetan hat, z. B. wenn jemand seinem Nächsten Schaden zugefügt, ihn beleidigt oder beraubt hat und so weiter, wird ihm nie und nimmer vergeben, ehe er nicht seinem Nächsten das zurückgezahlt hat, was er ihm schuldig war, und ihn besänftigt hat; und wenn er ihm nun auch das Geld zurückgezahlt hat, was er ihm schuldig war, so muss er ihn doch zu besänftigen suchen und ihn um Verzeihung bitten.

Verzeihen statt Hartherzigkeit

Auch wenn jemand seinen Nächsten nur mit Worten beleidigt, soll er ihn so lange um Verzeihung bitten, bis der Beleidigte ihm wirklich verziehen hat. Will dieser ihm aber auf seine bloße Bitte hin nicht verzeihen, so soll er eine Versammlung von drei Freunden zu ihm bringen, die ihn bitten und für den Flehenden um Verzeihung bitten. Ist er aber auch dadurch nicht zu besänftigen, so bringe er ihm eine solche zweite und dritte Versammlung. Lässt er sich aber auch dann nicht besänftigen, so kann der Beleidiger sich von ihm entfernen, und die Schuld liegt dann bei dem, der nicht verzeiht.

Es ist aber dem Menschen verboten, hartherzig und unerbittlich zu sein, sondern er soll leicht zu besänftigen und schwer zu erzürnen sein, und er soll von ganzem Herzen und mit williger Seele verzeihen, wenn der Beleidiger ihn um Verzeihung bittet. Wie viel Böses er ihm auch angetan und an ihm verübt haben mag, so soll er sich doch nicht rächen und nicht nachtragen. Dies ist die eigentümli-

che Weise der Kinder Israel und ihres von Gott gestärkten Herzens.

Jeder Mensch begeht gute Taten und Sünden. Wer mehr gute Taten als Sünden begeht, ist fromm; wer mehr Sünden als gute Taten begeht, ist ein Frevler. Der Mensch, bei dem sich die guten und bösen Taten die Waage halten, wird als mittelmäßig bezeichnet. Wessen Sünden die guten Taten entschieden überwiegen, der wird um seiner Sünden willen umkommen, wie geschrieben steht (Hos. 9:7): „wegen der Größe deiner Schuld“. Ebenso müsste die ganze Welt untergehen, wenn ihre Sünden die guten Taten entschieden überwiegen würden, wie geschrieben steht: (Gen 6:5) „Und der Herr sah, dass die Sünde der Menschen auf Erden zu groß war“. Und so wie die guten Taten eines Menschen in seiner Todesstunde gegen seine Missetaten abgewogen werden, so werden die Sünden eines jeden Erdenmenschen alljährlich am Neujahrstag gegen seine guten Taten abgewogen. Wer als fromm befunden wird, der ist für ein weiteres Leben besiegelt; wer frevelhaft befunden wird, der fällt dem Tode anheim. Über den Mittelmäßigen aber bleibt das Urteil aufgeschoben bis zum Versöhnungstage, wo er zum Leben oder auch zum Tode geführt wird, je nachdem er Teschuwa getan oder nicht.

Schofar erweckt die Schlafenden

Obwohl das Blasen der Posaune (Schofar) eine einfache Vorschrift des Gesetzes ist, hat es doch eine tiefere Bedeutung, als wollte es sagen: „Erwacht, die ihr schläft, aus eurem Schlummer, und ihr, die ihr schläft, aus eurem tiefen Schlaf, erforscht eure Taten, kehrt um zur Buße und gedenkt eures Schöpfers! Laßt euch ermahnen, die ihr in den Nichtigkeiten der Zeit die Wahrheit vergesst und eure Lebensjahre in Eitelkeit und Leere verbringt, was nicht hilft und nicht rettet. Richtet euren Blick auf eure Seelen, bessert eure Wege und Taten, und ein jeder von euch verlasse seinen sündigen Weg und wende sich ab von seinen bösen Gedanken“.

Darum muss jeder Mensch sich immer als halb gerecht und halb schuldig oder frevelhaft betrachten, so wie die ganze Welt halb gerecht und halb schuldig ist. Begeht er nun eine Sünde, so fällt sie für ihn wie für die ganze Menschheit entscheidend in die Waagschale des Bösen und bringt Verderben. Tut er aber Gutes, so gibt er nicht nur für sich, sondern auch für die ganze Welt den Ausschlag zum Guten und verschafft sich und allen Menschen Hilfe und Heil, wie geschrieben steht: (Prov. 10:25): „Und der Fromme ist der Welt Stütze“, das heißt: Der Fromme kann für die ganze Menschheit den Ausschlag geben und sie retten. Darum ist es auch Brauch im ganzen Hause Israel, insbesondere Wohltätigkeit und Almosen zu üben und viele heilige Gebote zu halten, und in der Zwischenzeit vom Neujahr- und Versöhnungstag noch mehr als das ganze Jahr hindurch. Man hat auch allgemein den Brauch angenommen, während dieser zehn Tage noch in der Nacht aufzustehen, um in den Synagogen zu beten, Buße zu tun und Reue zu empfinden, bis der Tag anbricht.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Nr. 74 / Jahrgang 43

Preis 25 Rpf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W 11, Malteserstr. 19
Fernruf: 919031, Telegramm-Adresse: Orgkjp. — In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung eines schon gemachter
Bezugsheften. Bezugspreis einschließlich Postgebühr je Monat RM 2.—, je Viertel
je RM 5.75; bei Abholung RM 1.00 bzw. RM 2.25 einschließlich Postgebühren
je Heft von 1000 Rpf. je Monat. — Postcheck-Konten der Vertriebs-Abteilung
für Groß-Berlin: Berlin 71473, für das übrige Reich: Berlin 32392

BERLIN

כ"א אלול תרצ"ג

FREITAG, 16. SEPTEMBER 1938

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste
Nr. 8 vom 1. April 1936. Die zwölfspaltigen von Seite 20 Rpf. für Familien-
Nachrichten 15 Rpf. Keine Gewähr für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten
Ausgaben oder an bestimmten Plätzen. Einlassfrist nur gegen Vorzahlung
auf Postcheck-Konto Berlin 71473 oder bei Montag bis Freitag 9 — 18 Uhr,
Ansonsten für die Dienstag-Ausgabe Montag 10 Uhr, für die Freitag-Ausgabe
Mittwoch 15 Uhr. Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 15 Uhr

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

Emigrations-Probleme

5000 Juden nach Australien

Nach einer Mitteilung des australischen Innenministers hat die australische Regierung beschlossen, daß während des laufenden Jahres insgesamt 5000 Juden aller Kategorien nach Australien einwandern dürfen. Wie man annimmt, beabsichtigt die australische Regierung im Laufe der nächsten zehn Jahre die Zulassung von insgesamt 50 000 jüdischen Einwanderern. Die australisch-jüdische Wohlfahrts-Organisation hat einen Aufruf an die australischen Juden gerichtet, 5 000 000 zur Unterstützung der Wanderung aufzubringen.

Einwanderungsregelung für Schweden

Von unserem Berichterstatter

H. R. Stockholm, den 12. September
Ein neues Fremdenrecht ist mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten, wonach Ausländern die Einreise nach Schweden ohne vorheriges Einreise- und Aufenthaltsvisum sowie Aufenthalts- und Arbeitsverlaubnis nicht mehr gewährt wird, auch wenn sie in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren. Das neue Gesetz ist insofern eine große Erschwerung, als bisher für deutsche Reichsangehörige keinerlei Visumzwang bestand und jeder Ausländer das Recht hatte, sich

drei Monate beschwiegend im Lande aufzuhalten. Der Grund zu der neuen Bestimmung ist in der erhöhten Auswanderung aus verschiedenen europäischen Ländern zu suchen. Für den normalen Reiseverkehr (Geschäftsreisende usw.) trifft das Gesetz nicht zu, jedoch ist es empfehlenswert, daß sich solche Reisende bei den zuständigen schwedischen Paß- und Visumstellen im Ausland dienstliche Grenzbescheinigungen verschaffen.

Neue Anstrengungen in der Wanderungspolitik

In der Eröffnungssitzung der 19. Hauptversammlung des Völkerbundes sprach der Delegierte von Neu-Seeland, Mr. William Jordan, seine Sympathie mit den Bestrebungen Roosevelts aus, die durch die Schaffung des Inter-Gouvernementalen Komitees auf den Konferenzen in Evian und London der Verwirklichung nähergekommen sind. Die Genfer Institution werde bereitwillig mit diesem Komitee zusammenarbeiten. Es soll sodann vom Völkerbund aus ein „Ständiges Internationales Komitee für Wanderung und Siedlung“ ins Leben gerufen werden, das sich nicht nur mit der technischen Seite dieser Aufgaben, sondern auch mit der Ausarbeitung von Finanzierungsplänen hierfür befassen wird. Das Internationale Arbeitsamt hat bereits Entwürfe vorbereitet, nach denen die Wanderung landwirtschaftlich ausgebildeter Menschen in südamerikanische Länder geleitet und gefördert werden kann.

Palästina vor dem Völkerbund

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat dem Völkerbundsrat, der gegenwärtig in Genf versammelt ist, die Bemerkungen der Permanenten Mandatskommission, deren 34. Sitzung im Juni d. J. stattgefunden hatte, zugeleitet. Die Bemerkungen über Palästina geben einen kurzen Überblick über die Beratungen betreffend den Jahresbericht der Palästinaverwaltung für das Jahr 1937. Die Erläuterungen, die seinerzeit Sir John Shuckburgh, stellvertretender Unterstaatssekretär des Kolonialamtes, als akkreditierter Vertreter der englischen Regierung der Mandatskommission gegeben hat, werden zur Kenntnis genommen, wobei lediglich in einem Punkte eine kritische Stellungnahme der Mandatskommission hervortritt. Es heißt in den Bemerkungen, daß die Königliche Kommission unter dem Vorsitz von Lord Peel gemeint habe, das gegenwärtige Mandat des Völkerbundes würde bis zum Vollzug der Teilung die bestimmende Grundlage für die Verwaltung Palästinas bilden; tatsächlich jedoch müsse die Mandatskommission die Feststellung treffen, daß die Anwendung des Mandats zur Zeit teilweise suspendiert sei, nämlich insofern, als in der Interimsperiode zwischen Veröffent-

lichung des Peel-Berichtes und Bekanntgabe des Woodhead-Berichtes der Grundsatz der ökonomischen Aufnahmefähigkeit des Landes als Maßstab für die Bemessung der jüdischen Einwanderung außer acht gelassen werde. Sir John Shuckburgh hat hierzu in einem Briefe an die Permanente Mandatskommission geäußert, daß er die gegenwärtigen Bestimmungen über die jüdische Einwanderung nach Palästina nicht als teilweise Suspension des Mandats auffassen könne, da in der oben erwähnten Interimsperiode eine wesentliche Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse, auf Grund deren die Peel-Kommission die Teilung vorgeschlagen habe, vermieden werden müsse. — Der Völkerbundsrat wird sich mit den Bemerkungen der Permanenten Mandatskommission beschäftigen.

Nach Meldungen aus London beabsichtigt der ägyptische Außenminister, der bei der Völkerbundsversammlung in Genf anwesend ist, die Palästinafrage dort zur Sprache zu bringen. Der irakische Außenminister hatte in Alexandria eine Unterredung mit dem ägyptischen Außenminister. Man nimmt an, daß dieser einen neuen Plan für die Lösung des Palästina-Problems vorlegen will.

Appell an USA

In diesen Tagen der atemlosen Spannung und der tiefen Anteilnahme Aller an dem so schicksalreichen Geschehen sind alle, die Menschen in Haus und Straße und die Staatsmänner, mit großen Sorgen beladen. Die Schatten schweren Leidens schweben über der Welt. Zugleich aber gehen die Dinge des täglichen Lebens weiter und auch in unserer jüdischen Sphäre hört das Denken und Sorgen um das Schicksal unserer Gemeinschaft nicht auf, ebenso wenig der Versuch, in die notwendig gewordene Neuordnung der Dinge Steifigkeit und Planmäßigkeit hereinzubringen. Wir Juden wissen, wie schwer es sich auswirken würde, wenn auch nur in dem kleinen Sektor des Lebens, der die Juden betrifft, chaotische Zustände entstünden. Viel ist schon über die Planung der jüdischen Wanderung gesprochen worden. Eine Konferenz von 32 Staaten war diesem Thema gewidmet, auch die Völkerbundsversammlung in Genf wird sich in diesen Tagen wieder mit dem Gegenstand befassen. Aber wir werden allmählich dazu gedrängt, daran zu zweifeln, ob aus allen diesen Überlegungen tatkräftige Hilfe kommen kann. Es zeigt sich jetzt klar, daß die in Evian vertretenen Länder die Sache so aufzufassen, daß sie lediglich vor der Wahl stehen, ob sie die bisher gültigen Einwanderungsbestimmungen weiter bestehen lassen sollen oder ob sie angesichts des ungeheuren Andranges die Einwanderung noch weiter beschränken sollen. Kein einziges Land hat unter dem Eindruck der Verhandlungen in Evian und des unterbreiteten Materials, das ja in dem Buche von Sir John Hope Simpson eine klassische literarische Bearbeitung gefunden hat, sich bereit erklärt, der außerordentlichen Not durch ein außerordentliches einmaliges Entgegenkommen Rechnung zu tragen. Viele haben heute schon den pessimistischen Eindruck, daß die großzügige Initiative des Präsidenten Roosevelt und die Inangasetzung eines beträchtlichen Apparates keine nennenswerten Früchte gezeitigt haben.

Inzwischen spitzt sich die Lage der Auswanderungsbedürftigen immer mehr zu. Ihre Lage ist geradezu absurd: Sie haben alles zur Auswanderung vorbereitet, d. h. die Brücken hinter ihnen sind abgebrochen, viele Tausende sind auch im Besitz von Dokumenten, die die Voraussetzung für die Einwanderung in verschiedene Länder, besonders nach den Vereinigten Staaten von Amerika bilden, aber — in dieser Situation sind sie somersagen eingefroren, sie können nicht vorwärts und nicht zurück. Man spricht davon, daß durch die zahlreichen Vormerkungen die Einwanderungsquote nach USA, nicht nur für das Jahr 1938, sondern auch schon für 1939 erschöpft zu sein scheint, und viele Juden mit einem vollwertigen Affidavit in der Hand werden jetzt schon auf das Jahr 1940 vertröstet. Nun bedarf es keiner großen Phantasie, um sich vorzustellen, wie einem Juden zumute sein muß, der für sich und seine Familie die ordnungsmäßige Auswanderung anstrebt, seine Angelegenheiten an seinem bisherigen Wohnsitz rechtmäßig erledigt hat und nun vor der Aussicht steht, bis 1940 warten zu müssen, bevor er das erforderliche Visum erhält. Es wird immer schwieriger, unter solchen Umständen eine geordnete Abwicklung der Dinge durchzuführen.

Sir John Hope Simpson hat vor mehreren Wochen in einer englischen Zeitung in einem aufsehenerregenden Artikel die Ansicht ausgesprochen, daß jetzt „alle Augen auf England und das Britische Empire gerichtet“ sind; es wurde bei dieser und anderer Gelegenheit viel von den „leeren Räumen“ des Empire gesprochen und auch von jüdischer Seite fehlt es nicht an Vorschlägen, durch Pionierarbeit neue Gebiete zu erschließen und sich dem neuen Wohnland für die gastliche Aufnahme dankbar zu erweisen. Die Dinge sind aber über theoretische Diskussionen nicht hinausgekommen. Wir haben in dieser Stelle vor einiger Zeit den Gedanken einer „Zwischenlösung“ erörtert, der auch von anderer Seite aufgegriffen wurde; es würde sich darum handeln, für die Menschen, die begründete Aussicht auf Einwanderung in ein endgültiges Zielland haben, jetzt aber dorthin noch nicht gelangen können und auf der anderen

An die Juden in Deutschland!

Zehntausende von Juden verlassen das Land. Viele jüdische Gemeinden in Deutschland sind in der Auflösung.

Aber sie sollen nicht vergessen werden. Wir wollen für kommende Geschlechter das Gedächtnis an diese lange und ereignissschwere Epoche jüdischer Entwicklung und auch an die Letzten, die sie abschlossen, bewahren. An der Schwelle eines neuen jüdischen Jahres ruft der Keren Kajemeth Lej Israel zu einem schönen und großen Werk.

Die Juden Deutschlands und ihre Gemeinden sollen sich in ein

„Buch der Erinnerung“ — Sefer Sikaron

eintragen und gleichzeitig damit die Mittel für die Erlösung des Bodens schaffen, auf dem eine neue Siedlung von Juden aus Deutschland in Erez Jisrael stehen soll. Sie wird den Namen

Tel Sikaron — „Siedlung des Gedenkens“

tragen. Tel Sikaron — Siedlung des Gedenkens — soll der Ausdruck einer gemeinsamen Kraftanstrengung sein, durch die Vergangenes bewahrt und zugleich ein in die Zukunft weisendes Werk geschaffen wird.

Wir treten diesem Plan, der würdig in seiner Absicht und kraftvoll in seinem Ziel ist, freudig bei und machen uns die Forderung, die der Keren Kajemeth Lej Israel aus diesem Anlaß an die Juden Deutschlands richtet, zu eigen.

Reichsverband der Juden in Deutschland

Dr. Leo Baeck Dr. Otto Hirsch

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Heinrich Stahl

Zionistische Vereinigung für Deutschland

Benno Cohn Dr. Hans Friedenthal

Erster Ueberblick

Bei den Terrorakten in Palästina wurden in den letzten Tagen elf Juden getötet. Die holländischen Juden nahmen an den Festlichkeiten anlässlich des Regierungsjubiläums der holländischen Königin regen Anteil.

Sukkot – Das Laubhüttenfest

Auch im September beginnt dieses Jahr das fröhliche jüdische Erntedankfest. Sukkot dauert sieben Tage und ist verknüpft mit der Einweihung des Tempels Salomos. Die Sukka symbolisiert die schützenden „Wolken der Herrlichkeit“, die die Israeliten auf ihrer 40-jährigen Wanderung begleiteten und behüteten. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Sukkot, auch Laubhüttenfest genannt, ist eines der drei landwirtschaftlichen Wallfahrtsfeste (neben Pessach und Schawuot), die in der Tora (Lev. 23:39-43) vorgeschrieben sind. Dieses fröhliche Erntedankfest beginnt am 15. Tischri, dem Vollmondtag fünf Tage nach Jom Kippur, und ist nach den temporären Behausungen benannt, in denen die Israeliten während ihrer Wanderung durch die Wüste lebten.

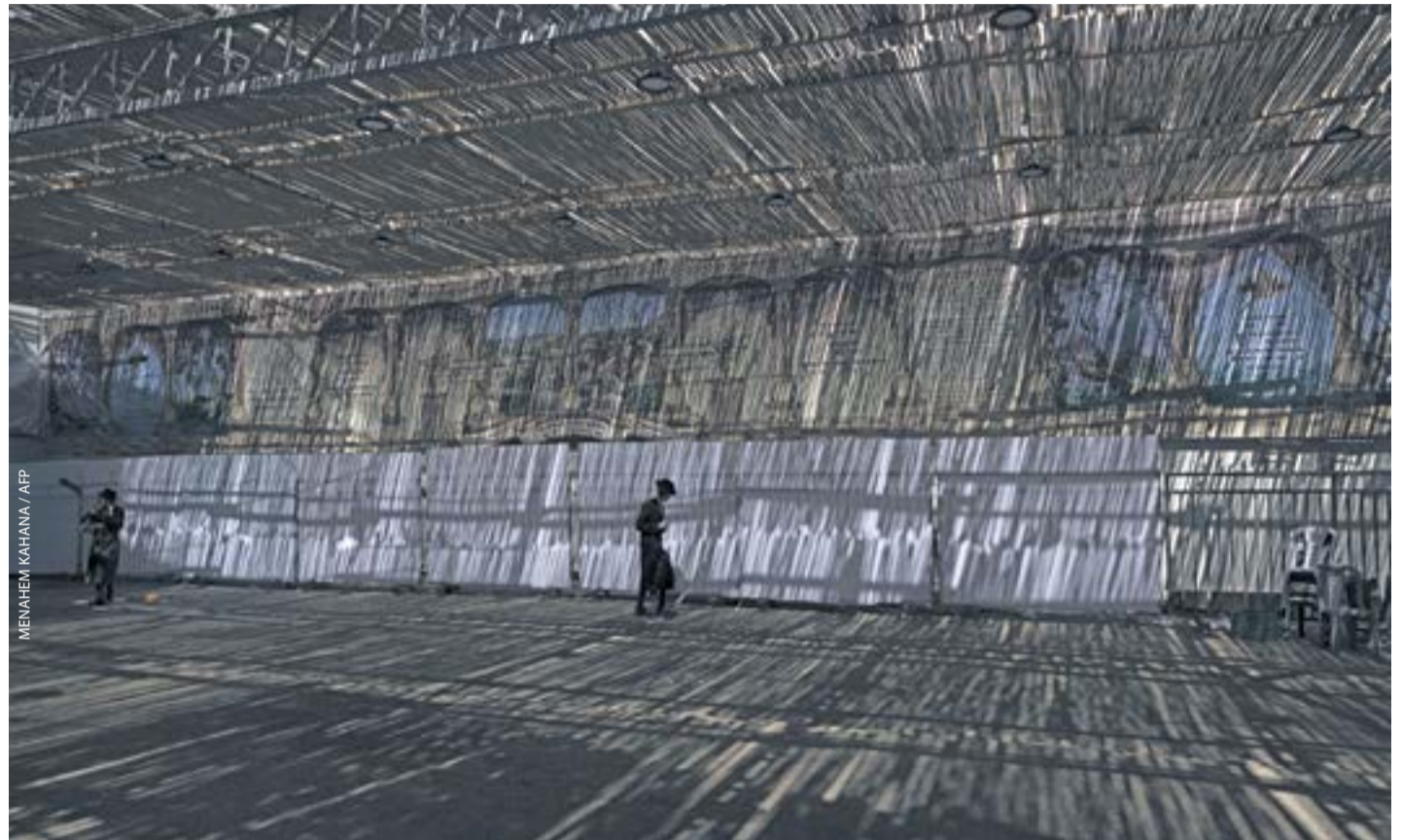
Sukkot dauert sieben Tage, von denen der erste (und zweite in der Diaspora) Jom Tov ist, ein Feiertag, an dem Arbeit verboten ist. Die anderen Tage sind Hol Ha-Moed, Zwischentage, an denen Arbeit erlaubt ist. Unmittelbar nach Sukkot, am 22. Tischri, ist der Feiertag Schemini Atzeret, achter Tag der Versammlung. Simchat Tora wird in Israel am selben Tag wie Schemini Atzeret gefeiert, in der Diaspora am folgenden Tag (23. Tischri).

Sukkot, auch bekannt als Zeman Simchateinu (Jahreszeit unserer Freude) oder einfach he-Hag (das Fest) als Hauptfest des Jahres, war der Anlass für die Einweihung des Tempels Salomos (1. Könige 8). Am zweiten Tag von Sukkot, während des Schabbatjahres, wurde dem König befohlen, das ganze Volk zu versammeln, um bestimmte Lesungen aus dem Buch Deuteronomium zu hören. Schon in der Antike wurde das Fest mit der messianischen Erlösung in Verbindung gebracht, denn Sacharja (14:16) prophezeite, dass am Ende der Tage alle Völker der Welt das göttliche Königtum anerkennen, nach Jerusalem pilgern, um Gott anzubeten und das Sukkotfest zu feiern.

Dem Talmud zufolge wurde am Ende des ersten Tages von Sukkot eine besondere Zeremonie des Wasserschöpfens im Tempel in Jerusalem gefeiert. Diese Zeremonie, bekannt als Simchat Beit ha-Schoewah (Freude des Hauses des Wasserschöpfens), basierte auf dem Vers aus Jesaja 12:3: „Du sollst fröhlich Wasser schöpfen aus den Quellen der Rettung“. Unsere Weisen stellten fest, dass derjenige, der die Zeremonie des Wasserschöpfens nicht gesehen hat, niemals wahre Freude erleben hatte.

Warum Laubhütten?

Sukka ist die Bezeichnung für die eilig errichtete Hütte, die Juden während des Sukkotfestes gemäß dem biblischen Gebot „Du sollst sieben Tage in Laubhütten (Sukkot) wohnen“ (Lev. 23:42) errichten. Der Talmud berichtet von einem Streit darüber, ob es sich bei den in der Tora erwähnten Sukkot um reale oder übernatürliche Laubhütten handelt. Letztere beziehen sich auf die schützenden „Wolken der Herrlichkeit“, die die Israeliten auf ihrer 40-jährigen Wanderung begleiteten und beschützten. Die Sukka muss eine vorübergehende Konstruktion sein, die nur stark genug ist, um normalen Windböen standzuhalten. Sie muss mindestens drei Wände haben, von denen mindestens zwei vollständig sein müssen. Die Sukka kann aus jedem Material gebaut werden, obwohl sie normalerweise aus Holz oder Zelttuch besteht, das an einem Metallrahmen aufgehängt ist. Sie muss im Freien gebaut werden, nicht unter einem Baum oder in einem Haus. Das Dach, das in der Regel aus abgeschnittenen Zweigen oder Bambusstäben besteht, ist so aufzustellen, dass tagsüber mehr Schatten als Son-



Sukkah, eine provisorische Hütte, die für das einwöchige jüdische Fest Sukkot in Jerusalem errichtet wurde

ne in der Sukka ist. Es sollte jedoch nicht so dicht sein, dass man nachts die Sterne nicht sehen kann. Der Talmud weist darauf hin, dass die Juden die Sukka während dieses Festes als ihren Hauptwohnsitz betrachteten, während das Haus nur ein vorübergehender Aufenthaltsort sein soll. Bei jedem Betreten der Sukka wird ein Segensspruch gesprochen, der sich auf das Gebot bezieht, in der Sukka zu wohnen. Auch ist es verboten, außerhalb der Sukka eine größere Mahlzeit einzunehmen oder zu schlafen.

Die Sukka ist zu einem allgemeinen Symbol des göttlichen Schutzes geworden, wie das Abendgebet zeigt, in dem Gott gebeten wird, „die Sukka deines Friedens über uns auszubreiten“. Der Midrasch erklärt, dass Gott die Israeliten während der Wüstenwanderung in Laubhütten beschützt hat, weil ihr Vater Abraham den drei Fremden auf seinem Land unter einem Baum Unterschlupf gewährt hatte (Gen. 18:2-5). Maimonides erklärte, dass man sich in den Tagen des Wohlstands an die schlechten Zeiten erinnern sollte, um ein bescheidenes und demütiges Leben zu führen. Deshalb verlassen wir an Sukkot unsere komfortablen Häuser und leben in einfachen Hütten, die den Naturgewalten ausgesetzt sind, um uns daran zu erinnern, dass dies einst unser Leben in der Wüste war. Ebenso betont das Fest, dass materieller Reichtum vergänglich ist. Die einzigen Besitztümer, die man für die Ewigkeit anhäufen kann, sind die zukünftigen spirituellen Belohnungen für ein rechtschaffenes Leben und die Erfüllung der Mizwot während unseres relativ kurzen physischen Lebens auf Erden.

Bedeutung der vier Arten

Die vier Arten (Arba minim) sind Pflanzen, die in der Tora für die Feier von Sukkot vorgeschrieben sind: „am ersten Tag sollt ihr euch schöne Baumfrüchte nehmen, Palmwedel und Zweige von dicht-belaubten Bäumen und Bachweiden, und ihr sollt sieben Tage fröhlich sein“ (Lev.

23:40). Nach der Tradition beziehen sich die vier in diesem Gebot genannten Arten auf den Etrog (Zitrone), den Lulaw (Palme), die Hadas (Myrte) und die Arawa (Weide). Drei Myrtenzweige und zwei Weidenzweige werden mit Palmstreifen an den Lulaw gebunden (die Myrte rechts, die Weide links) und in der rechten Hand gehalten, während der Etrog separat in der linken Hand gehalten wird. Nach Abudraham wird der Lulaw während des Gottesdienstes mehrmals als Geste des Triumphes geschwenkt. So wie Armeen ihre Fahnen über einem Gebiet hissen, das sie von ihren Feinden erobert haben, so schwenken die Juden ihre Fahnen, um zu zeigen, dass sie über die vielen Feinde, die sie zu vernichten versuchten, siegreich hervorgegangen sind.

Der Midrasch bietet verschiedene moralische Interpretationen der symbolischen Bedeutung der vier Arten. Der Etrog hat die Form des Herzens, von dem die Menschen der Antike glaubten, dass es der Sitz der Intelligenz des Menschen sei. Er symbolisiert die Hoffnung auf göttliche Vergebung für das Murren und die unreinen Begierden unseres Herzens. Der Lulaw ist wie die Wirbelsäule des Menschen geformt und erinnert uns an das rabbinische Ideal, dass die normale Gebetshaltung die aufrechte Haltung vor Gott ist. Die Myrte hat die Form eines Auges, was bedeutet, dass man den Versuchungen, die man am Tag der Freude seines Herzens sieht, niemals nachgeben soll, und symbolisiert die Hoffnung auf göttliche Vergebung für Gier und Neid. Die Weide schließlich ist wie die Lippen, die man im Zaum halten soll, damit sie nicht zu leeren Worten und Unwahrheiten verführen, während man sich ausschließlich auf die Ehrfurcht vor Gott konzentriert.

Über Schwächen und Tugenden

Der Etrog, der Geschmack und Geruch hat, symbolisiert einen Gelehrten, der gute Taten vollbringt; der Lulaw, ein

Zweig der Dattelpalme, dessen Frucht Geschmack, aber kein Geruch hat, symbolisiert einen Gelehrten, dem es an guten Taten mangelt; die Myrte, die keinen Geschmack, aber einen Duft hat, symbolisiert eine Person, der es an Tora mangelt, die aber gute Taten hat; und die Weide, der es sowohl an Geschmack als auch an Duft mangelt, symbolisiert eine Person, die weder Gelehrsamkeit noch gute Taten hat. Die vier Arten werden beim Segensspruch vereint, weil alle Arten von Menschen in der Gemeinschaft Israels vereint sein sollen und die Schwächen der einen durch die Tugenden der anderen ausgeglichen werden.

Jeder sollte seine eigenen vier Arten für den ersten Tag von Sukkot haben, basierend auf der wörtlichen Übersetzung des biblischen Verses „Ihr sollt sie für euch selbst nehmen“ (Lev. 23:40). Nach der Halacha muss eine Person, die den Lulaw und die Etrog einer anderen Person benutzt, dies als Geschenk und nicht als Leihgabe tun (allerdings unter der Bedingung, dass sie nach der Zeremonie zurückgegeben wird). Da Kinder den Besitz von Eigentum nicht legal übertragen können, sollten sie die vier Arten zuletzt erhalten. An allen anderen Tagen des Festes, an denen die Verpflichtung, die vier Arten zu besitzen, nur rabbinisch ist, ist es erlaubt, Lulaw und Etrug frei zu leihen und zu verleihen.

Nach dem Musaf-Gottesdienst im aschkenasischen Ritus und nach dem Hallel im sephardischen Ritus folgen alle Gemeindemitglieder, die die vier Arten tragen, dem Vorbeter in Prozessionen gegen den Uhrzeigersinn um die Synagoge. Jeden Tag wird eine Runde gedreht, außer am siebten Tag (Hoschana Rabbah), an dem sieben Runden gedreht werden. Diese Zeremonie wurde ursprünglich im Tempel durchgeführt, wo der Altar umrundet wurde, während Psalm 118:25 gesungen wurde. Sie wurde auch nach der Zerstörung Jerusalems fortgesetzt, zum Gedächtnis des Tempels.